

Jahresbericht 1998



Europäische Bank
für Wiederaufbau und Entwicklung

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) wurde 1991 errichtet. Sie soll den Übergang zur offenen Marktwirtschaft und private und unternehmerische Initiativen in denjenigen Ländern Mittel- und Osteuropas und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) fördern, die den Prinzipien der Mehrparteiendemokratie, des Pluralismus und der Marktwirtschaft verpflichtet sind und sich von ihnen leiten lassen.

Unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der Länder in unterschiedlichen Übergangsphasen ist die EBWE bestrebt, ihre 26 Einsatzländer bei der Durchführung struktureller und sektorbezogener Reformen zu unterstützen sowie den Wettbewerb, die Privatisierung und das Unternehmertum zu fördern. Durch ihre Investitionen unterstützt sie die Tätigkeit des Privatsektors und die Festigung der Finanzinstitute und Rechtssysteme sowie die Entwicklung der Infrastruktur, die der Privatsektor benötigt. Die Bank läßt sich in ihrer gesamten Geschäftstätigkeit von den Prinzipien solider Bankarbeit und Investitionstätigkeit leiten.

Ihre Rolle als Katalysator des Wandels nimmt die Bank dadurch wahr, daß sie Kofinanzierungen und direkte Auslandsinvestitionen des privaten und öffentlichen Sektors fördert, zur Mobilisierung von Inlandskapital beiträgt und technische Zusammenarbeit in einschlägigen Bereichen anbietet. Sie arbeitet eng mit internationalen Finanzinstitutionen und anderen internationalen und nationalen Organisationen zusammen. In ihrer gesamten Tätigkeit fördert die Bank eine im Hinblick auf die Umwelt verantwortungsbewußte und nachhaltige Entwicklung.



Inhaltsverzeichnis

- 2 Eckdaten für 1998**
- 4 Begleitschreiben**
- 5 Das Jahr im Rückblick**
 - Die Finanzkrise im August 1998
 - Die Reaktion der EBWE auf die Krise
 - Geschäftstätigkeit
 - Finanzergebnisse
 - Überprüfung der Grundsätze und Strategien
 - Entwicklungen der Institution
 - Herausforderungen der Zukunft
- 13 Umfeld für die Geschäftstätigkeit**
 - Tendenzen im Transformationsprozeß
 - Tendenzen der makroökonomischen Entwicklung
- 24 Rückblick auf die Geschäftstätigkeit 1998**
 - Überblick
 - Finanzinstitutionen
 - Infrastruktur
 - Sonstige Schlüsselsektoren
 - Umwelt
 - Reaktorsicherheit
- 50 Sonstige geschäftliche Aktivitäten**
 - Kofinanzierung
 - Fonds für Technische Zusammenarbeit
 - Projektbewertung
 - Beschaffung und Auftragsvergabe
- 62 Finanzergebnisse und Jahresabschluß**
- 114 Projektbewilligungen 1998**
- 119 Leitungsgremien**
 - Gouverneure
 - Direktoren
- 121 Kontakte und Informationen**

Einsatzländer

Stand 31. Dezember 1998

Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, Litauen, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau, Polen, Rumänien, Russische Föderation, Slowakische Republik, Slowenien, Tadschikistan, Tschechische Republik, Turkmenistan, Ukraine, Ungarn, Usbekistan, Weißrußland.



Eckdaten für 1998

Der Zusammenbruch der Finanzmärkte in der Russischen Föderation im August und die noch andauernden Auswirkungen in der gesamten Region waren für die EBWE im Jahr 1998 die bisher größte Herausforderung. Dieser Rückschlag machte sehr deutlich, daß die bemerkenswerten Erfolge der Region seit dem Beginn des Reformprozesses 1991 mit institutionellen Reformen und guter Unternehmungsführung Hand in Hand gehen müssen.

In dieser Krise verhielt sich die EBWE proaktiv und konzentrierte sich auf Möglichkeiten zur Sicherung bestehender Investitionen sowie die Erneuerung des Vertrauens der Geschäftswelt. Sie entwickelte in allen Einsatzländern weiterhin Projekte hoher Qualität und stellte damit ihre führende Rolle in der Unterstützung des Reformprozesses unter Beweis.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erreichte die EBWE bei den jährlichen Zusagen das bisher höchste Ergebnis. Es wurden Projekte im Wert von insgesamt 2,4 Milliarden für einen Gesamtprojektwert von 9,9 Milliarden Ecu unterzeichnet.

Die Finanzkrise hat die Kreditqualität einer Reihe von Investitionen der EBWE in Mitleidenschaft gezogen. Nach Rückstellungen verbuchte die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Nettoverlust. Aufgrund der soliden Kapitalausstattung wurde die finanzielle Tragfähigkeit der Bank dadurch jedoch nicht beeinträchtigt.

Finanzergebnisse (Millionen Ecu)

	1998	1997	1996	1995	1994
Betriebsgewinn	450,5	346,0	243,7	241,2	170,7
Aufwendungen und Abschreibungen	158,7	152,1	146,4	158,3	145,8
Betriebsgewinn vor Rückstellungen	291,8	193,8	97,3	82,9	24,9
Rückstellungen für Verluste	553,1	177,7	92,4	75,4	23,9
(Verlust)/Gewinn für den Zeitraum	(261,2)	16,1	4,9	7,5	1,0
Genehmigtes Kapital	20.000	20.000	10.000	10.000	10.000
Eingezahltes Kapital	5.084	4.877	2.965	2.965	2.965
Eingegangene Teilzahlungen (kumulativ)	3.217	2.949	2.916	2.842	2.273
Gesamte Rückstellungen und Rücklagen	762	508	263	165	81
Gesamte Aktiva	16.047	13.495	10.964	8.728	7.528

Ergebnisse der Geschäftstätigkeit

Anzahl der Projekte	1998	1997	1996	1995	1994
Bewilligungen	82	143	119	134	109
Zusagen	96	108	95	110	91

EBWE-Finanzierung (Millionen Ecu)¹

	1998	1997	1996	1995	1994
Bewilligungen	2.003	4.016	2.827	2.855	2.409
Zusagen	2.373	2.315	2.188	2.000	1.878
Auszahlungen (netto)	1.350	1.250	1.162	987	591
Auszahlungen (brutto)	2.449	2.047	1.371	1.144	668

Mobilisierung von Mitteln (Millionen Ecu)¹

	1998	1997	1996	1995	1994
Für Bewilligungen	6.646	7.535	4.673	6.085	4.500
Für Zusagen	7.541	4.210	3.819	4.972	3.333

¹ Angaben für die Jahre 1994-97 entsprechen den für diese Jahre ausgewiesenen Zahlen. Spätere Änderungen, beispielsweise aufgrund von Wechselkursen, Stornierungen, Syndizierungen oder Umstrukturierungen, werden nicht berücksichtigt.

Der Gewinn aus der Geschäftstätigkeit belief sich 1998 vor Rückstellungen auf 292 Millionen Ecu und lag damit mehr als 50 Prozent über dem des Vorjahrs.

Rückstellungen für Verluste wurden um 553 Millionen Ecu erhöht. Dies war hauptsächlich auf Einzelrückstellungen zurückzuführen, die aufgrund einer eingehenden Überprüfung der Auswirkungen der Finanzkrise auf Projekte der EBWE in allen Reformländern, insbesondere im Bereich Banking, vorgenommen wurden. Das Ergebnis war die Verbuchung eines Nettoverlusts nach Rückstellungen von 261 Millionen Ecu für das Geschäftsjahr.

Trotz der Schwierigkeiten in der Region nahm die Bank weiter Auszahlungen in allen Einsatzländern vor und unterzeichnete 96 Projekte. Die EBWE verfügt inzwischen über ein Portfolio von 551 Projekten im Nettogesamtwert von 10,2 Milliarden Ecu. Damit ist die Bank der größte einzelne ausländische Direktinvestor in der Region und trägt maßgeblich zum Reformprozeß bei.

Die Fähigkeit der EBWE, zusätzliche Finanzierungen zu mobilisieren, nahm 1998 zu. Für jeden Ecu, den die Bank im Berichtsjahr investierte, mobilisierte sie weitere 3,2 Ecu von anderen Anlegern, verglichen mit einem kumulativen Durchschnitt von 2,6 Ecu.

Die Geschäftstätigkeit des Bereichs Banking erbrachte 64 Prozent des gesamten Bruttoeinkommens der EBWE, gegenüber 50 Prozent im Jahr 1997. Die Verwaltungsaufwendungen hielten sich mit 91 Prozent des Gesamtbetrages durchaus in den Grenzen des Budgets. Im fünften Jahr in Folge wurde kein reales Wachstum ausgewiesen.

Ende Januar beendigte Präsident Jacques de Larosière seine Amtszeit. Seit 1993 hatte er entscheidend zum Erfolg der EBWE beigetragen. Im Sommer wählte der Gouverneursrat der Bank Horst Köhler einstimmig zum Präsidenten der EBWE, mit Wirkung vom 1. September.

Im Mai veranstaltete die Bank in Kiew (Ukraine) eine erfolgreiche Jahrestagung. Ein Business Forum zum Thema Wachstum und Investitionen in der Region tagte zur gleichen Zeit und wurde von mehr als 3000 Teilnehmern besucht.

Mit der Bewilligung neuer Grundsätze zur Kommunal- und Umweltinfrastruktur im Juni bekräftigte die EBWE ihr Engagement für die Umwelt.

Gegen Jahresende eröffnete die EBWE in Eriwan, Armenien, ein neues Büro. Damit ist die Bank in allen Einsatzländern lokal vertreten.

Kumulative Gesamtdaten zum 31. Dezember 1998

Bewilligungen
14,478 Milliarden Ecu

Finanzierung vom Direktorium der EBWE bewilligt, abzüglich Stornierungen. Bewilligung führt nicht unbedingt zur Zeichnung.

Zusagen
10,182 Milliarden Ecu (netto)
12,010 Milliarden Ecu (brutto)

Finanzierung infolge einer Bewilligung unterzeichnet; eine Zusage ist anerkannt. Nettozahlen schließen Stornierungen und Rückzahlungen aus.

Auszahlungen
5,761 Milliarden Ecu (netto)
8,212 Milliarden Ecu (brutto)

Finanzierung ist auf die Zeichnung eines Projekts hin erfolgt. Nettozahlen gelten für alle bisher erfolgten Auszahlungen abzüglich Rückzahlungen.

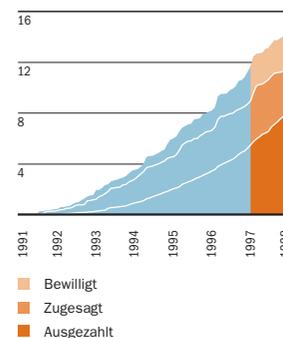
Zusätzlich mobilisierte Mittel
30,856 Milliarden Ecu

Von anderen Anlegern zugesagte Ressourcen als Teil von Projekten der EBWE.

Am 1. Januar 1999, als der Euro die Nationalwährungen aller 11 Teilnehmerländer ablöste, stellte die EBWE ihre Berichtswährung von Ecu auf Euro um. Zahlen für 1998 und die Vorjahre werden in Ecu ausgewiesen.

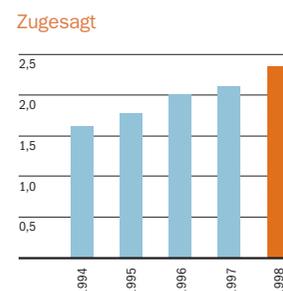
Kumulative Bewilligungen, Zusagen und Auszahlungen

Stand 31. Dezember 1998 (Milliarden Ecu)

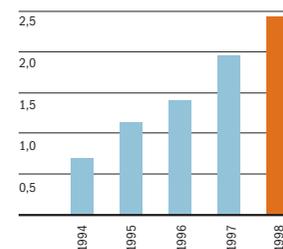


Jährliche Zusagen und Auszahlungen

Stand 31. Dezember 1998 (Milliarden Ecu)

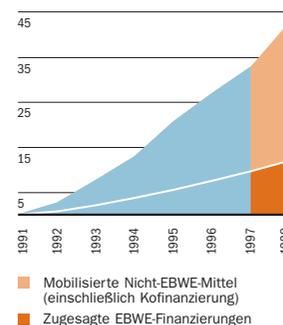


Auszahlungen



Kumulative mobilisierte Mittel

Stand 31. Dezember 1998 (Milliarden Ecu)



Begleitschreiben

London, 9. März 1999

An die Gouverneure

Gemäß Artikel 35 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank sowie Abschnitt 11 der Satzung legt das Direktorium dem Gouverneursrat den beigefügten Jahresbericht der Bank für das Jahr 1998 vor.

Zum Jahresbericht gehört der genehmigte und geprüfte Jahresabschluß, der gemäß Artikel 27 des Übereinkommens sowie Abschnitt 13 der Satzung vorzulegen ist. Gemäß Artikel 10 des Übereinkommens enthält er außerdem einen gesonderten Abschluß für die Sonderfonds und befaßt sich, wie in Artikel 35 des Übereinkommens vorgeschrieben, mit der Auswirkung der Geschäftstätigkeit der Bank auf die Umwelt.

Präsident

Horst Köhler

Direktoren

Byongwon Bahk
 Jan Bielecki
 Staffan Crona
 Sylvain de Forges
 Torsten Gersfelt
 Joaquin de la Infiesta
 Wilhelm Jaggi
 Mikhail Jernov
 Roger Lavelle
 Heiner Luschin
 Michael McCulloch
 Patrice Muller
 Kari Nars
 Philippe Petit-Laurent
 Jurij Polunejew
 Enzo Quattrocioche
 Norbert Radermacher
 Karen Shepherd
 Bernard Snoy
 Kazuhito Tatebe
 Pim van Ballekom
 Stefanos Vavalidis
 Nicht besetzt

Stellvertretende Direktoren

Jim Short
 Bojidar Kabaktschijew
 Baldur Erlingsson
 Lucien Bernadine
 Tony Brown
 Carlos Escribano
 Mehmet Kaytaz
 Michail Tatjantschenko
 Walter Cernoia
 Gideon Schurr
 Alex Gibbs
 Tom MacDonald
 Rolf Næss
 Vassili Lelakis
 Maria Sultanoiu
 Pasquale Terracciano
 Jörg Ranau
 Nicht besetzt
 Georges Heinen
 Takashi Kurai
 Dick Knook
 António de Almeida
 Károly Soós

Das Jahr im Rückblick

Im Jahr 1998 sah sich die EBWE mit der härtesten Prüfung seit ihrer Errichtung zu Beginn der neunziger Jahre konfrontiert. Der Zusammenbruch der Finanzmärkte in der Russischen Föderation und dessen andauernde Auswirkungen auf die gesamte Region bedeuten für den Transformationsprozeß in den Einsatzländern der Bank eine ernstzunehmende und anhaltende Herausforderung. Diese ist in vieler Hinsicht die schwierigste seit 1991.

Trotz dieser Anspannungen setzte sich der Reformprozeß in den meisten Transformationsländern fort. In vielen Ländern hat die drohende Destabilisierung sogar zu einer verstärkten Anstrengung beim Vorantreiben der Reformen geführt. Dennoch hat die Krise das Vertrauen der Anleger erschüttert. Außerdem hat sie die anhaltend bedeutende Rolle der EBWE bei der Unterstützung der Reformen durch solide Investitionen bestätigt.

Der Zusammenbruch des russischen Finanzsystems im August 1998 hatte schwerwiegende Konsequenzen für die Geschäftstätigkeit der EBWE. Die Verschlechterung der Kreditqualität von Investitionen in Rußland und anderen Ländern der Region veranlaßte die EBWE, zum Jahresende beträchtliche zusätzliche Rückstellungen vorzunehmen, die sich auf insgesamt 553 Millionen Ecu beliefen. Die meisten wurden insbesondere in Verbindung mit dem Finanzsektor in Rußland getätigt. Obwohl sich der Gewinn aus der Geschäftstätigkeit vor Rückstellungen von 194 Millionen Ecu im Jahr 1997 im Berichtsjahr auf 292 Millionen Ecu erhöhte, wies die Bank nach Rückstellungen 1998 einen Nettoverlust von 261 Millionen Ecu aus. Sie ist jedoch gut kapitalisiert, ihr Portfolio ist sorgfältig besichert, und sie war daher in der Lage, diesen Verlust zu absorbieren, ohne ihre finanzielle Tragfähigkeit zu gefährden.

Die Finanzkrise im August 1998

Die Einsatzregion der EBWE erlebte im Jahr 1998 die schwersten wirtschaftlichen Umwälzungen seit Beginn des Reformprozesses. Obwohl das Jahr vielversprechend begann und ein Großteil der Region den Auswirkungen der asiatischen Finanzkrise standzuhalten schien, verschlechterte sich die Wirtschaftslage zusehends, und Anzeichen der Anspannung zeigten sich in der gesamten Region.

Im August verschärfte sich die Lage drastisch. Die Russische Föderation wertete ihre Währung ab, geriet mit den inländischen Staatsschulden in Verzug und erklärte ein Moratorium für den Schuldendienst an Ausländer. Das Finanzsystem des Landes brach zusammen, was einen steilen Abfall der Wechselkurse und

bald darauf eine beträchtliche Beschleunigung der Inflationsrate auf ein seit Jahren nicht dagewesenes Niveau verursachte. Der Zusammenbruch des Zahlungssystems, der Rückzug ausländischer Finanzierungsquellen und wachsende Unsicherheit führten zu einem drastischen Rückgang der Wirtschaftstätigkeit.

Die Krise weitete sich auf andere Teile der Region aus, insbesondere auf benachbarte Länder. Viele von ihnen haben starke Finanz- und Handelsverbindungen mit Rußland und hatten nach der Krise Schwierigkeiten, ihr volkswirtschaftliches Gleichgewicht zu bewahren und den weiteren Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten offenzuhalten. Außerdem beeinträchtigten die sich verschlechternden globalen Wirtschaftsaussichten die Wachstumshoffnungen in der gesamten Region, insbesondere in den fortgeschritteneren und offeneren Transformationsländern.

Obwohl an den Finanzmärkten der gesamten Region Volatilität und einige unberechenbare „Ansteckungseffekte“ verzeichnet wurden, waren einzelne Länder in sehr unterschiedlichem Maße betroffen. Infolge der asiatischen und russischen Finanzkrise sind die Anleger vorsichtiger geworden. Die Neueinschätzung des Wirtschaftsklimas und der Risiken von seiten der Investoren spiegelt Unterschiede in der Qualität und der Verwurzelung des Transformationsprozesses in den einzelnen Ländern wider. Die Krise hat gezeigt, daß die bemerkenswerten Erfolge der Region bei Liberalisierung und Privatisierung Hand in Hand mit Fortschritten bei den institutionellen Reformen gehen müssen. Insbesondere muß es einen effektiven rechtlichen Rahmen geben, der auf rechtsstaatlicher Ordnung basiert, dazu ein transparentes und wettbewerbsfähiges Umfeld für die Wirtschaftstätigkeit sowie Beschränkungen für die Willkür der staatlichen Verwaltung. Je stärker die institutionellen Grundlagen der Marktwirtschaften in der Region sind, desto leichter ist es für Länder, plötzlichen Erschütterungen standzuhalten und nachhaltiges Wachstum sowie makroökonomische Stabilität zu erreichen.

Finanzielle Krise unterstreicht, daß bemerkenswerte Erfolge der Region bei Liberalisierung und Privatisierung mit Fortschritten bei der Reform der Institutionen einhergehen müssen

Bank unterstützt nach wie vor Reformprozeß in allen Einsatzländern

Zu den 1998 unterzeichneten Projekten mit besonderer Bedeutung für den Übergangsprozeß gehören:

Bank Pekao (Polen)

Ölprojekt Tschirag (Aserbaidzhan)

Programm für Getreideeinlagerung (Slowakische Republik)

Autonomes Kraftwerk Mutnowskij (Russische Föderation)

Umstrukturierung von Podravka (Kroatien)

RomTelecom (Rumänien)

Wiederaufbau des Telekommunikationssystems (Bosnien und Herzegowina)

Hafenbahnterminal Ventspils (Lettland)

Die Reaktion der EBWE auf die Krise

Seit ihrer Gründung hat die EBWE ihren Wert als Institution durch ihr einzigartiges Mandat unter Beweis gestellt und konnte beträchtliche Sachkenntnis und Erfahrungen sammeln. Aus diesem Grund war sie in der Lage, rasch auf die Ereignisse in Rußland und ihre Auswirkungen zu reagieren. Dabei lag der Schwerpunkt auf der Sicherung bestehender Investitionen und der Suche nach Möglichkeiten, das Vertrauen der Anleger wiederherzustellen. Die Bank entwickelte einen Geschäftsplan für das Land, in dem der Schwerpunkt auf der Notwendigkeit noch strengerer Maßstäbe bei der Projektauswahl lag, wobei der Beispieleffekt für andere Anleger und eine sorgfältige Abwägung von Risiko und Rendite im Mittelpunkt standen. Das Direktorium der EBWE stimmte dieser geschäftlichen Zielsetzung zu, betonte aber, daß die langfristige Wirksamkeit der Reaktion der EBWE in hohem Maße von den Aktivitäten der russischen Regierung und der allgemeinen Reaktion der internationalen Gemeinschaft abhängen würde.

Vor dem Hintergrund der Krise und der Ungewißheit bestätigte die EBWE aufs neue ihren projektbezogenen Ansatz und ihre Verpflichtung, den Reformprozeß in allen Einsatzländern zu unterstützen. Als langfristige Investorin unterstrich die Bank, daß sie sich selbst unter schwierigsten wirtschaftlichen Umständen nicht aus der Geschäftstätigkeit in Rußland oder anderswo in der Region zurückziehen werde. Die EBWE setzte daher die Entwicklung von Projekten und ihre Auszahlungen in allen Einsatzländern fort.

Allerdings wird der Umfang der Aktivitäten der EBWE sowohl durch das Risiko als auch durch die Bereitschaft der Regierungen, marktorientierte Reformen voranzutreiben, beeinflusst. Die gegenwärtige Finanzkrise sollte die Regierungen dazu veranlassen, ihre Entschlossenheit zur Konsolidierung der Erfolge und zur Förderung von Veränderungen unter Beweis zu stellen. Die EBWE ist entschlossen, ihnen bei diesen Reformen zu helfen und sie zu ermutigen. Dabei wird sie eng mit anderen internationalen Organisationen zusammenarbeiten, insbesondere mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds sowie mit der Europäischen Union. Außerdem wird die EBWE mehr Gebrauch von ihrer Fähigkeit machen, institutionelle Veränderungen zu fördern, insbesondere, indem sie ihre umfassende Kenntnis der örtlichen Bedingungen über das Netz lokaler Vertretungen zum Tragen bringt.

Lehren für die Strategie

Internationale Finanzinstitutionen wie kommerzielle Anleger haben aus den Erfahrungen des Reformprozesses gelernt, wie langfristig dieser ist, daß der Aufbau von Institutionen eine entscheidende Rolle spielt, die Belastungen für Teile der Bevölkerung schwerwiegend sein können und daß Verzögerungen und Rückschläge auf dem Reformpfad unvermeidlich sind. Die jüngste Krise hat unmißverständlich gezeigt, wie schwach die Reformen sind, wenn sie nicht durch Veränderungen der Institutionen und des Geschäftsverhaltens untermauert werden. Reformen, die für das breite Publikum nicht glaubwürdig sind, können nicht durchgehalten werden. Die Schaffung starker institutioneller Grundlagen für den Übergangsprozeß ist ein schwieriger, langwieriger Vorgang, bei dem kulturelle und historische Faktoren einen mächtigen Einfluß ausüben. Es ist klar geworden, daß der Reformprozeß und die Arbeit der EBWE längere Zeit in Anspruch nehmen werden, als viele geglaubt hatten.

Geschäftstätigkeit

Obwohl es der EBWE gelang, die meisten ihrer Geschäftsziele für 1998 zu erreichen, bewirkte die Ausbreitung der russischen Krise seit Mitte des Jahres eine erhebliche Veränderung des geschäftlichen Umfelds und der Finanzergebnisse der Bank für das Berichtsjahr.

Das Direktorium bewilligte im Jahr 1998 32 Projekte im Wert von 2,0 Milliarden Ecu. Diese Anzahl war zwar aufgrund der außerordentlich hohen im letzten Quartal 1997 bewilligten Projektzahl und des veränderten Investitionsklimas niedriger als im Vorjahr, brachte aber den kumulativen Gesamtwert der Bewilligungen auf 14,5 Milliarden Ecu.

Trotz der Schwierigkeiten in der Region steigerte die EBWE im Jahr 1998 gegenüber dem Vorjahr die Anzahl ihrer gezeichneten Zusagen sowie Auszahlungen. Gezeichnete Projekte beliefen sich im Jahr 1998 auf insgesamt 2,4 Milliarden Ecu – dies ist die siebte Steigerung in Folge bei den jährlichen Zusagen. Mit den 96 gezeichneten Zusagen erreichten die von der Bank seit ihrer Gründung zugesagten Ressourcen ohne Rückzahlungen und Stormierungen eine Höhe von insgesamt 10,2 Milliarden Ecu. Zum Jahresende 1998 beliefen sich die kumulativen von anderen Investoren zugesagten zusätzlichen Mittel auf 30,9 Milliarden Ecu.

Im abgelaufenen Jahr wurden 2,4 Milliarden Ecu ausgezahlt, 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Nettoauszahlungen umfaßten zum Jahresende 4,3 Milliarden Ecu Kredite und 1,4 Milliarden Ecu Beteiligungskapital, eine Gesamtsumme von 5,8 Milliarden Ecu.

Die Geschäftsszenarien für 1998 mußten im Lauf des Jahres neu bewertet werden, da einige undurchführbar geworden waren und andere ihre Dringlichkeit verloren hatten. Bestimmte Aktivitäten – insbesondere diejenigen, die mit dem Aufbau von Institutionen und besserer Unternehmensführung in der Region zu tun haben – gewannen neue Bedeutung und wurden noch dringender.

Die geschäftlichen Prioritäten für die kommenden Jahre werden derzeit revidiert. Die Bank befaßt sich weiterhin mit den langfristigen Implikationen der russischen Krise und, allgemeiner, mit der neuen Phase des Reformprozesses in der gesamten Region.

Prioritäten der Geschäftstätigkeit

Angesichts der Tatsache, daß der Transformationsprozeß in den verschiedenen Teilen der Region nicht gleichmäßig fortschreitet, fährt die EBWE fort, Strategien für die besonderen Bedürfnisse jedes einzelnen Landes zu entwerfen und umzusetzen. Der zugrundeliegende Ansatz ist fest in den Bestimmungen des Übereinkommens zur Errichtung der Bank verankert und hält sich an die kontinuierlich gegebenen politischen Richtlinien der Anteilseigner.

Im Jahr 1998 verfolgte die EBWE weiterhin die Prioritäten der Geschäftstätigkeit, die im Lauf der letzten fünf Jahre vom Gouverneursrat festgelegt und verfeinert worden sind.

Privatsektor im Mittelpunkt

Der Anteil der Aktivitäten der EBWE im Privatsektor stieg im Jahr 1998 auf 68 Prozent, verglichen mit 67 Prozent zum Jahresende 1997. Dies genügte voll und ganz der im Übereinkommen zur Errichtung der Bank verankerten Auflage, daß höchstens 40 Prozent ihrer gesamten Investitionen im öffentlichen Sektor angesiedelt sein dürfen. Von den 1998 gezeichneten Projekten waren etwa 80 Prozent (nach Volumen) und von den vom Direktorium bewilligten Projekten 86 Prozent Privatsektorgeschäfte.

Für die Länder, in denen das Zielverhältnis (60/40) für private bzw. öffentliche Projekte noch nicht erreicht werden konnte, wird ein Aktionsplan als Teil der jeweiligen Länderstrategie festgelegt. In den meisten Fällen waren im Jahresverlauf Fortschritte in Richtung auf das Zielverhältnis zu verzeichnen.

Ausweitung der geographischen Streuung

Die EBWE ist zur Geschäftstätigkeit in der gesamten Region verpflichtet, und 1998 wurden mit Ausnahme von zwei Einsatzländern Projekte in allen unterzeichnet. Der Anteil der Geschäftstätigkeit in den fortgeschritteneren Transformationsländern lag bei 40 Prozent und übertraf damit frühere Erwartungen. In Ländern der frühen und mittleren Reformphasen lag der Anteil bei 37 Prozent. Auf Rußland entfielen im Jahresverlauf 23 Prozent der Zusagen.

Zur Stärkung ihrer Präsenz in der gesamten Region hatte die EBWE bis Ende 1998 in allen 26 Einsatzländern Vertretungen eingerichtet. Dieser Vorgang wurde während des Berichtsjahrs mit der Eröffnung des Büros in Eriwan (Armenien) abgeschlossen. Die Ländervertretungen sind bei den laufenden Bemühungen der EBWE, Projekte zu entwickeln und zu überwachen, von entscheidender Bedeutung. Diese Vertretungen ermöglichen es der Bank, ihre

Siebente Steigerung in Folge bei jährlichen Zusagen

Neues Büro in Eriwan, Armenien, vervollständigt Netz örtlicher Vertretungen in Einsatzländern

Im Abschnitt Umwelt (Seiten 43 bis 45) werden 1998 gezeichnete Projekte mit erheblichem Nutzen für die Umwelt beschrieben. Bemerkenswerte Projekte sind unter anderem:

Ertüchtigung des Wasserkraftwerks Enguri (Georgien)

Karaganda-Kraftwerksprojekt (Kasachstan)

Krakau, Städtische Verkehrsmittel (Polen)

Mosenergo (Russische Föderation)

Stalexport (Polen)

Taschkent, Festabfälle (Usbekistan)

Ukrainisches Energiedienstleistungsunternehmen (Ukraine)

Deponiemodernisierung, Zagreb (Kroatien)

Neue Grundsätze zur Kommunal- und Umweltinfrastruktur genehmigt

Kenntnis der Bedingungen vor Ort zu pflegen, sich über nationale Entwicklungen zu informieren und am Dialog über Grundsatzfragen mit den Behörden teilzunehmen. Auf diese Weise wirkt die Bank als Partner für das Land, wird als Mitglied der lokalen Geschäftswelt angesehen und kann in dieser Eigenschaft handeln.

Kontakt zu örtlichen Privatunternehmen

Der Anteil des Privatsektors am BIP stieg 1998 in der gesamten Region weiter an und erreichte bzw. überschritt in 19 der 26 Einsatzländer der Bank die Hälfte der Wirtschaftstätigkeit. Die EBWE unterstützt diesen Prozeß ständig, indem sie in ihrer Rolle als Investorin oder Kreditgeberin für privatisierte Unternehmen die Entwicklung des Privatsektors fördert. Darüber hinaus verstärkt die Bank ihre Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die für den künftigen wirtschaftlichen Erfolg der Region von entscheidender Bedeutung sind.

Die finanziellen Instrumente der EBWE wurden 1998 vervollkommen. Die Bank vergrößerte ihr Engagement für Geschäftstätigkeit über Finanzintermediäre, unter anderem über Kreditlinien, private Aktienfonds und Handelsförderungsprogramme. Durch diese Einrichtungen ist sie in der Lage, Mittel für Projekte zur Verfügung zu stellen, die für eine direkte Finanzierung durch die EBWE zu klein oder zu kostspielig sind. Dadurch erhalten lokale Kleinunternehmen Zugang zu dringend benötigtem Kapital, das aus anderen Quellen kaum zur Verfügung steht. Derartige Rahmengeschäfte machen inzwischen 24 Prozent der Zusagen der EBWE aus.

Stärkung der Finanzintermediäre

Durch die Festigung der Märkte, Institutionen und des ordnungsrechtlichen Rahmens hilft die EBWE mit, Investoren zu ermutigen, einheimische Ersparnisse zu mobilisieren und ein stabiles Investitionsklima zu schaffen.

Im Jahr 1998 erhöhten sich die gezeichneten Projekte im Finanzsektor dem Volumen nach gegenüber dem Vorjahr um 87 Prozent. Damit stieg das Gesamtengagement in dem Sektor auf 3,6 Milliarden Ecu. Dieser ist nach wie vor für die Bankfinanzierung der größte Sektor und entspricht 30 Prozent des Gesamtwerts der Geschäftstätigkeit. Wie bei der Rahmenfinanzierung für lokale Privatunternehmen verläßt sich die Bank weiterhin auf Finanzintermediäre als effektiven Mechanismus für die Weitervergabe von Kapital an lokale Unternehmen. Im Gefolge der Finanzkrise im August 1998 unternahm die EBWE eine Überprüfung

aller Fazilitäten, die sie den russischen Banken zur Verfügung gestellt hatte, und die Auszahlungen wurden sorgfältig überwacht.

Vermehrung der Kapitalanlagen

Die lebhaftere Nachfrage nach Kapitalanlagen setzte sich 1998 fort. Die EBWE erhöhte daher ihren Anlageanteil neuer Zusagen auf 33 Prozent, verglichen mit 19 Prozent im Jahr 1997. Kapitalbeteiligungen sind ein Hauptinstrument der Bank, über das sie die Auswirkung ihrer Investitionen auf den Übergangsprozeß zu verstärken sucht, da sie es ihr gestatten, die Unternehmensführung zu beeinflussen und das lokale Management zu verbessern.

Infrastruktur, Umwelt und Reaktorsicherheit

Das Engagement für eine umweltgerechte und nachhaltige Entwicklung ist ein wesentliches Merkmal der Geschäftstätigkeit der EBWE. Die Berücksichtigung von Umwelt und Naturschätzen der Region wird in der Geschäftstätigkeit der EBWE nachdrücklich betont, um die kommunale Infrastruktur zu verbessern und Energieeinsparungen zu fördern.

Die EBWE zeigte auch 1998 ein starkes Engagement im Sektor für Kommunal- und Umweltinfrastruktur (MEI). Neuinvestitionen für 167 Millionen Ecu in Wasserversorgung, Kanalisation und Abwasserbehandlung, städtischen Verkehrsmitteln und kommunaler Abfallentsorgung wurden zur Unterstützung von Projekten im Gesamtwert von 440 Millionen Ecu getätigt. Bis Ende 1998 hatte die Bank dem MEI insgesamt etwa 700 Millionen Ecu in Form von Krediten und Anlagekapital zugesagt.

Im Juni 1998 genehmigte die EBWE neue Grundsätze zur Kommunal- und Umweltinfrastruktur, in denen sich die Bank verpflichtet, unzureichende Infrastrukturen zu modernisieren, sich mit den schwersten Fällen von Umweltschädigungen in der Region zu befassen und die Lebensbedingungen zu verbessern. Außerdem verfolgte die EBWE im Berichtsjahr weiter ihre Energieeinsparungsprogramme. Spezifische Projekte umfaßten die Unterstützung von Energiedienstleistungsunternehmen, die in mehreren Betrieben moderne Technologie und Energiemanagementverfahren einführen. In die Planung vieler anderer Projekte flossen erhebliche Nutzeffekte für die Umwelt ein.

Als Verwalterin des Reaktorsicherheitskontos und des Tschernobyl-Sarkophag-Fonds empfängt die Bank Mittel von Geberländern und der Europäischen

Gemeinschaft, um kurzfristig die Reaktorsicherheit zu verbessern und Reformen im Energiesektor, den Übergang zu einem soliden regulatorischen System und ein frühes Abschalten der unsichersten Atomreaktoren der Region zu fördern. Neben der Bereitstellung technischer und sonstiger Dienstleistungen befaßt sich die EBWE mit der Vorbereitung von Projekten, die einem Entscheidungsgremium, das die Geber vertritt, zur Bewilligung vorgelegt werden. Im Jahr 1998 wurden weitere Fortschritte beim Durchführungsplan für den Schutzmantel erzielt. Dieser Plan soll der Ukraine dabei helfen, den Sarkophag um den beschädigten Reaktor (Block 4) des Atomreaktors von Tschernobyl in ein sichereres und ökologisch stabiles System umzuwandeln.

Finanzergebnisse

Die EBWE verbuchte einen Verlust von 261,2 Millionen Ecu für das Jahr, verglichen mit einem Gewinn von 16,1 Millionen Ecu im Jahr 1997. Der Verlust war primär auf Rückstellungen von 553,1 Millionen Ecu zurückzuführen, die beträchtlich höher ausfielen als erwartet. Dies spiegelt erhebliche Einzerrückstellungen wider, die aufgrund der russischen Krise während der letzten fünf Monate des Jahres eingestellt wurden. Die Rückstellungen für die Geschäftstätigkeit des Bereichs Banking beliefen sich zum Jahresende auf insgesamt 908,9 Millionen Ecu und entsprechen 16 Prozent der umlaufenden Darlehen und Kapitalbeteiligungen.

Der Betriebsgewinn vor Rückstellungen für 1998 lag mit 291,8 Millionen Ecu mehr als 50 Prozent über dem für 1997. Dies war hauptsächlich den ausgezeichneten Renditen aus dem Aktienanlageportfolio der Bank und einer guten Leistung der Finanzabteilung zu verdanken.

Der Bruttoertragsbeitrag aus dem Banking-Kerngeschäft stieg weiter an und belief sich auf 524,2 Millionen Ecu für das Berichtsjahr. Dies entsprach einem Anteil von 64 Prozent der Bruttoerträge im Jahr 1998, verglichen mit 50 Prozent im Vorjahr.

Sehr gute Ergebnisse aus Anlageaktivitäten sowie innovative Finanzierungsstrukturen zu günstigen Kreditsätzen ermöglichten es der Finanzabteilung, einen Gewinn von 46,0 Millionen Ecu für das Berichtsjahr beizutragen. Damit wurde das Jahresziel erheblich übertroffen.

Überprüfung der Grundsätze und Strategien

Im Jahresverlauf 1998 überprüfte und genehmigte das Direktorium der EBWE Grundsätze der Bank zu einem breiten Spektrum von Fragen. Zusätzlich zu der Annahme der Kommunal- und Umweltgrundsätze, die die Ziele der Geschäftstätigkeit in diesem Sektor umreißen (siehe oben), überprüfte das Direktorium die Rückstellungsprinzipien, die Beschaffungsgrundsätze und -verfahren sowie die Grundsätze der Investitionen in Regionale Wagnisfonds. Die revidierten Beschaffungsgrundsätze und -verfahren befassen sich mit der Frage korrupter und betrügerischer Praktiken im Beschaffungsprozeß und legen im einzelnen dar, wie die EBWE bei allen bewiesenen Behauptungen dieser Praktiken vorgehen wird. Die RWF-Grundsätze wurden modifiziert, um die Veränderungen im lokalen wirtschaftlichen Umfeld und die Erfahrungen der Bank in den letzten Jahren zu berücksichtigen.

Solche regelmäßigen Überprüfungen der Geschäftspolitik sollen die EBWE in die Lage versetzen, auf sich rasch verändernde Marktbedingungen zu reagieren und Krisen standzuhalten. Die Reaktion auf die russische Finanzkrise und ihre Auswirkungen in der Region waren ein Beispiel für die Flexibilität der Institution und ihre Fähigkeit, auch unter den schwierigsten Umständen arbeiten zu können. Darüber hinaus stellt die Bank durch zweijährliche eingehende Überprüfungen (ergänzt durch jährliche Zwischenbewertungen) ihrer Strategie für jedes einzelne Land sicher, daß sie den jeweiligen Bedürfnissen aller Länder, in denen sie tätig ist, ständig gerecht wird.

Betriebsgewinn vor Rückstellungen nimmt 1998 um mehr als 50 Prozent zu

Entwicklungen der Institution

Überwachung von Artikel 1

Laut Artikel 1 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank ist es Ziel der EBWE, den Übergang zu einer offenen Marktwirtschaft und die private und unternehmerische Initiative in denjenigen Einsatzländern zu fördern, die sich auf die Prinzipien der Mehrparteiendemokratie, des Pluralismus und der Marktwirtschaft verpflichtet haben und sich von ihnen leiten lassen.

Im Zuge der regelmäßigen Überprüfung der Geschäftstätigkeit und der Strategien der Kreditvergabe der EBWE in den Einsatzländern prüfte das Direktorium 1998 das Engagement jedes Landes für Artikel 1 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank. Insbesondere beschäftigte sich das Direktorium mit der Verpflichtung der Länder auf die Prinzipien der Mehrparteiendemokratie und des Pluralismus. Die Fragen, die sich aus der Überprüfung und insbesondere aus der der einzelnen Länderstrategien ergeben, wurden mit den betreffenden Regierungen erörtert. Außerdem wurden andere internationale Institutionen konsultiert, unter anderem die Europäische Union, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der Europarat und Regierungsbeamte aus ihren Mitgliedsländern. Die Bank ist bei der Überwachung von Artikel 1 besonders wachsam, da sie sich bewußt ist, daß demokratische Reformen die Grundlagen des Reformprozesses sind.

Veränderungen im Spitzenmanagement

Nach mehr als vier Jahren an der Spitze der Bank beendigte Jacques de Larosière am 31. Januar 1998 seine Amtszeit als Präsident der EBWE. Das Direktorium der Bank würdigte seine bedeutenden Erfolge in diesem Zeitraum und unterstrich die tragende Rolle, die er bei der Wiederherstellung des Vertrauens in die EBWE sowie bei der Verdoppelung der Kapitalbasis der Bank gespielt hat. Charles Frank, der Erste Vizepräsident für den Bereich Banking, übernahm bis Ende August die Pflichten eines Amtierenden Präsidenten.

Im Juli wählte der Gouverneursrat einstimmig Horst Köhler zum Präsidenten der EBWE. Die Ernennung trat am 1. September in Kraft. Dr. Köhler war bis zu diesem Zeitpunkt Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands. Davor bekleidete er im deutschen Bundesministerium der Finanzen die Schlüsselposition eines Staatssekretärs und war Persönlicher Beauftragter des Bundeskanzlers bei den Weltwirtschaftsgipfeln.

Horst Köhler neuer
Präsident der EBWE



John Taylor trat im Oktober als Leiter der Rechtsabteilung zurück und übernahm eine leitende Stellung im Privatsektor. Herr Taylor arbeitete seit Errichtung der EBWE für die Bank, zunächst als Stellvertretender Leiter der Rechtsabteilung und dann als Leiter. In dieser Position leistete er drei Jahre lang hervorragende Arbeit. Sein Stellvertreter, Emmanuel Maurice, wurde mit Wirkung vom 17. Dezember 1998 zu seinem Nachfolger ernannt.

Mitgliedschaft

Die letzten Phasen der Kapitalerhöhung der EBWE wurden 1998 abgeschlossen. Bis zum Jahresende hatten sich 54 der 60 Mitglieder der Bank an der Erhöhung beteiligt. Der neu gezeichnete Gesamtbetrag belief sich auf 94,82 Prozent der vom Gouverneursrat der EBWE bei der Jahrestagung 1996 bewilligten Kapitalerhöhung von 10 Milliarden Ecu. Die erfolgreiche Kapitalerhöhung war ein klares Signal dafür, daß die Anteilseigner das Mandat der Bank und den Reformprozeß unterstützen.

Jahrestagung 1998 in Kiew

Im Mai 1998 veranstaltete die EBWE eine erfolgreiche Jahrestagung in Kiew (Ukraine). Zu den Teilnehmern gehörten Ministerpräsidenten, Minister und Zentralbankgouverneure, sonstige leitende Regierungsbeamte und Führungskräfte internationaler Finanzinstitutionen (IFI).

Das Business-Forum, das gleichzeitig mit der Tagung stattfand und von über 3.000 Teilnehmern besucht wurde, hatte den Zweck, Geschäfte und Investitionen in den Einsatzländern zu fördern. Das Thema war *Wachstum und Investitionen für einen nachhaltigen Reformprozeß*. Parallel zu den Veranstaltungen der Bank präsentierte die ukrainische Regierung ein Forum zum Thema *Ukraine: Ausblick auf das 21. Jahrhundert*. Dieses Ereignis unterstrich, wie das Gastland einer Jahrestagung der Bank die Präsenz der Anteilseigner der EBWE, ihrer Gäste aus der Wirtschaft und den Medien mit Erfolg nutzen kann, um sich der internationalen Investorengemeinschaft vorzustellen.

Ressourcenmanagement

Budgetdisziplin

Im fünften Jahr in Folge gab es bei den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen der EBWE kein reales Wachstum. Die Ausgaben blieben auf 125,4 Millionen Pfund beschränkt, verglichen mit 125,6 Millionen Pfund im Jahr 1997. Allerdings bewirkte die Stärke des Pfundes gegenüber dem Ecu im Jahr 1998

(in Ecu ausgedrückt) eine Erhöhung der Aufwendungen, die 6,1 Millionen Ecu über denen des Vorjahrs lagen. Gleichzeitig überwachte die Bank mit Erfolg ein Portfolio, das nach Anzahl der Projekte 13 Prozent und nach Volumen 25 Prozent größer war als das für 1997 und erneut Zeugnis für eine erhebliche Verbesserung der Produktivität ablegte. Wie in früheren Jahren legte die EBWE großen Wert auf die Überwachung ihrer Geschäftstätigkeit, zum großen Teil über das Netz der Ländervertretungen. Die strenge Budgetdisziplin der Bank zeigt ihre Entschlossenheit, ihre Aktivitäten ohne zusätzliche Verwaltungsaufwendungen zu steigern.

ZBB-Initiative

Im Jahr 1998 setzte die EBWE weiterhin viele der auf ihre Geschäftstätigkeit abzielenden Maßnahmen um, die seit 1997 als Teil der auf Null basierenden Budgetierung (*Zero Base Budgeting/ZBB*) identifiziert wurden. Im Rahmen der ZBB-Aktion überprüfte die Bank ihre Arbeitsabläufe und identifizierte Produktivitäts- und Ertragsverbesserungen sowie Möglichkeiten, Ressourcen an vorrangige Aktivitäten umzuverteilen. Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang die Übernahme eines vereinfachten Bewilligungsverfahrens und eine Verschlanung der Dokumentation für Projekte mit niedrigerer Mittelbeanspruchung.

Die Umsetzung anderer ZBB-Empfehlungen machte im Jahresverlauf gute Fortschritte und trug trotz der erwarteten weiteren Ausdehnung der Geschäftstätigkeit zur Vorbereitung des nominalen Nullwachstums bei den im Budget für 1999 vorgesehenen Verwaltungsaufwendungen bei.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 1998 waren im Hauptsitz der EBWE insgesamt 831 festangestellte, besondere und örtlich angestellte Mitarbeiter beschäftigt und in den Ländervertretungen 241, verglichen mit 885 bzw. 194 Mitarbeitern im Jahr 1997. Im Jahresverlauf verbesserte die Bank ihr Personalmanagement, um höchstqualifizierte Mitarbeiter einstellen und an sich binden zu können. Aufgrund der wachsenden Komplexität und der anspruchsvollen Arbeit in der Region wurde besonderer Wert auf das Niveau und die Bündelung von Fertigkeiten sowie auf die Bereitstellung von guten Arbeitsbedingungen für Mitarbeiter gelegt, die sich zusätzlichen Anforderungen stellen müssen. Die Bank konzentrierte sich nicht nur auf Schulung und Entwicklung, sondern überprüfte auch einige ihrer Sozialleistungen.

Problem im Zusammenhang mit dem Jahr 2000

Im Januar 1998 wurde ein Lenkungsausschuß für Fragen im Zusammenhang mit dem Jahr 2000 bestimmt, um einen bankweiten Aktionsplan zu entwickeln und dessen Umsetzung zu beaufsichtigen.

Alle IT-Systeme in der EBWE wurden inzwischen bewertet und umgestellt, um zu gewährleisten, daß sie auf das Jahr 2000 vorbereitet sind. Die Tests sollen Ende März 1999 abgeschlossen sein. Als relativ junge Organisation ist das potentielle Risiko der Bank selbst im Zusammenhang mit dem Jahr-2000-Problem verhältnismäßig geringfügig, und was getan werden muß, um sicherzustellen, daß die eigenen Systeme der Bank im Jahr 2000 und darüber hinaus reibungslos funktionieren werden, ist nahezu abgeschlossen. Die Vorbereitung der Kunden der EBWE ist nunmehr jedoch eines der Schlüsselprobleme der Bank.

Die EBWE hat die Aufmerksamkeit ihrer Kunden auf dieses Problem gelenkt und sie aufgefordert zu bestätigen, daß sie die für die Minimierung der möglichen Auswirkungen des Jahr-2000-Risikos erforderlichen Kapital-, Technologie- und Humanressourcen mobilisiert haben und sich ernsthaft mit dieser Frage befassen. Berichte deuten auf ein positives anfängliches Problembewußtsein. Die Arbeit mit Kunden und Sektoren, bei denen das Risiko potentiell hoch ist, wird 1999 fortgesetzt, um derartige Gefahren weiter zu entschärfen. Zu den Maßnahmen, die die EBWE ergriffen hat, gehören die Berücksichtigung der Vorbereitung der Kunden auf das Jahr 2000 in der Portfolio-Überwachungstätigkeit und den Überprüfungen der Länderstrategien in der Bank sowie die zusätzliche Aufnahme von entsprechenden Erklärungen in die Standarddokumente zu den Darlehensvereinbarungen der Bank.

Einführung des Euro

Nach Beginn der dritten Phase der Europäischen Währungsunion (EWU) am 1. Januar 1999, als der Euro die nationalen Währungen aller 11 Teilnehmerländer ersetzte, trat er auch als Berichtswährung der EBWE an die Stelle des Ecu. Die Hauptfolge für die Bank war eine Modifizierung ihrer Bearbeitungs- und Rechnungslegungssysteme. Während der Umstellungsperiode vom 1. bis zum 3. Januar wurden alle einschlägigen auf Ecu lautenden Transaktionen nach Bedarf konvertiert und in Euro neu verbucht.

Die Bank hat einer Reihe von detaillierten Richtlinien zugestimmt, die während der Übergangsperiode, die am 31. Dezember 2001 abläuft, und nach Umlaufbeginn des Euro im Jahr 2002 auf relevante Geschäftsvorfälle und in den Beziehungen zu Kreditnehmern und

Mehr als 3.000 Teilnehmer
bei Jahrestagung und
Business-Forum in Kiew



Euro ab Januar 1999
neue Berichtswährung

Gegenparteien Anwendung findet. Das allgemeine Ziel der Richtlinien ist es, den Kunden der EBWE größtmögliche Flexibilität zu gewähren. Die Bank wird sowohl die Entwicklung an den Märkten als auch in ihren Einsatzländern weiterhin überwachen, um die Instrumente ihrer Kreditvergabe und -aufnahme entsprechend anzupassen.

Herausforderungen in der Zukunft

Im Gegensatz zu vorhergehenden Jahren, in denen hinsichtlich des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und des Transformationsprozesses in der Region ein allgemeiner Aufwärtstrend zu beobachten war, hat die Krise in Rußland erhebliche Unsicherheitsfaktoren in das Geschäftsumfeld der EBWE getragen. Außerdem hat die Krise gezeigt, wie entscheidend die institutionelle Grundlage für eine Marktwirtschaft ist, und ein Schlaglicht auf die anhaltenden Probleme geworfen, denen die Region bei der industriellen und finanziellen Umstrukturierung gegenübersteht. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, muß die Bank ihre Grundsätze und finanziellen Instrumente weiter verfeinern und auch in Zukunft zur Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen beitragen.

Die mittelfristige Strategie der EBWE für den Zeitraum 2000-03 wird nach Abschluß einer breit angelegten Überprüfung der geschäftlichen Prioritäten der Bank, die Ende 1998 begonnen hat, entwickelt werden. Hinweise von Gouverneuren bei der Jahrestagung der Bank im April 1999 in London werden zur Entwicklung dieser Strategie beitragen.

Die Bank wird weiterhin solide Investitionsprojekte finanzieren, die den Reformprozeß unterstützen. Dabei ist das Ziel, die Effizienz der Märkte zu verbessern, die Institutionen zu stärken, die die Märkte untermauern und marktorientierte Fachkenntnisse und Verhaltenskodizes im Wirtschaftsleben zu entwickeln. Die Strategie der Bank muß sich auf die Anerkennung dieser grundlegenden Geschäftsprinzipien stützen.

Um ihre Rolle in diesem langfristigen Prozeß effektiv wahrzunehmen, muß sich die Bank an die Grundsätze solider Bankarbeit halten und so mit der Zeit ihre finanzielle Tragfähigkeit sicherstellen. Dies wiederum wird für finanzielle Disziplin sorgen, den Transformationsländern ein Beispiel für marktorientierte Entscheidungsfindung geben und letztlich die Unterstützung der Anteilseigner garantieren.

Nach Fortschritten bei Privatisierung und Liberalisierung geht es im Reformprozeß der kommenden Jahre entscheidend darum, diejenigen Institutionen aufzubauen, die für eine gut funktionierende Marktwirtschaft unerlässlich sind, die Entwicklung neuer Unternehmen zu fördern und Betriebe zu rentablen Einheiten umzustrukturieren. Die EBWE stellt sich diesen Herausforderungen, indem sie ihre Instrumente und Vorgehensweisen in der oben beschriebenen Weise verfeinert. Die Förderung eines guten Investitionsklimas sowie kleiner und mittlerer Unternehmen und die Unterstützung der industriellen Umstrukturierung werden in der unmittelbaren Zukunft strategische Schwerpunkte im Rahmen eines breiten Spektrums von Bankaktivitäten bilden.

Umfeld für die Geschäftstätigkeit

Das Umfeld, in dem die EBWE tätig ist, ist in den 26 Einsatzländern nach wie vor von sehr gegensätzlichen Bedingungen gekennzeichnet. Dies ist zum Teil auf die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen zurückzuführen, die zu Beginn der Reformen vor einem Jahrzehnt in der Region herrschten. Mehr und mehr sind die Unterschiede jedoch außerdem ein Ergebnis der verschiedenen Reformkurse, die die Länder Mittel- und Osteuropas und der GUS eingeschlagen haben. Die Verfahrensweisen bei den Bemühungen um die Schaffung einer Marktwirtschaft waren überall in der Region sehr unterschiedlich. Differenzen in der Reformpolitik sowie spezifische strukturelle, politische und kulturelle Voraussetzungen bilden für die EBWE ein herausforderndes Geschäftsumfeld. Um das Mandat der Bank zu erfüllen, sind äußerste Flexibilität und strategische Weitsicht erforderlich.

Die Turbulenzen in den Schwellenmärkten im Jahr 1998 haben die Qualität der Reformen in den Transformationsländern auf die Probe gestellt. Obwohl eine ganze Reihe von Faktoren die Anfälligkeit dieser Volkswirtschaften für die Krise beeinflusst hat, ist der eigentliche Schlüssel zur Wahrung der makroökonomischen Stabilität und des nachhaltigen Wachstums die Rolle des Staates. Von besonderer Bedeutung ist die Fähigkeit des Staates, Gesetze durchzusetzen und der Korruption Einhalt zu gebieten, Steuern einzuziehen, Banken und Finanzmärkte zu regulieren, Konkursverfahren durchzuführen, die Unternehmensumstrukturierung und effektive Unternehmensführung zu fördern sowie die institutionellen und sozialen Grundlagen für eine gut funktionierende Marktwirtschaft zu schaffen. Dies sind die grundlegenden Herausforderungen der gegenwärtigen Übergangsphase, und sie behalten für alle Länder der Region absoluten Vorrang.

Tendenzen im Transformationsprozeß

Fortschritte bei den Strukturreformen

Der Transformationsprozeß umfaßt viele Dimensionen, von der Liberalisierung der Märkte und der Privatisierung von Staatsvermögen zu den komplexeren institutionellen Reformen, wie dem Aufbau gut funktionierender Finanzinstitutionen und der Einführung angemessener Führungsstrukturen im Unternehmensbereich. Anfängliche Reformanstrengungen konzentrierten sich in der gesamten Region auf Liberalisierung und Privatisierung, Maßnahmen, die den Staat zwingen, sich nicht in die Produktion und in Währungsangelegenheiten einzumischen. Im Gegensatz dazu fordern die institutionellen Reformen, die die 1998 sichtbar einsetzende gegenwärtige Übergangsphase kennzeichnen, den Staat zur Übernahme einer

neuen Rolle auf: als Aufsichtsbehörde, als unparteiische Instanz und zuweilen als aktiver Partner, der die wirtschaftliche Umstrukturierung erleichtert. Die mit dem Aufbau marktorientierter Institutionen verbundenen Aufgaben sind derartig groß und kompliziert, daß sie nicht über Nacht gelöst werden können. Obgleich Regulierungen, Verfahren und Organisationen oft rasch etabliert sind, kann die Fähigkeit von Institutionen, Erwartungen zu ändern und Verhalten anzupassen, nur langfristig entwickelt werden.

Die Einschätzung der Reformfortschritte, die die EBWE in ihrem jährlichen *Transition Report* veröffentlicht, spiegelt die Unterschiede im Zeitprofil der verschiedenen Übergangsdimensionen wider. Die Bewertungen zeigen, daß die Mehrzahl der Transformationsländer bei der Preis- und Handelsliberalisierung sowie bei der Privatisierung kleiner und großer Unternehmen sehr rasche Erfolge erzielt hat. Der Anteil des Privatsektors am BIP übertrifft in 19 der 26 Einsatzländer der EBWE 50 Prozent. In einigen fortgeschrittenen Ländern, zum Beispiel Ungarn, ist der Privatisierungsprozeß praktisch abgeschlossen. Andererseits sind nur wenige Länder bei den schwierigeren institutionellen Reformen wie Unternehmensumstrukturierung, Verbesserung der Unternehmensführung, Wettbewerbspolitik, Reformen des Bankensystems und der Wertpapiermärkte ähnlich weit vorangekommen. Auch Rechtssysteme, insbesondere ihre Wirksamkeit, sind nach wie vor unterentwickelt.

Vor dem Hintergrund eines schwierigen äußeren Umfelds vollzog sich der Fortschritt im Transformationsprozeß insgesamt 1998 weniger rasch als in den Vorjahren. Allerdings erzielte eine Anzahl von Ländern beträchtliche weitere Reformfortschritte, so Armenien,



Institutionelle Reformen zur Ergänzung der Fortschritte bei Liberalisierung und Privatisierung erforderlich

Aserbaidschan und Tadschikistan, die ihren Abstand bei früher verzögerten Reformen verringern konnten. In Bulgarien setzte sich der neue Reformschwung, der nach dem Regierungswechsel 1997 an Boden gewann, im Jahr 1998 fort. Dagegen vollziehen sich in Ländern wie Turkmenistan, Usbekistan und Weißrußland die Reformen zögerlicher. Rußland fiel infolge der Augustkrise in mehreren Reformdimensionen zurück: behördliche Kontrollen von Preisen und Binnenhandel wurden in einigen Regionen als kurzfristige Maßnahmen eingeführt, Devisengeschäfte wurden zeitweilig eingeschränkt, und das finanzielle System durchlief eine größere Abbauperiode.

Entwicklung des Privatsektors

Fortschritte bei der Privatisierung wiesen in den Transformationsländern erhebliche Unterschiede auf. Während die Privatisierung kleiner Unternehmen in den meisten Ländern praktisch abgeschlossen ist, gab es beim Umfang der Privatisierung mittlerer und großer Unternehmen beträchtliche Abstufungen. Bis Mitte 1998 hatten die Slowakische Republik, die Tschechische Republik und Ungarn beim Privateigentum eine Stufe erreicht, die dem etablierten Marktwirtschaften gleichkam. In anderen mittel- und osteuropäischen Ländern vollzog sich die Privatisierung von Großunternehmen zögerlicher, insbesondere in Bulgarien, Kroatien, der EJR Mazedonien und Rumänien; allerdings haben diese Länder ihre Privatisierungsanstrengungen vor kurzem intensiviert. Von den GUS-Staaten unternahmen Armenien, Georgien und Kasachstan im Zeitraum 1997-98 neue Initiativen bei der Privatisierung von Großunternehmen, nachdem sie in früheren Jahren die Nachhut gebildet hatten. Turkmenistan und Weißrußland dagegen scheinen ihre früheren Absichten, die Privatisierung zu beschleunigen, aufgegeben zu haben. Usbekistan geht ebenfalls sehr vorsichtig an die Privatisierung heran.

Im Lauf der letzten zwei Jahre hat sich der Schwerpunkt mehr und mehr auf Handelsverkäufe und Investitionsausschreibungen als bevorzugte Privatisierungsmethode verlagert. Der Sektor Telekommunikation spielt mit vier erfolgreich abgeschlossenen Ausschreibungen im Jahr 1998 (Armenien, Litauen, Polen und Rumänien) und weiteren für 1999 geplanten (zum Beispiel in Albanien, Estland, Georgien, Kirgisistan, und der Slowakischen Republik) dabei eine hervorgehobene Rolle. In den Jahren 1997/98 wurden außerdem strategische Anteile an großen Verarbeitungsunternehmen an ausländische

Investoren verkauft, und zwar in Armenien (Kognak), Bulgarien (Kupfer), Estland (Schiffbau), Kasachstan (Öl und Bergbau) und Lettland (Gas). In Georgien wurden ausländischen Investoren Managementverträge mit Buy-Out-Optionen für zwei große Industrieunternehmen zugeschlagen. Die Krise an den Schwellenmärkten hat in vielen Ländern die Privatisierungsanstrengungen zeitweilig behindert und den Verkauf strategischer Anteile an ausländische Investoren verzögert. Da das Marktvertrauen in den fortgeschritteneren Ländern der Region jedoch zurückkehrt, wurden vor kurzem mehrere Großprivatisierungen angekündigt, unter anderem der Verkauf der größten Geschäftsbank Polens.

In einigen Transformationsländern ist das Wachstum des neuen Privatsektors zur Lokomotive des wirtschaftlichen Wachstums geworden, die zum steigenden Anteil des Privatsektors am BIP beiträgt. In Polen zeigen neue Privatfirmen nach allen Leistungsbewertungen bessere Ergebnisse als privatisierte und staatliche Unternehmen. In Ungarn erbringen Neuansiedlungsinvestitionen durch internationale Unternehmen über die Hälfte aller Exporteinkünfte. Im Kaukasus steht das Wachstum des neuen Privatsektors als Schlüsselfaktor hinter der raschen Konjunkturerholung. In vielen anderen Ländern wird die unternehmerische Initiative allerdings nach wie vor durch Schwächen des Investitionsklimas gelähmt. Steuergesetze sind undurchsichtig, und Steuersätze beeinträchtigen Investitionen sehr ernsthaft. Die Gesetze sind verwirrend und unwirksam. Komplizierte Anmeldungs- und Lizenzverfahren wirken abschreckend auf den Marktzugang. Damit wird ein großer Teil der Privatgeschäfte in die Schattenwirtschaft abgedrängt. Laut einer Reihe von Schätzungen könnte der Anteil der inoffiziellen Wirtschaft am BIP in vielen GUS-Ländern, einschließlich des Kaukasus, Rußland und der Ukraine, ein Drittel überschreiten.

Rechtliches Umfeld

Im allgemeinen hat sich das rechtliche Umfeld in der Region insgesamt verbessert, aber diese Entwicklung war ungleichmäßig. Obwohl viele Länder ein recht umfassendes kommerzielles Rechtssystem eingerichtet haben (Pfand-, Konkurs- und Gesellschaftsrecht), läßt die Umsetzung und Durchsetzung dieser neuen Gesetze und Ordnungsvorschriften zu wünschen übrig. In einigen Ländern (namentlich Kroatien und Rußland) nahm die Wirksamkeit der kommerziellen Gesetzstrukturen ab, möglicherweise aufgrund der Verabschiedung neuer und umfassender Gesetze, auf deren Umsetzung in die Praxis diese Länder noch nicht genügend vorbereitet

Wachsende Nachfrage
nach Dienstleistungen und
technischer Hilfe der
Rechtsabteilung der EBWE

sind. Im allgemeinen bleibt die Schaffung von Institutionen, die die kommerziellen Gesetzstrukturen effektiv umsetzen können, hinter der Verabschiedung der neuen Gesetze zurück.

In den Sektoren Banken, Wertpapiermärkte und Telekommunikation sind ähnliche Entwicklungen zu beobachten. Zwar haben viele Länder in diesen Sektoren moderne, umfassende Gesetze und Bestimmungen verabschiedet, jedoch noch immer nicht die politischen und geldlichen Voraussetzungen geschaffen, die für die effektive Durchsetzung dieses rechtlichen Rahmens erforderlich sind. Im Bankwesen und den Wertpapiermärkten sind einige der Hürden für die richtige Umsetzung der Mangel an geschultem Personal und die fehlende Durchführung regelmäßiger aufsichtsrechtlicher Prüfungen sowie die (durch Inkompetenz oder politischen Druck verursachte) Unfähigkeit, schnelle und häufige Korrekturmaßnahmen zu ergreifen, wenn sich ein Institut als problematisch erweist. Ähnlich steht es mit dem Sektor Telekommunikation. Der ordnungsrechtliche Rahmen, der für einen offenen und fairen Wettbewerb in diesem Bereich erforderlich ist, bedarf größerer Beachtung und Entwicklung.

Angesichts der Finanzkrisen in Asien und Rußland wuchs das Verständnis für die wichtige Rolle der rechtlichen Institutionen, die eine moderne Marktwirtschaft untermauern. Wie die EBWE unterstrichen hat, ist der Aufbau rechtlicher Institutionen unabdingbar für eine Erholung der russischen Wirtschaft und die allgemeine Robustheit des Reformprozesses. Dieses verstärkte Interesse an der Rechtsreform bedeutet, daß eine wachsende Nachfrage nach Dienstleistungen und technischer Hilfe besteht, die die Rechtsabteilung zur Verfügung stellt (siehe Kasten).

Die EBWE nahm weiterhin an den Bemühungen der UN-Kommission für Internationales Handelsrecht teil, um zu einem internationalen Konsens über Richtlinien für spezifische kommerzielle Transaktionen zu gelangen. Insbesondere beteiligte sich die EBWE an der Expertengruppe, die gesetzgeberische Richtlinien für privat finanzierte Infrastrukturprojekte ausarbeitet.

Rechtsreformen

Im Rahmen des Rechtsreformprogramms (*Legal Transition Programme/LTP*) der EBWE wird an der Verbesserung des rechtlichen Umfelds in den Einsatzländern der Bank gearbeitet. Überall in der Region soll das Interesse an Rechtsreformen gefördert und deren Umfang vertieft werden. Mit Hilfe von Mitteln von einer Reihe von Gebern¹ unterstützt das LTP dieses Ziel durch die Bereitstellung oder Mobilisierung rechtstechnischer Hilfe. Im Mittelpunkt der LTP-Tätigkeit steht die Entwicklung von Regulierungen, Institutionen und einer Rechtskultur, auf die sich eine lebendige marktorientierte Wirtschaft verlassen kann.

Im Sektor Telekommunikation stellte die EBWE 1998 für Bosnien und Herzegowina, Litauen, Polen und Weißrußland spezifische Hilfe zur Verfügung. In Bosnien und Herzegowina arbeitete die EBWE mit der Internationalen Fernmeldeunion und dem Büro des Hohen Repräsentanten zusammen, um den Behörden bei der Einigung auf ein staatliches Fernmeldegesetz und ein Regelwerk für die Einrichtung einer unabhängigen Aufsichtsbehörde behilflich zu sein. Außerdem einigte man sich über ein Lizenzmodell für den internationalen Dienst und eine Gebührenordnung. Darüber hinaus brachte die EBWE die Finanzierungs- und Beratungsverträge für die Bereitstellung aufsichtsrechtlicher Hilfe für den Telekommunikationssektor Albaniens zum Abschluß. Zukünftige Projekte werden voraussichtlich im Frühjahr 1999 in Armenien, Kasachstan und der Ukraine in Angriff genommen.

Ein weiterer Wachstumsbereich für rechtstechnische Hilfe ist die Entwicklung von Kapitalmärkten und die Verbesserung der Unternehmensführung. Im Jahr 1998 schloß die EBWE die Finanzierungs- und Beratungsverträge für ein Projekt ab, das der Tschechischen Republik bei der Entwicklung ihrer Wertpapier- und Börsenkommission behilflich sein soll. Ein ähnliches Projekt ist 1999 für die Slowakische Republik geplant. Ende 1998 brachte die EBWE den Plan zum Abschluß, mit der russischen Föderalen Kommission für den Wertpapiermarkt zusammenzuarbeiten. Bei der Arbeit wird der Schwerpunkt auf die Entwicklung spezifischer Kapitalmarktregulierungen und Gesellschaftsrechtsvorschriften gelegt, um die Transparenz der russischen Märkte zu vergrößern und den Schutz der Minderheitsaktionäre und andere Aspekte der Unternehmensführung zu verbessern. Ein ähnliches Projekt soll 1999 für Rumänien in Angriff genommen werden.

Im Jahr 1998 setzte die EBWE die Bereitstellung von Hilfe für ihre Einsatzländer bei der Entwicklung von Sicherungsgesetzen und der Registratursysteme fort, die zur effektiven Umsetzung dieser Gesetze erforderlich sind. Die spezifische Hilfe an Lettland, Rumänien und Ungarn lief weiter, während Tadschikistan neue Hilfe bekam. In Moldau erarbeiteten die EBWE und die deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) eine Durchführbarkeitsstudie für die Einführung eines rechnergestützten Pfandregisters und unterstützen Veränderungen des bestehenden Pfandrechts. Neue Sicherungsprojekte werden für 1999 in Slowenien, der Tschechischen Republik und Turkmenistan erwartet.

Die EBWE setzte 1998 ihre Hilfe für die russische Regierung bei der Umsetzung des neuen Konkursgesetzes fort. Außerdem fuhr sie fort, in der Region Hilfe bei der Entwicklung von Konzessionsgesetzen zu leisten. Gegenwärtig gibt es ein Projekt auf diesem Gebiet für Rumänien.

Zusätzlich zur technischen Hilfe verbesserte die EBWE ihre Bemühungen, die Rechtsreform durch den verstärkten Einsatz der Rechtszeitschrift der Bank, *Law in transition*, zu fördern. Durch eine größere Verteilerliste und Ausgaben in englischer und russischer Sprache kann *Law in transition* diejenigen Personen erreichen, die die Rechtsreform in den Einsatzländern der Bank durchführen und beeinflussen.

¹ Zu den Gebern des LTP gehören die Europäische Gemeinschaft, Frankreich, Deutschland, Irland, Italien (Mittleuropäische Initiative), Japan, Luxemburg, die Niederlande, Taiwan und das Vereinigte Königreich (Know How Fund).



Unternehmensführung und finanzielle Disziplin

Trotz kontinuierlicher Fortschritte bei der Arbeitsproduktivität, insbesondere in den mitteleuropäischen und baltischen Ländern, verläuft die Unternehmensumstrukturierung in den meisten Transformationsländern nach wie vor schleppend und ungleichmäßig. Das deutlichste Indiz hierfür ist das hartnäckige Fortbestehen unprofitabler Unternehmen. In vielen Ländern konzentrieren sich die Verluste auf einige wenige Großunternehmen. In Polen weisen die staatseigenen Rüstungs-, Chemie-, Kohle-, Stahl- und Werftindustrien beständig hohe Verluste aus. In der Tschechischen Republik verursachten zwei Großkonglomerate etwa ein Viertel der Gesamtverluste im Industriesektor. In Rußland waren die meisten privatisierten Großunternehmen in der Herstellung bereits vor der jüngsten Krise unrentabel. Die Umstrukturierung der großen Verlustunternehmen hat sich, sowohl wirtschaftlich als auch politisch, als sehr schwierige Aufgabe erwiesen, besonders in Fällen, wo diese Unternehmen den Lebensunterhalt einer ganzen Stadt oder Region bedeuten. Dies ist ein besonderes Problem in Rußland.

Schlechte Unternehmensführung ist nach wie vor ein Haupthindernis für die Unternehmensumstrukturierung und nachhaltiges Wachstum. Privatisierungen über Anrechtscheine und über Unternehmensübernahmen durch Management oder Belegschaft führten in vielen Ländern zu Führungsstrukturen, die von Insidern beherrscht werden. Das Management übt die Unternehmenskontrolle häufig ohne effektive Prüfungen durch unabhängige Aktionäre oder den Staat aus, der oft Restanteile in privatisierten Firmen in Form von Pensions- oder Privatisierungsfonds hält. Dies behindert die Umstrukturierung, insbesondere beim Abbau unproduktiver Arbeitskräfte. Allerdings gibt es wenige Anzeichen dafür, daß eine Mehrheitsbeteiligung inländischer Außenstehender eine raschere Umstrukturierung zur Folge hat. Einheimische Banken und Investmentfonds haben nicht nur wenig Sachkenntnis in bezug auf das Management und die Umstrukturierung von Firmen, sondern leiden auch selbst unter ähnlichen Unternehmensführungsproblemen, was sich am deutlichsten in der Tschechischen Republik zeigt. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, daß die Rentabilität neuer Privatunternehmen und Unternehmen mit ausländischem Mehrheitsanteil die von staatseigenen und inländisch privatisierten Unternehmen übertrifft.

Eine schwache Finanzdisziplin ist in der gegenwärtigen Übergangsphase nach wie vor die Achillesferse vieler Transformationsländer und stellt eine der wichtigsten Herausforderungen für die Zukunft dar. Trotz aller Bemühungen, das Budget der Unternehmen straffer zu zügeln, gab es überraschend wenige Marktaustritte von Betrieben mit Verlusten. Konkurse, die durch Gläubiger eingeleitet werden, sind in vielen Transformationsländern praktisch unbekannt, obwohl es in Ländern wie Aserbaidschan, Kirgisistan, Litauen, der EJR Mazedonien, der Russischen Föderation, der Slowakischen Republik und der Tschechischen Republik seit kurzem Verbesserungen in der Konkursgesetzgebung gibt. Ein allgemeines Problem ist von seiten des Staates der Mangel an Institutionen, die fähig sind, das Gesetz auch durchzusetzen. Gleich bedeutsam ist die mangelnde Bereitschaft des Staates, beim Konkurs von Großunternehmen die Konsequenzen für die Beschäftigten in Kauf zu nehmen und sich bestehenden Interessengruppen zu widersetzen, die Vorteile aus den Frühphasen des Privatisierungsprozesses gezogen haben. In Rußland zum Beispiel wird eine Reihe von Unternehmen in den Sektoren Rüstung, Energie und Landwirtschaft sowie Unternehmen von sogenannter „strategischer“ Bedeutung durch Sondererlasse der neuen Regierung vom Konkurs abgeschirmt.

Die Regierungen nehmen der Tendenz nach Abstand von direkten Unternehmenssubventionen und machen eher von indirekter Unterstützung über „nachgiebige Budgetierung“ Gebrauch. Diese umfaßt niedrige Vorleistungspreise und – in zunehmendem Maße – Toleranz für Steuerrückstände und Rückstände gegenüber den staatlichen Versorgungsunternehmen. In Rußland und der Ukraine gab es außerdem einen steilen Anstieg von Tauschgeschäften und anderen nicht-monetären Zahlungsformen, deren Anteil zur Mitte 1998 auf mehr als 50 Prozent der Verkäufe von Industriewaren geschätzt wurde. Bei Zahlungen in Form von Sachleistungen an Steuerbehörden und Versorgungsunternehmen wird der wirkliche Wert der Waren oft zu hoch angesetzt. Subventionierte Bankkredite und noch häufiger die laufende Verlängerung von Krediten für Firmen, die nachweislich ihrem Schuldendienst nicht nachkommen, sind in vielen Ländern noch gang und gäbe, insbesondere wenn es gegenseitige Beteiligungen zwischen Verlustunternehmen und Banken gibt. Außerdem spielt der Staat eine große Rolle, indem er Druck auf große Banken (einschließlich der privatisierten) ausübt, die Kredite an Unternehmen mit Verlusten laufend zu verlängern.

Im Dezember 1998 trat die Arbeitsgruppe Unternehmensführung, Korruption und Kapazitätenaufbau der Multilateralen Entwicklungsbanken (MDB) im Hauptsitz der EBWE zusammen. Diese Arbeitsgruppe wurde bei der letzten Tagung der Leiter der MDB ins Leben gerufen. Sie hat die Aufgabe, die Koordinierung zu intensivieren und Lehren zugänglich zu machen, die überall in den Regionen aus den Erfahrungen im Kampf gegen die Korruption und bei der Entwicklung guter Unternehmensführung in den Einsatzländern der EBWE gezogen werden konnten. Der Bericht der Arbeitsgruppe wurde bei der Jahrestagung der MDB im Januar 1999 vorgelegt.

Bankenreform

Das Bankensystem in den Transformationsländern ist nach wie vor allgemein unterentwickelt, und notleidende Kredite sind ein fortdauerndes Problem. Dies ist in der Hauptsache auf schwache Ausleihepraktiken zurückzuführen, die während des Reformprozesses vorherrschten. Es gab jedoch 1998 Fortschritte bei der Bankenprivatisierung in einer Reihe von Ländern, unter anderem in Armenien, Bulgarien, Kasachstan, Kroatien, Polen, Rumänien und der Tschechischen Republik. In einigen Transformationsländern – zu ihnen gehören Albanien, Aserbaidschan, Bulgarien, die EJRMazedonien, Rumänien, Turkmenistan, Usbekistan und Weißrußland – ist der Bankensektor nach wie vor durch weitgehenden staatlichen Einfluß gekennzeichnet. Obwohl gelenkte Kredite größtenteils abgeschafft wurden, stellen viele staatseigene Banken nach wie vor „vorrangigen“ Sektoren, insbesondere der Landwirtschaft, Darlehen zu künstlich niedrig gehaltenen Zinsen zur Verfügung.

Die meisten Transformationsländer erzielten im Laufe des Berichtsjahrs bei der Verabschiedung und Inkraftsetzung strafferer Aufsichtsregulierungen Fortschritte. Mindestkapitalerfordernisse und Eigenkapitalrichtnormen wurden allmählich erhöht; internationale Rechnungslegungsnormen und neue Regelungen zur Kreditvergabe an verbundene Unternehmen und zu Einzelengagements traten in Kraft. Allerdings bestätigte eine 1998 von der EBWE unter Rechtssachverständigen in der Region durchgeführte Umfrage, daß zwischen dem Volumen der gesetzlichen Regelwerke zur Banken- und Wertpapierfähigkeit einerseits und seiner Wirksamkeit andererseits eine beträchtliche Lücke klafft, insbesondere in der GUS. Hinzu kommt, daß die Zentralbankaufsicht in einer Anzahl von Ländern nach wie vor sehr zu wünschen übrig läßt.

Joint Vienna Institute

Die EBWE veranstaltete 1998 Seminare über praktische Bankfachkenntnisse und Unternehmensmanagement für leitende Manager in den Kundenunternehmen und Finanzinstituten, die Partner der Bank sind. Diese wurden vom Joint Vienna Institute (JVI) durchgeführt, eine internationale Institution, die 1992 durch die EBWE, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), den Internationalen Währungsfonds und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gegründet wurde. Weitere Träger des Instituts sind die österreichische Regierung, die Europäische Gemeinschaft und verschiedene bilaterale Geber.

Die Seminare wurden durch das TurnAround Management-Programm der Bank (siehe Seite 40), den Fonds für Kleinunternehmen in Rußland (siehe Seite 29) und weitere EBWE-Teams – so das Elektrizitäts- und Energie-Team – unter Beteiligung von EBWE-Rechtsanwälten gesponsert. Die Bank beteiligte sich außerdem weiterhin an der Unternehmensführung und Kursgestaltung des JVI.

Zum 1. Januar 1999 wurde das JVI um einen neuen Partner, die Welthandelsorganisation, erweitert. Darüber hinaus sprachen sich alle Trägerinstitutionen dafür aus, ihr Engagement für das JVI um eine weitere Fünfjahresfrist bis zum August 2004 zu verlängern. Die Entscheidung der EBWE beruhte auf der Überzeugung, daß ein fortgesetzter Bedarf für ein derartiges Training besteht, und daß das JVI ein kostenwirksames Mittel zur Befriedigung dieser Nachfrage darstellt.

Aufsichtsrechtliche Schwächen vor dem Hintergrund einer wachsenden Vermittlung von ausländischen Kapitalströmen durch das inländische Bankensystem haben die Anfälligkeit einer Anzahl von Transformationsländern für Banken Krisen aufgrund des Vertrauensverlustes der Anleger noch verschlimmert. Das einschlägigste Beispiel ist die finanzielle Krise, die sich seit Mitte 1998 in Rußland ausbreitet (siehe weiter unten). Die Auswirkungen haben auf andere Transformationsländer übergegriffen, am augenfälligsten in Lettland, wo es sich herausstellte, daß einige Banken sich übermäßig im staatlichen russischen Wertpapiermarkt engagiert hatten. Unzureichende inländische Ausleihepraktiken unterminieren weiterhin die Stabilität der Banken in der gesamten Region. Im Berichtsjahr brach die fünftgrößte Bank Kroatiens zusammen, nachdem sie sich in hochbrisanten Investitionsprojekten mit einer einzigen Gegenpartei engagiert hatte. Die drittgrößte Bank der Slowakischen Republik wurde unter Zwangsverwaltung gestellt.

Der finanzielle Nichtbanken-Sektor ist nach wie vor so unterentwickelt wie der Bankensektor, obwohl es schrittweise Verbesserungen im ordnungsrechtlichen und institutionellen Rahmen gibt. Die Marktkapitalisierung an den Börsen lag in den meisten Transformationsländern 1997 relativ niedrig und nahm 1998 infolge fallender Aktienpreise weiter ab. Viele Aktien

sind schwer realisierbar, und nur wenige sind unter den erstklassigen Werten notiert, wo strengere Berichtspflichten herrschen. Öffentliche Erstbegebungen und Kapitalerhöhungen über den Aktienmarkt sind außer im Rahmen des Privatisierungsprozesses nach wie vor selten.

Engagements im Handel mit der Russischen Föderation, der Ukraine und Weißrußland

In Prozent

	Anteil der Exporte von Waren nach Rußland ¹	Anteil der Exporte von Waren in die Ukraine ¹	Anteil der Exporte von Waren nach Weißrußland ¹	Gesamt	Anteil von Exporten am BIP ¹	BIP-Risiko ²
Mittel-, Osteuropa und die baltischen Länder³						
Bulgarien	7	3	0	10	47	5
Estland	6	5	2	13	49	6
Kroatien	4	0	0	4	22	1
Lettland	21	4	3	28	32	9
Litauen	7	9	12	28	44	12
EJR Mazedonien	2	8	1	11	36	4
Polen	4	5	1	10	20	2
Rumänien	3	1	0	4	24	1
Slowakische Republik	3	3	0	6	45	3
Slowenien	4	1	0	5	47	2
Tschechische Republik	2	1	nv	4	43	2
Ungarn	5	1	0	7	43	3
Durchschnitt	6	4	2	11	38	4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten						
Armenien	23	2	1	26	14	4
Aserbaidshan	23	4	0	28	21	6
Georgien	30	4	0	34	9	3
Kasachstan	39	3	nv	42	30	13
Kirgisistan	21	1	1	23	37	9
Moldau	63	5	2	70	38	26
Russische Föderation	–	9	6	14	20	3
Tadschikistan	8	1	1	10	60	6
Turkmenistan	5	0	0	5	41	2
Ukraine	22	–	5	27	31	8
Usbekistan	31	6	2	39	26	10
Weißrußland	59	15	–	74	55	41
Durchschnitt	29	5	2	33	32	11

Quellen: IWF, Direction of Trade Statistics Yearbook, 1997; Mitarbeiter-Berechnungen der EBWE.

Anmerkungen:

nv = nicht verfügbar. Wegen Auf- oder Abrundens von Einzelzahlen ergibt sich möglicherweise eine Differenz bei der Gesamtsumme.

¹ Nur Warenexporte. Zahlen der Nationalbehörden für den Gesamtexport weisen für alle drei baltischen Länder bedeutend höhere Zahlen aus.

² Berechnet als der gesamte Anteil von Warenexporten nach Rußland, Weißrußland und die Ukraine, multipliziert mit dem Anteil von Warenexporten am BIP. Indirekte und Zweiteffekte bleiben unberücksichtigt.

³ Daten für Albanien sowie Bosnien und Herzegowina lagen vom IWF nicht vor. Nationale Quellen weisen für Albanien lediglich ein geringes Handelsengagement in Rußland aus.

Die Krise in Rußland und ihre Auswirkungen

Der ernste Konjunkturabschwung in Rußland in Verbindung mit der finanziellen Krise und einer effektiven Zahlungsunfähigkeit der Regierung, die viele in- und ausländische Schulden betraf, überschattete die Ereignisse des Jahres 1998. Die Ursachen für den Zusammenbruch der russischen Finanzmärkte liegen in der noch nicht abgeschlossenen Stabilisierung des Landes, die mit hartnäckigen volkswirtschaftlichen Ungleichgewichten und enttäuschend langsamen Strukturreformen, insbesondere Unternehmensreformen, verbunden ist. Seit 1995 hat die russische Regierung die Finanzierung des Defizits durch Kreditaufnahme am Schatzwechsellmarkt und an internationalen Finanzmärkten ersetzt. Grundsätzlich gewann die Regierung dadurch Zeit für Fortschritte beim Abbau des Defizits, bei den Strukturreformen und der Unternehmensumstrukturierung. Dennoch trockneten die Kanäle konzessionierter Finanzierung für Unternehmen bei weitem nicht aus. Zusätzlich verteuerte die asiatische Finanzkrise die Kreditaufnahme und trug zu einem Absinken der Rohstoffpreise bei.

Da der Schuldenberg der Regierung wuchs, ohne daß sich bei den Haushaltsanpassungen und Strukturreformen nennenswerte Fortschritte zeigten, verloren einheimische und ausländische Inhaber von russischen Schuldtiteln das Vertrauen in die Rückzahlungsfähigkeit der Regierung. Dies schlug sich in einer überstürzten Abwertung des Rubels am 17. August und einem Zahlungsverzug bei russischen Staatswertpapieren nieder. In einer vergeblichen Anstrengung, die durch die Abwertung und den Zahlungsverzug erschütterten russischen Großbanken zu schützen, erklärte die Regierung ein Moratorium für Schuldzahlungen des Privatsektors an ausländische Gläubiger. Diese Maßnahmen untergruben das Vertrauen weiter und verschärften die finanzielle Krise.

Zum Jahresende 1998 konzentrierten sich russische Politiker auf kurzfristige Entscheidungen, um die Lage zu stabilisieren und gleichzeitig weiterhin umfassende strukturelle und grundsätzliche Veränderungen zu umgehen. Obwohl ein vielversprechendes Umstrukturierungsprogramm für die Banken gebilligt wurde, gab es bei der Umsetzung kaum Fortschritte, insbesondere bei der Ausarbeitung einer Liste von wirtschaftlich und sozial wichtigen Großbanken, die gerettet werden sollen, und der Entscheidung über das Schicksal zahlungsunfähiger Finanzinstitute. Der vorgeschlagene Haushalt für 1999 enthält zwar weniger größere Neuaufwendungen der Regierung als zuvor befürchtet, wurde aber dennoch

vom IWF als unrealistisch zurückgewiesen. Ein Übereinkommen mit dem IWF über zusätzliche Zahlungsbilanzunterstützung wäre jedoch entscheidend und würde den Weg zur Umschuldung von Rußlands externen Zahlungsverpflichtungen und für die Rückkehr von Auslandskapital nach Rußland bahnen.

Die russische Krise hat die Verflechtung von mikroökonomischer Anpassung, dem Investitionsklima und der Nachhaltigkeit makroökonomischer Stabilisierungsanstrengungen nachdrücklich unter Beweis gestellt. Letztlich wird Rußlands grundsätzliche Reaktion auf die andauernde tiefe Krise sowohl direkt (durch ihre unmittelbaren wirtschaftlichen Auswirkungen) als auch indirekt (durch ihren Modelleffekt) das Tempo und die Richtung des Transformationsprozesses in der vorhersehbaren Zukunft in einem Großteil der GUS maßgebend mitbestimmen.

Tendenzen der makroökonomischen Entwicklung

Wirtschaftswachstum

Eine Überprüfung der makroökonomischen Leistung der Transformationsländer 1998 zeigt weit auseinanderklaffende Unterschiede. In einer Anzahl von Ländern setzte sich das Wachstum der Produktion kräftig fort; in sieben Fällen übertraf es 5 Prozent. Dagegen fiel die Wirtschaftstätigkeit in der größten Volkswirtschaft der Region, Rußland, um geschätzte 5 Prozent, und die Aussichten für eine Erholung im Jahr 1999 erscheinen schwach, obwohl die Aktivitäten in der Industrie aus der umfassenden Abwertung in den letzten Monaten des Jahres 1998 Vorteile ziehen konnten. Die Auswirkungen der russischen Krise haben die wirtschaftliche Leistung in einem Teil der übrigen Region in Mitleidenschaft gezogen, insbesondere in den benachbarten GUS-Ländern mit schwachen wirtschaftlichen Grunddaten und starken Handelsbeziehungen zu Rußland.

In Mittel- und Osteuropa und den baltischen Ländern verlangsamte sich der wirtschaftliche Schwung der ersten Jahreshälfte 1998 im zweiten Halbjahr. Es wird geschätzt, daß das Durchschnittswachstum für das Jahr auf ca. 2,8 Prozent gefallen ist, verglichen mit 3,6 Prozent im Vorjahr. Allerdings gehören neben Polen nun auch die Slowakische Republik und Slowenien zu den mittel- und osteuropäischen Ländern, in denen das Einkommensniveau über dem von 1998 liegt. In zwei der im Transformationsprozeß weniger fortgeschrittenen Länder – Albanien und Bulgarien – gab es nach schweren Krisen im Jahr 1997 ein deutliches Wachstum.

Absinken des durchschnittlichen Wachstums im Jahr 1998

Dies war nachweislich dem erneuten Engagement für Stabilisierungsmaßnahmen zu verdanken. Dagegen setzte sich der Rückgang der rumänischen Wirtschaft mit 4,5 Prozent im Jahr 1998 fort, ein Ergebnis grundlegender volkswirtschaftlicher Schwächen, wie umfangreichen Haushalts- und Zahlungsbilanzdefiziten, die durch Verzögerungen bei der Umsetzung der nötigen Strukturreformen noch verschärft wurden.

In den übrigen mittel- und osteuropäischen Ländern zeigte das Wachstum im Jahresverlauf eine bemerkenswerte Widerstandskraft. Eine Ausnahme bildete die tschechische Wirtschaft, die zum ersten Mal seit 1992 ein negatives Wachstum zeigte.

Die mittel- und osteuropäische Region profitierte von der Wiederbelebung der einheimischen Nachfrage in Westeuropa, insbesondere in Deutschland und Frankreich. Allerdings fiel das Wachstum in den drei baltischen Ländern im Vergleich zum Vorjahr beträchtlich.

Die Entwicklungen in der GUS im Jahr 1998 wurden von den jüngsten Ereignissen in Rußland beeinflusst, und dies hatte bereits wesentliche Implikationen für die restliche Gemeinschaft. Obwohl die Handelsverbindungen seit Anfang der Reformen bereits beträchtlich abgebaut worden sind, gab es im Berichtsjahr aufgrund des Handelsengagements (siehe Tabelle auf Seite 21) sehr wenige nennenswerte Verbesserungen (eine Ausnahme war Turkmenistan nach dem Zusammenbruch der Gasexporte und daher des BIP im Jahr 1997). Die Ukraine hat viele der zugrundeliegenden strukturellen Schwächen mit Rußland gemeinsam und ist im Gefolge der Abwertung des Rubels unter schweren Druck geraten. Das Ergebnis war, daß der wirtschaftliche Aufschwung noch weiter auf sich warten läßt und das BIP 1998 wahrscheinlich um ca. 1,5 Prozent gefallen ist. Das Sinken der Öl- und Metallpreise hat Rußland und alle zentralasiatischen Volkswirtschaften sowie Aserbaidshan schwer, wenn auch in verschiedenem Maße, getroffen. Auch Tadschikistan bleibt angesichts der fortbestehenden politischen Störungen in hohem Maße instabil, und die Nachhaltigkeit der ausgewiesenen hohen Wachstumsraten in Weißrußland ist höchst fragwürdig.

Stabilisierung

Die Inflation ging in den meisten Ländern 1998 weiterhin zurück. Dies ist auf niedrige Rohstoffpreise und die Verknappung der inländischen Liquidität im Gefolge von Kapitalströmen aus der Region in der zweiten Jahreshälfte zurückzuführen. In den mittel- und osteuropäischen Ländern sind insbesondere die

Erfolge beim Abbau der Inflation in Albanien und Bulgarien von einem hohen bzw. hyperinflationären Niveau im Vorjahr bemerkenswert. Bulgarien erreichte zum Jahresende eine Senkung der Inflationsrate von 500 Prozent im Jahr 1997 auf 1 Prozent im Jahr 1998. In Rumänien verlief die Besserung langsamer, hauptsächlich aufgrund von gebremsten wirtschaftlichen und politischen Reformen und steigenden Haushaltsungleichgewichten. Die Inflation verblieb zum Jahresende 1998 nahe bei 50 Prozent. Anderswo in den mittel- und osteuropäischen Ländern lagen die Inflationsraten für 1998 im einstelligen oder unteren zweistelligen Bereich. Die Inflationsraten in Lettland, Litauen und der EJR Mazedonien lagen zum Jahresende dicht bei denen des EU-Durchschnitts von ca. 2 Prozent oder darunter, während Polen und Ungarn, die zu den fünf Ländern gehören, die in Beitrittsverhandlungen eingetreten sind, zum Jahresende eine bedeutend höhere Teuerungsrate auswiesen.

In der GUS kam die fortschreitende Verringerung der durchschnittlichen Teuerungsraten zum Jahresende in früheren Jahren zum Stillstand; statt dessen stieg die mittlere Rate von 13 Prozent im Jahr 1997 auf 18,3 Prozent im Berichtsjahr. Dieser Tendenz zu einer mäßig höheren Inflation liegen erhebliche Unterschiede in den Ländern zugrunde, sowohl die Teuerungsraten als auch die Änderungsrichtung betreffend. In Armenien, Aserbaidshan, Kasachstan und Tadschikistan blieben die Wechselkurse trotz erheblichen Drucks nach der russischen Krise stabil, und aus diesem Grund konnten diese Länder im Gefolge einer straffen Geldpolitik und Billigimporten aus Rußland eine erhebliche Verringerung der Inflation verzeichnen. In der übrigen GUS trieb eine Abwertung der Wechselkurse die Inflation nach oben. Allerdings waren nur Rußland und Weißrußland mit einer ernstesten monetären Destabilisierung konfrontiert: Zum Jahresende erreichte die Inflation in diesen beiden Ländern eine Höhe von 85 bzw. 178 Prozent.

Die Rückschläge bei der volkswirtschaftlichen Stabilisierung in Rußland unterstreichen die Risiken einer Stabilisierungsstrategie, die sich fast ausschließlich auf die Geldpolitik verläßt und sich nicht mit den zugrundeliegenden Haushaltsungleichgewichten befaßt. Zwar können Regierungen Haushaltsdefizite vorübergehend durch die Emission von Wertpapieren auf den jungen Kapitalmärkten der Region finanzieren, doch müssen gleichzeitig Strukturreformen in Angriff genommen werden, um die Finanzierungslücke zu schließen. Andernfalls kann das Vertrauen leicht einbrechen – was, wie in Rußland, zu einem

In der Mehrzahl der Einsatzländer der Bank ging die Inflation 1998 weiter zurück

Währungskollaps und einer ernsten Finanzkrise führen kann. Vor diesem Hintergrund geben die fortgesetzten Haushaltsungleichgewichte in vielen Ländern der Region Anlaß zur Sorge.

Die Steuereinzahlung ist nach wie vor in einem Großteil der GUS das dringendste Problem. In Ländern wie Georgien und Tadschikistan, die beide ernsthafte

innere Konflikte durchlitten haben, belaufen sich die Steuereinkünfte auf kaum 10-15 Prozent des BIP. Schätzungen für 1998 deuten darauf hin, daß die Zahl der Länder in der Region, deren Haushaltsdefizite über 5 Prozent des BIP liegen, von sechs im Jahr 1997 auf acht im Jahr 1998 angestiegen ist. Fünf von ihnen sind GUS-Länder.

Ausländische Direktinvestitionen

(In der Zahlungsbilanz ausgewiesene Nettozuflüsse)

	(Millionen US-Dollar)					Kumulative Zuflüsse ausländischer Direkt- investitionen 1989-1998	Kumulative Zuflüsse ausländischer Direkt- investitionen, pro Kopf 1989-1998	Zuflüsse ausländischer Direkt- investitionen pro Kopf		Zuflüsse ausländischer Direkt- investitionen in Prozent des BIP	
	1994	1995	1996	1997 (Revidiert)	1998 (Schätzung)			1997	1998	1997	1998
Albanien	65	89	97	42	45	423	132	13	14	1,9	1,5
Bulgarien	105	82	100	497	240	1.162	140	60	29	4,8	1,9
Estland	212	199	110	130	400	1.208	833	90	276	2,8	7,4
Kroatien	102	88	529	346	700	1.874	416	72	156	1,8	3,4
Lettland	155	244	376	515	200	1.584	634	206	80	9,3	3,2
Litauen	31	72	152	328	950	1.563	422	89	257	3,4	9,2
EJR Mazedonien	24	13	12	30	115	194	97	14	58	0,9	3,7
Polen	542	1.134	2.768	3.041	6.600	15.066	389	79	171	2,2	4,5
Rumänien	341	417	263	1.224	1.900	4.370	193	54	84	3,5	4,3
Slowakische Republik	250	202	251	177	360	1.614	299	33	67	0,9	1,7
Slowenien	128	176	186	321	165	1.239	619	161	83	1,8	0,8
Tschechische Republik	749	2.526	1.388	1.275	1.600	9.073	881	124	155	2,5	2,9
Ungarn	1.146	4.453	1.983	2.085	1.700	17.134	1.694	206	168	4,6	3,6
Mittel-, Osteuropa und die baltischen Länder	3.851	9.694	8.216	10.011	14.975	56.503	368	65	98	2,0	2,8
Armenien	3	19	22	51	140	235	63	14	38	3,1	7,6
Aserbaidshjan	22	282	661	1.093	1.077	3.155	415	144	142	28,4	26,2
Georgien	8	6	54	189	219	477	89	35	41	3,6	4,3
Kasachstan	635	964	1.137	1.320	1.300	5.829	383	84	86	5,9	5,9
Kirgisistan	45	96	46	83	52	332	72	18	11	4,9	3,1
Moldau	18	73	56	64	100	342	79	15	23	2,9	5,8
Russische Föderation	539	1.710	1.700	3.752	1.500	9.201	63	25	10	0,8	0,5
Tadschikistan	12	17	20	30	12	100	17	5	2	2,7	1,0
Turkmenistan	103	233	129	108	110	762	157	23	23	5,9	5,2
Ukraine	100	400	526	600	700	2.726	54	12	14	1,2	1,7
Usbekistan	73	-24	90	167	170	533	23	7	7	1,2	1,2
Weißrußland	11	7	70	190	50	344	34	19	5	1,4	0,3
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	1.568	3.783	4.511	7.647	5.430	24.036	85	27	19	1,3	1,3
Gesamt	5.419	13.477	12.727	17.658	20.405	80.539	185	40	41	1,6	1,8

Quelle: IWF, Zentralbanken und Schätzungen der EBWE.

Anmerkung:

Bei den meisten Ländern schließen die Zahlen lediglich Kapitalbeteiligungen und in einigen Fällen Sacheinlagen ein. Für Länder (wie Estland und die Slowakische Republik), für die die Nettokapitalinvestitionen nicht problemlos zugänglich waren, umfassen die neueren Angaben sowohl die wieder investierten Erträge als auch Fremdkapitaltransaktionen zwischen Unternehmen. Die vermehrten Abflüsse ausländischer Direktinvestitionen aus Transformationsländern spalten die Netto- und Bruttozuflüsse im Rahmen ausländischer Direktinvestitionen. So umfaßte z.B. in Kroatien der Bruttozufluß ausländischer Direktinvestitionen 346 Millionen US-Dollar, wohingegen die Abflüsse ausländischer Direktinvestitionen 150 Millionen US-Dollar ausmachten

Bedingungen an internationalen Kapitalmärkten aufgrund von Finanzkrisen 1998 grundlegend verändert

Außenbilanzen und Kapitalströme

Haushaltsdefizite gehen in einer Anzahl von Ländern nach wie vor mit Leistungsbilanzdefiziten einher. Die Außenbilanzen in den Transformationsländern waren 1998 einer Kombination externer Schocks unterworfen, unter anderem den Auswirkungen der Asienkrise an den Weltmärkten (die einen schweren Abwärtsdruck auf die Rohstoffpreise ausgeübt hat) und in jüngster Zeit einer dramatischen Wende in Rußlands Leistungsbilanz. Nach einem Defizit in der ersten Jahreshälfte führten die Abwertung des Rubel und der damit verbundene Rückgang der Nachfrage nach ausländischen Waren zu einer positiven Bilanz am Jahresende. Dieser Umschwung in der Außenbilanz Rußlands wird wahrscheinlich eine große Auswirkung auf die meisten GUS-Länder und einige mittel- und osteuropäische Länder haben und hat im allgemeinen 1998 zu höheren Leistungsbilanzdefiziten geführt als erwartet.

Charakteristisch für eine große Anzahl von Transformationsländern waren in den letzten Jahren hohe Leistungsbilanzdefizite. Leistungsbilanzdefizite von über 7 Prozent des BIP wurden im Jahr 1998 in 15 Ländern ausgewiesen, verglichen mit neun solchen Fällen im Vorjahr. Diese Defizite waren in der Vergangenheit durch beträchtliche Kapitalzuflüsse angetrieben worden, ein Ergebnis der steigenden Investitionsmöglichkeiten in der Region als ganzer und Tendenzen in den globalen Finanzmärkten. In mitteleuropäischen Ländern wie Polen und Ungarn sind Leistungsbilanzdefizite gepaart mit robuster Investitionstätigkeit und intensiver Umstrukturierung der einheimischen Produktion. Höhere Investitionsquoten tragen zu besserer Exportleistung bei und schaffen daher die Grundlage für eine spätere Begleichung der ausländischen Verbindlichkeiten, die in der Zeit des Wiederaufbaus eingegangen wurden.

Bei den umgeschlagenen Liquiditätsbedingungen in den internationalen Kapitalmärkten sind jedoch wahrscheinlich nur die am meisten fortgeschrittenen Reformländer in der Lage, die finanziellen Leistungsbilanzdefizite weiterhin durch stabile langfristige Kapitalströme zu finanzieren. In vielen GUS-Ländern, unter anderem Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau und Turkmenistan, haben die Leistungsbilanzdefizite und der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Rußland begonnen, grundsätzliche Anpassungen in Form von Wechselkursabwertung und einer Schrumpfung der Haushaltsposition auszulösen.

Die asiatische und die russische Krise haben 1998 die Bedingungen an den internationalen Kapitalmärkten grundsätzlich verändert. Während die neunziger Jahre durch das rasche Wachstum privater Kapitalströme in die Schwellenmärkte gekennzeichnet waren, wird das Ausmaß der Verluste von internationalen Anlegern in Rußland wie auch in Asien ihre Risikoakzeptanz wahrscheinlich radikal einschränken. Große institutionelle Investoren könnten sich für geraume Zeit aus diesen Märkten zurückziehen. Darüber hinaus hat der Kampf um Liquidität seit Mitte August bei internationalen Investoren zu „technischen“ Verkäufen geführt, um die Nachschubforderungen leisten zu können. Dadurch wurden die Anlagenpreise nach unten getrieben, was zu einem Abfluß kurzfristiger Mittel von fast allen Schwellenmärkten führte.

Allerdings war die Auswirkung sowohl unter den Ländern wie auch für verschiedene Arten von Kapitalflüssen höchst unterschiedlich. Märkte unterscheiden zwischen Kreditnehmern aufgrund ihrer volkswirtschaftlichen Grunddaten und mögen bei einigen Transformationsländern, die nach wie vor robuste Grunddaten aufweisen, anfänglich überreagiert haben. Spannen bei internationalen Anleiheemissionen durch Kreditnehmer aus der Region weisen bereits eine hohe Differenzierung auf.

Was die Arten von Kapitalflüssen betrifft, sind kurzfristig die Länder, die sich auf ausländische Direktinvestitionen verlassen, wahrscheinlich weniger von der gegenwärtigen Volatilität an den Kapitalmärkten betroffen als Länder, in denen kurzfristige Portfolioinvestitionen bei der externen Finanzierung eine größere Rolle spielten. Insbesondere ausländische Direktinvestitionen sind durch die langfristigen wirtschaftlichen Möglichkeiten in der Region motiviert und gehen Hand in Hand mit erheblichen Veränderungen in der Unternehmensführung der Zielunternehmen. Ausländische Direktinvestoren verfügen daher sowohl über die Fähigkeit als auch die Motivation, ihre Vermögenswerte durch ihre „Stimmrechte“ oder aktives Engagement zu erhalten und nicht durch einen „Austritt“. In der Tat zeigen jüngste Prognosen für ausländische Direktinvestitionen in sieben wichtigen osteuropäischen Empfängerländern keine nennenswerten negativen Auswirkungen der russischen Krise, ausgenommen in Rußland selbst (siehe Tabelle auf Seite 21). Allerdings ist eine Verlangsamung des direkten Zustroms ausländischer Investitionen in die Region möglich, und sie wäre noch weit wahrscheinlicher, sollten die Regierungen strukturelle Reformen aufgrund externer Schwierigkeiten verzögern.

Die Auswirkung auf andere Arten von Kapitalströmen dürfte deutlicher sein als für die Direktinvestitionen. Eine Anzahl von Transformationsländern, unter anderem Kasachstan und Moldau, verschob die für 1998 geplanten Euro-Anleiheemissionen. Syndizierte Ausleihungen werden ebenfalls gekürzt, da Banken vorsichtiger Gläubiger werden und sich Zeit nehmen, ihr Kapital wieder aufzubauen – ein Vorgang, der schon 1998 deutlich wurde. Noch direkter wurde eine große Anzahl von Transformationsländern, darunter die fortgeschrittensten, von einem Abfluß kurzfristiger Portfolioinvestitionen von den inländischen Geld- und Aktienmärkten betroffen.

Der Rückzug aus den Märkten für Festverzinsliche in Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn im Frühjahr 1998 hat sich bereits weitgehend umgekehrt, während Länder mit schwächeren Grunddaten wie Rumänien, Rußland und die Ukraine im Hinblick auf Kapitalabflüsse wahrscheinlich in nächster Zukunft keine Wende erleben dürften. Die meisten anderen GUS-Länder haben auch in der Vergangenheit keine nennenswerten Portfolioströme ins Land gezogen. Offizielle Finanzierungen, unter anderem von den IFI, könnten die Auswirkungen externer Schocks auf die Zahlungsbilanz etwas auffangen. Allerdings werden auch Länder wie Kasachstan und Turkmenistan wahrscheinlich Nettoabflüsse kurzfristiger Bankkredite hinnehmen müssen.

Beitrittsprozeß zur EU verfolgt
gemeinsame Ziele mit
Übergangs-mandat der Bank

Beitritt zur Europäischen Union

Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union wurden am 30. März 1998 mit fünf Einsatzländern der EBWE aufgenommen: Estland, Polen, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn. Die übrigen Beitrittskandidaten unter den Einsatzländern der EBWE sind Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien und die Slowakische Republik. Der Beitrittsprozeß wird zur Festigung des institutionellen Rahmens der Kandidatenländer beitragen und Handel und Investitionen in der Region fördern. Aus diesen Gründen glaubt die EBWE, daß der Beitritt zur EU in den betreffenden Ländern Wachstum und Stabilisierung unterstützen wird. Die Bank ist sich bewußt, daß die Erweiterung der EU bedeutende Folgen für die Tätigkeit der EBWE in fortgeschrittenen Ländern haben wird. Außerdem unterstreicht die Strategie der Bank die gemeinsamen Ziele des EU-Beitrittsprozesses und des Transformationsmandats der EBWE. Im Jahr 1998 erhöhte sich das Maß der EBWE-Investitionen in den Beitrittsländern beträchtlich.

Um beim Beitritt zur EU zu helfen, verbessert die Europäische Kommission die finanzielle Unterstützung für die Beitrittsländer, um die Übernahme der EU-Gesetzgebung zu fördern. Die Europäische Kommission ergriff die Initiative für eine Koordinierung mit der EBWE und anderen IFI, um sicherzustellen, daß ihre gebündelten Aktivitäten in den Beitrittsländern maximale Wirkung erreichen. In einer am 30. März 1998 abgeschlossenen Grundsatzvereinbarung zwischen der EBWE, der Europäischen Kommission und der Weltbank werden die Prinzipien der Zusammenarbeit umrissen. Außerdem legt das Protokoll die Berechtigungs- und Auswahlkriterien für die Kofinanzierungsprojekte in den Kandidatenländern fest. Regelmäßige Treffen auf hoher Ebene sowie Beratungen von Arbeitsgruppen sind einberufen worden, um die Zusammenarbeit und gemeinsames Handeln zu fördern. Für das Phare-Programm hat dieser Prozeß bereits begonnen, nunmehr wird er erweitert und umfaßt dann ebenfalls die neuen Strukturelemente der EU für den Beitritt und die Reformen in der Landwirtschaft.

Koinvestitionen sind der Hauptbereich der direkten Zusammenarbeit zwischen der EBWE und der Europäischen Kommission. Im Jahr 1998 koinvestierte EU-Phare mit der EBWE in den Beitrittsländern 60 Millionen Ecu für Projekte in den Bereichen Umwelt, kommunale Infrastruktur und Transport und Verkehr. An der Kofinanzierungs-Pipeline für 1999 wurde im Jahresverlauf weitergearbeitet, insbesondere in Verbindung mit zwei Fazilitäten für gemeinsame Finanzierung: die KMU-Fazilität, die auf KMU in Beitrittsländern zielt, und die Milchwirtschafts-Fazilität, die polnische Molkereien mit Investitionsbedarf im Zusammenhang mit der Erfüllung der EU-Normen unterstützen soll. Beide Fazilitäten sollen ihre Tätigkeit im Jahr 1999 aufnehmen.

Die EBWE arbeitet in wichtigen Industriebereichen wie Stahl, Energieerzeugung, Reaktorsicherheit, Umwelt sowie Transport und Verkehr und Telekommunikation eng mit der Europäischen Kommission zusammen. Darüber hinaus stellte die Bank für Phare und seine Empfängerländer weiterhin technische Dienstleistungen auf kostendeckender Basis zur Verfügung. Im Jahresverlauf berieten Banker und Anwälte der EBWE die Tschechische Wertpapier- und Börsenkommission, die Behörde für industrielle Entwicklung in der Slowakischen Republik und die Regierung Rumäniens über die Ausarbeitung neuer Wertpapier- und Lizenzgesetze.

Rückblick auf die Geschäftstätigkeit 1998

Reformprüfliste

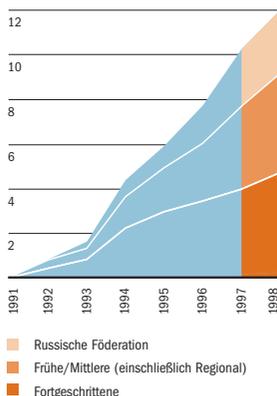
Die Projekte der EBWE werden an ihrer Auswirkung gemessen auf:

- mehr Wettbewerb im betreffenden Sektor;
- Anregung von Wettbewerb in anderen Sektoren;
- breiter gestreutes Privateigentum;
- Institutionen, Gesetzgebung und Politik, die Funktion und Effizienz des Marktes fördern;
- Entwicklung von Fachkenntnissen;
- Demonstration neuer Verfahrensweisen, die an anderer Stelle eingesetzt werden können;
- Setzung von Normen für Unternehmensführung und Geschäftsgepflogenheiten.

Zusagen im Umlauf erreichten insgesamt 10,2 Milliarden Ecu, 15 Prozent mehr als zum Jahresende 1997

Kumulative Zusagen nach Übergangsphasen

Stand 31. Dezember 1998 (Milliarden Ecu)



Angesichts großer Herausforderungen in ihrem Einsatzbereich im Jahr 1998 hat sich die EBWE ernsthaft um Lösungen für Probleme bemüht, mit denen sie sich auseinandersetzen mußte, und zur gleichen Zeit die Zielstellungen des Geschäftsplans erreicht, in vielen Fällen sogar überschritten. In ihren Einsatzländern hat die EBWE sich konsequent auf die Förderung der Reformen sowie ihr Projektportfolio konzentriert und eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt, um die Wirksamkeit der Geschäftstätigkeit weiter zu erhöhen.

Durch ihre Projekte und den Dialog mit den Behörden in den Einsatzländern hat die EBWE besondere Aufmerksamkeit auf die Erhöhung ihres Beitrags zum Übergangsprozeß gerichtet. Dies spiegelt sich in Projekten wie Podravka in Kroatien, Pekao SA und dem Stadtverkehrsprojekt Krakau in Polen sowie dem Programm für Getreideeinlagerungsbestätigungen in der Slowakischen Republik. Die Struktur der Länderstrategien wurde verändert und konzentriert sich nunmehr auf besondere Reformziele, dabei wird die vorgeschlagene Strategie für die Geschäftstätigkeit auf diese Zielstellungen bezogen. Die detaillierten Bewertungen im Hinblick auf Projekte der Bank und den durch sie erreichten Fortschritt beim Übergang sind jetzt in die Frühphase der Projektbearbeitung eingeordnet. Damit wird sichergestellt, daß die Geschäftstätigkeit darauf orientiert ist, den größten möglichen Nutzen in der Region zu erreichen. Zur Bewertung des Beitrags von Einzelprojekten auf den Übergang in unterschiedlichen Sektoren sind detaillierte Prüflisten für Reformfortschritte ausgearbeitet worden.

Überblick

Auch 1998 ist das Portfolio der EBWE nachhaltig gewachsen. Die Zulagen in Umlauf erreichten 10,2 Milliarden Ecu, was seit Ende 1997 einem Wachstum des Bestands um 14,6 Prozent entspricht. Die Anzahl der überwachten Operationen stieg um 13 Prozent, von 413 Ende 1997 auf 465 Ende 1998. Die Bruttoauszahlungen erreichten 2,4 Milliarden Ecu, sie lagen 20 Prozent über denen des Jahres 1997. Die Nettoauszahlungen umfaßten zum Jahresende 4,3 Milliarden Ecu für Darlehen und 1,4 Milliarden Ecu für Kapitalbeteiligungen, also insgesamt 5,8 Milliarden Ecu.

Trotz der wachsenden Unsicherheit in den Einsatzländern in der zweiten Jahreshälfte 1998 hat die EBWE 2,37 Milliarden Ecu an gezeichneten Neuzusagen, also einen einmalig hohen Stand erreicht und damit das Ziel von 2,4 Milliarden Ecu im Budget realisiert. 1998 unterzeichnete die EBWE in 24 Ländern (außer Armenien und Turkmenistan) 96 neue Projekte, eine Vielzahl von Zusagen entfiel auf die Länder in der fortgeschrittenen Reformphase.

Im Jahr 1998 billigte das Direktorium der EBWE 82 Projekte für insgesamt 2,0 Milliarden Ecu. Aufgrund der gewachsenen Unsicherheit der Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 1998 sowie der beträchtlichen Anzahl von im letzten Quartal des Jahres 1997 gebilligten Projekten lag dies unter dem Stand des Jahres 1997.

Im Jahr 1998 hat die EBWE im Vergleich zum kumulativen Durchschnitt von 2,6 einen hohen Mobilisierungsfaktor (3,2) erreicht. Diese Zahl drückt aus, daß die EBWE mit ihren Direktzusagen von 2,4 Milliarden Ecu weitere 7,5 Milliarden Ecu mobilisieren konnte. Die insgesamt von anderen Investoren als Teil der Geschäftstätigkeit der EBWE zugesagten Mittel erreichten 30,9 Milliarden Ecu.

Der nach wie vor auf der Entwicklung des Privatsektors liegende Schwerpunkt führte zu einem weiteren Anstieg des auf den Privatsektor entfallenden Portfolioanteils. Im Geschäftsjahr 1998 erreichte er 80 Prozent im Vergleich zu 76 Prozent 1997. Hierzu zählt die Bank eine Reihe von ihr als „privat“ geführte Projekte, die dennoch eine beträchtliche Beteiligung des Staates widerspiegeln. Dabei ging es um geschäftliche Transaktionen vor der Privatisierung, staatlich garantierte Kreditlinien, Kommunaldarlehen und Projekte in großen Staatsunternehmen. Die EBWE hat ebenfalls ihr umfangreiches Investitionsprogramm im Bereich der öffentlichen Infrastruktur fortgeführt. Insgesamt machen diese Projekte 43 Prozent des Programms für das Geschäftsjahr 1998 aus.

Im Programm für das Jahr 1998 erreichten die Kapitalbeteiligungen mit 33 Prozent einen hohen Stand, der Plan hatte 22 Prozent vorgesehen. Erreicht wurde dies durch die Beteiligung der EBWE an einer Reihe großer Kapitalbeteiligungen, wie Lafarge Romcim, Beteiligung an der Vorprivatisierung von CS sowie Telekomunikacja Polska SA und Stalexport.

Entgegen einiger Besorgnisse zu Anfang des Jahres im Hinblick auf den erreichbaren Stand neuer Zusagen für Länder im fortgeschrittenen Stadium des Übergangs hat die EBWE im abgelaufenen Geschäftsjahr 40 Prozent ihrer Neuinvestitionen in diese Länder geleitet. Der Wert für die neuen jährlichen Zusagen stieg von 556 Millionen Ecu im Jahr 1997 auf 952 Millionen Ecu 1998. Der relative Anteil und das Volumen der Zusagen für Länder in der frühen und mittleren Übergangsphase blieben stabil. Es ergab sich ein

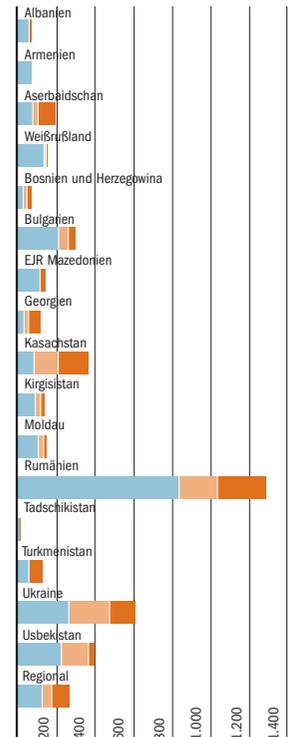
geringfügiger Abschwung bei den Zusagen von 998 Millionen auf 875 Millionen Ecu. Der Anteil der auf das Programm für Rußland entfallenden neuen jährlichen Zusagen ist von 32 Prozent im Geschäftsjahr 1997 auf 23 Prozent für das Jahr 1998 gesunken. Das spiegelt die Auswirkungen der Ereignisse in Rußland wider.

Angesichts der beträchtlichen Größe des Bestands an Investitionen, der seit Beginn der Geschäftstätigkeit erreicht worden ist, gilt mehr und mehr Aufmerksamkeit der Pflege des Portfolios. Portfoliomanager sind in jedes Team des Bereichs Banking berufen worden. Die Vorbereitung des Geschäftsplans für 1999 umfaßte erstmalig Analysen für eine bessere Projektvorbereitung, die einer wirksamen Bestandspflege entspricht. Das ermöglicht es der EBWE zum Beispiel, eine Reihe von Projekten mit geringem

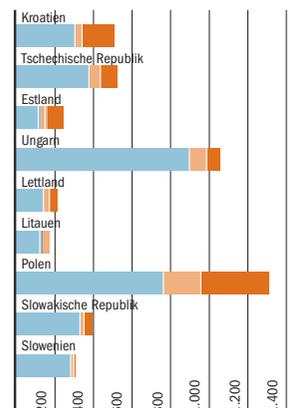
EBWE-Zusagen, kumulativ nach Ländern und Jahren

Stand 31. Dezember 1998 (Milliarden Ecu)

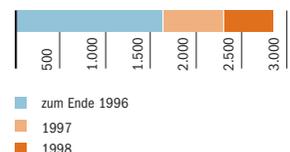
Frühe/mittlere Übergangsphase



Fortgeschrittene Übergangsphase



Russische Föderation



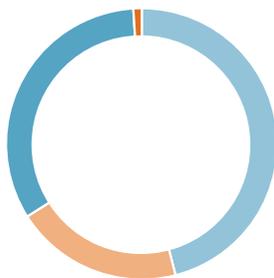
Von der EBWE zugesagte Finanzierungen, nach Ländern

	1998			Kumulativ zum 31. Dezember		
	Anzahl ¹	Millionen Ecu	%	Anzahl ¹	Millionen Ecu	%
Tadschikistan	1	4	<1	3	13	<1
Albanien	1	7	<1	8	68	1
Armenien	-	-	-	3	69	1
Bosnien und Herzegowina	2	23	1	7	70	1
Georgien	3	59	2	9	115	1
Turkmenistan	-	-	-	4	126	1
Kirgisistan	1	18	1	9	136	1
EJR Mazedonien	2	28	1	9	143	1
Moldau	2	15	1	11	149	1
Weißrußland	1	3	<1	7	151	1
Litauen	3	39	2	13	173	1
Aserbaidshan	4	88	4	9	193	2
Lettland	3	38	2	17	213	2
Estland	7	86	4	28	247	2
Regional	6	91	4	22	266	2
Bulgarien	2	33	1	20	296	2
Slowenien	1	6	<1	19	307	3
Kasachstan	4	157	7	7	364	3
Usbekistan	1	29	1	12	394	3
Slowakische Republik	3	44	2	18	395	3
Kroatien	6	170	7	21	511	4
Tschechische Republik	2	87	4	24	525	4
Ukraine	6	133	6	24	605	5
Ungarn	2	68	3	49	1.053	9
Rumänien	7	252	11	41	1.283	11
Polen	11	354	15	70	1.309	11
Russische Föderation	15	541	23	87	2.837	24
Gesamt	96	2.373	100	551	12.010	100

¹ Werden zahlreiche Teildarlehen in einer Rahmenvereinbarung erfasst, können Geschäftsvorfälle als Bruchzahlen geführt werden.

Zugesagte EBWE-Finanzierung nach Fazilität

1998



- Privatdarlehen 46%
- Staatsdarlehen 20%
- Kapitalbeteiligungen 33%
- Garantien usw. 1%

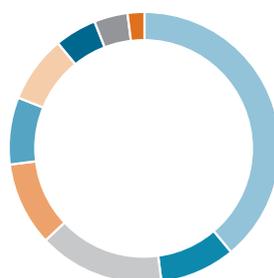
Zugesagte EBWE Finanzierung, nach Art der Fazilität

	1998			Kumulativ zum 31. Dezember		
	Anzahl	Millionen Ecu	%	Anzahl	Millionen Ecu	%
Privatdarlehen	42	1.097	46	248	5.754	48
Staatsdarlehen	16	470	20	113	3.693	31
Kapitalbeteiligungen	37	773	33	183	2.360	20
Garantien usw. ¹	2	33	1	7	203	2
Gesamt	96	2.373	100	551	12.010	100

¹ Garantien und weitere nicht bilanzwirksame Posten.

Zugesagte EBWE-Finanzierung nach Sektor

1998



- Finanzen, Kommerz 39%
- Transport, Lagerung 9%
- Herstellung 15%
- Energie, Stromerzeugung 10%
- Telekommunikation 8%
- Grundstoffindustrie 8%
- Handel, Tourismus 5%
- Kommunal-, Sozialdienste 4%
- Land-, Forst- und Fischwirtschaft 2%

Zugesagte EBWE Finanzierung, nach Sektor¹

	1998			Kumulativ zum 31. Dezember		
	Anzahl	Millionen Ecu	%	Anzahl	Millionen Ecu	%
Finanzen, Kommerz	44	933	39	219	3.681	31
Transport, Lagerung	10	223	9	71	2.222	19
Herstellung	16	351	15	94	1.742	15
Energie, Stromerzeugung	7	245	10	47	1.571	13
Telekommunikation	4	194	8	34	1.082	9
Grundstoffindustrie	4	185	8	19	767	6
Handel, Tourismus	3	111	5	24	382	3
Kommunal-, Sozialdienste	5	96	4	20	265	2
Land-, Forst-, Fischwirtschaft	3	36	2	21	260	2
CEAL, Kofinanzierungslinien und RWF ²	-	-	-	2	38	<1
Gesamt	96	2.373	100	551	12.010	100

¹ Diese zusammengefaßten Sektorgruppen sind nicht immer deckungsgleich mit den auf den folgenden Seiten besprochenen Sektoren. So umfaßt z.B. der Sektor „Finanzen, Kommerz“ auch die Dienstleistungsindustrie und ist nicht mit dem Sektor Finanzinstitutionen gleichzusetzen.

² CEAL (Mitteleuropäische Agenturlinien), RWF (Regionale Wagnisfonds).

Risiko auszuführen, um die Folgen der geographischen Diversifizierung in Länder in einer frühen Übergangsphase auszugleichen. Nach einer raschen ersten Reaktion auf die Ereignisse in Rußland wurden Frühwarnverfahren für die Nachbarländer entwickelt. Diese bewerten die Tendenzen und identifizieren potentielle Probleme in einem frühen Stadium. Abfederungsmaßnahmen werden in enger Zusammenarbeit mit Kunden und Länderbehörden eingeleitet.

1998 wurde eine Reihe wichtiger Neuerungen eingeführt, die Qualität und Wirkungsgrad der Arbeit der EBWE beträchtlich beeinflussten. Dazu gehört die Überprüfung des Bewertungssystems für Teams im Bereich Banking mit verstärkter Aufmerksamkeit für qualitative Aspekte (positive Wirkung auf den Übergangsprozeß, Qualität der Kredite, Bewußtsein für Gewinn und Verlust). Darüber hinaus wurde gemäß der Nullbudgetierung eine verbesserte Dokumentationsgrundlage und ein effektiveres Bearbeitungsverfahren im Ausschuß für Geschäftstätigkeiten eingeführt. Zusätzlich dazu wurden wichtige Initiativen der Geschäftsführung im Hinblick auf die Mitarbeiter umgesetzt. Sie umfassen unter anderem eine

Überprüfung der Anforderungsprofile sowie eine strategische Bewertung der Humanressourcen im Bereich Banking sowie eine weitere Stärkung der Länderbüros in den Einsatzländern der EBWE. Außerdem wurden die Teams am Hauptsitz weiter gestärkt und mehr fachliche Erfahrung im Hinblick auf den Privatsektor und zusätzliche Leistungsprofile in den Teams für Infrastruktur mobilisiert.

Finanzinstitutionen

Durch Direktinvestitionen in Finanzinstitutionen und die Bereitstellung von über lokale Intermediäre ausgereichten Mitteln für den Unternehmenssektor bemüht sich die EBWE, den Finanzsektor in den Einsatzländern zu stärken. Das abgelaufene Geschäftsjahr wurde von der Finanzkrise in Rußland beherrscht, die die Geschäftstätigkeit der EBWE im Bankensektor beträchtlich beeinflußt hat. Trotz dieser Entwicklungen hat die Bank auch weiterhin die Bedeutung ihrer Unterstützung für den Finanzsektor anerkannt und im Geschäftsjahr 44 Projekte für insgesamt 894 Millionen Ecu unterzeichnet. Mit diesen neuen Zusagen umfaßt der Bestand der EBWE im Finanzsektor 3,6 Milliarden Ecu, d.h. 30 Prozent des Gesamtwerts der Geschäftstätigkeit der Bank zum Ende des Geschäftsjahrs.

Finanzinstitute genießen bei der EBWE hohe Priorität. Durch die Wahrnehmung einer Reihe von grundlegenden Funktionen in der Volkswirtschaft spielen sie eine zentrale Rolle für die Marktwirtschaft: Sie mobilisieren und verteilen Ersparnisse, überwachen die finanziellen Aktiva und stellen internationale und nationale Zahlungssysteme bereit. Durch ihre Arbeit an der Modernisierung und Entwicklung des Finanzsektors in der Region hofft die Bank, ihre Geschäftstätigkeit zu fördern und die wirtschaftliche Tätigkeit auszuweiten. Dazu vermehrt sie die lokal verfügbaren Finanzierungen und verbessert die Systeme im Finanzsektor und beim Geldtransfer.



Bank Pekao, Polen

Geschäftstätigkeit im russischen Bankensektor

Die Finanzkrise vom August 1998 hatte schwerwiegende Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der EBWE im Bankensektor Rußlands. Der beschleunigte Abzug des Auslandskapitals von den russischen Finanzmärkten führte rasch zu erhöhtem Druck auf die Aktivbestände der russischen Großbanken und legte bei vielen Schwächen in der Praxis des Risikomanagements bloß. Nachdem die russische Regierung ihren Schuldendienst im August eingestellt hatte, war die Kapitalgrundlage aller Zielunternehmen der Bank sowie der russischen Schuldnerbanken ernsthaft geschwächt. Diese Situation wurde durch die im Ergebnis durchgeführte beträchtliche Währungsabwertung sowie eine wenig effektive Reaktion der Ordnungsbehörden weiter verschärft.

Im Jahr 1998 44 Projekte
im Finanzsektor unterzeichnet,
Gesamtwert 894 Millionen Ecu

Von der EBWE gezeichnete Projekte für Finanzinstitute

Kumulativ zum 31. Dezember 1998

	Anzahl der Projekte	Millionen Ecu	%
Banken	155	2.906	80
Kapitalbeteiligungen	58	547	15
Darlehen ohne Staatsgarantie	71	1.329	37
Darlehen mit Staatsgarantie	22	923	25
Handelsförderungsprogramme	4	107	3
Sonstige Finanzinstitute	13	55	2
Kapitalbeteiligungen	13	55	2
Darlehen	–	–	–
Aktienfonds	50	671	18
Von Gebern dotierte Fonds ¹	13	248	7
Aktienwagnisfonds	22	185	5
Große Aktienfonds	15	238	7
Gesamt	218	3.632	100

¹ Zusätzlich bewilligte die EBWE weitere 377 Millionen Ecu geberdotierte Fonds, die aber bisher noch nicht unterzeichnet sind.

Ende des Geschäftsjahrs wurde deutlich, daß eine große Zahl russischer Banken zahlungsunfähig war und viele mit schwerwiegenden Liquiditätsproblemen zu kämpfen hatten. In der zweiten Hälfte des Jahres legte die EBWE ihren Hauptschwerpunkt auf den Schutz ihres Anlagekapitals. Dies erfolgte in erster Linie durch Bemühungen um Wiedererlangung der ausgereichten Mittel sowie die Beteiligung an Umschuldungsaktivitäten.

Die Bank führte eine Überprüfung aller an russische Banken ausgereichten Fazilitäten durch, die Auszahlungen wurden sehr gründlich kontrolliert. Die Perspektive für die Wiederaufnahme der Mittelvergabe und Investitionstätigkeiten zur Unterstützung der Modernisierung und des Wachstums im Sektor bleibt in hohem Maße ungewiß. Für die absehbare Zukunft werden sich die Aktivitäten der EBWE im Finanzsektor Rußlands wahrscheinlich auf die Wiedererlangung von Anlagekapital, einen Dialog zu Grundsatzfragen sowie auf technische Unterstützung konzentrieren. Damit soll sichergestellt werden, daß rechtzeitig zuverlässigere und wirksamere ordnungspolitische Strukturen geschaffen werden können. Die Finanzierungstätigkeit wird wahrscheinlich nur im Rahmen des Fonds für Kleinunternehmen in Rußland, der Handelsförderung (siehe Seite 30) sowie mit den Banken fortgesetzt werden, die aus der Krise im ersten Halbjahr 1999 stark und mit einer nachhaltigen finanziellen Position hervorgehen.

Kapitalbeteiligungen an Banken

Zu Ende des Geschäftsjahres 1998 hatte die EBWE Investitionen in das Aktienkapital von 51 Banken in 22 Ländern durchgeführt. Im Verlauf des Jahres beteiligte sich die Bank an einer Reihe wichtiger Projekte im Zusammenhang mit der Privatisierung von Banken in Staatsbesitz. Sie stellte dafür sowohl Kapitalbeteiligungen als auch Darlehen für die Phase der Vorprivatisierung zur Verfügung. In den meisten Fällen, in denen die Bank Anteile hält, ernannt sie ein oder zwei Mitglieder für den Aufsichtsrat der Bank, um die Unternehmensführung, die Rechenschaftspflicht der Geschäftsführung, die Grundsätze solider Banktätigkeit sowie die entsprechenden Umweltverfahren durchzusetzen.

In Polen wurde die EBWE Anteilseignerin von Pekao, der größten Bankgruppe des Landes. Die Investition der Bank in Höhe von 88,1 Millionen Ecu trug zu einer Kapitalerhöhung bei und wird Pekao dabei helfen, das Ziel einer Mehrheitsbeteiligung in privater Hand zu verwirklichen. Gleichzeitig hilft die EBWE der

polnischen Bank bei der Erfüllung von Eigenkapitalbestimmungen während der Privatisierung und Konsolidierung und erhöht damit die Flexibilität ihrer Geschäftstätigkeit.

Zur Unterstützung der ersten Privatisierung eines rehabilitierten Bankinstituts in Kroatien hat die EBWE mit Slavenska Banka d.d. Osijek (SBO), einer der größten Banken des Landes, einen Vertrag über eine Kapitalbeteiligung von 4,5 Millionen Ecu sowie ein Wandeldarlehen von 5,1 Millionen Ecu abgeschlossen. Das Hauptziel der Investition der EBWE war die Unterstützung der Privatisierung und Stabilisierung der Bank durch Übernahme der Anteile der Croatian Rehabilitation Agency und die Einräumung langfristiger Finanzierungen für SBO. Die Kärntner Landes- und Hypothekenbank fungiert in diesem Projekt als strategischer Partner.

Im Geschäftsjahr hat die EBWE sich zum ersten Mal mit einer Kapitaleinlage an einer Bank in der Tschechischen Republik beteiligt. Sie erwarb Anteile von Ceska Sporitelna (CS), der größten Bank des Landes im Hinblick auf Kleinanlagen (Marktanteil: 45 Prozent) und der zweitgrößten Bank des Landes nach Gesamtaktiva. Die tschechische Regierung hat erklärt, daß sie ihre Absicht, die Privatisierung von CS rasch durchzuführen, umsetzen will. Gleichzeitig sollen die Umstrukturierung des Darlehensbestands sowie die Geschäftstätigkeit der Bank fortgeführt werden. Die Beteiligung der EBWE am Anlagekapital hat CS in die Lage versetzt, die Eigentumsstruktur zu stabilisieren und Liquidität und Kapitalbasis auszubauen.

Im Jahr 1998 hat die EBWE ebenfalls ihre erste Kapitalbeteiligung an einer Bank in Weißrußland abgeschlossen. Sie wurde Anteilseignerin von 25 Prozent der Priorbank. Im Verlauf des Geschäftsjahrs hat die Bank weitere Kapitalbeteiligungen an Banken in Kroatien, Polen, Rumänien, Rußland, der Slowakischen Republik und der Ukraine vorgenommen.

Aus Investitionen in fünf Banken hat sich die EBWE 1998 zurückgezogen. Dazu gehörten der Verkauf der Kapitalbeteiligung an der Hungarian Foreign Trade Bank Limited, die 1994 als erste Finanzinstitution in Ungarn privatisiert wurde sowie ein teilweiser Rückzug aus der polnischen Bank Przemyslowo-Handlowy S.A.. Letztere wurde von der EBWE in der ersten Phase ihrer Privatisierung 1994 unterstützt. Zu diesem Zeitpunkt war die EBWE mit 15 Prozent des Aktienkapitals zweitgrößte Anteilseignerin.

Darlehen an Banken

Zu Ende des Geschäftsjahres hatte die EBWE insgesamt mehr als 2,2 Milliarden Ecu als Darlehen an Banken ausgereicht. Über 80 Prozent davon sind Kreditlinien zur Weitervergabe an kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Der Rest umfaßt Wandeldarlehen für Fazilitäten zur Finanzierung von Hypotheken, Bereitschaftskredite und Garantiprogramme sowie im Rahmen des Fonds für Kleinunternehmen für Rußland ausgereichte Darlehen (siehe unten).

Kleine und mittlere Unternehmen

Mit der Mehrheit ihrer an Banken ausgereichten Darlehen ist die EBWE in der Lage, Mittel für lokale Projekte zu mobilisieren, die sie wegen ihres geringen Umfangs nicht direkt bearbeiten kann. Der Zugang für die Finanzierung von Investitionen für KMU ist zentraler Bestandteil der Bemühungen der Bank, die Entwicklung des privaten Sektors zu stärken und den Wettbewerb im Unternehmenssektor anzuregen. Darüber hinaus sollen diese Fazilitäten die Entwicklung des Bankensektors stärken, indem die Fähigkeit der Banken verbessert wird, neue Projekte zu bewerten und die von der EBWE festgelegten Umweltrichtlinien einzuhalten.

Die Bank hat 1998 das erste Projekt für den Finanzsektor in Aserbaidschan unterzeichnet. Als Teil einer von mehreren Banken zur Verfügung gestellten Rahmenfinanzierungsfazilität in Höhe von 18 Millionen Ecu, die das Direktorium der EBWE im Dezember 1997 gebilligt hatte, erhielt die International Bank of Azerbaijan eine Kreditlinie über 2 Millionen Ecu.

Gemeinsam mit der Weltbank stellte die EBWE im Geschäftsjahr 1998 Albanien eine Förderkreditlinie für KMU über 7 Millionen Ecu als Unterstützung für den entstehenden Privatsektor zur Verfügung. Diese Mittel werden über zwei örtliche Privatbanken ausgereicht – die Banca Italo-Albanese (an der die EBWE beteiligt ist) und die Tirana Bank.

Eine zweite Kreditlinie für KMU wurde während des Jahres für die Ukraine eingerichtet. Die Finanzierung verfolgt drei Ziele: Weiterführung der Bereitstellung von Mitteln für kleine und mittlere Privatunternehmen; Ausreichung von Kleinstdarlehen an entsprechend qualifizierte Kleinkreditnehmer und die Schaffung von Rahmenbedingungen für die direkte Mittelvergabe in Form von Kreditlinien und besicherten Darlehen. Die ersten beiden Komponenten werden von der Regierung der Ukraine garantiert, die EBWE übernimmt das Kreditrisiko der inländischen Banken für die dritte Zielstellung.

Zur Förderung der Vergabe von Kleinstkrediten hat die EBWE in Kasachstan ein Programm für Kleinunternehmen in Höhe von 66,5 Millionen Ecu ins Leben gerufen, das dem Fonds für Kleinunternehmen in der Russischen Föderation ähnelt. Zum Ende des Jahres waren insgesamt sechs Banken in diese vom Ministerium für Finanzen garantierte Fazilität einbezogen. Dieses Programm erhält außerdem Mittel für technische Unterstützung von der Chevron Corporation, die zu den größten Auslandsinvestoren im Land zählt.

Die EBWE hat Kirgisistan eine zweite Kreditlinie mit Staatsgarantie über 17,1 Millionen Ecu eingeräumt, nachdem die erste Kreditlinie im März 1998 vollständig ausgereicht worden war.

Fonds für Kleinunternehmen in Rußland

Das größte Programm der EBWE für Kleinst- und Kleinkredite, der Fonds für Kleinunternehmen in Rußland (RSBF), durchlief 1998 ein schwieriges Jahr. Vor der Finanzkrise im August konnten die 1997 erzielten Fortschritte konsolidiert werden, der Umfang der vergebenen Mittel nahm ständig zu, und der Aktionsradius wurde ausgeweitet. Im Juli lagen die gemeldeten Zahlungsrückstände bei 2,7 Prozent für Kleindarlehen und 1,6 Prozent für Kleinstdarlehen. Der Fonds arbeitet mit 12 Banken zusammen und ist in mehr als 30 Städten und Regionen in der russischen Föderation vertreten. Nach der Zahlungsunfähigkeit der Regierung im Hinblick auf die Inlandsschulden und die nachfolgende Bankkrise waren jedoch die meisten der wichtigen Partnerbanken des Programms finanziell lahmgelegt.

Die Bank bemüht sich darum, dieses Programm auf unterschiedliche Art und Weise am Leben zu erhalten. Zum ersten laufen mit Sberbank, der Sparkasse der Russischen Föderation, Verhandlungen, die sicherstellen sollen, daß die vor der Krise erreichten Fortschritte nicht verlorengehen. In der Tat war es Sberbank zum Dezember 1998 gelungen, den Umfang der Mittelvergabe an KMU auf die vor der Krise erreichten Werte zurückzuführen. Zweitens wird zu gegebener Zeit die Arbeit mit den kleineren Regionalbanken weitergeführt werden, die von der Krise weniger betroffen waren und die erforderliche finanzielle Stabilität vorweisen können. Drittens erwägt die EBWE Investitionen in der neu eingerichteten Russia Microfinance Bank (RMB), deren Schwerpunkt auf finanziellen Dienstleistungen für Kleinst- und Kleinunternehmen liegen soll. Die RMB würde von den nicht länger funktionsfähigen Partnerbanken einen Anteil des Darlehensportfolios übernehmen.



Internationale Bank von Aserbaidschan

Darlehen der EBWE an Banken belaufen sich Ende 1998 auf insgesamt 2,2 Milliarden Ecu

Fonds für Kleinunternehmen in Rußland zahlte bis Ende 1998 272 Millionen Ecu an mehr als 23.500 Kleinkreditnehmer aus



Fonds für Kleinunternehmen in Rußland

Was noch viel wichtiger ist, sie würde Darlehensbearbeiter übernehmen, deren Ausbildung im Rahmen des RSBF stattgefunden hat. Auf diese Weise würden die in den ersten vier Jahren der Geschäftstätigkeit des RSBF entwickelten Fertigkeiten dem russischen Bankwesen erhalten bleiben.

Seit der Krise haben sich die Kleinst- und Kleinunternehmen in Rußland als sehr widerstands- und anpassungsfähig erwiesen. Viele von ihnen waren flexibler als größere Konkurrenzfirmen und haben sich bietende Chancen wahrgenommen und Marktnischen gefunden. So gab es z.B. viele Gelegenheiten für Exportablösungen, und in einer Reihe von Sektoren im Programm finden sich bereits einige sehr aussagekräftige Vorschläge, die höhere Gewinnmargen und einen größeren Cashflow als zuvor ergeben. Zu den davon betroffenen Bereichen zählen die Lebensmittelverarbeitung, die Bekleidungsindustrie, der Bereich Werkzeugmaschinen, die Möbelproduktion, das Bauwesen und die Renovierung. Bei der Analyse dieser Kunden zeigt es sich, daß der verringerte Wettbewerbsdruck von Importen und die sich in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs ergebenden Chancen gewinnbringende Nischenaktivitäten ermöglichen. Das gilt ebenfalls für Produzenten, Händler sowie Unternehmen im Dienstleistungssektor im unteren Marktsegment, oder solche, denen es gelungen ist, ihre Produktpalette rasch auf weniger kostspielige Waren umzustellen.

Dieser Flexibilität war es zu verdanken, daß es nicht zu dem erwarteten großen Anstieg von Zahlungsrückständen im Programm kam. Etwa die Hälfte der Fälle von eingetretenen Zahlungsrückständen sind technischer Natur und eine Folge der Unfähigkeit des Bankensystems, Auszahlungen vorzunehmen. Deshalb bleibt ein gewisses Maß an Optimismus erhalten, obwohl 1999 eher ein Jahr des Wiederaufbaus als der Erweiterung sein wird.

Sonstige Darlehen

Um die Entwicklung eines Hypothekenmarkts zu unterstützen, hat die EBWE Finanzmittel in Höhe von 51,1 Millionen Ecu an Zagrebacka Banka, die größte Privatbank Kroatiens, ausgereicht. Diese werden an Privatpersonen für Kauf oder Erneuerung von Wohneigentum weitervergeben.

Im Jahr 1998 hat die EBWE ihr erstes großes syndiziertes Darlehen an eine Finanzinstitution ausgereicht. Sie stellte 26 Millionen Ecu als Finanzierung für AS Hansapank, die größte Bank in den baltischen Ländern, zur Verfügung. Bei dieser Transaktion handelte es sich ebenfalls um die erste am

Markt gestartete Syndizierung nach der Finanzkrise im August (siehe Seite 51). Eine Reihe nachrangiger und/oder Wandeldarlehen wurde von der Bank im Verlauf des Geschäftsjahres an Bank Post in Rumänien, Slavonska Banka in Kroatien, Hansapank in Estland, Bank of Georgia, Kazkommertsbank in Kasachstan sowie Agricultural Bank, Bankas Hermis und Vilnius Bank in Litauen ausgereicht. In den meisten Fällen stellten diese Darlehen in den betreffenden Ländern die erste derartige Mittelvergabe dar. Die EBWE greift mehr und mehr zu nachrangigen Fremdfinanzierungen und unterstützt damit die Rekapitalisierung von örtlichen Finanzinstitutionen.

Handelsförderungsprogramm

Mit ihrem Programm zur Handelsförderung hat die EBWE die Fähigkeit lokaler Intermediäre verstärkt, Handelsfinanzierung sowohl für Importe als auch für Exporte zur Verfügung zu stellen. 1998 verringerte sich die Nutzung der bestehenden Fazilitäten, wie etwa Garantien der EBWE, da viele Banken Zugang zum kommerziellen Markt gefunden hatten. Dennoch waren die Programme zur Handelsförderung in den weniger vorangeschrittenen Ländern weiterhin von Bedeutung. Neue Engagements in Georgien, Kasachstan und Usbekistan wurden bewilligt.

Im Jahr 1998 wurde eine Überprüfung der durch die EBWE bereitgestellten Produkte zur Handelsförderung durchgeführt. Diese führte zur Annahme eines neuen erweiterten Programms für Handelsförderung im Januar 1999, das alle 26 Einsatzländer der Bank abdeckt und die Gesamtheit der bereits bestehenden Projekte zur Handelsförderung für lokale Banken in einem einzigen gestrafften Programm zusammenführt. Damit werden die sich aus dem veränderten Umfeld in der Region herleitenden Bedürfnisse erfüllt.

Um mehr Flexibilität zu schaffen, wurde eine Reihe von wichtigen Veränderungen durchgeführt. Dazu gehört eine Vereinfachung der Verfahren für die Vergabe von Garantien durch die EBWE, eine Erweiterung des garantierten Betrags auf bis zu 100 Prozent des Nennwerts des zugrundeliegenden Instruments für Handelsfinanzierung sowie die Erweiterung der Abdeckung durch die EBWE für Vorauszahlungsobligationen und andere Instrumente neben Kreditbriefen.

Sonstige Finanzinstitutionen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die EBWE ihren Bestand an Kapitalbeteiligungen in den Sektoren Versicherungswesen und Pensionen erneut erweitert.

Handelsförderungsprogramm auf alle Einsatzländer der Bank ausgedehnt

Besonders beteiligt war die Bank an Pensionsreformen in Polen und Ungarn, nachdem in beiden Ländern 1998 die „Reformen der drei Säulen“ eingeführt worden waren. Im Rahmen dieser Reformen besteht die erste Säule aus einem staatlichen Umlageverfahren, die zweite ist eine kapitalgedeckte Altersversicherung, die für bestimmte Schichten der arbeitenden Bevölkerung obligatorisch ist, und die dritte ist eine kapitalgedeckte Altersversicherung für freiwillige Zusatzeinlagen.

Die Bank hat in Polen zwei Transaktionen abgeschlossen, sie wurde Anteilseignerin der Winterthur Pension Fund Company und Energo Asekuracja S.A., einem Sachversicherer. In Ungarn hat die Bank eine Kapitalbeteiligung an Winterthur Biztosito, einem lokalen Versicherungsunternehmen abgeschlossen. Die EBWE wurde auch Anteilseignerin von Nordika Insurance, dem fünfgrößten Sachversicherungsunternehmen Estlands.

Die EBWE baute ihre strategischen Partnerschaften mit Versicherungsgruppen aus den westlichen Ländern weiter aus und unterzeichnete mit der österreichischen BARC/Bundesländer Group 1998 eine Rahmenvereinbarung.

Aktienfonds

Private Aktienfonds sind der wichtigste Beitrag für die Finanzierung von Kapitalbeteiligungen für KMU in den Einsatzländern der Bank. Derartige Fonds wirken als sehr effektive Vermittler zur Mobilisierung zusätzlicher Finanzierungsmittel, zunächst auf der Ebene von Fonds, in die Investoren ihr Kapital einzahlen. Die zweite Phase findet auf der Ebene von Zielunternehmen statt, da Anlageinvestitionen diese in die Lage versetzen, zusätzlich lokales Fremdkapital und/oder Eigenkapitalfinanzierungen aufzunehmen.

Im Rahmen der gesamten Tätigkeit der EBWE nimmt die Bedeutung von Aktienfonds zu. Zum Ende des Geschäftsjahrs hatte die Bank mehr als 670 Millionen Ecu für 50 Aktienfonds zugesagt. Damit wurde sie in diesem Bereich in ihren Einsatzländern die größte Investorin. Dadurch, daß die Aktienfonds eine solide Unternehmensführung und die Anwendung der Umweltstandards der Bank in den Zielunternehmen unterstützen, sowie durch ihr kräftiges Renditepotential leisten sie einen klar erkennbaren Beitrag zum Additionalitätsmandat der Bank (Finanzquellen aus dem Privatsektor werden ergänzt und nicht ersetzt) und fördern den Reformprozeß.

Zum Ende des Geschäftsjahrs betrug das gesamte für derartige Fonds mit Beteiligung der EBWE mobilisierte Kapital 2,4 Milliarden Ecu. Mit diesen Zusagen wurden 1,7 Milliarden Ecu von privaten Investoren zusätzlich zu 270 Millionen Ecu für technische Unterstützung aus Gebermitteln mobilisiert. Im Ergebnis wurden Kapitalinvestitionen von insgesamt fast 700 Millionen Ecu in über 500 Unternehmen vorgenommen, die in der Region tätig sind oder dort einen Arbeitsschwerpunkt eingerichtet haben. Diese Investitionen leisteten einen Beitrag zur Mobilisierung von Finanzmitteln in Höhe von insgesamt 4,6 Milliarden Ecu für Unternehmen in der Region.

Die EBWE hat in drei unterschiedliche Arten von Fonds investiert. Diese unterscheiden sich nach ihrer Struktur, Größe und Investitionsstrategie. Es gibt geberdotierte Fonds, Aktienwagnisfonds und große Aktienfonds.

Geberdotierte Fonds

Gemeinsam mit mehreren Geberregierungen hat die EBWE eine Reihe privater Aktienfonds eingerichtet, mit denen die Privatisierung und Umstrukturierung mittlerer Unternehmen unterstützt wird. Diese Fonds stellen eine Kombination von Kapitalbeteiligungen und zuschußfinanzierter Beratung zur Verfügung. Dabei handelt es sich gewöhnlich um die erste finanzielle Unterstützung, die diese Unternehmen während oder nach der Privatisierung erhalten. Geberzuschüsse finanzieren sowohl Verwaltungsgebühren und Überprüfungskosten als auch Beraterkosten nach Investitionen.

Zum Ende des Geschäftsjahrs umfaßte der Bestand 28 Fonds¹ mit einem Gesamtkapital von 443 Millionen Ecu, die EBWE hatte davon 248 Millionen Ecu zur Verfügung gestellt. Im Normalfall konzentrieren sich die Fonds auf Geschäftsvereinbarungen in der Frühphase oder in geringerem Umfang bis zu 2,6 Millionen Ecu. Sie umfassen die 11 Regionalen Wagnisfonds (RWF) in Rußland und 11 Nach-Privatisierungsfonds in Albanien, den baltischen Ländern, Bulgarien, Kasachstan, Polen, Rumänien, der Slowakischen Republik, Slowenien, der Ukraine und Ungarn. Außerdem zählen hierzu kleine Aktienfonds in den baltischen Ländern, Bulgarien, Polen und Rußland (Nischnij Nowgorod und Sankt Petersburg). Ende 1998 hatten diese Fonds in 163 Projekte investiert.

4,6 Milliarden Ecu über private Aktienfonds der EBWE für Privatsektor mobilisiert



Bank von Georgien

¹ Aufgrund von Unterschieden bei der Berechnung von Zusagen ist es möglich, daß die Anzahl der Fonds nicht der in der Tabelle „Von der EBWE gezeichnete Projekte für Finanzinstitute“ (Seite 27) aufgelisteten Anzahl von Projekten entspricht.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr bewilligte die EBWE Investitionen in drei neue geberdotierte Fonds. Der wichtigste ist der mit 26,4 Millionen Ecu ausgestattete Eastern Ukraine Post-Privatisation Fund, der von der EBWE 24,0 Millionen Ecu erhalten hat. Dieser wird von Euroventures (Niederlande) unterstützt und erhielt Mittel für technische Zusammenarbeit von der niederländischen Regierung.

Die EBWE bewilligte Investitionen von 6,0 Millionen Ecu in den Albania Reconstruction Equity Fund und 4,6 Millionen Ecu in den Horizonte Bosnia & Herzegovina Enterprise Fund. Im Verlauf des Jahres ergriff die EBWE eine Reihe von Maßnahmen, um das Management der geberdotierten Fonds zu verbessern und die Zusammenarbeit zwischen Fonds anzuregen.

Die von der europäischen Gemeinschaft und anderen Gebern zur Verfügung gestellten Zuschußmittel spielten nach wie vor eine wichtige Rolle beim Erfolg der von Gebern unterstützten Fonds. Sie ermöglichen es der EBWE, die Bandbreite ihrer Investitionen zu erweitern und in Ländern und Unternehmen mit höherem Risiko als erste Investorin tätig zu werden. Die von Gebern zur Verfügung gestellten Mittel für technische Zusammenarbeit verringern das Eigenkapitalrisiko, da den Unternehmen eine Bewertung vor der Finanzierung, die Wahrnehmung der Sorgfaltspflicht sowie Unterstützung für das Management nach der Investition finanziert werden.

Aktienwagnisfonds

Aktienwagnisfonds, die von Privatinstitutionen und Fondsverwaltern gefördert werden, unterstützen Erweiterungsprojekte und den Privatisierungsprozeß. Sie konzentrieren sich auf Vereinbarungen in Höhe von 0,8 bis 4,5 Millionen Ecu. Im Normalfall investiert die EBWE bis zu 30 Prozent des Gesamtkapitals des Fonds und spielt eine führende Rolle bei Investitionsentscheidungen und der Festlegung der Grundsätze des Fonds. Ende des Geschäftsjahres umfaßte der Bestand 24 Fonds mit einem Gesamtkapital von 808 Millionen Ecu, von dem die EBWE 185 Millionen Ecu zur Verfügung gestellt hatte. Bis zum Jahresende hatte der Fonds in 130 Unternehmen investiert.

Im Jahr 1998 investierte die EBWE in drei neue Aktienwagnisfonds. Die größte Investition (85,7 Millionen Ecu) ging in den Czech Direct Equity Post-Privatisation Fund, hinter dem Alliance Capital steht. Die EBWE hat 20,3 Millionen Ecu in diesen Fonds und außerdem 8,6 Millionen Ecu in den Central Poland Fund und 17,0 Millionen Ecu in den Polish Pre-IPO Fund investiert.

Große Aktienfonds

Die von privaten Institutionen und Fondsverwaltern getragenen großen Aktienfonds bestehen aus großen Regional- oder großen Länderfonds und konzentrieren sich auf Projekte im Wert von über 4,5 Millionen Ecu, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Privatisierungs- und Erweiterungskapital liegt. Die Fondsstrukturen sind relativ kompliziert und umfassen mehrschichtige Manager-, Berater- und Koinvestitionsstrukturen und industrieweite Netze. Auch Hybridfonds gehören in diese Kategorie. Diese können einen Teil ihres Kapitals in börsennotierte Wertpapiere investieren, Geschäftsabschlüsse in mittleren bis großen Unternehmen strukturieren und größere Unternehmensabschlüsse in den Sektoren Telekom, Energie und Infrastruktur planen. Dazu bedarf es spezifischer Erfahrungen im Bereich der Syndizierung von Aktienanlagen. Zum Ende des Geschäftsjahres 1998 umfaßte der Bestand 15 derartige Fonds mit einem Gesamtkapital von 1,1 Milliarden Ecu von dem die EBWE 238 Millionen zur Verfügung gestellt hatte. Ende des Jahres hatte der Fonds Investitionen in 227 Unternehmen getätigt.

Im Jahr 1998 hat die EBWE in drei neue große Aktienfonds investiert. Der wichtigste ist der Regionalfonds Advent Central & Eastern Europe II (Sponsor: Advent International) mit 128,6 Millionen Ecu, von denen 21,4 Millionen Ecu eine Investition der EBWE sind. Die Bank hat darüber hinaus 17,1 Millionen Ecu im Black Sea Fund und 17,1 Millionen im Innova/98-Fonds für Polen investiert. Als Reaktion auf das Bemühen um eine bessere Qualität der Anlagen konzentriert sich die EBWE mehr und mehr auf eine Überwachung der Investitionsgrundsätze sowie auf Unternehmensführung und Koinvestitionen.

Infrastruktur

Telekommunikation

Im Geschäftsjahr 1998 hat die EBWE weiterhin die Entwicklung, Modernisierung und Privatisierung des Sektors Telekommunikation und Medien unterstützt. Im Verlauf des Jahres unterzeichnete die Bank fünf Projekte in Höhe von insgesamt ca. 194 Millionen Ecu. Damit erreichen die Zusagen der EBWE zum Ende des Jahres 1998 1,1 Milliarden Ecu, was 9 Prozent des Gesamtbestands der Bank entspricht.

Als Reaktion auf schwerwiegende Mängel der grundlegenden Telekommunikationsdienste in den Ländern in der frühen und mittleren Übergangsphase hat sich die EBWE aktiv in den Modernisierungs- und Privatisierungsprozeß mehrerer nationaler Betreiber eingeschaltet, denen Kapitalbeteiligungen und Fremdkapitalfinanzierungen zur Verfügung gestellt worden sind. Die Bank unterstrich darüber hinaus ihr Engagement, ein beschleunigtes Wachstum in den fortgeschritteneren Ländern zu unterstützen und beteiligte sich als Investorin an der Erstemission von Polska S.A. (TPSA), dem nationalen polnischen Telekomunternehmen. Allgemein gesehen hat die Region weitere Fortschritte bei der Reform und Umstrukturierung des Sektors Telekommunikation erzielt. Dies erfolgte insbesondere dadurch, daß private Investitionen und kommerziell orientiertes Management über strategische Verkäufe einbezogen werden konnten.

Im Jahr 1998 schlossen mehrere Länder die Privatisierung ihrer nationalen Telekommunikationsunternehmen ab. Zu ihnen gehören Armenien, Litauen, Polen und Rumänien. In einer Reihe weiterer Länder (Bulgarien, EJR Mazedonien, Moldau und Ukraine) werden Pläne für die Privatisierung vorbereitet. An sieben derartigen Privatisierungen war die EBWE beteiligt. Zusätzlich dazu gab es in der gesamten Region weiterhin ein beträchtliches Wachstum im Sektor Mobiltelefonie. Nahezu 15 Prozent der Bevölkerung in Estland, 10 Prozent in Ungarn und der Tschechischen Republik sowie 3 Prozent aller Menschen in Rumänien haben bereits ein Mobiltelefon. Eine der höchsten Wachstumsraten in dieser Beziehung erlebte 1998 Rumänien.

Drei der wichtigsten Telekommunikationsprojekte der Bank im abgelaufenen Jahr waren das Vorprivatisierungsvorhaben von RomTelecom, ein Notaufbauprojekt in Bosnien und Herzegowina sowie die Erstemission von TSPA.

Im Januar 1998 reichte die EBWE ein Vorprivatisierungsdarlehen in Höhe von 85,7 Millionen Ecu an RomTelecom S.A. aus. Dabei handelt es sich um das erste einem rumänischen Versorgungsunternehmen zur Verfügung gestellte Darlehen ohne Staatsgarantie. Die ausgereichten Mittel werden zur Finanzierung eines Teils der Kapitalinvestitionen des Unternehmens für 1998/99 eingesetzt, wobei die beschleunigte Installation von Telefonanschlüssen, Verbesserung bei Effizienz und Dienstleistungsqualität und bessere Kundendienste eine ganz besondere Rolle spielen. Durch dieses ungesicherte Unternehmensdarlehen hat die EBWE ihre Unterstützung für den rumänischen Telekommunikationssektor sowie die Privatisierung von RomTelecom zum Ausdruck gebracht. Letztere wurde zum Ende des Jahres durch den Verkauf eines Anteils von 35 Prozent an das griechische Telekommunikationsunternehmen OTE erfolgreich abgeschlossen.

Als Teil eines Programms für den Wiederaufbau des Telekommunikationsnetzes in Bosnien und Herzegowina unterzeichnete die EBWE eine Darlehensvereinbarung über 18,1 Millionen Ecu. Diese Mittel werden gleichermaßen zur Unterstützung der Föderation Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska eingesetzt. Mit dem Darlehen wird die Erneuerung und Erweiterung lokaler Telekommunikationsnetze finanziert, die während des Krieges schwer beschädigt worden waren. Es wird erwartet, daß die Wiederherstellung des Telekommunikationsnetzes in Bosnien und Herzegowina einer der wichtigsten Katalysatoren für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes wird. Die Regierungen Italiens, Japans, der Niederlande und der Schweiz bringen bis zu 19,2 Millionen Ecu an Zuschußmitteln auf, durch die zusätzliches Material und Ausrüstungen finanziert werden sollen. Darüber hinaus wird ein Programm der technischen Unterstützung mit einer Laufzeit von 18 Monaten im Gesamtvolumen von 1,15 Millionen Ecu eingerichtet, um bei der Abwicklung des Projekts zu helfen und rechtliche und ordnungspolitische Rahmenbedingungen zu schaffen, mit denen Integration und Betrieb des Sektors Telekommunikation in Bosnien und Herzegowina unterstützt werden.

EBWE-Unterstützung für den Bereich Telekom überschreitet eine Milliarde Ecu



Eurotel, Tschechische Republik



MAV – Modernisierung von Personenwagen und Marketingprojekt, Ungarn

Zusätzlich dazu investierte die EBWE im November 1998 64,9 Millionen Ecu in die Erstemission von TPSA. Die Investition der EBWE verkörpert 8,1 Prozent der vom polnischen Finanzministerium bei der Erstemission verkauften Anteile und 1,21 Prozent des Aktienkapitals von TPSA. Diese Erstemission von TPSA stellt eine beträchtliche Stärkung sowohl der Liquidität als auch des Umfangs des polnischen Aktienkapitalmarkts dar. Außerdem verdoppelt sie nahezu die Marktkapitalisierung der Warschauer Börse. Weiterhin wird erwartet, daß durch sie Polens Zugang zu den internationalen Finanzmärkten verbessert wird und neue Finanzquellen für das Land erschlossen werden können. Neben wachsenden Investitionen, insbesondere im Sektor Telekommunikation, wird das Projekt die Entwicklung der Wirtschaft beschleunigen. Vor kurzem gab die polnische Regierung bekannt, daß sie sich als Teil der zweiten Privatisierungsphase von TPSA um einen strategischen Partner für 25 bis 35 Prozent des Kapitals bemühen wird.

Verkehrswesen

Im Geschäftsjahr 1998 hat die Bank ihren Bestand an Verkehrsprojekten beträchtlich erweitert, sie deckt damit ein umfassendes Betätigungsspektrum in diesem Sektor ab. Es wurden 10 neue Vorhaben von der Bank unterzeichnet. Diese repräsentieren Zusagen in Höhe von 197,8 Millionen Ecu, womit der Gesamtbestand im Bereich Verkehrswesen auf 1,8 Milliarden Ecu stieg. Die neuen Vorhaben konzentrieren sich in erster Linie auf Mitteleuropa und die baltischen Länder, auf die 75 Prozent der Zusagen entfallen. Über ein Drittel der unterzeichneten Projekte entfielen entweder auf den privaten oder nichtstaatlichen Sektor.

Der Hauptschwerpunkt lag im abgelaufenen Jahr bei den Eisenbahnen, hier gab es vier neue Zusagen. Bei zwei Eisenbahnprojekten (Lettland und Ungarn) gab es eine Kofinanzierung mit der EIB, zwei andere (Georgien und Kroatien) wurden jeweils mit der Weltbank und dem Tacis-Programm der EU kofinanziert. Die gesamte Höhe der Darlehen für Eisenbahnprojekte betrug 1998 105 Millionen Ecu.

Das wichtigste Verkehrsprojekt war im abgelaufenen Jahr ein Darlehen der EBWE über 40 Millionen Ecu für die Unterstützung von Modernisierungsarbeiten bei der ungarischen Eisenbahn. Das Projekt finanziert die Erneuerung von Personenwagen sowie Verbesserungen an acht Güterwagen und leistet damit einen Beitrag zur Qualität der erbrachten Dienstleistungen und zur Förderung des internationalen Handels. Durch das Darlehen wird die ungarische Bahn auch in die Lage versetzt, automatische Fahrkartenausgaben einzurichten und veraltete Abrechnungssysteme zu ersetzen.

Für die Modernisierung des Schienenwegs und Verbesserungen der Hafenananschlußbahn im wichtigsten Seehafen des Landes (Ventspils) stellte die EBWE Lettland ein Darlehen in Höhe von 17,6 Millionen Ecu zur Verfügung. Durch dieses Projekt wird die Umweltsicherheit vergrößert, denn einige Chemikalien und Ölprodukte müssen nicht mehr durch die am dichtesten besiedelten Gebiete transportiert werden.

Finanzierungen der EBWE in Höhe von 30 Millionen Ecu helfen Hrvatske Zeljeznice, dem nationalen Eisenbahnunternehmen Kroatiens, bei der Modernisierung des Lokomotivenbestands, der Steigerung des Energiewirksamkeitsgrads und dem Abbau von Wartungskosten. In Georgien unterstützt die EBWE mit einem Darlehen über 17,1 Millionen Ecu ein ähnliches Programm von Verbesserungen der Infrastruktur. Im Rahmen dieses Projekts wird der georgische Abschnitt der Transkaukasus-Eisenbahnverbindung modernisiert und damit ein Beitrag zur Entwicklung einer leistungsfähigen südlichen Handelsverbindung nach Europa geleistet.

Die Eisenbahnprojekte unterstreichen insgesamt ein stark kommerziell orientiertes Vorgehen in diesem Sektor. Sie konzentrieren sich auf Verbesserungen bei der Effektivität der Betriebstätigkeit, dies gilt insbesondere für den Personenverkehr. Die Führungsrolle der EBWE in diesem Sektor hat eine Reihe privater Sponsoren dazu ermutigt, potentielle Vorhaben in eisenbahnnahen Bereichen in Erwägung zu ziehen.

Im Jahr 1998 wurden zwei Projekte des Privatsektors für Getreideterminale in Danzig (Polen) und Constanza (Rumänien) unterzeichnet, für die Darlehen in Höhe von 27,9 Millionen Ecu bzw. 6,9 Millionen Ecu vorgesehen sind. Mit diesen Projekten werden die Getreideumschlagseinrichtungen in den beiden Seehäfen verbessert, außerdem wird die Verteilung wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Region beschleunigt und verbilligt.

Im Sektor Luftverkehr wurden drei Projekte unterzeichnet. Die EBWE hat 7,7 Millionen Ecu für die Modernisierung des Flughafens von Chisinau (Moldau) und ein Darlehen von 21,8 Millionen Ecu zur Finanzierung der Installation moderner Flugsicherheitsausrüstungen in der Ukraine zur Verfügung gestellt. Dieses Projekt hilft, den ukrainischen Luftraum zu sichern, zusätzlichen Flugverkehr anzuziehen, wodurch größere Einkünfte ermöglicht werden.

Das größte nichtstaatliche Verkehrsprojekt für den städtischen Nahverkehr hat die EBWE 1998 zur Unterstützung des städtischen Straßenbahnnetzes in Krakau (Polen) unterzeichnet. Bei diesem Vorhaben

Unterstützung für den Sektor
Eisenbahnen umfaßte
1998 105 Millionen Ecu



Erdwärme-Kraftwerk Mutnowsky, Russische Föderation

gab es eine enge Zusammenarbeit der Bereichsteams Transport und Verkehr sowie Kommunal- und Umweltinfrastruktur (siehe Seite 36).

Versorgungswerke für Elektrizität und Energie

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat der Reformprozeß im Sektor Elektrizität und Energie an Schwung gewonnen. In vielen Einsatzländern der EBWE haben sich die Aussichten für die Privatisierung verbessert. Insbesondere ist es Georgien gelungen, die Privatisierung seines größten Verteilungsunternehmens abzuschließen. Real betrachtet sind die Energiekosten in der Region nicht wesentlich gestiegen; eine Reihe von Versorgungsunternehmen – besonders in den GUS-Ländern – erzielte Fortschritte beim Barinkasso von Energierechnungen.

Im Jahr 1998 unterzeichnete die EBWE im Sektor Versorgungswerke für Elektrizität und Energie vier Projekte über insgesamt 178,9 Millionen Ecu. Diese Zusagen spiegelten ein Wachstum der privaten Investitionen in den Einsatzländern im Verlauf des Jahres sowie das andauernde Engagement in der Region zur Umsetzung von Reformen wider. Von den von der Bank gegebenen Zusagen entfielen 1998 38 Prozent auf den Privatsektor.

In der Fernostregion Kamtschatka in Rußland unterzeichnete die EBWE ein staatliches Darlehen über 85,7 Millionen Ecu für die Errichtung eines Kraftwerks auf der Basis von Erdwärme (40 MW) in Mutnowskij. Mit diesem Werk wird die Abhängigkeit der Region von teuren Ölimporten verringert und damit die Zuverlässigkeit der Energieversorgung verbessert. Das Projekt führt ebenfalls zur Stilllegung eines umweltschädlichen alten Kraftwerks, das mit fossilen Brennstoffen beheizt wurde. Bei dem Vorhaben handelt es sich um eines der ersten der Region, die als unabhängiges Energievorhaben strukturiert werden. Im Rahmen derartiger Strukturen wird das Projektunternehmen durch eine Vereinbarung zum Energiekauf mit dem lokalen Elektrizitätswerk verbunden.

Eines der wichtigsten Projekte der EBWE war 1998 ein Darlehen von 25,7 Millionen Ecu an Mosenergo, einem privatisierten Versorgungsbetrieb in Rußland, der das Gebiet Groß-Moskau mit Energie versorgt. Mit dem Projekt werden die Fertigstellung des letzten 200 MW-Blocks eines auf insgesamt 1200 MW ausgelegten Pumpspeicher-Wasserkraftwerks finanziert und außerdem Mittel für allgemeine Vorhaben des Betriebs zur Verfügung gestellt. Durch dieses Darlehen erteilt Mosenergo Zugang zu Mitteln, die auf den

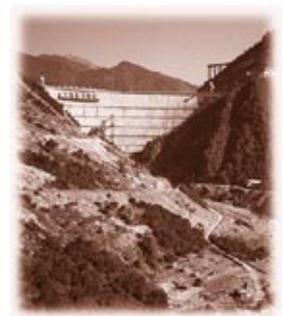
Kapitalmärkten nicht zur Verfügung stehen. Zusätzlich dazu hat diese Finanzierung die Erarbeitung und Umsetzung eines Umweltaktionsplans durch den Kunden unterstützt (siehe Seite 43).

Bei ihrem ersten privaten Finanzierungsprojekt von Bedeutung im Energiesektor in Zentralasien stellte die EBWE ein Darlehen in Höhe von 34,3 Millionen Ecu zur Verfügung, von dem 14,3 Millionen Ecu an Geschäftsbanken syndiziert werden. Dieses Darlehen ging an ein vollständig in Privathand befindliches Unternehmen, nämlich die Karaganda Power Company in Kasachstan. Die Finanzierung ermöglicht es dem Unternehmen, die Anlagen zur Stromerzeugung und für die Verteilung von Heizwärme zu reparieren und zu modernisieren. Durch das Projekt kommt es zu einer höheren Zuverlässigkeit und Wirksamkeit der Strom- und Energieerzeugung sowie der Verteilungssysteme, darüber hinaus wird die Umweltverträglichkeit des Werks erhöht. Durch die geplanten Investitionen kommt es zu einer beträchtlichen Verringerung der Feststoffemissionen der Wärmekraftwerke. Es besteht die Hoffnung, daß das Projekt die Privatisierung beschleunigen und eine Beteiligung des Privatsektors an ähnlichen Vorhaben in Zukunft beschleunigen wird.

Zur Unterstützung der Umstrukturierung und Privatisierung des Energiesektors in Georgien stellte die EBWE Sakenergo, einem Unternehmen im Staatsbesitz, ein Darlehen in Höhe von 33,2 Millionen Ecu für Verbesserungen am Wasserkraftwerk Enguri zur Verfügung. Mit diesem Projekt werden Verbesserungen an der Generatorhalle und dringend erforderliche Sicherheitsmaßnahmen an einem der größten Bogenstaudämme der Welt sowie der Betriebssicherheit an den Durchflußöffnungen zu den Generatoren finanziert. Dadurch kommt es ebenfalls zu einem Abbau der Energieverluste und einem besseren Inkasso von Elektrizitätsrechnungen, denn der Betrieb des Kraftwerks wird stärker marktwirtschaftlich ausgerichtet. Dieses Projekt hatte die Unterstützung der Europäischen Union. Sie finanzierte im Rahmen eines Sonderzuschusses Verbesserungen an den Kraftwerksblöcken. Weitere Informationen über Umweltaspekte dieses Projekts finden sich auf Seite 43.



Wasserkraftwerk Mosenergo,
Russische Föderation



Wasserkraftwerk Enguri, Georgien

Umfangreiches privates
Finanzierungsprojekt
im Sektor Kraftwerke
für Zentralasien unterzeichnet

Energiewirksamkeit

Im abgelaufenen Jahr hat der Sektor Energiewirksamkeit im Hinblick auf die unterschiedlich finanzierten Projekte und ihre Renditen weiter an Bedeutung gewonnen. Dies war die Folge zunehmender Privatisierungen und einer Deregulierung im Energiesektor sowie eines gestiegenen Interesses an emissionsverringern Investitionen im Zusammenhang mit dem Protokoll von Kyoto. Im Verlauf des Jahres hat die EBWE sechs Projekte über insgesamt 47 Millionen Ecu unterzeichnet, wodurch das Gesamtengagement der Bank in diesem Sektor auf 216 Millionen Ecu gestiegen ist.

Zur Verbesserung der Infrastruktur bei Fernheizungen und der Wärmeversorgung in ihren Einsatzländern entwickelt die EBWE eine Reihe von Finanzierungsmechanismen, bei denen sie oft gemeinsam mit privaten Investoren auftritt. Aufgrund der überalterten Infrastruktur der meisten dieser Betriebe gibt es in den Versorgungsunternehmen in öffentlicher Hand, die die Hauptquelle der Heizwärme- und Warmwasserversorgung in der Region ausmachen, ein beträchtliches Potential für Energieeinsparungen. Bei den wachsenden Chancen für private Betreiber, Fernwärmebetriebe zu erwerben oder zu leiten, kann die Bank durch Einräumung zusätzlicher Finanzierungsmöglichkeiten Unterstützung gewähren.

Nach dem Erfolg eines früher durchgeführten Energiesparprojekts in Rumänien arbeitet die EBWE derzeit gemeinsam mit Investoren aus dem Privatsektor an der Verbesserung von Fernheizungsleistungen in einer Reihe rumänischer Städte. Anfang 1999 in Kraft tretende neue Gesetze sollten eine Beteiligung des Privatsektors an Fernheizungsunternehmen erleichtern. Die EBWE arbeitet bei der Entwicklung von Projekten mit einer Reihe potentieller Sponsoren zusammen.

Energiedienstleistungsunternehmen (ESCO) stellen für Kommunen und Unternehmen der Region zunehmend eine Quelle der Finanzierung dar. Die EBWE und westliche Sponsoren haben mit ihrer Tätigkeit eine Pionierrolle in der Region gespielt. ESCO führen Energiesparmaßnahmen ein, die dem Verbraucher anfänglich keine Kosten verursachen und garantieren einen niedrigeren Energieverbrauch. Dadurch kann der Verbraucher die Anfangsinvestitionen zurückzahlen.

Durch ihre Investitionen in Projekten zur Erhöhung des Wirkungsgrads der Energie können Energiedienstleistungsunternehmen den Bedarf an Darlehen für den Bereich kommunale Infrastruktur ersetzen. Sie erreichen damit das Ziel der Bank, öffentlich-private Partnerschaften in die kommunale Infrastruktur einzubeziehen. Durch die Bereitstellung energiesparender Investitionen für Fertigungsprozesse tragen

ESCO auch Finanzierungsmittel für die industrielle Umstrukturierung bei. Sie können weiterhin bei der Entwicklung und Erneuerung von Kombikraftwerken Unterstützung gewähren, die weitaus effektiver als konventionelle gasbeheizte Kraftwerke arbeiten.

Zu den neuen Zusagen der EBWE im Jahr 1998 gehören außerdem vier neue ESCO im Privatsektor, die in Litauen, Polen und der Slowakischen Republik gegründet worden sind. Sie wurden alle im Rahmen von Multiprojektfazilitäten mit westlichen Sponsoren von ESCO geschaffen. Zu ihnen gehörte auch eine neue Multiprojektfazilität, die gemeinsam mit dem kommunalen EVU MVV Energie Aktiengesellschaft in Deutschland gezeichnet wurde. Bis zum Ende des Geschäftsjahrs 1998 hatte sich die EBWE im Rahmen der Multiprojektfazilitäten an der Gründung von acht ESCO im Privatsektor beteiligt; ein solches Unternehmen wurde mit einem Träger außerhalb einer derartigen Fazilität gegründet.

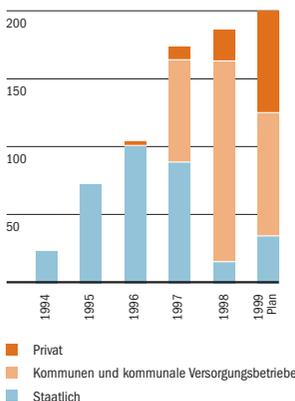
Eines der bedeutsameren Projekte der EBWE war im abgelaufenen Jahr eine Darlehensvereinbarung über 25,7 Millionen Ecu mit der Ukraine. Dabei ging es um die Errichtung des ersten ESCO-Vorhabens im Lande und in der GUS überhaupt. Mit den zusätzlichen 6 Millionen Ecu in Gestalt von Zuschußfinanzierungen und technischer Unterstützung vom Tacis-Programm der EU nimmt UkrEsco nunmehr seine Tätigkeit in der Ukraine auf. Es wird erwartet, daß die Firma 1999 voll aktionsfähig wird. Das Unternehmen befindet sich in Staatsbesitz, wird aber von einem privaten westlichen Betreiber geleitet, der seine Mittel vom Tacis-Programm erhält. Der Betreiber ist für die Identifizierung, Entwicklung und Umsetzung aller Projekte von UkrEsco für einen ersten Zweijahreszeitraum verantwortlich. Die ukrainischen Behörden haben zugestimmt, daß das Unternehmen danach in Übereinstimmung mit den Marktbedingungen privatisiert werden soll. Neben der Investitionstätigkeit im Rahmen des Darlehens von der EBWE und den Zuschußmitteln aus dem Tacis-Programm für Projekte zur Erhöhung der Energiewirksamkeit ist beabsichtigt, daß das Unternehmen UkrEsco das in der Ukraine vorhandene Fachwissen ausbaut und andere ESCO ermutigt werden, sich auf den Märkten der GUS zu betätigen.

Kommunal- und Umweltinfrastruktur

Im Geschäftsjahr 1998 behielt die EBWE ihr starkes Engagement im Sektor Kommunal- und Umweltinfrastruktur bei. Sie stellte insgesamt 167 Millionen Ecu als Investitionen zur Unterstützung von Projekten im Gesamtwert von 440 Millionen Ecu bereit. Neue Investitionen wurden für die Wasserversorgung,

Finanzierungszusagen der EBWE und Projektbestand im Sektor Kommunal- und Umweltinfrastruktur

1994-99 (Millionen Ecu)



Klärwerke und Abwasserbehandlung, den innerstädtischen Verkehr und die kommunale Müllentsorgung zur Verfügung gestellt. Bis zum Ende des Jahres 1998 hatte die Bank insgesamt ungefähr 700 Millionen Ecu an Fremdkapital und Kapitalbeteiligungen für den Sektor Kommunal- und Umweltinfrastruktur zur Verfügung gestellt. Gegenwärtig ist die EBWE in etwa 110 Kommunen in 16 Ländern vertreten.

Die EBWE hat auf die sich verändernde Nachfrage nach Investitionsmitteln flexibel reagiert. Bis 1997 wurden praktisch alle Finanzierungen der EBWE für kommunale Gebietskörperschaften auf staatlicher Grundlage ausgereicht. Aufgrund der dezentralisierten Verantwortlichkeit für die Bereitstellung von Mitteln für die kommunale Infrastruktur sowie der Begrenzung von staatlichen Garantien kam es jedoch in den letzten Jahren zu einer beträchtlichen Verringerung bei entsprechenden Transaktionen.

Die EBWE konzentrierte sich bei ihren Finanzierungen in der letzten Zeit auf die Dezentralisierung sowie die Beteiligung des Privatsektors. Im Geschäftsjahr 1998 entfielen wertmäßig über 90 Prozent der Zusagen auf private und nicht-staatliche Kommunalfinanzierungen – im Vergleich dazu waren es 1997 40 Prozent und 1996 lediglich 4 Prozent (siehe Schaubild).

Auch der geographische Schwerpunkt hat sich verlagert. 1998 entfielen über 75 Prozent der Finanzzusagen der EBWE im Bereich Kommunal- und Umweltinfrastruktur auf die Volkswirtschaften in den fortgeschrittenen Reformstaaten. Die EBWE stellte ausgewählten Versorgungswerken und Kommunen auf privater und nicht-staatlicher/öffentlicher Grundlage Mittel zur Verfügung.

Für eine erleichterte Finanzierung von Beteiligungen des Privatsektors an der Bereitstellung von Mitteln für die kommunale Infrastruktur spielt die EBWE eine entscheidende Rolle; sie beteiligt sich auch mehr und mehr an der Gestaltung und Entwicklung von Projekten mit einer Beteiligung aus dem privaten Sektor. Im Geschäftsjahr 1998 stellte die Bank 23 Millionen Ecu Beteiligungskapital zur Unterstützung von Beteiligungen des Privatsektors an der Schaffung kommunaler Infrastruktur bereit, 1997 waren dafür 10 Millionen Ecu eingesetzt worden.

Im Jahr 1998 unterzeichnete die EBWE ihre ersten Kommunalprojekte in Polen, in deren Rahmen 16 Millionen bzw. 45 Millionen Ecu an die Städte Breslau und Krakau ausgereicht wurden. Die Stadt Breslau nutzt dieses Darlehen für Reparaturarbeiten an wichtigen Einrichtungen der Infrastruktur, die durch das Hochwasser im Juli 1997 beschädigt worden sind, wohingegen in Krakau die Finanzierung durch die EBWE für den Bau einer Straßenbahnschnellverbindung eingesetzt wird. Ziel des Projekts ist ein verbesserter Zugang zum Stadtzentrum sowie die Förderung der kommunalen Entwicklung (siehe Seite 44).

Die Bank reichte an Kroatien ein Darlehen über 88,4 Millionen Ecu für eine Projektgesellschaft im Besitz der Stadt Zagreb aus. Die Behörden wollen damit Arbeiten zur Verbesserung der Situation an der wichtigsten Deponie der Stadt und für den Schutz des bedeutendsten Trinkwasserbrunnens vor Verschmutzung durchführen. Zum ersten Mal wurde im Sektor Kommunal- und Umweltinfrastruktur ein Teil eines EBWE-Darlehens (36 Millionen Ecu) an Geschäftsbanken syndiziert. Mit dem Projekt entsteht ein grundlegender Rahmen für eine wirksame Regulierung für die Müllabfuhrdienste der Stadt, die auch den privaten Sektor einbezieht.

Zu den weiteren Projekten von Bedeutung gehört ein Darlehen über 16,5 Millionen Ecu mit staatlicher Garantie an die Stadt Taschkent, die damit das System der Müllentsorgung modernisieren und teilweise privatisieren wird, sowie eine Kapitalbeteiligung von 22,7 Millionen Ecu für das Abwasser- und Klärwerksunternehmen der Stadt Budapest gemeinsam mit zwei wichtigen internationalen privaten Betreibern von Kommunaldienstleistungen.

Zu den Projekten in der Planungsphase gehören ein privat finanziertes Vorhaben für den Bau einer Kläranlage in Slowenien im Rahmen einer Bau-Betrieb-Transfer-Konzession und ein Programm für Investitionen im Bereich der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung in der Ukraine. Beiden Projekten hat das Direktorium 1998 zugestimmt, die Unterzeichnung ist für Anfang 1999 vorgesehen.



ESCO Prometheus, Ungarn

Neue Grundsätze für
Kommunal- und Umwelt-
infrastruktur angenommen



Frühölprojekt Tschirag, Aserbaidsschan

Zusage größerer Finanzierung
für das Ölprojekt Tschirag
im Kaspischen Meer

Im Juni 1998 verabschiedete die EBWE zum ersten Mal Grundsätze für die Geschäftstätigkeit im Sektor Kommunal- und Umweltnfrastruktur. Darin werden für die Tätigkeit der EBWE die folgenden Ziele vorgegeben:

- Dezentralisierung bei der Bereitstellung von Kommunal- und Umweltnfrastruktur;
- Marktausrichtung und Unternehmensorientierung bei der Bereitstellung von Dienstleistungen;
- Förderung sowie Optimierung von Beteiligungen aus dem Privatsektor;
- Entwicklung angemessener regulatorischer Strukturen und Kapazitäten;
- Verbesserter Schutz der Umwelt und Erhöhung des Energiewirkungsgrads.

Die EBWE hat ihre enge Zusammenarbeit mit dem Phare-Programm der EU, bilateralen Gebern und dem von externen Gebern finanzierten Projektvorbereitungsausschuß (PPC) weitergeführt. Dadurch wurde die Bank in die Lage versetzt, solche Projekte für die Umwelt zu entwickeln, für deren Vorbereitung und Bewertung umfangreiche Ressourcen benötigt werden.

Eine ganz besondere Bedeutung hat die Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission angenommen. Die EBWE stellt weiterhin Investitionsmittel für die Hilfe an zehn Beitragskandidaten für die Europäische Union zur Verfügung, die helfen sollen, die von ihr geforderten Umweltnormen und -richtlinien zu erfüllen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr stimmte die Kommission Kofinanzierungen aus Mitteln der Union in einer Gesamthöhe von 20 Millionen Ecu für drei Projekte zu.

Zusätzlich dazu wurde eine Anzahl im Jahr 1998 neu gestarteter Projekte für eine zukünftige Finanzierung aus dem strukturpolitischen Instrument der EU für Beitrittskandidaten (ISPA) vorgeschlagen. Letzteres soll ab dem Jahr 2000 wirksam werden.



Domäne Bojar, Bulgarien

Sonstige Schlüsselsektoren

Bodenschätze

Trotz eines starken Deflationsdrucks auf den Sektor Bodenschätze im Jahr 1998 unterzeichnete die EBWE Darlehen für zwei Großprojekte über insgesamt 185,2 Millionen Ecu. Es handelt sich dabei um das Projekt Sachalin II zur Entwicklung eines Öl- und Gasfelds vor der Insel Sachalin im Osten der russischen Föderation und das Frühölprojekt Tschirag in Aserbaidsschan und Georgien. Beide Darlehen wurden im Verlauf des Geschäftsjahres nahezu vollständig ausgezahlt.

Für das Frühölprojekt Tschirag stellte die Bank beträchtliche Finanzierungen zur Verfügung, es zählt zu ihren schwierigsten Vorhaben. Es geht dabei um die Entwicklung eines küstenfernen Ölfelds im Kaspischen Meer, den Transport von Erdöl über eine Unterwasser-Pipeline und an die Küste, den Öllexport über eine nördlich der russischen Grenze und später in westlicher Richtung durch Aserbaidsschan und Georgien bis zu einem Terminal am Schwarzen Meer verlaufende Pipeline.

Die Finanzierung in Höhe von 360 Millionen Ecu wurde gemeinsam von der EBWE und der Internationalen Finanz-Corporation vorbereitet. Auf die EBWE entfällt eine Zusage für Darlehen über 86 Millionen Ecu, weitere 32 Millionen Ecu wurden an internationale Geschäftsbanken syndiziert. Die Kreditnehmer sind Spezialunternehmen, die von fünf internationalen Öl- und Gasgesellschaften gegründet wurden, in deren Besitz sie sich komplett befinden. Diese Lösung verkörpert die erste externe Finanzierung im Raum des Kaspischen Meeres und soll für zukünftige Investitionen in der Region ein Modellfall werden. Wie bei allen IFI-finanzierten Projekten gelten auch für dieses Vorhaben strenge Umweltkriterien (siehe Seite 43).

Im Verlauf des Geschäftsjahres mußten zahlreiche Institutionen im Sektor Bodenschätze intensiv an der Konsolidierung mehrerer laufender Ölprojekte in Rußland arbeiten, die von den sinkenden Preisen und der Wirtschaftskrise negativ beeinflußt worden waren. Im allgemeinen scheint es, daß die Mehrzahl der von der EBWE finanzierten Projekte solide läuft und es nur minimaler Korrekturen bedarf. In den meisten Fällen gibt es selbst bei extrem niedrigen Erdölpreisen noch stabile Renditen. Das beweist, daß auf die Modernisierung von Produktionsverfahren gerichtete Investitionen sich positiv auswirken.

Der Projektbestand der EBWE im Sektor Bodenschätze hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr beträchtlich erhöht. Nach Schätzungen der Bank beträgt er derzeit über 1,5 Milliarden Ecu und verteilt sich auf verschiedene Bereiche der Geschäftstätigkeit. So gibt es zum Beispiel in einer Reihe von Ländern eine Belebung des Interesses an Projekten in Gold- und Silberbergwerken. Das folgt auf einen Zeitabschnitt, in dem niedrige Preise für Edelmetalle und der Zugang zu Mitteln von Geschäftsbanken die Tätigkeit der EBWE in diesem Sektor merklich verringert hatten.

Agrarindustrie

Unter Berücksichtigung der wichtigen Rolle des Sektors Agrarindustrie in den Einsatzländern der EBWE hat die Bank den Projektbestand in diesem Bereich 1998 weiter beträchtlich ausgedehnt. Es wurden 13 Vorhaben für Gesamtinvestitionen von 174 Millionen Ecu unterzeichnet. Zum Ende des Geschäftsjahres umfaßte der Bestand im Sektor Agrarindustrie etwa 1,5 Milliarden Ecu, die in 94 Projekten investiert waren.

Nach wie vor stellte die Bank für den gesamten Sektor Agrarindustrie Finanzierungen zur Verfügung. Eines der innovativsten Vorhaben im abgelaufenen Geschäftsjahr war das Programm über Bescheinigungen für die Einlagerung von Getreide in der Slowakischen Republik. Es wurde gemeinsam mit Rabobank (Niederlande) vorbereitet und finanziert. Letztere stellte 8,2 Millionen Ecu zur Verfügung, und die örtliche Bank – Pol'nobanka – steuerte als Leiterin des Programms 8,2 Millionen Ecu bei. Die Mittelbereitstellung durch die EBWE umfaßt 8,2 Millionen Ecu in Gestalt kurzfristiger Saisonfinanzierungen für Getreideproduzenten aus der Slowakei. Die Finanzierungen werden durch landwirtschaftliche Erzeugnisse über ein System von durch zugelassene Lagereinrichtungen ausgegebenen Quittungen gesichert. Ähnliche Konzepte sind in Ländern, deren Spektrum von Indonesien bis zu den Vereinigten Staaten reicht, erfolgreich umgesetzt worden. In den USA funktioniert eine derartige Regelung bereits seit nahezu 80 Jahren. Die Bank plant, dieses Programm auch in anderen Ländern der Region zu wiederholen, um dem allgemeinen Mangel an Betriebskapital auf der Ebene landwirtschaftlicher Unternehmen und im Bereich der gesamten Lebensmittelkette abzuwehren.

In Bulgarien finanzierte die EBWE ihr bisher größtes Vorhaben in der privaten Agrarindustrie. Das Weingut Domäne Bojar A.D. (Weinproduzent sowie eines der erfolgreichsten und größten Exportunternehmen des Landes) erhielt von der EBWE 18,0 Millionen Ecu in

Gestalt von Fremdkapital- und Kapitalbeteiligungsfinanzierungen. Dieses Fremdkapital wurde zum Teil an ING Barings syndiziert, die 6,3 Millionen Ecu zur Verfügung stellten. Bei dem Projekt handelte es sich um deren erstes mittelfristige Darlehen für Bulgarien. Weitere Finanzierungen für Kapitalbeteiligungen stellten Baring Central European Investments BV sowie das holländische Weinhandelsunternehmen Baarsma zur Verfügung. Über dieses Projekt wird Hilfe für die Finanzierung zur Einführung neuer Betriebstechnologien in zwei bestehenden Weingütern in Schumen und Jambol und den Aufbau einer neuen Produktionsstätte auf bisher nicht genutztem Gelände in Sliven gewährt. Letztere wird eines der modernsten Weingüter der Region. Ein beträchtlicher Teil der bereitgestellten Mittel wird außerdem zur Finanzierung des erforderlichen Betriebskapitals des Unternehmens verwendet, um Trauben von örtlich tätigen Winzern aufzukaufen. Mit dem Projekt soll die Stellung Bulgariens als führender Weinexporteur mit Weltgeltung gefestigt werden.

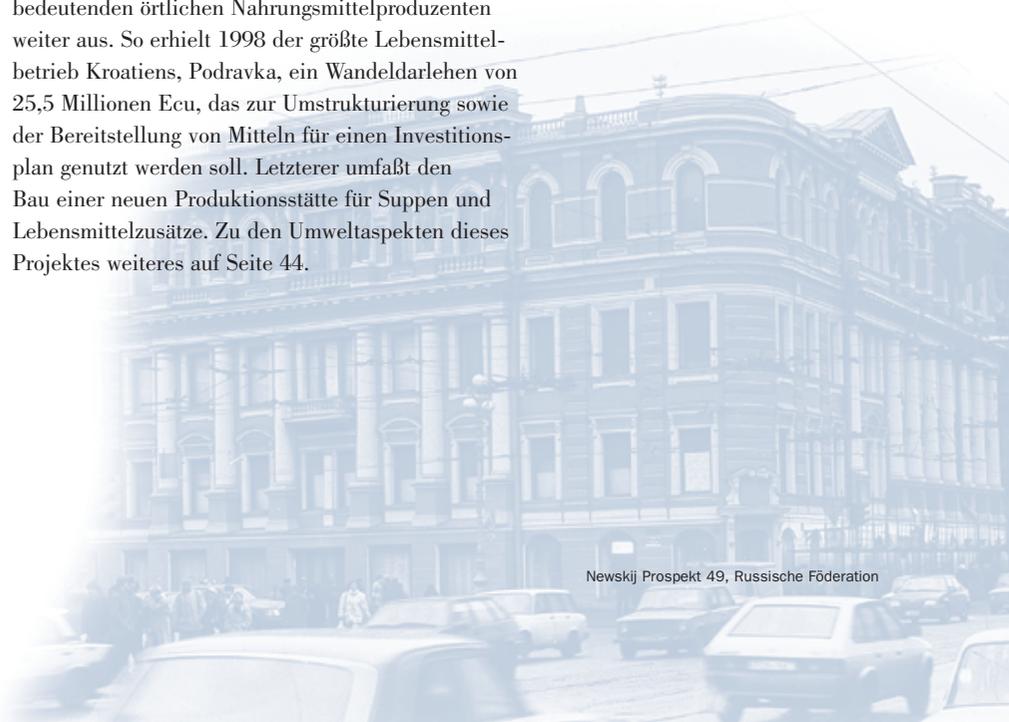
Die EBWE initiierte eine Anzahl von Projekten, mit deren Hilfe Qualität und Diversifizierung bei den für die Verbraucher in der Region zur Verfügung stehenden Lebensmitteln und Getränken verbessert werden sollen. So hat die Bank in Lettland ein Darlehen in Höhe von 12,0 Millionen Ecu an PAS Gutta – einen führenden Hersteller und Exporteur von Fruchtsaft in Lettland – ausgereicht. In der russischen Föderation erhielt die Brauerei Wena Mittel in Höhe von 15,1 Millionen Ecu. Das Unternehmen stellt in Sankt Petersburg Biersorten höchster Qualität her.

Um die Umstrukturierung und das Privateigentum zu fördern, baute die EBWE ihre Zusammenarbeit mit bedeutenden örtlichen Nahrungsmittelproduzenten weiter aus. So erhielt 1998 der größte Lebensmittelbetrieb Kroatiens, Podravka, ein Wandeldarlehen von 25,5 Millionen Ecu, das zur Umstrukturierung sowie der Bereitstellung von Mitteln für einen Investitionsplan genutzt werden soll. Letzterer umfaßt den Bau einer neuen Produktionsstätte für Suppen und Lebensmittelzusätze. Zu den Umweltaspekten dieses Projektes weiteres auf Seite 44.

13 neue Projekte in der Agrarindustrie 1998 unterzeichnet



Nahrungsmittelunternehmen Podravka, Kroatien



Newskij Prospekt 49, Russische Föderation

Im Geschäftsjahr 1998 hat die EBWE auch weiterhin ihre Multiprojektfazilitäten mit großen Unternehmen im Bereich Agrarindustrie ausgebaut. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt erhielten diese Betriebe 257 Millionen Ecu für Investitionen in den Einsatzländern der Bank. Mit dem führenden französischen Unternehmen für Getreideverarbeitung und -handel, Groupe Soufflet, wurde eine neue Multiprojektfazilität in Höhe von 44 Millionen Ecu unterzeichnet. In ihrem Rahmen wurden zwei Finanzierungsvereinbarungen unterzeichnet, mit denen moderne Mälzereien in der russischen Föderation und in Polen gebaut und betrieben werden sollen. Im Rahmen bereits bestehender Multiprojektfazilitäten wurden weitere Vorhaben mit dem italienischen Unternehmen Parmalat und Danone aus Frankreich unterzeichnet. Bei beiden ging es um Investitionen in Rumänien.

Um kleine und mittlere Unternehmen im Bereich Agrarindustrie zu finanzieren, hat die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr weiterhin Kreditlinien über lokale Landwirtschaftsbanken zur Verfügung gestellt. Zu den Partnern gehören derzeit die OTP-Bank in Ungarn, Pol'nobanka in der Slowakischen Republik und Dalmatinska Banka sowie Agro-obrtnicka Banka in Kroatien. Außerdem fungiert die EBWE als Mitsponsor des führenden in der Region tätigen privaten Aktienfonds. Der East Europe Food Fund hat bereits Kapitalinvestitionen in Höhe von mehr als 45 Millionen Ecu vorgenommen.

Die Bank setzte ihre enge Zusammenarbeit mit der FAO fort, die einer Reihe von Ländern und Projekten in der gesamten Region technische Hilfe zur Verfügung stellte.

Immobilien, Tourismus und Schifffahrt

Im abgelaufenen Jahr hat die EBWE in den Sektoren Immobilien und Tourismus neue Fortschritte erzielt und ihre Rolle als Katalysator bei der Förderung von Investitionen in diesen Bereichen erneut unter Beweis gestellt. Es wurden vier neue Projekte abgeschlossen, für die insgesamt 45 Millionen Ecu zur Verfügung gestellt worden waren. Damit sind die Gesamtzusagen der Bank für Projekte in den Sektoren Immobilien, Tourismus und Schifffahrt auf ungefähr 304 Millionen Ecu gestiegen. 1998 war der Hotelbereich Hauptempfänger von Mitteln der EBWE.

In einer ersten großen Transaktion im Hotelsektor außerhalb der Visegrad-Länder stellte die EBWE der Continental S.A. Mittel in Höhe von 9,9 Millionen Ecu für die Vervollständigung und Renovierung zweier Hotels in Bukarest und Constanza zur Verfügung.

Mit diesem Projekt erweitert Continental S.A. sein ganz Rumänien umspannendes Hotelnetz. Die belgische Exportkreditgesellschaft Office National Du Ducroire erklärte sich prinzipiell damit einverstanden, Parallelfinanzierung in Gestalt eines vorrangigen Darlehens zur Verfügung zu stellen. Mit dem Projekt sollen weitere Investitionen im Sektor Tourismus in Rumänien angeregt werden.

Durch die Bereitstellung von 12,4 Millionen Ecu an die SAO Hotel Corporation in Sankt Petersburg half die EBWE dabei, der Russischen Föderation ihr erstes vollständig in privater Hand befindliches und privat finanziertes Hotel auf internationalem Standard zur Verfügung zu stellen. Das Projekt kostet insgesamt 24,8 Millionen Ecu und wird in Partnerschaft mit mehreren Unternehmen (Radisson SAS Hotels Worldwide, dem US Russia Investment Fund, SAO Moscow America und Uçgen ve Ticaret aus der Türkei) durchgeführt. Das erstklassige Hotel mit 164 Zimmern wird auf dem Newskij-Prospekt errichtet und ist für Geschäftsreisende und Touristen bestimmt. Mit diesem Projekt unterstreicht die EBWE ihr Engagement in der russischen Föderation zu einem Zeitpunkt, zu dem langfristige Mittelbereitstellungen für Projekte in Rußland eine Seltenheit sind.

Die EBWE leistet einen wichtigen Beitrag für Entwicklung, Bau und Betrieb des ersten von einem internationalen Betreiber in Kiew geleiteten Hotels. Das Projekt kostet etwa 39,5 Millionen Ecu, das Vier-Sterne-Hotel mit 244 Zimmern wird vollständig aus Mitteln des Privatsektors finanziert und von Radisson SAS Hotels Worldwide betrieben. Die Bank stellt eine Kapitalbeteiligung von 5,1 Millionen Ecu und ein vorrangiges Darlehen von 7,4 Millionen Ecu zur Verfügung. Außerdem wurde eine Bereitschaftskreditfazilität in Höhe von 1,1 Millionen Ecu zugesagt.

Im Immobiliensektor sagte die EBWE 10,6 Millionen Ecu für das Unternehmen Italian Romanian Industrial Development Enterprise zu. Dabei handelt es sich um ein rumänisches Spezialunternehmen für Entwicklung, Bau und Betrieb moderner Lagerhäuser nach internationaler Norm in ganz Rumänien. Die Gesamtkosten für dieses Vorhaben werden auf 33,3 Millionen Ecu geschätzt, die EBWE stellt dafür eine Kapitalbeteiligung in Höhe von 2,2 Millionen Ecu und ein vorrangiges Darlehen über 8,4 Millionen Ecu zur Verfügung.

Im Geschäftsjahr 1998 stellte die Bank 19,1 Millionen Ecu an Tochterbetriebe der Far Eastern Shipping Company in Wladiwostok (FESCO) für die Finanzierung des Erwerbs dreier moderner auf der Werft Stettin (Polen) gebauter Containerschiffe zur Verfügung.

Beträchtliche Unterstützung
der EBWE für Hotelprojekte in
Rußland und der Ukraine

Mit diesen neuen Schiffen kann FESCO einen wettbewerbsfähigen Dienst hoher Qualität auf der Route Australien-USA betreiben.

In den Sektoren Schifffahrt und Schiffbau überprüft die Bank zur Zeit eine Reihe von Projektvorschlägen. Es handelt sich dabei sowohl um solche von privatisierten Unternehmen wie auch von Betrieben in Staatsbesitz, die für die Privatisierung vorbereitet werden. Das Ziel besteht darin, besseren Zugang zum kommerziellen syndizierten Darlehensmarkt zu erlangen und den Vorgang der Privatisierung zu fördern.

Verarbeitung und Vertrieb

Für ein Projekt zur Förderung der marktwirtschaftlichen Umstrukturierung in der polnischen Stahlindustrie unterzeichnete die EBWE eine Kapitalbeteiligung in Höhe von 27,4 Millionen Ecu in Stalexport S.A. (dem führenden Stahlverarbeitungs- und -handelsunternehmen in Polen). Die in Kattowitz tätige Firma befindet sich unter den 20 Spitzenunternehmen, die an der Warschauer Börse geführt werden. Durch die Investition wird das Investitionsprogramm des Betriebs unterstützt, dabei geht es unter anderem um eine Modernisierung des Tochterunternehmens Stahlherstellung sowie um wichtige Verbesserungen im Hinblick auf die Umwelt und den Arbeitsschutz (siehe Seite 44). Zusätzlich zum gestiegenen Wert für die Anteilseigner fördert das Projekt die Privatisierung eines führenden polnischen Unternehmens in der Schwerindustrie und hilft den polnischen Behörden in einem Sektor mit unzureichenden Investitionen bei der Vorbereitung auf den EU-Beitritt.

Die EBWE stellte 12,9 Millionen Ecu als Darlehen für Makstil A.D. zur Verfügung. Dieses Unternehmen ist ebenfalls im Sektor Stahl tätig und erhielt die größte von einem internationalen Investor in der EJR Mazedonien getätigte Investition. Bei dem Projekt geht es um die Modernisierung und Erneuerung der Stahlproduktions- und -gußeinrichtungen sowie eines Blechwalzwerks in Skopje mit dem Ziel der Wiederherstellung integrierter Produktionskapazitäten für eine Jahresproduktion von 300.000 bis 400.000 Tonnen sowie einer höheren Effektivität des gesamten Komplexes. Die Modernisierungspläne führen wahrscheinlich zu einer Verringerung der Staubemissionen und beträchtlichen Verbesserungen beim Energiewirkungsgrad.

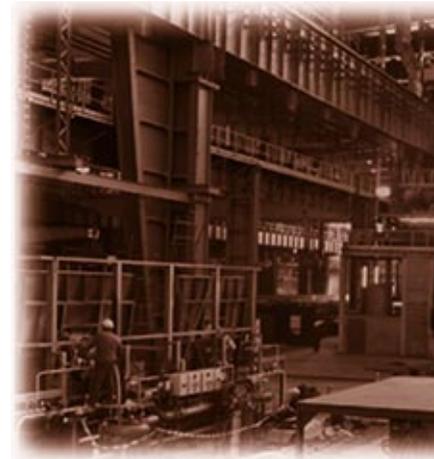
In Rumänien hat die EBWE eine Kapitalbeteiligung in Höhe von 16,0 Millionen Ecu für die Privatisierung und Modernisierung von zwei Schwermaschinenbaubetrieben außerhalb Bukarests (IMGB und FECNE)

unterzeichnet. Das Projekt beabsichtigt, diese Werke zu privatisieren und zu modernisieren, Einkommen und Rentabilität durch Exporte zu vergrößern, Arbeitsplätze zu sichern und die Umwelt zu verbessern. Das Vorhaben wird von der norwegischen Bau-, Schwermaschinen- und Schiffbaugruppe Kværner getragen. Sie wird beim Ausbau der Fertigkeiten und der Erweiterung des Fachwissens in beiden Anlagen behilflich sein.

In Estland unterzeichnete die Bank ein Darlehen über 6,6 Millionen Ecu für AS Norma, einen Hersteller von Autosicherheitsgurten. Im Ergebnis dieses Projekts wird die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens durch modernisierte Ausrüstungen und erneuerte Produktionseinrichtungen gestärkt. Letztere erhöhen die Effektivität und verringern die Festkosten als Ergebnis eines wirksameren Immobilienmanagements und Verbesserungen im Umweltbereich.

Als Unterstützung für die Umstrukturierung der Textilindustrie in Estland finanzierte die Bank das Kapitalinvestitionsprogramm des zweitgrößten Baumwollwerks des Landes. Durch dieses Projekt wird Baltex 2000 in die Lage versetzt, die Modernisierung einer Baumwollspinnerei in Tallinn abzuschließen. Darüber hinaus wird bei der Tochterfirma Lotus Colours 2000 in Sindi ein Strickwarenwerk errichtet. Die Finanzierung der EBWE umfaßt eine Kapitalbeteiligung in Höhe von 6,1 Millionen Ecu und ein vorrangiges Darlehen. Dieses Projekt wird mit der lokalen Geschäftsbank Hansapank kofinanziert. Auf Seite 44 finden sich Hinweise auf die Umweltaspekte dieses Projekts.

Für die finanzielle Umstrukturierung und die Neugliederung der Betriebstätigkeit bei Alpina, der größten Schuhfabrik Sloweniens, stellt die EBWE 4,1 Millionen Ecu für ein Darlehen mit einer Laufzeit von 5 Jahren sowie 2,0 Millionen Ecu als Kapitalbeteiligung zur Verfügung. Das Werk Alpina produziert Mode- und Sportschuhe und verteilt diese durch ein eigenes Kleinhandelsnetz in Slowenien, Bosnien und Herzegowina sowie Kroatien. Durch diese Finanzierung wird ein Plan für die Umstrukturierung und Modernisierung gefördert, durch die Wettbewerbsfähigkeit und Rentabilität des Unternehmens gesteigert werden sollen.



Stalexport, Polen

Größere Kapitalbeteiligung
für polnische Stahlindustrie

In der Ukraine stellte die EWBE 11,3 Millionen Ecu als Kapitalbeteiligung für AD Sarja zur Verfügung. Damit werden die Fertigstellung und der Betrieb eines neuen Werks für Glasbehälter sowie Verbesserungen an einem bereits vorhandenen kleineren Werk finanziert.

Durch diese Modernisierung wird der Unternehmensbetrieb auf einen Stand der internationalen Industriestandards gebracht, wie sie auch die Sponsoren in Kanada anwenden. Das führt zur wirksamen Nutzung von Energie und Wasser und der Einsparung von Rohstoffen. Mit dem Projekt wird das Glasrecycling angeregt, denn die Festlegungen enthalten eine Bestimmung über das Sammeln von Flaschenglasbruch in den Großstädten.

Das TAM-Programm und das BAS-Programm für die baltischen Länder

Das Sanierungsprogramm (TAM) zielt auf die Vermittlung von Fachwissen an Manager in der Industrie und die Entwicklung neuer Techniken für die Geschäftstätigkeit auf der Ebene des Spitzenmanagements in den Einsatzländern der EBWE. Durch diese Tätigkeit hilft das Programm, Fortschritte im Reformprozeß dadurch zu erzielen, daß die Unternehmen in den sich entwickelnden Marktwirtschaften der Region wettbewerbsfähiger werden.

Die von der Europäischen Kommission, dem Russischen Privatisierungszentrum, dem Nordischen Ministerrat und weiteren bilateralen Gebern zur Verfügung gestellten Zuschußmittel haben es ermöglicht, daß das TAM-Programm seit Aufnahme seiner Tätigkeit im Juli 1993 507 Projekte in 22 Ländern durchführen konnte. Bisher haben die Geber für das Programm über 40 Millionen Ecu zugesagt. Mit diesen Mitteln werden insgesamt mehr als 710 Projekte finanziert.

Eine Analyse von Daten aus den 213 Unternehmen, in denen TAM-Projekte abgeschlossen worden sind, ergibt einen kombinierten Jahresabsatz von 4,8 Milliarden US-Dollar, was bedeutet, daß er in allen Unternehmen 20 Prozent höher als bei Beginn der Programmtätigkeit lag. Dieses Ergebnis wurde mit minimalen Stellenverlusten erzielt. Die Gesamtzahl der Beschäftigten fiel um weniger als 13 Prozent (von 252.000 auf 219.000). Zusätzlich dazu haben 59 der einbezogenen Unternehmen externe Finanzierungen von insgesamt mehr als 456 Millionen US-Dollar mobilisiert.

In den Ländern, die Beitrittsverhandlungen zur EU aufgenommen haben (Estland, Polen, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn) konzentrieren sich die TAM-Teams auf Verbesserungen der Standards für Produktion, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie im Bereich Umwelt. Dies erleichtert ihnen die Erfüllung der Bedingungen für den Beitritt zur EU.

Das Programm für Geschäftsberatungsdienste (BAS) in den baltischen Ländern ergänzt das TAM-Programm durch Hilfe für Kleinunternehmen. Diese werden dadurch in die Lage versetzt, die für den Beitritt der baltischen Länder zur EU erforderlichen Vorgaben zu erfüllen. Unter der Aufsicht von TAM stellt BAS spezifische Unterstützung zur Verfügung, um Wettbewerbsfähigkeit, Marketing, Finanzmanagement, Umsetzung der Qualitätsbestimmungen der ISO sowie die strategische Planung zu verbessern. Zum Ende des Jahres 1998 hatte BAS Projekte mit über 550 Unternehmen durchgeführt, deren gesamte Beschäftigungszahl bei etwa 75.000 Mitarbeitern lag. Insgesamt erreichte der Absatz 2,5 Milliarden US-Dollar. Eine Reihe dieser Unternehmen sind Kunden lokaler, von der EBWE finanzierter Finanzinstitute und haben als Folge der Unterstützung durch das BAS-Programm 25 Millionen US-Dollar aus externer Finanzierung mobilisieren können.

Ursprünglich wurde das BAS-Programm ausschließlich von den nordischen Ländern mit Mitteln ausgestattet. Von ihnen wurden 4,4 Millionen Ecu zur Verfügung gestellt. Derzeit erhält das Programm 2 Millionen Ecu von der Europäischen Kommission. Darüber hinaus hat der Nordische Ministerrat weitere 0,8 Millionen Ecu zur Bereitstellung spezifischer Hilfe an Kleinunternehmen (mit bis zu 50 Beschäftigten) zugesagt. Bei diesen Unternehmen handelt es sich um den Wirtschaftssektor mit dem größten Beschäftigungswachstum in den baltischen Ländern. Seit seinem Start in der zweiten Hälfte des Jahres 1998 berät das BAS-Programm für Kleinbetriebe bereits über 40 Kundenunternehmen.

Nach äußerst zufriedenstellenden Überprüfungen und Bewertungen der Geschäftstätigkeit wird das BAS-Programm bis Ende 1999 weitergeführt. Vergleichbare Beratungsprogramme für Unternehmen werden in Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Nordwestrußland und Slowenien eingerichtet.

Umwelt

Die EBWE ist durch ihr Mandat gehalten, bei all ihren Aktivitäten eine umweltbewußte und nachhaltige Entwicklung zu fördern. Sie ist sich bewußt, daß der Schutz der Umwelt wesentlicher Bestandteil einer soliden Geschäftspraxis ist. Die EBWE setzt ihr Umweltmandat um, indem sie Projekte in Bereichen wie der Umweltinfrastruktur und der effizienten Energienutzung finanziert (siehe Seite 35 und 36) und bei allen Projekten Umweltschutzvorschriften berücksichtigt.

Im Jahr 1998 wurden 11 Umweltprojekte mit einer Gesamtzusage der EBWE von über 196 Millionen Ecu unterzeichnet. Die Umweltkomponenten weiterer Projekte umfaßten Investitionen in Technologien zur Reduzierung von Emissionen, Abwasserbehandlung sowie Umweltaufwendungen, um den in den Umweltaktionsplänen (UAP) der einzelnen Projekte eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. 1998 hat die EBWE weiterhin die effektive Nutzung von Energie und Ressourcen, Müllentsorgung sowie Recycling und saubere Technologien unterstützt. Dabei ging es darum, andere Finanzierungsquellen zu ergänzen und nicht mit ihnen in einen Wettbewerb zu treten.

Fragen der Sorgfaltspflicht im Umweltbereich werden normalerweise zu Beginn der Projektgenehmigungsphase untersucht. Auf diese Weise soll genügend Zeit zur Verfügung gestellt werden, um Entlastungs- und Verbesserungsmaßnahmen zu planen und eine Einigung über die Vorgehensweise zu erzielen, ehe das Direktorium der Bank seine Zustimmung erteilt. Umweltschutzvorschriften, die Entlastungs-, Verbesserungs- und Überwachungsmaßnahmen vorsehen, werden in die jeweiligen Darlehensverträge aufgenommen.

Im Zusammenhang mit den 1998 vom Direktorium bewilligten Projekten wurden insgesamt 43 Umweltanalysen, einschließlich fünf Umweltverträglichkeitsprüfungen und 25 Öko-Audits durchgeführt. In einigen Fällen mußten sowohl Analysen als auch Öko-Audits durchgeführt werden.

Bodenschätze

Mit Unterstützung unabhängiger Umweltberater hat die EBWE sechs Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie zahlreiche Studien und Programme für die Frühphase des Erdölprojekts Tschirag in Aserbaidschan und Georgien durchgeführt (siehe Seite 38). Diese konzentrierten sich auf Krisenpläne für Öllecks, Erdgasnutzung und seismische Aktivität. Mit den Kreditnehmern wurden ausführliche Umweltaktionspläne vereinbart. In Aserbaidschan und in Georgien wurden öffentliche Sitzungen veranstaltet, denn der UAP

umfaßt ebenfalls ein laufendes Programm für die Einbeziehung der Bevölkerung. Die Entwicklung eines Krisenplans im Falle einer Ölverschmutzung im Schwarzen Meer wird derzeit fortgeführt. Zu den Umweltschutzvorschriften des Projekts gehören die Einführung moderner Praktiken internationaler Ölkonzerne, Schulungen in den Bereichen Umwelt- und Arbeitsschutz, öffentlicher Zugang zu den Ergebnisberichten von Umweltverträglichkeitsprüfungen in Bibliotheken in Aserbaidschan und Georgien sowie die Unterstützung nationaler und regionaler Umweltprogramme.

In Kirgisistan ereignete sich im Mai 1998 ein Verkehrsunfall, durch den Zyanid, das ursprünglich für das Goldprojekt Kumtor der Bank bestimmt war, in den Fluß Barskoon gelangte. Daraufhin führte das Projektunternehmen Maßnahmen zur weiteren Reduzierung des Transportrisikos und zur Verbesserung der Kommunikation im Krisenfall und für Notfallmaßnahmen ein. Eine internationale wissenschaftliche Kommission bestätigte, daß die durch den Unfall verursachten Umweltschäden verhältnismäßig gering waren. Im allgemeinen hat das Unternehmen die internationalen Umweltnormen eingehalten.

Elektrizität und Energie

Im Jahr 1998 wurde eine Umweltüberprüfung des Wasserkraftwerks Mosenergo (Rußland) und seiner bestehenden Anlagen durchgeführt (siehe Seite 35). Spezifische Umweltentlastungsmaßnahmen wurden entwickelt und in das Projekt aufgenommen. Durch diese Maßnahmen wird eine effizientere Nutzung der bestehenden Stromerzeugungskapazitäten gefördert und unwirtschaftlicher Brennstoffverbrauch vermieden; dadurch wird die Luftverschmutzung reduziert. Das Unternehmen setzt bereits ein strategisches Umweltprogramm um, das Projekte in den Bereichen Emissionskontrolle, Wasser- und Abwasseraufbereitung umfaßt. Dabei werden Technologien angewandt, die der besten Praxis in Westeuropa entsprechen.

Der UAP für das Wasserkraftprojekt Enguri (siehe Seite 35) umfaßt ebenfalls Maßnahmen zur verbesserten Abfallentsorgung sowie für die Behandlung und Lagerung von verschiedenen Ölsorten, er befaßt sich weiterhin mit verschiedenen Aspekten des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Das Projekt dient dem Umweltschutz vor allem dadurch, daß es Ersatzkapazitäten für die bisherige umweltbelastende Wärmeerzeugung in Georgien schafft.



Wasserkraftwerk Mosenergo,
Russische Föderation

Umweltprojekte belaufen
sich 1998 auf annähernd
200 Millionen Ecu

Kraftwerkprojekt Karaganda, Kasachstan



Krakauer Stadtverkehrsprojekt, Polen

Straßenbahnprojekt in Krakau bringt beträchtlichen Nutzen für die Umwelt.

Industrie

Die UAP für Stalexport, das führende Stahlunternehmen Polens, (siehe Seite 41) umfassen Maßnahmen für die Minderung der Luftverschmutzung, sowie für Material-, Festmüll- und Abwasserbehandlung, Arbeits- und Gesundheitsschutz, allgemeine Verbesserungen der Betriebstätigkeit sowie die Einsparung von Energie. Die Werke von Stalexport werden innerhalb der nächsten zwei Jahre die Umwelt- und Arbeitsschutznormen Polens und der EU erfüllen. Außerdem entwickelt Stalexport auf Ersuchen der Bank ein unternehmensweites Umweltmanagement-System, um sicherzustellen, daß den Umweltbelangen des Unternehmens und der Tochtergesellschaften gemäß den relevanten EU-Richtlinien Rechnung getragen wird.

Im Rahmen einer Multiprojektfazilität (MPF) mit Samsung Electronics Co und der Samsung Corporation hat die EBWE die Modernisierung bestehender Einrichtungen im Werk Otelinco, einer Stahlverarbeitungsanlage in Rumänien, finanziert. Otelinco/Samsung hat einen UAP vorgelegt, der mit den rumänischen Ordnungsbehörden abgestimmt wurde. Der im Verlauf eines Jahres umzusetzende Plan umfaßt unter anderem die Modernisierung des Bereichs für die Schlammablage sowie den Kauf und die Installation von Überwachungsgeräten zur besseren Kontrolle der Emissionen in die Atmosphäre.

Weitere Industrieprojekte mit wichtigen Umweltkomponenten umfassen das Modernisierungskonzept für das Baumwollwerk Baltex 2000 in Estland (siehe Seite 41). Es handelt sich dabei um den Bau einer Vorbehandlungs- sowie einer Kläranlage, um die Ammoniumnitratwerte des gegenwärtig verwendeten Rohwassers zu verringern.

Agrarindustrie

Im Jahr 1998 konzentrierte sich die EBWE bei der Vergabe von Direktkrediten im Bereich Landwirtschaft auf Betriebe, die Bier, Wein, Fruchtsäfte, Milchzeugnisse, Speiseöl und Kaugummi herstellen (siehe Seite 39). Die Sorgfaltspflicht im Bereich Umwelt zielte daher vor allem auf Produktionsanlagen und weniger auf die landwirtschaftliche Erzeugung. Übliche Umweltfragen im Zusammenhang mit solchen Anlagen betreffen Wasserqualität, Abwasser- und Feststoffbehandlung, Geruchs- und Lärmbelastung. Darüber hinaus wurde der Sektor der landwirtschaftlichen Erzeugung durch intermediäre Finanzmechanismen indirekt unterstützt.

Eine der wichtigsten Anlagen im Agrarbereich war die Investition in Podravka, einem großen lebensmittelverarbeitenden Unternehmen in Kroatien. Es wurden ein Öko-Audit der Produktionseinrichtungen des Unternehmens sowie eine Analyse der Umweltverträglichkeit des Investitionsplans durchgeführt. Anschließend wurde ein Umweltaktionsplan aufgestellt, der die Erfüllung nationaler und gemeinschaftlicher Standards sowie anderer Umweltschutzvorschriften sicherstellen soll. Der Umweltaktionsplan trägt der Notwendigkeit eines koordinierten unternehmensweiten Umweltmanagement-Systems Rechnung. Die Abwasserbehandlungsanlage des Hefewerks in Podravka wird verbessert, um die Einleitung von Abwässern in das städtische Abwassernetz beträchtlich zu reduzieren. Dadurch wird die organische Belastung des Flusses Drau, eines Nebenflusses der Donau, verringert.

Verkehrswesen

Die im Hinblick auf die Geschäftstätigkeit der EBWE im Verkehrssektor durchgeführten Umweltuntersuchungen ergaben, daß bei keinem Projekt nennenswerte Umwelteinflüsse durch Bau bzw. Betrieb ausgelöst werden. Dennoch wurden in den meisten Fällen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die Umwelt in die Projektkonzepte eingearbeitet und Umweltaktionspläne für die Phase der Projektdurchführung angenommen.

Eines der Vorhaben mit den günstigsten Auswirkungen auf die Umwelt war 1998 das Stadtverkehrsprojekt für Krakau (siehe Seite 37). Gemäß den Umweltbestimmungen der EBWE sowie den polnischen Regeln für Umweltverträglichkeitsprüfungen wurde während der Durchführbarkeitsstudienphase von ausländischen und polnischen Beratern im Auftrag der Stadt eine Umweltverträglichkeitsuntersuchung durchgeführt. An dem Prozeß wurde auch die Öffentlichkeit beteiligt. Im Rahmen öffentlicher Sitzungen wurden die Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfung sowie mögliche umweltentlastende Maßnahmen erörtert. Außerdem wurde der Öffentlichkeit Einsicht in den Abschlußbericht der Umweltverträglichkeitsprüfung gewährt. Durch Verlagerung des Verkehrsaufkommens auf öffentliche Verkehrsmittel dürften sich die Kohlendioxidemissionen in der Stadt zu den Stoßzeiten um ein bis zwei Prozent verringern. Außerdem hat das Projekt vermutlich die Verminderung von Staus und des PKW-Aufkommens im Stadtzentrum zur Folge, da Hauptbahnhof und Busbahnhof an das Straßenbahnnetz und expandierende Geschäftsviertel an Wohngebiete angebunden werden. Insgesamt dürfte das Projekt auch der Verkehrssicherheit und dem Tourismus förderlich sein.

Finanzintermediäre

Im Jahr 1998 engagierte sich die EBWE in ihrer Umweltarbeit auf dem Finanzsektor vor allem durch die Überwachung von Projekten. Fortgeschrittene Projekte ziehen immer mehr Unterprojekte von Finanzintermediären nach sich, von denen viele wiederum direkt von der Bank genehmigt werden müssen. Neben den Unterprojekten überprüft die Bank auch die Jahresberichte der beteiligten Finanzintermediäre. Neue Projekte werden häufig mit bestehenden Kunden abgeschlossen, die bereits Erfahrung mit den Umweltschutzvorschriften der EBWE haben. Je nach der Natur des neuen Projekts wird der jeweilige Finanzintermediär möglicherweise aufgefordert, seine verbindlichen Umweltprüfungsverfahren auszuweiten. In einem solchen Fall muß die EBWE sicherstellen, daß die Verfahren im Rahmen des Ursprungsprojekts ordnungsgemäß durchgeführt werden. Falls notwendig, ist die Bank dem Finanzintermediär bei der verstärkten Einbindung der Verfahren in seine Geschäftsprozesse behilflich.

Die EBWE veranstaltet seit 1994 Schulungen über die Sorgfaltspflicht im Umweltschutz, um die Umsetzung ihrer Umweltschutzvorschriften durch die Finanzintermediäre zu fördern. Die Schulungen werden von Umweltberatern gehalten, die auf der Grundlage von Rahmenverträgen angestellt sind, welche durch das PHARE- und das TACIS-Programm der EU finanziert werden. Insgesamt nahmen bisher über 100 Finanzintermediäre an solchen Schulungen teil.

Im Rahmen dieser Schulungen forderte die EBWE die Teilnehmer weiterhin zu einem proaktiven Ansatz bei der Finanzierung umweltbezogener Projekte auf. Außerdem ermutigte die Bank die Finanzintermediäre, kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) Mittel für umwelttechnische Verbesserungen bereitzustellen. Dies wurde beim Treffen des EBWE-Umweltbeirats (ENVAC) im Oktober 1998 erörtert und begrüßt. (Der Beirat setzt sich aus Umweltexperten aus den Einsatzländern der Bank und den OECD-Staaten zusammen.) Weiterhin wirkte die EBWE aktiv an verschiedenen Initiativen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) mit, unter anderem an der UNEP-Erklärung der Finanzinstitute zu Umwelt und Nachhaltiger Entwicklung.

Sonstige Initiativen

Durch ihre Beteiligung an der Klimakonferenz in Buenos Aires im November 1998 (COP-4) machte die EBWE deutlich, daß sie die flexiblen Mechanismen des Protokolls von Kyoto nach wie vor unterstützt. Unter anderem geht es dabei um den Mechanismus der gemeinsamen Umsetzung und sauberen Entwicklung. Er sieht vor, daß Investoren, die Treibhausgasemissionen grenzüberschreitend reduzieren, im Gegenzug Kredite erhalten. Weiterhin wurden die Themen Energieeinsparung und Klimaveränderung im *Transition Report 1998* der EBWE analysiert.

Der Projektvorbereitungsausschuß (PVA), dessen Sekretariat bei der EBWE angesiedelt ist, unterstützt nach wie vor die Ergänzung von Geber-Kofinanzierungen von Umweltprojekten durch marktbasiertere Finanzierungen, die die EBWE und andere internationale Finanzinstitutionen bereitstellen. Die europäischen Umweltminister begrüßten die Aktivitäten des PVA bei der vierten Konferenz „Umwelt für Europa“, die im Juni 1998 in Århus stattfand. Sein Mandat wurde erneuert.

Im Jahr 1998 organisierte der PVA in Tiflis (Georgien) eine Veranstaltung zur Anbahnung von Projekten im Kaukasus und den zentralasiatischen Republiken. Eine entsprechende Veranstaltung für die Ukraine und Moldau fand in Dniepropetrowsk (Ukraine) statt. Durch diese Initiativen hat der PVA die Ergänzung der Geberfinanzierungen unterstützt und die Koordinierung mehrerer Projekte verbessert. Außerdem hat der PVA Kofinanzierungen der Europäischen Kommission und der EBWE ermöglicht, durch die Umweltprojekte in den Beitrittsländern entwickelt werden.

Der EBWE-Umweltbeirat hat den Präsidenten und die Mitarbeiter weiterhin über Grundsätze und Strategien in Bezug auf das Umweltmandat der Bank beraten. Im Jahr 1998 fanden zwei offizielle Tagungen des ENVAC statt.

Im Laufe des Jahres 1998 wurden drei weitere Titel in der Reihe *Investors' guidebook for environment, health and safety* veröffentlicht, die folgende Ländergruppen betreffen: Kroatien, EJR Mazedonien und Slowenien; Armenien, Aserbaidshan und Georgien; Kasachstan und Kirgisistan. Anfang 1999 folgten zwei weitere Artikel über Moldau, die Ukraine und Weißrußland; und Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Außerdem wurden im Berichtszeitraum zwei Ausgaben des Bankbulletins *Environments in transition* veröffentlicht.

Die EBWE verwaltet sowohl das Reaktorsicherheitskonto (RSK) als auch den Tschernobyl-Sarkophag-Fonds (TSF). Sie übt diese Tätigkeit gemäß den Bestimmungen des jeweiligen Fonds aus, erbringt technische, finanzielle, rechtliche und administrative Leistungen und unterstützt die Projektumsetzung. Ihrer Rechenschaftspflicht gegenüber den Beitragszahlern kommt sie durch Berichte an die Vollversammlungen der Beitragszahler beider Fonds nach. Diese Gremien sind für die gesamte Beaufsichtigung der Leitung des jeweiligen Fonds zuständig. Sie billigen Arbeitspläne für ein halbes Jahr, genehmigen die Jahresabschlüsse und fassen Beschlüsse über die Finanzierung der einzelnen Projekte.

Die EBWE erhält aus den Fonds eine Vergütung für alle ihr entstehenden Kosten sowie Honorare und Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit der von ihr für die Fondsverwaltung verpflichteten Berater anfallen.

Das Reaktorsicherheitskonto

Bei der Münchener Gipfelkonferenz im Juli 1992 boten die Staats- und Regierungschefs der G-7 den Ländern der Region ein multilaterales Aktionsprogramm zur Verbesserung der Sicherheit ihrer Atomkraftwerke (AKW) an. Es sollte Sofortmaßnahmen in folgenden Bereichen umfassen: Erhöhung der Betriebssicherheit, kurzfristige Verbesserungen der technischen Sicherheit der Kraftwerke auf der Grundlage von Sicherheitsanalysen sowie einer Verschärfung der Aufsichtsbestimmungen. Weiterhin sollte im Rahmen dieses Programms eine Grundlage für langfristige Sicherheitsverbesserungen geschaffen werden. Zu diesem Zweck sollte der mögliche Aufwand einer Ersetzung von weniger sicheren Kraftwerken durch alternative Energiequellen sowie einer effizienteren Nutzung von Energie eingeschätzt und das Potential für technische Verbesserungen an Kernkraftwerken neuerer Bauart untersucht werden.

Die G-7-Länder befürworteten die Einrichtung eines zusätzlichen multilateralen Mechanismus, der Maßnahmen zur Verbesserung der Betriebssicherheit und der technischen Sicherheit in Angriff nehmen sollte, die nicht durch bilaterale Programme abgedeckt sind. Sie forderten die internationale Gemeinschaft auf, sich an der Finanzierung dieser Arbeiten zu beteiligen.

Im Februar 1993 schlugen die G-7-Länder offiziell vor, daß die EBWE ein Konto für Reaktorsicherheit eröffnen solle, auf das Beiträge der Geberländer eingezahlt werden könnten und das für Zuschüsse für Sicherheitsprojekte in der Region verwendet werden sollte. Im März 1993 billigte das Direktorium der Bank diesen Vorschlag und die Richtlinien für das RSK. Im Rahmen dieser Richtlinien ist es Aufgabe der Bank, die Projekte vorzubereiten und sie der Vollversammlung der Beitragszahler zur Bewilligung vorzulegen.

Insgesamt waren bis zum 31. Dezember 1998 von der Europäischen Gemeinschaft und 14 Ländern (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, den Niederlanden, Norwegen, Schweden, Schweiz, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten von Amerika) Zusagen in Höhe von insgesamt 260,6 Millionen Ecu eingegangen. Auf ihrer Tagung im Dezember 1998 forderte die RSK-Vollversammlung der Beitragszahler die Bank auf, die Geschäftstätigkeit des RSK bis zum Jahr 2002 zu verlängern.

Der Tschernobyl-Sarkophag-Fonds

Bei der G-7-Gipfelkonferenz in Denver 1997 sprachen sich die G-7, die Europäische Gemeinschaft und die Ukraine für die Schaffung eines zusätzlichen multilateralen Mechanismus zur Bereitstellung von Mitteln an die Ukraine aus. Diese sollen das Land bei der Umwandlung des vorhandenen Sarkophags in Tschernobyl in ein sicheres und umweltstabiles System unterstützen. Die dafür vorgesehenen Maßnahmen sind im „Sarkophag-Durchführungsplan für Block 4“ vom 31. Mai 1997 dargelegt. Die G-7-Länder und die Europäische Union sagten 300 Millionen US-Dollar zu und riefen verantwortungsbewußte Regierungen und andere Geber dazu auf, sich ihrer Initiative anzuschließen, um die vollständige Umsetzung des Durchführungsplans zu ermöglichen.

Der Plan wurde im Frühjahr des Jahres 1997 gemeinsam vom Tacis-Programm der EG und dem amerikanischen Energieministerium erarbeitet. Der Aufbau des Durchführungsplans basiert auf Entscheidungen – er ist so angelegt, daß man zwischen verschiedenen technischen Optionen entscheiden muß, ohne daß die endgültige technische Entscheidung im Plan definiert wäre. Die wichtigsten technischen Ziele wurden in 297 Operationen entwickelt, die preislich festgelegt und in den Projektplan aufgenommen wurden. Aus letzterem ergibt sich, daß bis zum Abschluß des Durchführungsplans etwa acht bis neun Jahre benötigt werden; die Aufwendungen dafür belaufen sich auf ca. 760 Millionen US-Dollar.

Das Direktorium der EBWE bewilligte im September 1997 die Beteiligung an dem Plan und im November 1997 die Bestimmungen für den Tschernobyl-Sarkophag-Fonds (TSF). Bei der Beitragskonferenz in New York im November 1997, die unter dem gemeinsamen Vorsitz des ukrainischen Präsidenten Kutschma und des US-Vizepräsidenten Gore veranstaltet wurde, erklärten sich 13 neue Geberländer bereit, dem Beispiel der G-7-Staaten und der Europäischen Gemeinschaft zu folgen und Zusagen für den TSF einzugehen. Der TSF nahm im Dezember 1997 seine Tätigkeit auf, nachdem die erforderlichen acht Beitragszahler entsprechende Beitragsabkommen mit der EBWE getroffen hatten.

Bis zum 31. Dezember 1998 hatten die Europäische Gemeinschaft und 20 weitere Staaten (Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Japan, Kanada, Kuwait, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, die Schweiz, Spanien, Ukraine, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten) Beitragszahlungen in Höhe von insgesamt 335 Millionen Ecu geleistet. Darüber hinaus stellten Polen, Portugal und die Slowakische Republik insgesamt 3 Millionen Ecu zur Verfügung. Die EBWE verhandelt derzeit mit mehreren weiteren Ländern über den Abschluß von Beitragsabkommen.

Reaktorsicherheit

Aktivitäten des Reaktorsicherheitskontos

Reaktoren mit hohem Risiko, das durch kurzfristige Sicherheitsverbesserungen erheblich verringert werden kann, wird Priorität eingeräumt, sofern diese Reaktoren erforderlich sind, um eine kontinuierliche Stromversorgung in den Einsatzländern zu gewährleisten. Das Hauptaugenmerk richtet sich also auf die vorhandenen RBMK- und WWER-440/230-Reaktoren sowie den Kauf entsprechender Zusatzausrüstung, nicht jedoch auf die Erstellung von Studien, die bereits von einigen Gebern finanziert werden. Mit den betroffenen Ländern werden Absprachen angestrebt über die Bedingungen für die Einführung neuer, auf gründlichen Sicherheitsanalysen basierender Überwachungssysteme, über die Entwicklung des Energiesektors sowie die vorzeitige Stilllegung von Hochrisiko-Reaktoren aus Gründen der Sicherheit und Wirtschaftlichkeit.

Laufende Projekte

Bis zum 31. Dezember 1998 wurden von der Vollversammlung der Beitragszahler Projekte in Bulgarien, Litauen, Rußland und der Ukraine gebilligt. Die betroffenen Regierungen, die EVU und die EBWE unterzeichneten entsprechende Zuschußvereinbarungen.

Bulgarien

Ein Projekt im Wert von 24 Millionen Ecu für die Blöcke 1-4 (Typ WWER-440/230) des AKW Kosloduj in Bulgarien wurde im Juni 1993 unterzeichnet. Das Projekt zur Verbesserung der Sicherheit wurde inzwischen vollständig umgesetzt. Gemäß der Zuschußvereinbarung ist die bulgarische Regierung dazu verpflichtet, nach Abschluß einer Reihe von Investitionen im Elektrizitätssektor die Blöcke 1 und 2 und später die Blöcke 3 und 4 abzuschalten. Diese Investitionen haben sich jedoch verzögert und werden voraussichtlich erst 2003 abgeschlossen sein. Im Zusammenhang mit der Schließung der Blöcke 1-4 des AKW Kosloduj arbeitet die EBWE mit dem Ziel, realistische Stilllegungstermine ohne Bedingungen gemäß der Zuschußvereinbarung festzulegen. Die Bank unterhielt im Rahmen des EU-Beitrittsprogramms intensive Kontakte mit der Europäischen Gemeinschaft

Litauen

Im Februar 1994 wurde ein Projekt im Wert von 34,8 Millionen Ecu für die Umsetzung von 20 kurzfristigen Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit für das AKW Ignalina (zwei RBMK-1500-Reaktoren) in Litauen unterzeichnet. Ende 1998 waren die Einrichtungen zum Teil bereits eingebaut oder wurden gerade installiert; sie sollen in der ersten Jahreshälfte 1999 ans Netz gehen.

Im Zuschußabkommen verpflichtete sich die litauische Regierung dazu, den Betrieb der beiden Blöcke des Kraftwerks nicht über den Zeitpunkt hinaus zu verlängern, zu dem die Druckkanäle ausgewechselt werden müssen. Laut den Messungen, die 1998 an den Druckkanälen vorgenommen wurden, wird dieser Fall für Block 1 im Laufe der nächsten Jahre eintreten. In der ersten Jahreshälfte 1999 wird eine eingehende Analyse dieses Sachverhalts fertiggestellt werden.

Außerdem wird Block 1 Mitte Mai 1999 stillgelegt, es sei denn, die Sicherheitsbehörde erteilt eine Neuzulassung auf der Grundlage der Befunde internationaler Sicherheitsfachleute. Deren Analyse basiert auf den Ergebnissen einer eingehenden Sicherheitsbewertung für Ignalina, die durch das RSK finanziert wurde. Die Stilllegung ist ebenfalls obligatorisch, falls nicht nachgewiesen werden kann, daß der weitere Betrieb gerechtfertigt ist, um den Inlandsbedarf zu decken und wenn es sich dabei – einschließlich der Kosten für die Verbesserungen der Sicherheit – um die Mindestkostenlösung handelt.

Reaktoren in der Region



Litauen überarbeitet derzeit seine Energiestrategie auf der Grundlage von Mindestkostenstudien für Litauen und das übrige Baltikum.

Im Laufe des Jahres 1998 arbeitete die EBWE intensiv mit der Europäischen Union im Rahmen des EU-Beitrittsprogramms zusammen.

Russische Föderation

Im Juni 1995 unterzeichnete die EBWE Abkommen mit der Regierung der Russischen Föderation, dem AKW Leningrad, Rosenergoatom (gemeinsam mit den AKW Nowoworonesch und Kola) und der Reaktorsicherheitsbehörde (RF Gosatomnadsor). Es wurde ein gemeinsamer Ausschuss eingesetzt, der die Fortschritte bei der Umsetzung dieser Abkommen überwachen soll.

Von der gesamten Zuschußsumme erhält das AKW Leningrad (mit vier RBMK-1000-Reaktoren) 30,4 Millionen Ecu, Rosenergoatom erhält Zuschüsse in Höhe von 45,1 Millionen Ecu für die AKW Nowoworonesch und Kola (mit vier WWER-440/230-Reaktoren). Diese Projekte sehen unter anderem 41 kurzfristig umzusetzende Sicherheitsverbesserungen vor. Ende des Jahres 1998 war der Großteil der Ausrüstung angeliefert worden; die Inbetriebnahme soll in der ersten Jahreshälfte 1999 erfolgen.

RF Gosatomnadsor erhält Einzelunterstützung durch einen Zuschuß in Höhe von 0,9 Millionen Ecu, um das Genehmigungsverfahren für die kurzfristig umzusetzenden Verbesserungen der Betriebssicherheit unter Beteiligung von Organisationen für technische Sicherheit zu erleichtern.

Die RSK-Vereinbarungen sehen außerdem die Einführung neuer ordnungsrechtlicher Bestimmungen für zehn ausgewählte Blöcke mit RBMK- und WWER-400/230-Reaktoren vor, die nach eingehenden Sicherheitsüberprüfungen erfolgen soll. Gemäß dem Abkommen erteilen die russischen Behörden nur dann längerfristige Betriebsgenehmigungen, wenn die Anlagenbetreiber nachweisen können, daß die Sicherheitsstandards der Kraftwerke den international anerkannten Sicherheitsgrundsätzen und -leitlinien sowie den üblichen Verfahrensweisen entsprechen. Im Laufe des Jahres 1998 kam es zu einer weiteren Verzögerung dieses Genehmigungsprogramms.

Darüber hinaus wurden im Rahmen der RSK-Abkommen Vorbereitungen für die Erstellung von Mindestkostenplänen für einschlägige Bereiche des russischen Elektrizitätssektors getroffen. Dadurch sollen Alternativprojekte identifiziert werden, die eine vorzeitige Stilllegung von Hochrisiko-Reaktoren ermöglichen würden. Im Laufe des Jahres 1998 wurde der Entwurf eines solchen Mindestkostenplans für den russischen Nordwesten erstellt.

Ukraine

Gegenwärtig wird ein im November 1996 unterzeichnetes Projekt über 118,1 Millionen Ecu für das AKW Tschernobyl umgesetzt. Es ist Teil eines umfassenden Programms, das die Entscheidung der Ukraine für die Stilllegung des AKW Tschernobyl bis zum Jahr 2000 unterstützt, wie in der Absichtserklärung der Ukraine und der G-7/Europäischen Gemeinschaft vorgesehen. Das RSK-Projekt befaßt sich mit den Vorbereitungen für die Stilllegung der Blöcke 1, 2 und 3. Zu diesem Zweck werden eine Aufbereitungsanlage für radioaktive Abwässer und ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente eingerichtet. Weiterhin sieht das Projekt kurzfristige Sicherheitsvorkehrungen für Block 3 vor, die noch vor dessen Stilllegung zu treffen sind. Die dringend notwendige sicherheitsbezogene Ausrüstung wurde inzwischen angeliefert, aber erst teilweise in Betrieb genommen. Die Ausschreibung für Herstellung und Lieferung der voll betriebsfertigen Aufbereitungs- und Zwischenlagerungsanlage ist noch nicht abgeschlossen. Die Unterzeichnung des Vertrags ist für die erste Hälfte des Jahres 1999 geplant.

Tätigkeit des Tschernobyl-Sarkophag-Fonds

Im Februar 1998 ratifizierte die Rada, das ukrainische Parlament, das Rahmenabkommen zwischen der Ukraine und der EBWE. Dies ermöglichte es der Bank, Verhandlungen über einzelne Zuschußabkommen aufzunehmen. Im Rahmen der vier Abkommen, die im Laufe des Jahres 1998 mit den Empfängern Energoatom und der Reaktorsicherheitsbehörde der Ukraine unterzeichnet wurden, wurden 154 Millionen Ecu für die Anfangsphase des Sarkophag-Durchführungsplans bereitgestellt.

Die sechs wichtigsten Beraterverträge (einer für Projektmanagement, vier für die technische Beratung sowie einer für Fragen der Betriebsgenehmigung), die gemeinsam das Rückgrat des Sarkophag-Durchführungsplans bilden, wurden zwischen April und November 1998 vergeben. Die offene Ausschreibung sowie Art und Umfang des Projekts weckten das Interesse zahlreicher kompetenter internationaler Unternehmen. Für einen fairen Wettbewerb wurde durch strikte Anwendung der Beschaffungsverfahren der EBWE für Projekte der öffentlichen Hand gesorgt. Die erfolgreichen Konsortien boten eine ausgewogene Mischung internationaler und ukrainischer Fachkenntnisse. Dies erwies sich als Vorteil für die ukrainischen Unternehmen, deren Arbeitsanteil über 60 Prozent der gesamten für das Projekt erforderlichen Zeit in Anspruch nehmen wird.

Das für die Durchführung des Projekts benötigte Personal wurde eingesetzt und der organisatorische Aufbau fertiggestellt. Diese beiden Prozesse verliefen parallel zur Projektumsetzung. Wegen des kritischen Zustands des Sarkophags hatten Notmaßnahmen zur Stabilisierung der Struktur absoluten Vorrang. Eine der beiden dringendsten Reparaturarbeiten wurde inzwischen erledigt, für eine weitere wurde ein Vertrag abgeschlossen.

Ausschlaggebend für den Erfolg des Projekts im Jahr 1998 war die effektive Partnerschaft mit der Regierung der Ukraine und anderen ukrainischen Stellen. Der gemeinsame Ausschuß der Ukraine und der EBWE zeigte sich in strategischen Fragen der Projektumsetzung konstruktiv. Der Sarkophag-Durchführungsplan wurde im Dezember von der Steuer freigestellt. Die „Reaktorgarantie“ soll im Januar 1999 dem Kabinett zur Unterzeichnung vorgelegt werden. Dadurch sowie durch die übliche Versicherung des Gesamtprojekts (im Dezember abgeschlossen) sind alle Teilnehmer des Sarkophag-Durchführungsplans für die Dauer des Projekts gleichermaßen abgesichert.

Die Sachleistungen der Ukraine, die sie in Form der unerläßlichen Projektinfrastruktur für den Sarkophag-Durchführungsplan zur Verfügung stellt, wird im Jahr 1999, wenn der Schwerpunkt sich mehr auf die Projektumsetzung verschiebt, weiterhin von entscheidender Bedeutung sein.

Um die Fortführung des Projekts nach dem Jahr 2000 sicherzustellen, muß das Einwerben von zusätzlichem Kapital eine der obersten Prioritäten bleiben. Die EBWE wird die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, vertreten durch die Vollversammlung der Beitragszahler, mit den bisherigen und neuen Gebern zusammenzuarbeiten, nach Kräften unterstützen.



Reaktorprojekt Tschernobyl, Ukraine

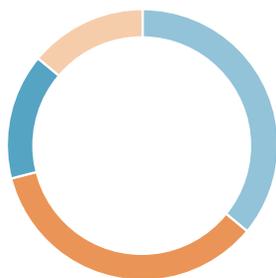
Erste Verträge für den Tschernobyl-Durchführungsplan vergeben



Sonstige geschäftliche Aktivitäten

Quellen der Kofinanzierung nach Wert

1998



- Kommerzielle Kofinanzierungsinstitutionen 36%
- Internationale Finanzinstitutionen 35%
- Offizielle kofinanzierende Institutionen 15%
- Exportkreditgesellschaften 14%

Kofinanzierung

Im Übereinkommen zur Errichtung der EBWE hat sich die Bank dazu verpflichtet, zu ihrer Geschäftstätigkeit andere Finanzierungsquellen heranzuziehen. Die wichtigsten Kofinanzierungspartner der Bank sind:

- Geschäftsbanken: durch Beteiligungen an EBWE-Darlehen, Übertragungen, Anleihen, Paralleldarlehen und Kreditlinien;
- offizielle Kofinanzierungsinstitutionen wie Regierungsbehörden und bilaterale Finanzinstitutionen, die Zuschüsse, Paralleldarlehen und Kapitalbeteiligungen zur Verfügung stellen;
- Exportkreditgesellschaften (ECA): durch Direktfinanzierung und Garantien für Exportkredite und Investitionsversicherungen;
- internationale Finanzinstitutionen (IFI): Staatskredite und Privatarlehen für größere Projekte oder Vorhaben in Ländern, in denen es bisher keinen Zugang zu privaten Quellen gibt;

Für die Einsatzländer der EBWE bietet die Kofinanzierung zwei Vorteile: Die Kreditnehmer werden an die internationalen Kapitalmärkte herangeführt, gleichzeitig werden ausländische Direktinvestitionen gefördert. Bei der Wahl der Kofinanzierungspartner sind stets die spezifischen Bedürfnisse und Wünsche des Kunden zu berücksichtigen; möglicherweise hängt die Wahl davon ab, ob es sich um ein Projekt des privaten oder öffentlichen Sektors handelt sowie von den konkreten Marktbedingungen, die die kommerziellen und offiziellen Kofinanzierungspartner vorfinden.

Im Laufe des Jahres 1998 war die Kofinanzierung vor allem von folgenden Entwicklungen geprägt: Die Anzahl der Kofinanzierungspartner und die mobilisierten Mittel nahmen beträchtlich zu, während die Schwellenmärkte einer anhaltenden und sich verschärfenden Krise ausgesetzt waren. Außerdem waren insbesondere in Ländern der frühen und mittleren Übergangsphase zahlreiche Kreditnehmer immer weniger in der Lage, sich Zugang zu den Kreditmärkten zu verschaffen. In dem Maße, wie das Vertrauen in die Märkte schwand, wurden die Bestimmungen und Bedingungen für die Kreditvergabe auch in den fortgeschrittenen Transformationsländern verschärft.

Beträchtlicher Anstieg bei den 1998 mobilisierten Mitteln

Art der Kofinanzierungsmittel, nach Wert

1998

	Millionen Ecu
A/B-Darlehen ¹ /Beteiligungen	584
Paralleldarlehen	118
Direktkredite/Garantien von Exportkreditgesellschaften	270
Darlehen von internationalen Finanzinstitutionen	676
Beteiligungskapital	188
Zuschüsse	97
Gesamt	1.933

¹ Ein A/B-Darlehen ist ein Kofinanzierungsmittel, das von der EBWE zum Teil (Teil A des Darlehens) aus eigenen Mitteln finanziert wird, der Rest (Teil B) wird an einen kommerziellen Darlehensgeber syndiziert.

Vor diesem Hintergrund zeichnete sich Ende 1998 eine leichte Verschiebung in Richtung offizieller Kofinanzierungsquellen ab. Insbesondere setzte die EBWE ihre enge Zusammenarbeit mit anderen internationalen Finanzinstitutionen fort und baute ihre Kofinanzierungstätigkeit mit diesen Partnern so weit wie möglich aus.

Im Jahr 1998 kooperierte die EBWE mit 58 Geschäftsbanken aus 19 Ländern. Die Kofinanzierungsmittel dieser Banken beliefen sich auf insgesamt 584 Millionen Ecu, mit denen 25 Projekte unterstützt wurden. Insgesamt vier Exportkreditgesellschaften brachten entweder durch Direktkredite oder Bürgschaften 270 Millionen Ecu an Kofinanzierungsmitteln auf. Exportkreditgesellschaften waren an drei Projekten in drei Ländern beteiligt.

Offizielle kofinanzierende Organisationen (Exportkreditgesellschaften ausgeschlossen) nahmen im Jahr 1998 an 46 Projekten teil und stellten insgesamt 915,6 Millionen Ecu bereit. Andere internationale Finanzinstitutionen stellten in 20 Projekten insgesamt 675,8 Millionen Ecu in Form von Darlehen und Kapitalbeteiligungen zur Verfügung. Sonstige offizielle Quellen kofinanzierten 34 Projekte im Gesamtwert von 239,8 Millionen Ecu.

Unterstützung durch Kofinanzierung für Geschäftstätigkeit im privaten und staatlichen Sektor

1998

	Anzahl	Gesamte	EBWE-	Kofinanzierung	Kofinanzierung
		Projektkosten	Finanzierung		
		Millionen Ecu	Millionen Ecu	Millionen Ecu	
Privatsektor	72	5.908	1.221	1.346	69,6
Staatssektor	17	1.812	545	587	30,4
Gesamt	89	7.720	1.766	1.933	100,0

Kommerzielle kofinanzierende Organisationen

Die Krise in den Schwellenländern, die im russischen Zahlungsverzug, in der Abwertung des Rubels und dem Schuldenmoratorium gipfelte, das am 17. August verkündet wurde, hatte ein erhebliches Gefälle zwischen weiter und weniger fortgeschrittenen Transformationsländern hinsichtlich der Verfügbarkeit kommerzieller Kofinanzierungsmittel zur Folge.

Von seiten kommerzieller Kofinanzierungspartner waren es vor allem die Geschäftsbanken, die im Jahr 1998 an Kofinanzierungen beteiligt waren. Die wichtigsten Kofinanzierungsprojekte des Berichtsjahrs wurden in verschiedenen Industriebranchen und Ländern getätigt; die größten Projekte des Jahres wurden in Rußland abgeschlossen, ehe dort im August die Finanzkrise ausbrach.

Eines der größten Kofinanzierungsvorhaben des Jahres 1998 war ein Projekt in Höhe von 127,3 Millionen Ecu. Damit sollen Bau und Betrieb einer Dosenfertigungsanlage in der Region Moskau finanziert werden. Die EBWE arrangierte gemeinsam mit der Internationalen Finanz-Corporation, daß ein Darlehen im Wert von 25,8 Millionen Ecu an sechs Banken der PLM-Gruppe, eines der größten Verpackungsunternehmen Europas und eines großen Herstellers von Aluminiumdosen, syndiziert wurde. Ebenfalls in Rußland beteiligen sich fünf Geschäftsbanken an einer 51,6 Millionen Ecu umfassenden Finanzierungsfazilität für das Stahlwerk MMK in Magnitogorsk im Ural. Die EBWE stellt dafür 30,1 Millionen Ecu zur Verfügung.

Als weiteres wichtiges Kofinanzierungsprojekt des Jahres 1998 ist das Finanzierungspaket für Ispat Karmet in Höhe von 376,3 Millionen Ecu zu nennen. Ispat Karmet ist eines der weltweit größten integrierten Stahlwerke an einem Standort und das größte Wirtschaftsunternehmen Kasachstans. Gemeinsam mit der Internationalen Finanz-Corporation sorgte die EBWE dafür, daß 194,2 Millionen Ecu des Finanzierungspakets an 17 Finanzinstitutionen syndiziert wurden. Die EBWE stellt 116,1 Millionen Ecu für ein Darlehen mit zehnjähriger Laufzeit auf eigene

Rechnung zur Verfügung, außerdem ein Darlehen in Höhe von 75,6 Millionen Ecu mit sechsjähriger Laufzeit auf Rechnung der 17 beteiligten Finanzinstitutionen sowie eine revolvingierende Arbeitskapitalfazilität in Höhe von 43,0 Millionen Ecu mit 364 Tagen Laufzeit auf Rechnung von 15 der Finanzinstitutionen. Die Internationale Finanz-Corporation stellt ein Darlehen in Höhe von 66,0 Millionen Ecu mit zehnjähriger Laufzeit auf eigene Rechnung bereit sowie ein Darlehen über 75,6 Millionen Ecu mit sechsjähriger Laufzeit auf Rechnung der 17 beteiligten Banken. Ispat Karmet ist das erste größere Privatunternehmen Kasachstans, das von einem solchen Finanzierungspaket profitiert.

Das erste Industrieprojekt in der Ukraine, für das ausländische Banken ein mittelfristiges Darlehen zur Verfügung stellten, war ein Projekt für die Ölmühle in Dnepropetrowsk (DOEP), durch das die Herstellung, das Raffinieren und die Flaschenabfüllung von Speiseöl finanziert werden sollen. Eine revolvingierende Kreditfazilität in Höhe von 12,9 Millionen Ecu wurde an zwei Geschäftsbanken syndiziert.

Das Projekt zur Unterstützung des Aluminiumherstellers Slovalco a.s. im slowakischen Ziar nad Hronom erwies sich als ein beachtlicher Erfolg. Die Finanzierung wurde 1998 gemeinsam von der EBWE und Crédit Lyonnais vorbereitet. Die mittelfristige Kofinanzierungsfazilität in Höhe von 108,0 Millionen Ecu setzt sich zusammen aus 34,3 Millionen Ecu der EBWE und einem syndizierten Betrag in Höhe von 73,7 Millionen Ecu, an dem zehn Geschäftsbanken beteiligt sind. Angesichts der finanziellen Turbulenzen in den Schwellenländern und des schwindenden Vertrauens in die Metallbranche ist es bemerkenswert, daß die Syndizierung deutlich überzeichnet war. Der Erfolg dieses Kofinanzierungsprojekts ist ein eindeutiges Zeichen dafür, daß ausländische Kreditgeber bereit sind, gemeinsam mit internationalen Finanzinstitutionen wie der EBWE langfristige Investitionen in die Region zu unterstützen.

Beträchtlicher Anstieg der Anzahl von Kofinanzierungspartnern im Jahr 1998



Ispat Karmet, Kasachstan

In der zweiten Hälfte des Jahres 1998 organisierte die EBWE die erste groß angelegte Syndizierung eines Projekts für Finanzinstitutionen in Mittel- und Osteuropa seit der russischen Krise. Die führende Bank Estlands, Hansapank, erhielt ein mittelfristiges vorrangiges Darlehen in Höhe von 76,6 Millionen Ecu, von denen 51,1 Millionen Ecu an 12 Geschäftsbanken syndiziert wurden. Die übrigen 25,5 Millionen Ecu wurden von der EBWE zur Verfügung gestellt. Das Projekt wurde gemeinsam mit der Bankgesellschaft Berlin und der Hamburgischen Landesbank vorbereitet und übernommen. Es setzt nicht nur für Estland, sondern auch für andere Länder in der Region neue Maßstäbe.

Die EBWE mißt der engen Zusammenarbeit mit Exportkreditgesellschaften weiterhin große Bedeutung bei. Im Laufe des Jahres 1998 brachten Exportkreditgesellschaften 270 Millionen Ecu für Kofinanzierungen auf. Die Bank pflegt einen intensiven Dialog mit dem Internationalen Verband der Kredit- und Investitionsversicherer (Berner Union) und nimmt an allen Sitzungen des Investitions- und des Exportkreditversicherungsausschusses des Verbandes teil. Außerdem arbeitet sie eng mit der Exportkreditgruppe der OECD zusammen und ist bei allen Sitzungen über die neuen Konsensregeln für Projektfinanzierungstransaktionen vertreten.

Kofinanzierungspartner 1998

Geschäftsbanken		Offizielle kofinanzierende Organisationen	
ABN AMRO Bank	Niederlande	Norddeutsche Landesbank	Deutschland
Anglo Irish Bank Corporation	Irland	Rabobank Nederland	Niederlande
Arab American Bank	USA	Raiffeisen Zentralbank Österreich	Österreich
Banca Commerciale Italiana	Italien	Royal Bank of Canada	Kanada
Banca Nazionale del Lavoro	Italien	Skandinaviska Enskilda Banken	Schweden
Bank Austria	Österreich	Société Générale	Frankreich
Bank of America	USA	Sumitomo Bank	Japan
Bankgesellschaft Berlin	Deutschland	Svenska Handelsbanken	Schweden
Banque Française du Commerce Extérieur	Frankreich	Swiss Bank Corporation	Schweiz
Banque Paribas	Frankreich	Tokai Bank	Japan
Bayerische Landesbank	Deutschland	Unibanka	Lettland
Berliner Bank	Deutschland	Union Bank of Switzerland	Schweiz
BG Bank International	Dänemark		
BHF Bank	Deutschland		
BNP Dresdner Bank	Frankreich/Deutschland		
Canadian Imperial Bank of Commerce	Kanada	Baltic Investment Special Fund	Nordische Länder
The Chase Manhattan Bank	USA	Compagnie Française d'Assurance pour le Commerce Extérieure (Coface)	Frankreich
Citibank, NA	USA	Deutsche Entwicklungs Gesellschaft (DEG)	Deutschland
Crédit Agricole	Frankreich	Deveurope	Frankreich
Crédit Lyonnais	Frankreich	Europäische Kommission	Europa
Crédit Suisse First Boston	Schweiz	Bundesamt für Außenwirtschaft	Schweiz
Creditanstalt-Bankverein	Österreich	Geschäftsstelle für die Exportrisikogarantie (ERG)	Schweiz
Cyprus Popular Bank	Zypern	Regierung Griechenlands	Griechenland
Dai-ichi Kangyo Bank	Japan	Hermes Kreditversicherungs-Aktiengesellschaft	Deutschland
Den Danske Bank	Dänemark	Investment Fund for Central and Eastern Europe (IØ Fund)	Dänemark
Den Norske Bank	Norwegen	Korean Export Import Bank	Korea
Dexia	Frankreich	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)	Deutschland
DG Deutsche Genossenschaftsbank	Deutschland	Kuwait Fund for Arab Economic Development	Kuwait
Dresdner Bank	Deutschland	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten	Niederlande
Erste Bank	Österreich	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten	Norwegen
Estonian Investment Bank	Estland	Ministerium für Finanzen	Italien
Generale Bank	Belgien	Moldova Special Fund	Schweiz
Hamburgische Landesbank	Deutschland	Netherlands Development Finance Company (FMO)	Niederlande
Hansapank	Estland	Österreichische Kontrollbank	Österreich
HypoVereinsbank	Deutschland	Post-Conflict Support Fund	Japan
Industrial Bank of Japan	Japan	Fonds für Kleinunternehmen in Rußland	G-7 und Schweiz
ING Barings	Niederlande	Swedfund	Schweden
International Moscow Bank	Russische Föderation	Swedish International Development Corporate Agency (Sida)	Schweden
Kärntner Landes- und Hypothekenbank	Österreich	Western NIS Fund	USA
KBC Bank	Belgien		
Landesbank Rheinland-Pfalz	Deutschland		
Landesbank Schleswig-Holstein	Deutschland		
MeesPierson	Niederlande		
National Westminster Bank	Vereinigtes Königreich		
NM Rothschild	Vereinigtes Königreich		
Nomura	Japan		
		Internationale Finanzinstitutionen	
		Europäische Investitionsbank (EIB)	Multilateral
		Internationale Finanz-Corporation (IFC)	Multilateral
		Islamische Entwicklungsbank (IDB)	Multilateral
		Weltbank – (IBRD/IDA)	Multilateral
		Weltbank – Treuhandfonds für Bosnien und Herzegowina	Multilateral

Organisationen, die 1998 zum ersten Mal mit der EBWE eine Kofinanzierung durchgeführt haben, sind **fett** gedruckt.

Internationale Finanzinstitutionen und sonstige offizielle kofinanzierende Institutionen

Unter den offiziellen Kofinanzierungspartnern spielten im Jahr 1998 vor allem die internationalen Finanzinstitutionen eine große Rolle. Sie unterstützten 20 Projekte im Gesamtwert von 675,8 Millionen Ecu durch Kofinanzierungen. Die Europäische Investitionsbank vergab Staatskredite in Höhe von insgesamt 237,6 Millionen Ecu für die Kofinanzierung von fünf Projekten in vier Sektoren: Eisenbahnen (Ungarn und Estland), Hafenausbau (Lettland), städtischer Verkehr (Polen) und Telekommunikation (Rumänien). Die Internationale Finanz-Corporation stellte eine Kombination aus Kapitalbeteiligungen und Darlehen im Gesamtwert von 300,8 Millionen Ecu für zehn Projekte bereit. Die Vorhaben waren vor allem für den Finanzsektor (Bosnien und Herzegowina, EJR Mazedonien, Polen sowie regionale Aktienfonds) bestimmt; außerdem waren Erdöl und Erdgas (Rußland), Strom und Energie (Rußland) sowie die Stahlindustrie (Kasachstan) beteiligt. Die Weltbank unterstützte drei Projekte durch Kofinanzierungen. Sie vergab Staatskredite in Höhe von insgesamt 116,8 Millionen Ecu für die kommunale Entsorgung von Festmüll (Usbekistan), den Eisenbahnsektor (Kroatien) und die Behebung von Hochwasserschäden in Breslau (Polen). Eine neue Quelle der Kofinanzierung durch internationale Finanzinstitutionen wurde mit der Islamischen Entwicklungsbank etabliert, die eine Leasing-Finanzierung für das Energieprojekt Mingetschaur in Aserbaidschan (11,8 Millionen Ecu) und ein Darlehen zu Vorzugsbedingungen für ein Straßensanierungsprojekt in Turkmenistan (8,8 Millionen Ecu) zur Verfügung stellte.

Weitere offizielle Kofinanzierungspartner unterstützten 34 Projekte durch Zuschüsse, Parallelanleihen und Kapitalbeteiligungen im Wert von 239,8 Millionen Ecu. Die Europäische Kommission war im Rahmen ihrer Phare- und Tacis-Programme an acht Projekten beteiligt, die sie durch Kofinanzierungen auf der Grundlage von Zuschüssen im Gesamtwert von 82,3 Millionen Ecu förderte. Italien, Japan, die Niederlande und die Schweiz stellten 16 Millionen Ecu an Zuschüssen für den Wiederaufbau des Telekommunikationsnetzes in Bosnien und Herzegowina bereit. Italien unterstützte außerdem den Aktienfonds für den Wiederaufbau Albaniens durch Zuschüsse im Wert von 8,5 Millionen Ecu. Die Regierungen Norwegens und Schwedens förderten den Horizonte-Fonds für Bosnien und den Unternehmensfonds für Herzegowina mit insgesamt 1,8 Millionen Ecu. Paralleldarlehen im Wert von

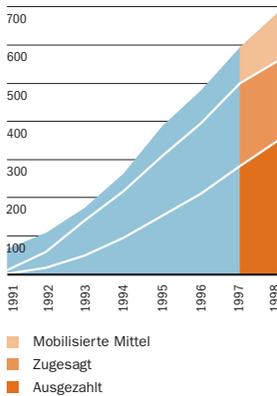
95,5 Millionen Ecu kamen aus unterschiedlichen Quellen: von der koreanischen Export-Import-Bank, dem kuwaitischen Fonds für die Entwicklung der arabischen Wirtschaft, der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der DEG (Deutschland), Griechenland, Sida (Schweden), dem Fonds für Kleinunternehmen in Rußland und dem Sonderfonds Moldau der EBWE. Die Koinvestitionen bei Kapitalbeteiligungen beliefen sich auf 357 Millionen Ecu; sie wurden zum Großteil von FMO (Niederlande), dem Investmentfonds für Mittel- und Osteuropa (Dänemark) und dem Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum bereitgestellt.

In der gegenwärtigen Krise der Schwellenmärkte haben die offiziellen Kofinanzierungspartner verstärktes Interesse an Kofinanzierungen mit der EBWE gezeigt. Das gilt insbesondere für die Bereiche, in denen der Bank aufgrund ihrer Sachkenntnis und Erfahrung in der Region eine besondere Rolle zukommt. Beispielsweise wurde eine regionale Kofinanzierungsfazität für kleine und mittlere Unternehmen mit dem Fonds für Internationale Kooperation und Entwicklung (ICDF) in Taipeh (Taiwan) für Beteiligungs- und Fremdfinanzierungen unterzeichnet. Der ICDF stellte dem Sonderfonds für die Unterstützung von Finanzintermediären der EBWE 10,8 Millionen Ecu bereit. Potentielle neue Partner auf diesem Gebiet sind der Fonds für Soziale Entwicklung des Europarats und der Fonds für Internationale Entwicklung der OPEC.

Angesichts des gegenwärtigen Finanzklimas in weiten Teilen der Region werden Kofinanzierungen mit anderen internationalen Finanzinstitutionen im kommenden Jahr wahrscheinlich an Bedeutung gewinnen. Dank ihrer Kompetenz auf dem Gebiet der privatwirtschaftlichen Sorgfaltspflicht und ihrer Fähigkeit, finanzielle Umstrukturierungen zur Unterstützung privater und öffentlicher Infrastrukturinvestitionen vorzunehmen, wird die EBWE weitere offizielle Kofinanzierungspartner anziehen – unabhängig davon, ob es sich um internationale Finanzinstitutionen oder bilaterale Einrichtungen handelt.

Für technische Zusammenarbeit mobilisierte, zugesagte und ausgezahlte Mittel, kumulativ 1991-1998

(Millionen Ecu)



Fonds für technische Zusammenarbeit

Die Fonds für Technische Zusammenarbeit spielen eine wichtige Rolle für die Unterstützung der EBWE bei der Umsetzung ihrer Geschäftsziele (solide Bankarbeit, Additionalität und positive Auswirkung auf den Reformprozeß) und zwar durch:

- Entwicklung und Pflege eines produktiven Bestands hochwertiger Investitionsvorhaben,
- Unterstützung bei der effizienten und leistungsstarken Abwicklung von Projekten,
- Förderung der Entwicklung einer institutionellen Infrastruktur, die für die Geschäftstätigkeit der Bank eine unmittelbare Bedeutung hat, und
- Aufrechterhaltung einer ausgewogenen Unterstützung sowohl für den privaten als auch für den öffentlichen Sektor.

Das Programm der Fonds für Technische Zusammenarbeit (TCFP) der EBWE versetzt die Bank in die Lage, bei der Projektfinanzierung Pionierarbeit zu leisten. Die technische Zusammenarbeit der Bank – zum Beispiel in Form der Wahrnehmung ihrer Sorgfaltpflicht und Unterstützung bei der Beschaffung – verringert Risiken während der Vorbereitung und Umsetzung der Bankprojekte. Dies wiederum zieht andere externe Finanzierungsquellen an. Technische Zusammenarbeit wird auch für die Entwicklung der institutionellen Infrastruktur in den Einsatzländern der Bank eingesetzt und hat eine starke Auswirkung auf den Reformprozeß.

Die kumulativen Zusagen für im Rahmen des TCFP der Bank finanzierte Beraterverträge beliefen sich Ende

1998 auf 561,3 Millionen Ecu. Die Zusagen im Berichtsjahr lagen mit 80,3 Millionen Ecu niedriger als die des Vorjahres (103,0 Millionen Ecu). Am deutlichsten zeigte sich die Abnahme des Zusageniveaus in der Russischen Föderation, wo sich die Zusagen im Jahr 1998 auf 12,0 Millionen Ecu beliefen, verglichen mit 30,3 Millionen Ecu im Vorjahr. Die Auszahlungen im Jahr 1998 lagen mit 68 Millionen Ecu knapp unter den 1997 ausgezahlten 71,9 Millionen Ecu. Daher betragen die kumulativen Auszahlungen Ende 1998 350,6 Millionen Ecu.

Im Jahr 1998 finanzierte die EBWE über TCFP 318 Aufträge für Berater; damit erreichte deren Gesamtzahl 2.106. Da die meisten Aufträge direkt mit bestimmten Bankprojekten verbunden sind, haben sie eine sehr positive Auswirkung auf den Reformprozeß. Das TCFP hat auf diese Weise die Schaffung von 267 gezeichneten EBWE-Projekten unterstützt, für die die Bank Finanzierungen in Höhe von 6,6 Milliarden Ecu zugesagt hat. Insbesondere wurden durch die von der Europäischen Gemeinschaft über die Bangkok-Fazilität bereitgestellten Mittel (43 Millionen Ecu im Jahr 1998) 54 Projekte der technischen Zusammenarbeit finanziert, die mit der Vorbereitung oder Durchführung von Investitionsprojekten der EBWE verbunden sind.

Die EBWE setzte im Jahr 1998 mit einer Anzahl von Initiativen ihre Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft fort. Im Oktober kündigte Horst Köhler, der Präsident der EBWE, die Bildung einer EG-EBWE-Arbeitsgruppe an, mit deren Hilfe die in Verbindung mit der russischen Finanzkrise gewährte technische Hilfe koordiniert wird. Diese Arbeitsgruppe erzielte bis Ende 1998 bei der Entwicklung gemeinsamer Hilfsanstrengungen für die Sektoren Finanzinstitutionen und Rechtsreform beträchtliche Fortschritte. Im September und Dezember nahm die EBWE an von der EG gesponserten Foren über Regulierungen im Bereich Telekommunikation mit den Einsatzländern der EBWE teil.

Zusagen für Technische Zusammenarbeit, nach Sektoren

Sektor	Anzahl	1998		1991-98	
		(Anzahl)	(Millionen Ecu)	(Anzahl)	(Millionen Ecu)
Finanzen, Kommerz	103		34,9	685	182,0
CEAL, Kofinanzierungslinien und RWF ¹	23		11,1	163	147,0
Transport, Lagerung	19		8,5	193	55,1
Energie/Elektrizitätserzeugung	20		6,8	239	51,5
Kommunal-/Sozialdienste	64		8,5	309	48,3
Verarbeitung	83		8,9	344	45,8
Telekommunikation	5		0,3	101	15,9
Grundstoffindustrien	1		0,1	29	9,2
Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft	1		1,2	28	4,9
Handel, Fremdenverkehr	-		-	10	1,0
Bauwesen	1		<0,1	5	0,8
Gesamt	320		80,3	2.106	561,3

Die Konzentration auf Investitionsprojekte der EBWE zeigt sich auch darin, daß 75 Prozent aller Zusagen entweder mit der Umsetzung oder der Vorbereitung von Projekten zu tun haben. Die Projektabwicklung, die die Unterstützung für die Tätigkeit von Regionalen Wagnisfonds, Nach-Privatisierungsfonds und Kreditlinien einschließt, umfaßt 39 Prozent aller Zusagen. Die entsprechende Zahl für die Projektvorbereitung beläuft sich auf 36 Prozent. Die übrigen Mittel wurden für Beratungsdienste (21 Prozent), Sektorstudien (1 Prozent) und Schulung (3 Prozent) zugesagt.

Mitteuropäische Agenturlinien, Regionale Wagnisfonds

Viele Aufträge im Rahmen der technischen Zusammenarbeit fördern den Transformationsprozeß direkt durch ihren Beitrag zum Aufbau von Institutionen (zum Beispiel Unterstützung für die Entwicklung von Finanzinstituten und die Festigung des rechtlichen Rahmens). Außerdem fördert das TCFP durch den vermehrten Einsatz ortsansässiger Berater die Entwicklung einer lokalen Beraterbranche.

Die Mitglieder der EBWE finanzieren die technische Zusammenarbeit über regelmäßige Beiträge zu Fonds der Technischen Zusammenarbeit, Abkommen über projektspezifische technische Zusammenarbeit und Beiträge zu den Sonderfonds. Alle Einlagen der Geber erfolgen auf freiwilliger Basis.

Im Jahr 1998 unterzeichnete die EBWE vier neue Abkommen über Fonds zur Technischen Zusammenarbeit, deren Gesamtzahl damit auf 56 steigt. Einer dieser neuen Fonds ist der Fonds für Kleinunternehmen in Kasachstan. Die Chevron-Corporation hat in diesen Fonds Zuschüsse zur Unterstützung des EBWE-Programms für Kleinunternehmen im Gebiet Atyrau, dem Standort des Großprojekts Tengistschewroil, eingezahlt. Dieser innovative Beitrag des Privatsektors wird von der Bank außerordentlich begrüßt.

Zusätzlich wurden neun bestehende Fonds der Technischen Zusammenarbeit wieder aufgefüllt und drei projektspezifische Abkommen über technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Die Gesamtzuschußressourcen für technische Zusammenarbeit erhöhten sich um 90,6 Millionen Ecu, womit der kumulative Stand bis Ende 1998 686,1 Millionen Ecu erreichte.

Im Jahresverlauf unterzeichnete die EBWE ein neues Beitragsabkommen für den Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit (TCSF), und zwar mit Kanada. Der TCSF ist eine ungebundene Fazilität, die aus früher der Geschäftstätigkeit im Privatsektor zugewiesenen zurückgezählten Fonds für Technische Zusammenarbeit und/oder direkte Gebereinlagen finanziert wird. Ende 1998 belief sich der TCSF auf 0,7 Millionen Ecu, von denen 0,6 Millionen Ecu zugesagt waren.



Programm für Kleinunternehmen in Kasachstan

Zusagen für Technische Zusammenarbeit, nach Empfängerländern

Land	Anzahl	1998	Anzahl	1991-98
		(Millionen Ecu)		(Millionen Ecu)
Russische Föderation	37	12,0	368	201,7
Rumänien	5	3,3	76	29,8
Ukraine	17	2,3	134	28,9
Kasachstan	12	6,1	51	20,3
Polen	15	7,9	79	16,7
Albanien	9	3,4	81	14,9
Estland	19	0,8	143	14,4
Usbekistan	5	6,0	31	13,7
Bosnien und Herzegowina	15	2,4	47	12,1
Litauen	17	0,8	112	11,9
Slowakische Republik	3	0,1	48	11,4
Weißrußland	16	0,9	74	11,1
Lettland	21	1,1	104	10,7
Ungarn	–	–	59	10,2
Kirgisistan	13	3,0	58	10,1
Slowenien	6	0,3	75	9,3
Bulgarien	5	2,5	30	9,2
Moldau	13	0,7	46	8,2
Turkmenistan	4	3,1	23	8,1
Aserbaidshchan	9	2,2	33	7,5
Kroatien	8	2,0	38	5,5
Tadschikistan	–	–	17	5,4
Tschechische Republik	3	2,0	28	5,3
Georgien	8	1,9	33	5,2
EJR Mazedonien	–	–	29	3,8
Armenien	2	0,9	22	3,4
Regional	58	14,4	267	72,5
Gesamt	320	80,3	2.106	561,3

Einschließlich Umsetzungsprojekte. Die Beträge werden in der Währung jedes Geberfonds angesetzt und in Ecu umgerechnet.

Abkommen über Fonds für Technische Zusammenarbeit

Zum 31. Dezember 1998

Geber	Zeitpunkt des ursprünglichen Abkommens	Währung	Betrag einschließlich Auffüllungen (Millionen)	Ecu-Äquivalent (Millionen)
Belgien (Bundesregierung)	27. Sept. 94	BEF	30,00	0,74
Belgien (Flämische Regierung)	9. Nov. 94	ECU	0,40	0,40
Belgien (Wallonische Regierung)	16. März 95	BEF	15,00	0,37
Dänemark	1. Juli 92	ECU	3,12	3,12
Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden (TAM Nordischer Rat)	22. Sept. 95	DKK	7,00	0,94
Deutschland	11. Dez. 92	DEM	10,00	5,11
Deutschland KfW	27. Sept. 95	DEM	12,51	6,39
Europäische Gemeinschaft (Bangkok-Fazilität) ¹	15. Okt. 91	ECU	230,99	230,99
Europäische Gemeinschaft (Kleinstkreditprogramm für Bosnien-Herzegowina)	26. Juni 98	ECU	1,50	1,50
Europäische Gemeinschaft (Bulgarien NPF)	1. Mai 98	ECU	15,00	15,00
Europäische Gemeinschaft (Polnischer SRP)	12. Dez. 96	ECU	2,00	2,00
Europäische Gemeinschaft (Rumänischer NPF)	10. Okt. 96	ECU	10,00	10,00
Europäische Gemeinschaft (Slowakischer NPF)	3. Apr. 96	ECU	8,00	8,00
Europäische Gemeinschaft (TAM Phare Regional)	26. Juni 95	ECU	5,90	5,90
Finnland	13. Jan. 92	FIM	24,52	4,12
Finnland, Norwegen, Schweden (RWF für Nordwest-Rußland) ²	5. Juli 94	USD	20,00	17,15
Frankreich (Auswärtige Angelegenheiten)	1. Aug. 91	FRF	19,51	2,97
Frankreich (RWF für Südrußland) ²	28. Feb. 95	FRF	120,00	18,29
Frankreich (Finanzministerium)	26. März 92	FRF	30,46	4,64
Georgien (Finanzsektor) ³	12. Dez. 96	USD	0,12	0,10
Griechenland	4. Apr. 95	GRD	179,00	0,54
Irland	17. Sept. 93	ECU	1,18	1,18
Island	3. Dez. 92	ECU	0,20	0,20
Israel	14. Apr. 92	ILS	1,04	0,21
Italien	14. Apr. 92	ITL	9.000,00	4,64
Italien (Investmentfonds Wiederaufbau Albanien)	28. Sept. 98	USD	3,00	2,57
Italien (Mitteleuropäische Initiative)	14. Apr. 92	ITL	41.135,00	21,22
Italien (RWF für Westrußland) ²	6. Juni 95	USD	20,00	17,15
Japan	5. Juli 91	JPY	11.434,03	86,17
Kanada	24. Jan. 92	CAD	7,66	4,24
Korea, Republik	25. Apr. 93	USD	0,60	0,52
Luxemburg	26. Nov. 91	ECU	0,70	0,70
EJR Mazedonien (Finanzsektor) ³	14. Feb. 96	DEM	1,08	0,55
Neuseeland	10. Juli 92	NZD	0,33	0,17
Niederlande	20. Nov. 91	NLG	23,88	10,83
Niederlande (Umwelt Niederlande)	22. Juni 95	NLG	0,90	0,41
Niederlande (Ostukraine NPF)	30. Jan. 97	NLG	8,60	3,90
Niederlande (Übergang)	3. Nov. 97	NLG	3,00	1,36
Norwegen (Umwelt und Energie)	16. Apr. 91	NOK	27,60	3,11
Norwegen (Allgemein)	27. Apr. 93	ECU	1,50	1,50
Österreich	31. Dez. 91	USD	5,00	4,29
Portugal	20. Okt. 92	PTE	80,00	0,40
Schweden	13. Aug. 91	SEK	55,00	5,80
Schweden (TAM- und BAS-Programm)	11. Dez. 98	ECU	1,00	1,00

¹ Der Abkommensbetrag wurde von der EBWE geändert, um die jährliche Revision durch die EG widerzuspiegeln (Bangkok-Fazilität). Eingeschlossen in das Abkommen sind 1,28 Millionen Ecu an zur Durchführung von Projekten bestimmten Mitteln.

² In der Tabelle werden alle Abkommen über Technische Zusammenarbeit aufgelistet, die die EBWE direkt verwaltet und für die sie Beiträge erhalten hat. Zusätzliche Regionale Wagnisfonds, die nicht durch die EBWE verwaltet werden, sind unter 'Offizielle Kofinanzierung' ausgewiesen (siehe Seite 50).

³ Beiträge zu diesen Fonds bestehen aus Gebühren für technische Hilfe, die gemäß den Darlehensvereinbarungen zwischen der EBWE und bestimmten Finanzintermediären von den Kreditnehmern zu entrichten sind. Die Gebühren sind an den in den Darlehensvereinbarungen vorgesehenen Zinszahlungstagen zu zahlen und werden am Eingangstag als Abkommens- und Einlageerträge ausgewiesen.

Abkommen über Fonds für Technische Zusammenarbeit (Fortsetzung)

Zum 31. Dezember 1998

Geber	Zeitpunkt des ursprünglichen Abkommens	Währung	Betrag einschließlich Auffüllungen (Millionen)	Ecu-Äquivalent (Millionen)
Schweiz	31. März 92	CHF	10,50	6,53
Spanien	21. Juli 92	ESP	566,00	3,40
Spanien (Südrukraine NPF)	17. Jan. 97	ECU	20,00	20,00
Taipeh-China	16. Sept. 91	USD	20,00	17,15
Türkei	17. Juni 92	TRL	10.000,00	0,03
Vereinigtes Königreich ⁴	25. Nov. 91	GBP	4,82	6,84
Vereinigtes Königreich-B ⁵	14. März 94	GBP	3,81	5,40
Vereinigtes Königreich-C ⁶	25. März 94	GBP	3,96	5,62
USA	30. Juli 91	USD	1,27	0,91
USA (Evergreen)	3. Juni 94	USD	4,15	3,56
USA (RWF für Region Untere Wolga) ⁷	29. Sept. 94	USD	20,00	17,15
USA (US-Berater)	10. Nov. 97	USD	0,95	0,81
Gesamte Fonds für Technische Zusammenarbeit				597,79

⁴ Der UK-Fonds ist in der Russischen Föderation tätig.⁵ Der UK-B-Fonds ist in der ehemaligen Sowjetunion mit Ausnahme der Russischen Föderation tätig.⁶ Der UK-C-Fonds ist in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, EJR Mazedonien, Polen, Rumänien, der Slowakischen Republik, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn tätig.⁷ Die Tabelle enthält alle Übereinkommen für technische Zusammenarbeit, die die EBWE direkt verwaltet und für die sie Einlagen erhalten hat. Zusätzliche RWF verwaltet die Bank nicht, letztere werden als Kofinanzierung mit Behörden ausgewiesen (siehe Seite 50).

Sonderfonds				
Sonderfonds für Technische Unterstützung im Ostseeraum	14. Apr. 92	ECU	11,33	11,34
Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in Rußland	18. Okt. 93	ECU	58,66	49,36
Sonderfonds der EBWE für Technische Zusammenarbeit ¹	12. Sept. 95	ECU	0,72	0,72
Gesamte Sonderfonds				61,42

¹ Abkommens- und Beitragsbeträge schließen Rückzahlungen verschiedener Empfänger und direkte Einlagen von Gebern ein. Diese Beträge werden am Eingangstag als Abkommens- und Beitragsbeträge ausgewiesen.

Projektspezifische Fonds		26,93
Gesamte Fonds für Technische Zusammenarbeit		597,79
Gesamte Sonderfonds		61,42
Gesamte projektspezifische Fonds		26,93
Gesamte Abkommen über Technische Zusammenarbeit		686,14

Kooperationsfonds für Investitionen

Zum 31. Dezember 1998

Geber	Zeitpunkt des ursprünglichen Abkommens	Währung	Betrag einschließlich Auffüllungen (Millionen)	Ecu-Äquivalent (Millionen)
Europäische Gemeinschaft (Mariza Block 8)	29. Dez. 97	ECU	7,50	7,50
Europäische Gemeinschaft (Micro-Enterprise Bank d.d.)	25. Juni 98	ECU	6,00	6,00
Europäische Gemeinschaft (MUDP II)	19. März 98	ECU	27,40	27,40
Italien – Bosnien und Herzegowina	12. Sept. 96	USD	7,50	6,43
Japan-Fonds für Unterstützung nach Konflikten	11. Juli 97	JPY	1.000,00	7,54
Norwegen – Bosnien und Herzegowina	24. Apr. 97	NOK	60,90	6,86
Norwegen – Ostslawonien	12. Dez. 97	NOK	30,00	3,38
Norwegen – Micro-Enterprise Bank d.d.	2. Juni 98	NOK	2,70	0,30
Österreich – Bosnien und Herzegowina	5. Dez. 96	ATS	66,20	4,81
Gesamte Kooperationsfonds für Investitionen				70,22

Seit dem ursprünglichen Übereinkommen neu aufgefüllte Fonds für technische Zusammenarbeit.

Projektbewertung

Die Projektbewertung ist eine Einschätzung der Wirksamkeit abgeschlossener Projekte und Programme durch die systematische Analyse ihrer Folgen bzw. Ergebnisse im Vergleich zu den geplanten oder erwarteten Ergebnissen. Außerdem umfaßt sie eine Bewertung der Geschäftskategorien und Erfahrungsstrukturen.

Mit der Projektbewertung versucht die EBWE zu erfassen, inwieweit die Bank in ihrer Geschäftstätigkeit einem breiten Spektrum qualitativer und quantitativer Ziele gerecht wird. Sie dient auch als Gradmesser dafür, wie wirksam die Bank den Reformprozeß unterstützt. Bei der Projektbewertung geht es darum, aus abgeschlossenen Projekten der EBWE und anderer internationaler Finanzinstitutionen entsprechende Lehren für die Gestaltung zukünftiger Aktivitäten zu ziehen. Um auch die Erfahrungen aus früheren Phasen des Projektzyklus zu berücksichtigen, bemüht man sich bei der Projektbewertung ebenfalls um Einsichten aus laufenden Projekten und bestehenden Programmen.

Durch die Unabhängigkeit bei der Ausführung von Projektbewertungen werden Objektivität und Transparenz sichergestellt.

Leistungsbewertung

Die Abteilung Projektbewertung der EBWE nimmt ein bis zwei Jahre nach vollständigem Mittelabfluß die Bewertung von Aktivitäten vor. Seit Errichtung der Bank im Jahr 1991 bis zum Jahresende 1998 erstellte die Abteilung 76 Berichte zur Leistungsbewertung von Investitionsprojekten (*Operation Performance Evaluation Review/OPER*) im privaten und öffentlichen Sektor, das entspricht 44 Prozent der 172 Aktivitäten, die für eine Abschlußbewertung in Frage kamen. Um den Anteil der Projekte, die einer Bewertung unterzogen wurden, zu erhöhen, bewertet die Abteilung Projektbewertung auch Berichte über Eigenbewertungen und überprüft deren Ergebnisse. Bisher wurden 147 bzw. 85 Prozent der bewertungsreifen Aktivitäten durch OPER-Berichte oder entsprechende Bewertungen erfaßt.

Die EBWE hat bisher Mittel für 535 Projekte zugesagt, von denen inzwischen insgesamt 28 Prozent (nach Anzahl) bewertet worden sind. Einschließlich der

Bewertungen großer Projekte im Rahmen der technischen Zusammenarbeit (TC), den damit verbundenen Sonderstudien und Halbzeitbewertungen der Banktätigkeit (acht Berichte im Jahr 1998) legte die Abteilung Projektbewertung bisher insgesamt 117 Auswertungsberichte vor. Im Jahresverlauf 1998 räumte die Projektbewertungsabteilung den Sonderstudien wie etwa Halbzeitbewertungen und der Bewertung von Projekten im Rahmen der technischen Zusammenarbeit mehr Zeit ein. Die Bewertung von TC-Projekten wurde dadurch verbessert. Dies wurde durch die Verringerung der Anzahl der ausführlichen OPER-Berichte ermöglicht. Teilweise wurden diese durch kürzere Berichte ersetzt, die im Vergleich zu den detaillierten Berichten in der Hälfte der Zeit erstellt werden können.

Die Ergebnisse der Jahresübersichtsberichte (*Annual Evaluation Overview Reports/AEOR*) für den Zeitraum 1993-1997 und die Resultate der Investitionstätigkeit, die 1998 bewertet wurden, weisen darauf hin, daß das entsprechende Portfolio nach wie vor von annehmbarer Qualität ist. Was Fortschritte der positiven Reformwirkung der EBWE angeht, kam der Übersichtsbericht für das Jahr 1997 zu dem Schluß, daß 70 Prozent der bewerteten Aktivitäten eine „mittlere“ oder „hohe“ Auswirkung auf den Reformprozeß hatten. Der Anteil der Projekte, deren Auswirkung als „hoch“ eingestuft wird, liegt jedoch weiterhin bei nur 20 Prozent. Die Abteilung Projektbewertung empfahl, die positive Reformwirkung bei der Projektauswahl stärker zu berücksichtigen.

Die Tabelle der Gesamtbewertungsergebnisse (siehe unten) zeigt, daß der Prozentsatz der von der Projektbewertungsabteilung als „erfolgreich“ oder besser beurteilten Projekte für den Zeitraum 1993-1998 mit 54,4 Prozent im Vergleich zu 53,1 Prozent im Zeitraum 1993-1997 relativ stabil geblieben ist. Der Anteil der als „nicht erfolgreich“ eingestuften Projekte erhöhte sich leicht von 14,3 auf 17,0 Prozent. Dies läßt sich teilweise dadurch erklären, daß einige Projekte durch die russische Krise negativ beeinflusst wurden.

Ergebnisse der Leistungsbewertungen im Bereich Investitionstätigkeit 1993-98

Leistungsbewertung	Anzahl	1993-97		1993-98	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Erfolgreich oder besser	52	80	53,1	80	54,4
Teilweise erfolgreich	32	42	32,6	42	28,6
Nicht erfolgreich	14	25	14,3	25	17,0
Gesamt	98	147	100,0	147	100,0

Die Einteilung der bewerteten Projekte erfolgt auf der Grundlage von fünf strategischen Leistungskriterien:

- die positive Auswirkung des Projekts auf den Transformationsprozeß unter Berücksichtigung von Umweltaspekten;
- die Additionalität der EBWE (die Bank darf nur dann investieren, wenn keine anderen Mittel zu akzeptablen Bedingungen zur Verfügung stehen);
- Verwirklichung der Ziele;
- Geschäftsergebnis des Unternehmens bzw. Projekts; und
- der Investitionsertrag des Projekts für die Bank.

Die Auswirkung der Investitionen der Bank auf den Transformationsprozeß ist ein maßgeblicher Faktor bei der Leistungsbewertung jedes Geschäftsvorgangs. Für die Analyse greift die Projektbewertungsabteilung auf einen feststehenden Satz von Übergangsindikatoren zurück, der von der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Bank gemeinsam mit der Abteilung Projektbewertung entwickelt wurde. Um die Qualität und Zuverlässigkeit der Ergebnisse der Leistungsbewertungen hinsichtlich des Übergangsprozesses zu verbessern, überprüft die Abteilung Projektbewertung ihre Methode zur Einstufung der Reformwirkung in regelmäßigen Abständen. Bisher spiegeln die Bewertungsergebnisse den positiven Einfluß wider, den die Bank seit ihrer Errichtung durch die Erfüllung ihres Mandats ausübt.

Abgesehen von der Feststellung, ob die EBWE ihrem Mandat gerecht geworden ist (Rechenschaftspflicht), ist es von entscheidender Bedeutung, daß im Prozeß der Projektbewertung auch wichtige Lehren formuliert werden, die sich aus der früheren Geschäftstätigkeit ziehen lassen. Durch die Weitergabe dieser Lehren an alle Mitarbeiter der Bank werden die Banker in die Lage versetzt, ihre zukünftige Tätigkeit zu verbessern (Qualitätsmanagement). Die Mitarbeiter der Projektbewertungsabteilung verwenden schon während der Phase der Prüfung eines Projekts einen Großteil ihrer Arbeitszeit auf die Weitergabe der Bewertungsergebnisse an Mitarbeiter der Bank. Außerdem werden spezifische Workshops über gewonnene Einsichten veranstaltet. Auf diese Weise werden die Erfahrungen weitervermittelt und können so in Planung und Struktur neuer Projekte einfließen.

Die Projektbewertungsabteilung arbeitet in der Kooperationsgruppe für Bewertung (*Evaluation Cooperation Group/ECG*) eng mit den Bewertungsabteilungen der anderen multilateralen Entwicklungsbanken zusammen. Die Gruppe wurde 1996 in der Folge eines Berichts eines Arbeitsgremiums zu multilateralen Entwicklungsbanken ins Leben gerufen. Letzteres wurde vom ministeriellen Entwicklungsausschuß eingerichtet und empfahl vor allem, daß die multilateralen Entwicklungsbanken „Kriterien, Techniken und Verfahrensweisen für die Messung der Ergebnisse von Bewertungsabteilungen“ harmonisieren sollten. Im April 1998 legten die Entwicklungsbanken dem Entwicklungsausschuß einen Bericht über die bisherige Harmonisierung vor. Jüngst wurde bei der Tagung der Präsidenten der multilateralen Entwicklungsbanken in Abidjan ein Bericht über die Fortschritte der Arbeitsgruppen von Entwicklungsbanken, unter anderem der ECG, angenommen.



Flughafen Borispol, Ukraine

Beschaffung und Auftragsvergabe

Die Grundsätze und Regeln der EBWE für die Beschaffung stützen sich auf die grundlegenden Prinzipien der Nichtdiskriminierung, Fairneß und Transparenz. Sie sollen die Wirtschaftlichkeit und Effektivität fördern und Kreditrisiken bei der Umsetzung der Mittelvergabe und Investitionstätigkeit der Bank verringern.

Bei Projekten der öffentlichen Hand werden in der Beschaffung grundsätzlich andere Verfahren angewandt als bei privatwirtschaftlichen Vorhaben. Die Beschaffung für ein Projekt im Privatsektor erfolgt gemäß der besten Geschäfts- und Industriepraxis, ohne Anwendung spezifischer Vorschriften und Verfahren. Durch die Gewährleistung ihrer Sorgfaltspflicht stellt die EBWE sicher, daß Beschaffung und Auftragsvergabe ohne Interessenkonflikte ablaufen und im Interesse der Bankkunden solide Einkaufsmethoden angewandt werden.

Das Beschaffungswesen im Rahmen der Aktivitäten der Bank im öffentlichen Sektor unterliegt den Grundsätzen und Regeln der EBWE für die Beschaffung, die besagen, daß für Projekte der öffentlichen Hand im Normalfall das Verfahren der öffentlichen Ausschreibung gelten soll. Im Februar 1998 genehmigte das Direktorium der EBWE überarbeitete Versionen der Beschaffungsgrundsätze und -verfahren. Darin wird im einzelnen dargelegt, wie die Bank korrupte und betrügerische Verfahrensweisen im Beschaffungsprozeß definiert und wie die EBWE vorgeht, falls solche Praktiken nachgewiesen werden. Die Bank erwartet von ihren Kunden, von Unternehmen wie von Einzelpersonen, daß sie bei der Beschaffung und Durchführung EBWE-finanzierter Aufträge strengste ethische Maßstäbe anlegen.

Um allen an dem Prozeß der Ausschreibung und Auftragsvergabe beteiligten Parteien zu helfen, stellt die Bank eine Reihe von Materialien zur Verfügung, unter anderem Standarddokumente zu Ausschreibungen und Beschaffungsrichtlinien. Aufforderungen zur Abgabe eines Angebots, Absichtserklärungen von Interessenten, Informationen über die Auftragsvergabe und weitere wichtige Informationen über Aufträge, die von der EBWE finanziert werden, werden von der

Bank monatlich in den *Procurement Opportunities* veröffentlicht, die auch von der Webseite der Bank abgerufen werden können. Weiterhin informieren die Veröffentlichungen *Official Journal of the European Communities* und *United Nations Development Weekly* über die Beschaffung. Im Laufe des Jahres 1998 wurden einige der obengenannten Dokumente über das Beschaffungswesen wie z. B. die Richtlinien auch über die Internetseite der Bank zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 1998 unterzeichnete die EBWE 13 Projekte der öffentlichen Hand im Gesamtwert von 1,9 Milliarden Ecu. Im Vorjahr waren es 16 Projekte im Gesamtwert von 1,3 Milliarden Ecu. Die Anzahl der vergebenen Aufträge war 1998 höher als 1997, allerdings war ihr Wert geringer.

Während des Berichtsjahres finanzierte die EBWE 329 Aufträge für das öffentliche Beschaffungswesen im Gesamtwert von 436 Millionen Ecu. Demgegenüber waren es 1997 insgesamt 250 Aufträge im Wert von 546 Millionen Ecu. Im Jahr 1998 wurden Aufträge an Auftragnehmer aus 53 Ländern vergeben, darunter aus 21 Einsatzländern der EBWE. Dem Wert nach wurden 80 Prozent der Aufträge in öffentlichen Ausschreibungen angeboten, die Vergleichszahl des Vorjahrs liegt bei 81 Prozent.

Abgeänderte Beschaffungsgrundsätze bewilligt



Projekt Eisenbahnterminal im Hafen Ventspils, Lettland

Was die Auftragsart angeht, sank das Volumen der öffentlichen Aufträge für Bauarbeiten sowie Ausrüstung und Installation von 45 Prozent bzw. 23 Prozent im Jahr 1997 auf 19 Prozent bzw. 15 Prozent im Jahr 1998. Dagegen stieg im Berichtsjahr das Volumen der Warenaufträge auf 58 Prozent, verglichen mit 24 Prozent im Vorjahr. Diese Tendenz ist teilweise darauf zurückzuführen, daß mehr Projekte das Ende des Projektzyklus erreichen. Außerdem geht der Bedarf an Beschaffung durch öffentliche Ausschreibungen zurück, je mehr der Transformationsprozeß in Schwung kommt, und Ersparnisse werden normalerweise eher für den Einkauf von Warenaufträgen verwendet als von Aufträgen für Bauarbeiten oder Ausrüstung und Installation.

Wie in der Vergangenheit stellte die Beschaffungsabteilung der EBWE sowohl internen als auch externen Kunden fachliche Beratung und einschlägige Dienstleistungen zur Verfügung. Während des Berichtsjahres wurde eine Reihe von Vorträgen über die Beschaffungsgrundsätze und -verfahren der Bank für Kunden, Auftragnehmer und Beratungsunternehmen veranstaltet. Dies geschah entweder direkt oder im Rahmen internationaler und nationaler Foren.

Die EBWE arbeitete 1998 weiterhin eng mit den Unterstützungsdiensten für Beschaffung anderer internationaler Finanzinstitutionen zusammen und nahm an gemeinsamen Workshops teil. Letztere wurden einberufen, um sich mit der Harmonisierung von Aufbau und Inhalte von Standardausschreibungsunterlagen der verschiedenen Institutionen zu befassen.

Definitionen der Beschaffungsmethoden

Öffentliche Ausschreibung: Verfahren, in dessen Rahmen alle interessierten Lieferanten oder Vertragspartner in angemessener Weise über die Einkaufsbedingungen informiert werden und gleiche Chancen zur Angebotsabgabe bekommen.

Freies Auswahlverfahren: Verfahren zur Auswahl eines Beraters aus Vorschlägen, die von Firmen der engeren Auswahl vorgelegt werden.

Nationale Ausschreibung: Ausschreibung gemäß nationalen, für die EBWE akzeptablen Verfahren, an der sich auch ausländische Firmen beteiligen können.

Beschränkte Ausschreibung: Verfahren ähnlich denen der öffentlichen Ausschreibung mit der Einschränkung, daß der Kunde eine Vorauswahl unter geeigneten Firmen trifft, die zur Angebotsabgabe eingeladen werden.

Einkauf: eine vereinfachte Form des wettbewerbsgerechten Einkaufs, bei dem schriftliche Preisangebote von mindestens drei Firmen eingeholt werden müssen, nach Möglichkeit unter Einschluß ausländischer Firmen.

Direktvergabe: in Ausnahmefällen angewendetes Verfahren, bei dem eine einzige Firma ohne vorherige öffentliche Bekanntmachung zur Angebotsabgabe aufgefordert wird.

Definitionen der Vertragsarten

Lieferung von Waren: Vertrag über die Lieferung von Anlagen und Ausrüstungsgegenständen, bei dem die Installation und Inbetriebnahme einen kleinen Teil des Vertragswerts ausmacht.

Bauarbeiten: Verträge über Bauarbeiten nach abgestimmtem Plan, z. B. für Straßen und Gebäude unter Einbeziehung spezifischer Anlagen, Ausrüstungsgegenstände und in das Bauwerk zu integrierender Beschläge.

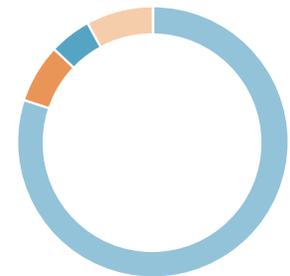
Lieferung und Installation: Vertrag über die Lieferung von Anlagen und Ausrüstungsgegenständen, bei denen die Installation einen beträchtlichen Teil des Vertragswerts ausmacht.

Beratertätigkeit: Die Beschäftigung von Beratern zur fachlichen Beratung und Durchführung spezifischer Aufgaben.

Dienstleistungen: Leistungen unter Ausschluß von Beratertätigkeit, z. B. Schulung und Bereitstellung von Transportleistungen.

Beschaffungsart für die Auftragsvergabe im öffentlichen Sektor 1998

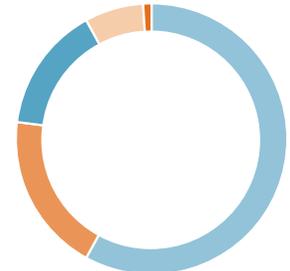
(nach Volumen)



- Öffentlich 80%
- Frei 7%
- National 5%
- Beschränkt, Einkauf, Direkt, Sonstige (je 2%)

Auftragsvergabe im öffentlichen Sektor 1998, nach Vertragstyp

(nach Volumen)



- Waren 58%
- Bauleistungen 19%
- Lieferung und Installation 15%
- Beratungsdienste 7%
- Dienstleistungen 1%

Finanzergebnisse und Jahresabschluß

Inhaltsverzeichnis

63 Finanzergebnisse

73 Jahresabschluß

73 Gewinn- und Verlustrechnung

73 Bilanz

74 Veränderungen im Eigenkapital der Mitglieder

75 Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung

76 Anmerkungen zum konsolidierten Jahresabschluß

91 Stand der Tätigkeit der Sonderfonds

91 Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum

96 Sonderfonds für Technische Hilfe im Ostseeraum

98 Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in Rußland

103 Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in Rußland

105 Sonderfonds für Investitionen in Kleinstunternehmen in Moldau

108 Sonderfonds der EBWE für Technische Zusammenarbeit

110 Sonderfonds zur Unterstützung von Finanzintermediären

Finanzergebnisse

Allgemeiner Überblick

Im Jahr 1998 stiegen die Erträge aus der Geschäftstätigkeit beträchtlich. Darin spiegeln sich die Auswirkungen des ausreifenden Bestands und die starke Leistung der Finanzabteilung wider. Die gesamten Einkünfte aus der Geschäftstätigkeit der Bank für das Jahr lagen bei 450,5 Millionen Ecu, 30 Prozent bzw. 104,5 Millionen Ecu über denen des Vorjahrs.

Nach Einsetzen der Finanzkrise in der Russischen Föderation im August 1998 unternahm die Bank umgehend Schritte, um eine Bewertung der Qualität ihrer Investitionen in der Region in die Wege zu leiten. Beträchtlich erhöhte allgemeine und spezifische Rückstellungen wurden in der zweiten Jahreshälfte ausgewiesen. Dies geschah im Einklang mit der Rückstellungspolitik der Bank und im Lichte aktualisierter Informationen über die laufende Prüfung der Auswirkungen der Krise auf die Kreditqualität der Bankinvestitionen in der Region. Die Rückstellungen für 1998 lagen bei 553,1 Millionen Ecu, eine dreifache Belastung gegenüber dem Vorjahr (177,7 Millionen Ecu). Im Ergebnis wies die EBWE für das Berichtsjahr einen Verlust nach Rückstellungen von 261,2 Millionen Ecu aus, verglichen mit einem Gewinn von 16,2 Millionen Ecu für 1997.

Gemäß der Rückstellungspolitik der Bank überprüft das Management angesichts neuer Entwicklungen und weiterer Informationen laufend das Portfolio, um sicherzustellen, daß der Buchwert von Darlehen und Investitionen weiterhin zurückhaltend ausgewiesen wird, wie es den Grundsätzen der EBWE und der bestmöglichen Einschätzung des Managements hinsichtlich der Wiedereinbringlichkeit der Bankaktiva entspricht.

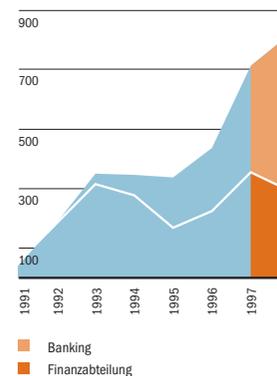
Der Aufwärtstrend der letzten Jahre bei den Bruttoeinkünften aus der Geschäftstätigkeit des Bereichs Banking setzte sich fort. Im Jahr 1998 kamen 64 Prozent des Bruttoeinkommens der Bank aus diesem Bereich, gegenüber 50 Prozent im Jahr 1997 (vgl. das Schaubild). Aktienanlagen umfaßten 38 Prozent dieser Einkünfte, verglichen mit weniger als 26 Prozent im Vorjahr. Davon stammte eine Rendite von 168,7 Millionen Ecu aus der Veräußerung von Aktienanlagen, die mehr als doppelt so hoch war wie das Vorjahrsergebnis von 76,1 Millionen Ecu. Weitere 30,8 Millionen Ecu waren Einkünfte aus Dividenden, gegenüber 1997 (16,2 Millionen Ecu) ein Anstieg von etwa 90 Prozent.

Die in Pfund Sterling denominierten allgemeinen Verwaltungsaufwendungen der EBWE hielten sich durchaus im Rahmen des Budgets und lagen geringfügig unter denen für das Jahr 1997, das Ergebnis fortgesetzter Haushaltsdisziplin und Kostenkontrolle. Infolge der Stärke des britischen Pfunds im Jahresverlauf 1998 lagen die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen in Ecu ausgedrückt 6,1 Millionen Ecu über dem Stand des Vorjahrs.

Die gesamten Rückstellungen für Projekte des Bereichs Banking beliefen sich auf 908,9 Millionen Ecu, verglichen mit 409,4 Millionen Ecu im Jahr 1997. Dieser Betrag entspricht 16 Prozent der im Umlauf befindlichen ausgezahlten Darlehen und Kapitalbeteiligungen (1997: 9 Prozent) und spiegelt die Verpflichtung der Bank wider, auf der Grundlage einer ständigen Bewertung ihres Bestands und der damit verbundenen inhärenten Risiken Vorkehrungen zur Sicherung gegenüber bestehenden und zu erwartenden Risiken zu treffen. Rückstellungen für Projekte in der Russischen Föderation umfaßten ungefähr 53 Prozent der Gesamtrückstellungen und entsprachen 38 Prozent (483,0 Millionen Ecu) der nichtstaatlichen Auszahlungen im Umlauf für dieses Land. Aufgrund des Fehlbetrags für das Jahr veränderte sich die Rücklageposition der Bank und wechselte von einem positiven Wert von 98,6 Millionen Ecu zum Jahresende 1997 zu einem Defizit von 158,5 Millionen Ecu zum 31. Dezember 1998.

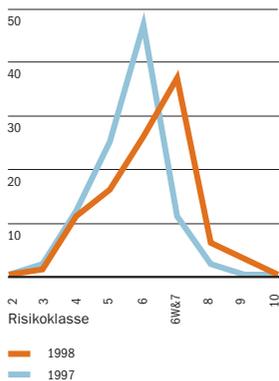
Struktur der Bruttoerträge

(Millionen Ecu)



Bestandsrisikoverteilung

(in Prozent)



Geschäftstätigkeit im Bereich Banking

Portfolio

Im Jahr 1998 bewilligte das Direktorium 82 Projekte im Wert von insgesamt 2 Milliarden Ecu, verglichen mit 143 Projekten für 4 Milliarden Ecu im Jahr 1997. Ende 1998 beliefen sich die kumulativen Bewilligungen ohne Stornierungen auf 14,5 Milliarden Ecu (1997: 13,9 Milliarden Ecu).

Zum 31. Dezember 1998 betrug der kumulative Gesamtwert der vom Direktorium bewilligten Projekte 50,6 Milliarden Ecu, verglichen mit 43,9 Milliarden Ecu Ende 1997. Der eigenfinanzierte Anteil der EBWE an diesem Gesamtprojektwert umfaßte Ende Dezember 1998 14,5 Milliarden Ecu, und die Mobilisierung primärer Ressourcen lag bei 36,1 Milliarden Ecu (1997 betrug diese Eckwerte 13,9 Milliarden Ecu bzw. 30,0 Milliarden Ecu).

Im Verlauf des Jahres wurden 96 Projekte im Wert von 2,4 Milliarden Ecu unterzeichnet, verglichen mit 108 Projekten für 2,3 Milliarden Ecu im Vorjahr. Der relative Anteil von Privatsektor- und Kapitalbeteiligungsprojekten stieg weiter an. 1998 entfielen 80 Prozent der gezeichneten Neuzusagen auf den Privatsektor, und 33 Prozent waren Aktienanlagen, verglichen mit 76 bzw. 19 Prozent im Jahr 1997.

Die kumulativen Bruttozusagen umfaßten zum 31. Dezember 1998 insgesamt 12,0 Milliarden Ecu, die ausstehenden Zusagen (ohne Stornierungen und Rückzahlungen mit Ausnahme der Rückzahlungen für revolvingkredite) betragen 10,2 Milliarden Ecu.

Die Auszahlungen für Projekte betragen 1998 2,4 Milliarden Ecu, verglichen mit 2,0 Milliarden Ecu im Jahr 1997. 599,0 Millionen Ecu (1997: 332,8 Millionen Ecu) entfielen auf Aktienanlagen, deren Anteil auf nahezu ein Viertel der gesamten Auszahlungen anstieg, verglichen mit etwa 16 Prozent im Jahr 1997. Die auf den Privatsektor entfallenden Bruttoauszahlungen umfaßten 1998 84 Prozent (1997: 77 Prozent). Ende 1998 umfaßten die umlaufenden Auszahlungen 5,8 Milliarden Ecu. Dieser Betrag setzte sich wie folgt zusammen: Darlehen: 4,3 Milliarden Ecu, Aktienanlagen: 1,4 Milliarden Ecu, und projektbezogene Schuldtitel: 10,2 Millionen Ecu.

Im Jahresverlauf gingen 1,1 Milliarden Ecu an Darlehensrückzahlungen und Aktienanlagen ein, ein Betrag, der fast 40 Prozent höher lag als die Rückzahlungen für 1997. Der Anteil von vorzeitigen Darlehensrückzahlungen, also von Zahlungen vor der Fälligkeit, an den Rückzahlungen insgesamt fiel im Jahr 1998 jedoch auf 19 Prozent, verglichen mit 31 Prozent im Vorjahr.

Risiken

Die Darlehens- und Aktieninvestitionen der EBWE werden laufend von der unabhängigen Risikomanagement-Abteilung überprüft; dabei werden einzelnen Operationen Risiko-Ratings auf einer Skala von 1 (niedriges Risiko) bis 10 (mit Verlust ist zu rechnen) zugeordnet. Diese Bewertungen sind projekt- und länderspezifisch, und die Gesamteinschätzung des Risikos ergibt sich normalerweise aus dem jeweils höheren Risikowert (Projekt bzw. Land). Mit Hinsicht auf die Märkte, in denen die Bank tätig ist, und ihr Übergangsmandat rechnet sie unter normalen Umständen damit, daß die projektspezifischen Risikobewertungen den Kategorien 4 bis 6 zuzuordnen sind. Das durchschnittliche allgemeine Risiko-Rating für 1998 neu gezeichnete Projekte lag bei 6. Darin zeigt sich das mit dem wachsenden Anteil von Projekten in Ländern der höheren Risikokategorien verbundene Risikoprofil.

Zum Ende 1998 war der prozentuale Anteil der gezeichneten Projekte in den allgemeinen Risikokategorien 4 bis 6 von über 85 Prozent per 31. Dezember 1997 auf 53 Prozent gefallen. Der Anteil der Projekte in der Risikokategorie 7 stieg auf 35 Prozent (1997: 11 Prozent). Auf die Kategorien 8 und 9 entfielen 9 Prozent (1997: 2 Prozent). Dies ist in erster Linie Ergebnis des verschlechterten Kreditrisikos Rußlands sowie anderer Länder, die von den Folgen der russischen Krise in Mitleidenschaft gezogen wurden. Näheres zeigt das Schaubild links.

Ergebnisse

Die 1998 aus dem Banking-Kerngeschäft erzielten Bruttoerträge von 524,2 Millionen Ecu stellen gegenüber 357,3 Millionen Ecu im Jahr 1997 eine Steigerung von 47 Prozent dar. Das entsprach nahezu zwei Dritteln der Bruttoeinkünfte der Bank für das Berichtsjahr. Die Gewinne aus Verkäufen von Aktienanlagen erreichten 168,7 Millionen Ecu bzw. 32 Prozent des Bruttoeinkommens aus dem Bereich Banking. 1997 lag dieses Ergebnis bei 21 Prozent bzw. 76,1 Millionen Ecu. Das aus Darlehen erwirtschaftete Zinseinkommen erreichte 1998 53 Prozent (1997: 62 Prozent), die Einkünfte aus Gebühren und Provisionen umfaßten 9 Prozent (1997: 12 Prozent), und die Dividendeneinkünfte lagen bei 6 Prozent (1997: 5 Prozent) des Bruttoeinkommens.

Der Verkauf einer kleinen Anzahl der reiferen Aktienbestände erzeugt gewöhnlich einen beträchtlichen Anteil der Erträge aus dem Bestand an Aktienanlagen. Infolgedessen steht zu erwarten, daß der Beitrag dieses Portfoliobereichs zur Gewinn- und Verlustrechnung der Bank von einem Jahr auf das andere beträchtlichen Schwankungen unterliegt. Er hängt vom Zeitpunkt der Veräußerungen ab, der in erster Linie durch den Zeitpunkt der Fertigstellung von Projekten bestimmt wird. Es wird erwartet, daß die zukünftige Anzahl von Veräußerungen in dem Maße steigt, in dem der wachsende Anlagebestand weiter reift. Allerdings ist es schwierig, Aussagen über die potentiellen Erträge aus diesen Veräußerungen zu machen.

Geschäftstätigkeit der Finanzabteilung

Portfolio

Die Vermögenswerte im Management der Finanzabteilung nahmen im Jahresverlauf um 1,7 Milliarden Ecu zu und erreichten zum 31. Dezember 1998 8,2 Milliarden Ecu. Die Aktiva umfaßten Schuldtitel im Wert von 5,3 Milliarden Ecu und Plazierungen bei Kreditinstituten im Wert von 2,9 Milliarden Ecu.

Zum Jahresende 1998 wurden 864,7 Millionen Ecu oder 10,5 Prozent der gesamten Anlagen der Finanzabteilung von insgesamt 16 externen Vermögensverwaltern betreut. Diese extern verwalteten Portfolios umfaßten 391,2 Millionen Ecu eines auf Ecu lautenden Zinsterminkontraktprogramms und 473,5 Millionen Ecu eines auf US-Dollar lautenden vermögens-

besicherten Wertpapierprogramms. Die Mittel werden von unabhängigen Managern verwaltet, um Zugang zu spezialisierten Dienstleistungen und Investmenttechniken zu erlangen und um Leistungsmaßstäbe Dritter zu etablieren. Die unabhängigen Verwalter sind gehalten, dieselben Investmentrichtlinien einzuhalten, die die Bank bei ihren intern verwalteten Ressourcen befolgt.

Risiken

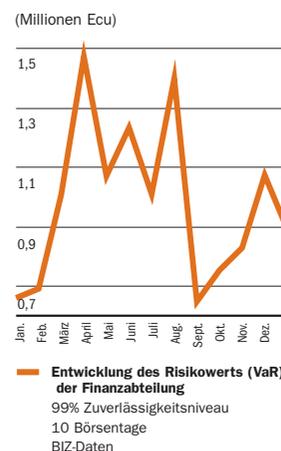
Das Gesamtmarktrisiko der EBWE blieb während des ganzen Jahres gemäßigt. Zum 31. Dezember 1998 belief sich der Risikowert (*Value-at-Risk/VaR*) des intern verwalteten Bestands der EBWE auf 0,9 Millionen Ecu.¹ Dieser Wert wurde mit Bezug auf ein Zuverlässigkeitsniveau von 99 Prozent über einen Börsenzeitraum von 10 Tagen berechnet.

Wie das Schaubild zeigt, bewegte sich der Risikowert im Verlauf des gesamten Jahres innerhalb der relativ geringen Bandbreite von 0,7 Millionen Ecu bis 1,5 Millionen Ecu. Beide Zahlen liegen also unterhalb des Durchschnitts für das Jahr 1997.

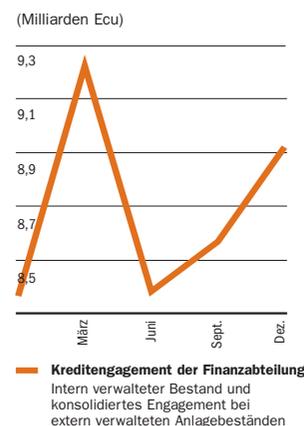
Der Beitrag des Wechselkursrisikos blieb für die meiste Zeit unerheblich. Von Zeit zu Zeit wurden Outright-Terminpositionen in den wichtigsten Währungen eingenommen, waren aber selten umfangreich. Strategien, die die Veränderungen in Form von Ertragskurven sichtbar machen, wurden aktiv genutzt. Das direkte Risiko der Zinssatzschwankungen war zu allen Zeiten äußerst begrenzt; von Zinsoptionen wurde minimaler Gebrauch gemacht.

Marktrisiken der extern verwalteten Mittel zeigten zum Jahresende zusätzlich einen Risikowert (99 Prozent Zuverlässigkeitsniveau, über einen Börsenzeitraum von 10 Tagen) von 1,4 Millionen Ecu für das auf US-Dollar lautende vermögensbesicherte Wertpapierprogramm und von 1,1 Millionen Ecu für das auf Ecu lautende Zinsterminkontraktprogramm.

Entwicklung des Risikowerts 1998



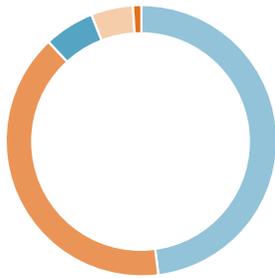
Entwicklung des Kreditengagements der Finanzabteilung 1998



¹ Diese Zahl, die auf relativ vorsichtigen, vom Baseler Ausschuß für Bankenaufsicht empfohlenen Parametern beruht, entspricht der Aussage, die Wahrscheinlichkeit, daß die Bank aufgrund von widrigen Zinssatz- und Wechselkursänderungen im Verlauf von zehn Handelstagen mindestens 0,9 Millionen Ecu verlieren könnte, betrage 1:100.

Profil der Kreditqualität des Engagements der Finanzabteilung

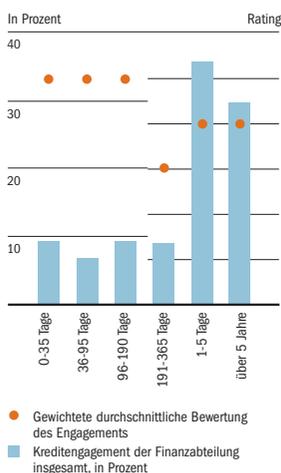
Stand 31. Dezember 1998



Intern verwalteter Bestand und konsolidiertes Engagement extern verwalteter Bestände

Kreditqualität im Fälligkeitsprofil des Engagements der Finanzabteilung

Stand 31. Dezember 1998



Intern verwaltetes Portfolio und konsolidiertes Engagement bei extern verwalteten Anlagebeständen

Diese Zahlen müssen vor dem Hintergrund der Gesamtgröße des Portfolios von durchschnittlich 7,1 Milliarden Ecu im Jahr und der für alle Mittel der Finanzabteilung – ob intern oder extern verwaltet – geltenden Riskowertbegrenzung von 4,0 Millionen Ecu gesehen werden. Diese Begrenzung wurde im Rahmen der neuen Vollmachten der Finanzabteilung im Dezember 1998 angenommen. (Sie stützt sich auf ein Zuverlässigkeitsniveau von 95 Prozent über einen Börsenzeitraum von einem Tag, was wiederum 18 Millionen Ecu mit einem Zuverlässigkeitsniveau von 99 Prozent und einem Börsenzeitraum von 10 Tagen entspricht, auf den sich das Schaubild oben bezieht.)

Das Kreditrisiko im Bestand der Finanzabteilung wird durch das Schaubild links erläutert, das sowohl die bilanzwirksamen als auch -unwirksamen Risiken berücksichtigt. (Das Kreditrisiko ist der potentielle Verlust der Bank für den Fall, daß die Gegenpartei nicht zahlungsfähig ist. Im Falle von bilanzwirksamen Instrumenten wird dieser Verlust durch den Bilanzwert dargestellt, während sich das Risiko für die bilanzunwirksamen Instrumente aus dem positiven Marktwert sowie einem Zuschlag für potentielle Steigerungen des Marktwerts in der Zukunft zusammensetzt.)

Insgesamt war die Qualität des Kreditengagements der Finanzabteilung weiterhin hoch. Auf der internen Skala der Bank erreichte sie einen gewichteten Durchschnitt von 1,8. Das liegt geringfügig unter AA+ (1,7), jedoch über AA (2,0). Zum Ende des Jahres 1998 wurden 87,8 Prozent des Gesamttrisikos mit AA- oder höher bewertet (1997: 89,1 Prozent). Die einzigen nicht erstklassigen Risiken waren staatsnahe Schuldtitel aus Korea.

Das Kreditengagement der Finanzabteilung ist auf 27 Länder gestreut. Länder, in denen das Gesamtengagement über 7,5 Prozent lag, waren die Vereinigten Staaten mit 30,6 Prozent und Japan mit 16 Prozent (1997: 35,3 Prozent bzw. 19,6 Prozent).

Die Qualität der längerfristigen Engagements lag über der für kurzfristige Kreditrisiken. Das entspricht den Laufzeitbeschränkungen der Bank für das Management von Engagements mit niedriger eingestuften potentiellen Gegenparteien und Emittenten. Innerhalb eines halben Jahres fällig werdende Engagements hatten durchschnittliche Ratings von ca. 2,0 (AA-Äquivalent), diejenigen mit längeren Laufzeiten 1,7 (AA+).

Ergebnisse

Die Finanzabteilung trug mit einer Gesamttrendite von 76 Basispunkten über dem Liborsatz zum Ende des Geschäftsjahrs entscheidend zum Erfolg der Bank bei (1997: 67 Basispunkte). Die Rendite für Investitionen lag 37 Basispunkte über dem Liborsatz (1997: 34 Basispunkte). Der Vorteil von Unter-Libor-Finanzierung betrug 41 Basispunkte (1997: 40 Basispunkte).

Im dritten Quartal nahm die Finanzabteilung eine Überprüfung des Wertpapierportfolios zu dem Zweck vor, Positionen als entweder für den Handel oder für Investitionen bestimmt zu klassifizieren. Im Ergebnis wurden Positionen mit einem Buchwert von 1,2 Milliarden Ecu aus dem Verzeichnis für Investitionen in das für den Handel überführt. Dort wurde gemäß den Rechnungslegungsgrundsätzen der Bank ihr Buchwert neu bewertet. Statt zum Buchwert werden sie jetzt auf der Grundlage täglicher Neubewertungen geführt, wodurch sich eine minimale Auswirkung auf Gewinn und Verlust ergab.

Finanzierung

Kapital

Zum 31. Dezember 1998 belief sich das eingezahlte Kapital auf insgesamt 5,1 Milliarden Ecu, eine Steigerung gegenüber 4,9 Milliarden Ecu zum 31. Dezember 1997. Bis auf sechs Mitglieder haben nunmehr alle die Kapitalerhöhung gezeichnet und entsprechende Zeichnungsurkunden in Höhe von 937.200 Anteilen hinterlegt. Das bringt die Anzahl der gezeichneten Anteile auf über 1,9 Millionen. Im April 1998 wurde die erste Rate der Kapitalerhöhung fällig, und das eingegangene eingezahlte Kapital stieg kumulativ auf 3,2 Milliarden Ecu, gegenüber 2,9 Milliarden Ecu zum Jahresende 1997.

Überfällige Kapitalzahlungen in Form von Bargeld und Schuldscheinen erreichten zum Jahresende den Wert von 10,5 Millionen Ecu (1997:10,2 Millionen), wovon ungefähr 3,2 Millionen Ecu auf die Kapitalerhöhung entfallen. Außerdem sind Einlösungen von hinterlegten Schuldscheinen in Höhe von 3,0 Millionen Ecu überfällig, die alle auf das ursprüngliche Kapital entfallen.

Kapitalausstattung

Die im April 1996 bewilligte Erhöhung des genehmigten Stammkapitals der EBWE auf 20 Milliarden Ecu hatte das Ziel, der Bank die weitere Umsetzung ihrer Strategie des kontrollierbaren Wachstums auf nachhaltiger Basis und ohne weiteren Zugriff auf Kapitalauffüllungen zu gestatten. Die Bank hat sich zu finanzieller Eigenständigkeit verpflichtet, und in diesem Sinne ist sie proaktiv in ihren Bemühungen, eine effektive und effiziente Nutzung von Kapital zu gewährleisten.

Bei der Umsetzung ihrer Geschäftsstrategie ist die Kapitalverwendung der EBWE an den satzungsmäßigen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen der Bank ausgerichtet. In dieser Hinsicht verfeinert die Bank Verfahren für die Einschätzung der Kapitalverwendung und Kapitalausstattung, indem sie die quantitativen Messungen des finanziellen Spielraums durch eine Risikoeinschätzung ergänzt.² Im Rahmen der regelmäßigen Überprüfungen der Finanzpolitik und des Kapitals wird die Arbeit in diesem Bereich fortgesetzt.

Kreditaufnahme

Bei der Kreditaufnahme läßt sich die EBWE von zwei Hauptgrundsätzen leiten. Erstens bemüht sie sich um Fristenkongruenz ihrer Aktiva und Passiva, um Refinanzierungsrisiken zu vermeiden. Zweitens sucht sie die Bereitstellung langfristiger Mittel bei optimaler Kosteneffizienz zu sichern.

Zum 31. Dezember 1998 betrug die Gesamtkreditaufnahme 9,7 Milliarden Ecu, gegenüber 1997 ein Anstieg um 2,3 Milliarden Ecu. Die Zahl spiegelt die Nettoauswirkung neuer Emissionen, Fälligkeiten und Rückkäufe wider. Im Rahmen des mittel- bis langfristigen Kreditaufnahmeprogramms begab die Bank 46 Neuemissionen; die Durchschnittskosten lagen nach Swap bei Libor abzüglich 37 Basispunkte. Zum Ende des Berichtsjahrs betrug die durchschnittliche Restlaufzeit mittel- und langfristiger Außenstände 7,1 Jahre. Bemerkenswerte Emissionen waren unter anderem die erste Indexemission in Euro im Rahmen des mittelfristigen Euro-Anleiheprogramms in Höhe von 600 Millionen Dollar sowie die allererste supranationale Emission austauschbarer Anleihen über 100 Millionen US-Dollar.

Mit kurzfristigen Emissionen, die als verbrieftete Schulden klassifiziert waren, fanden 29 Transaktionen statt; die Durchschnittskosten lagen nach Swap bei Libor abzüglich 42 Basispunkte.

² Als finanzieller Spielraum wird die Höhe der Mittel bezeichnet, die der Bank für Zusagen neuer Darlehen, Beteiligungsanlagen und Garantien zur Verfügung stehen, bevor sie ihre Grenzverschuldung von 1:1 erreicht. Dieser Verschuldungsgrad verlangt, daß die Gesamtsumme umlaufender

Darlehen, Beteiligungsanlagen und Garantien der Bank im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit die Gesamtsumme ihres ungeminderten gezeichneten Kapitals, ihrer Rücklagen und Überschüsse nicht übersteigen darf.

Aufwendungen

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen für das Berichtsjahr beliefen sich auf 158,7 Millionen Ecu; dieser Betrag lag 6,5 Millionen Ecu über dem des Jahres 1997. Die Verwaltungsaufwendungen hielten sich im Rahmen des Budgets für 1998, ein Beweis für das unveränderte Eintreten der Bank für Budgetdisziplin, effektive Kostenkontrollen und ein proaktives Kostendeckungsprogramm.

Der Anstieg bei den Aufwendungen in Ecu im Jahr 1998 im Vergleich zum Jahr 1997 war in erster Linie ein Ergebnis der höheren aktuellen Umrechnungskurse von Pfund Sterling in Ecu während des Berichtsjahrs. Der Durchschnittskurs lag 1998 bei 1,481 Pfund Sterling zum Ecu, verglichen mit 1,454 im Jahr 1997. Der real erzielte gewichtete Durchschnittskurs lag jedoch darunter. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Bank grundsätzlich Devisenkontrakte abschließt, um zu verhindern, daß sich Schwankungen des Ecu/Sterling-Wechselkurses auf die überwiegend auf Pfund Sterling lautenden Aufwendungen auswirken, wenn sie zu Berichtszwecken in Ecu umgerechnet werden. Dementsprechend wurde bei den Ausgaben ein gewichteter Pfund Sterling/Ecu-Wechselkurs von 1,2882 erreicht (1997: 1,2295). Im Jahr 1998 betrug der mit dieser Tätigkeit verbundene Gewinn 21,8 Millionen Ecu gegenüber 25,4 Millionen Ecu im Jahr 1997.

Außerdem schloß die Bank eine Reihe von Optionskontrakten ab, um die Sterlingkosten für zukünftige allgemeine Verwaltungsaufwendungen zu besichern. Zum 31. Dezember 1998 wies der Marktwert dieser Optionen einen Gewinn von 17,5 Millionen aus (1997: 39,8 Millionen Ecu). Gemäß der Rechnungslegungspraxis der Bank wurde er abgegrenzt und wird in den entsprechenden Jahren ergebniswirksam verbucht.

Rückstellungen

Die Rückstellungspraxis der EBWE für nicht-staatliche Engagements gewährleistet, daß die Höhe der allgemeinen Rückstellungen durch eine Bewertung der gesamten Kreditrisiken einzelner Darlehen und Aktienanlagen erfolgt, die die unabhängige Risikomanagement-Abteilung vornimmt. Für staatliche Projekte wird eine einheitliche Rückstellung in Höhe von drei Prozent für umlaufende ausgezahlte staatliche Risikoengagements vorgenommen. Dabei wird der bevorrechtigte Gläubigerstatus, den die Mitglieder der Bank einräumen, berücksichtigt. Darüber hinaus nimmt die Bank angesichts der regionalen Konzentration der EBWE und einer kleinen Anzahl hoher Risikopositionen im gefährdeten Bestand eine Rückstellung gegen allgemeine unvorhergesehene Risiken für das Gesamtportfolio in Höhe von 0,75 Prozent der ausstehenden gezeichneten Zusagen vor. Die Bank wird weiterhin bei Bedarf von Fall zu Fall Einzelrückstellungen vornehmen.

In der zweiten Hälfte 1998 setzte die Krise in Rußland mit ihren Folgewirkungen auf die Einsatzländer ein. Die Bank hielt sich an ihre normalen Rückstellungsgrundsätze, die auf einer Risikoanalyse aufbauen. Zur Bestimmung der erforderlichen Höhe von Einzelrückstellungen wurde im Gefolge der Krise eine intensive Überprüfung des Engagements in der Russischen Föderation durchgeführt.

Die konsequente Einhaltung der Rückstellungspraxis der EBWE führte dazu, daß für das Geschäftsjahr 553,1 Millionen Ecu für Wertberichtigungen eingestellt wurden. Das entspricht dem Dreifachen der Summe für 1997. Davon entfielen 6,8 Millionen Ecu auf Rückstellungen der Finanzabteilung (siehe unten). Diese Zunahme der gesamten Rückstellungen berücksichtigt das kontinuierliche Wachstum im Bestand der Geschäftstätigkeit, das höhere Länderrisiko vieler Einsatzländer sowie die diesbezüglich erfolgte Erhöhung der Rückstellungen für allgemeine Bestandsrisiken, die das gestiegene Risiko widerspiegeln. Eingeschlossen in die Zuführung für 1998 waren neue Einzelrückstellungen von 412,9 Millionen Ecu. Insgesamt beliefen sich derartige Einzelrückstellungen zum Jahresende auf 456,2 Millionen Ecu.

Als Ergebnis dieser Zuführung für 1998 erreichten die gesamten Rückstellungen für die Tätigkeit des Bereichs Banking 908,9 Millionen Ecu, was 16 Prozent des in Umlauf befindlichen ausgezahlten Portfolios von Darlehen und Kapitalanlagen entspricht.

Die Wertberichtigungen für 1998 umfassen ebenfalls eine Zuführung von 6,8 Millionen Ecu, die sich auf Aktiva der Finanzabteilung bezieht. Von dieser Summe entfallen 5,2 Millionen Ecu auf allgemeine Rückstellungen für Investitionsanlagen der Finanzabteilung. Dieser Posten wurde im Verlauf des Geschäftsjahrs auf Risikobewertungsgrundlage eingeführt, wobei kein Unterschied zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Investitionen gemacht wurde. Die verbleibende Zuführung von 1,6 Millionen Ecu (1997: 0,4 Millionen Ecu) für das Geschäftsjahr bezieht sich auf Wertberichtigungen für derivative Finanzinstrumente und wird jetzt ebenfalls unter „Rückstellungen für Verluste“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen, während sie früher unter „Nettohandelsaktivitäten“ zu finden war.

Ausblick auf 1999

Die EBWE hat die Absicht, in die Gewinnzone zurückzukehren. Das Finanzergebnis wird jedoch weiterhin anfällig gegenüber eventuellen weiteren negativen Entwicklungen im Bestand und fortbestehenden Unsicherheiten im Umfeld der Geschäftstätigkeit der Bank bleiben.

Die Priorität der Bank besteht darin, die Rücklagen wieder aufzubauen und alle notwendigen Vorsorge-maßnahmen zu treffen, um ihre finanzielle Tragfähigkeit zu konsolidieren.

Zusätzliche Berichterstattung und Offenlegung

In ihrer Berichterstattung und Offenlegung hält sich die EBWE gemäß ihrem Grundsatz der besten Geschäftspraxis an die Berichtsgepflogenheiten der Finanzinstitutionen des Privatsektors.

Grundsätze der Finanzverwaltung und des Risikomanagements

Die EBWE folgt in ihrer Finanzpolitik den Richtlinien eines soliden Finanzmanagements, die auf dem Übereinkommen zur Errichtung der Bank aufbauen und den finanziellen Rahmen bilden, innerhalb dessen die Bank ihr Mandat ausübt.

Das Finanzmanagement der Bank hat folgende Ziele:

- Streben nach finanzieller Tragfähigkeit
- Bildung von Rücklagen und Sicherung nachhaltiger Rentabilität
- Markt- und Leistungsorientierung bei allen Aktivitäten
- Tätigkeit innerhalb eines umfassenden Rahmens der Risikosteuerung
- Sicherstellung von Transparenz und Verantwortlichkeit auf allen Ebenen, sowie Förderung einer leistungsstarken Unternehmensführung.

Sowohl bei der Tätigkeit des Bereichs Banking als auch bei den Aktivitäten der Finanzabteilung ist die EBWE Kreditrisiken ausgesetzt. Kreditrisiken entstehen entweder, weil Kreditnehmer und Geschäftspartner der Finanzabteilung ihren vertraglichen Pflichten möglicherweise nicht nachkommen, oder weil der Wert der Bankprojekte beeinträchtigt werden könnte. Die weitaus meisten Kreditrisiken liegen im Bankingbestand. Die unabhängige Risikomanagement-Gruppe der Bank ist bestrebt sicherzustellen, daß alle Risiken ordnungsgemäß identifiziert und angemessen gelenkt und abgedeckt werden. Dies geschieht durch ein umfassendes und stringentes Kreditverfahren, das jährlich revidiert wird, um aufgrund der gewonnenen Erfahrungen seine Wirksamkeit und Effizienz zu ermitteln und zu verfeinern. Alle normalen Projekte werden regelmäßig überprüft, um etwa erforderliche Anpassungen der erteilten Risiko-Ratings umgehend zu identifizieren.

Das Marktrisiko der Bank besteht hauptsächlich darin, daß Zinsausschläge und Wechselkursänderungen die von der Bank bezogenen Positionen ungünstig beeinflussen können, insbesondere im Bestand der Finanzabteilung. Es ist Ziel der Bank, Marktrisiken für Bestand der Finanzabteilung durch Aktiva- und Passivmanagement und die Lenkung von Fremdwährungsrisiken möglichst einzugrenzen und zu steuern. Zinsrisiken werden durch Abgleich des Zinsprofils der Aktiva mit dem der Passiva und durch den Einsatz von Derivaten gesteuert. Durch eine Kombination von Grenz- und VaR-Berichten werden Währungs- und Zinsrisiken unabhängig von der Funktion der Finanzabteilung kalkuliert, um die Einhaltung der geltenden Richtlinien zu gewährleisten.

In Übereinstimmung mit dem Ziel der EBWE, der Kapitalerhaltung, besonders im Hinblick auf das Portfolio der Finanzabteilung, wird mittels der VaR- und Belastungstestangaben das Risiko errechnet, das über den Libor-bezogenen Maßstab für Investitionen hinausgeht.³ Die Bank achtet besonders darauf, daß das eingegangene Marktrisiko die Grenzen ihrer Risikobereitschaft nicht überschreitet; daher werden VaR-Trends und Belastungstests aufmerksam überwacht.

Die EBWE hat eine revidierte Vollmacht für die Finanzabteilung verabschiedet. Dabei handelt es sich um ein Dokument, in dem das Direktorium dem Vizepräsidenten für Finanzen die Vollmacht überträgt, die Geschäftstätigkeit der Finanzabteilung zu leiten. Außerdem werden darin die für diese Tätigkeit anzuwendenden Risikoparameter definiert.

Durch die neue Vollmacht werden die bestehenden Bestimmungen verfeinert. Außerdem werden einige bereits in die Geschäftstätigkeit eingeführten Verfahrensweisen in das Regelwerk aufgenommen.

Zu den wichtigsten Verbesserungen zählen die folgenden:

- eine klare Definition der Rolle des Risikomanagements;
- die Ablösung der ursprünglichen laufzeitabhängigen Begrenzung durch eine Begrenzung des Risikowertes, die praktisch bereits seit zwei Jahren das wichtigste Instrument der Bank für die Kontrolle des Marktrisikos darstellt;
- die Finanzabteilung der Bank hat nunmehr die Möglichkeit, beim Management ihrer Aktiva und Passiva ihr Devisenmanagement im Rahmen des globalen Marktrisikos und insbesondere die Begrenzung des Risikowertes (VaR) aktiv zu steuern;
- die Bank in die Lage zu versetzen, durch den Ankauf von Verkaufsoptionen ihre finanziellen Risiken zu besichern, und zwar über Anlage- oder Risikoklassen, in die die Finanzabteilung sonst nicht investieren oder in denen sie kein Engagement akzeptieren könnte.

Das Geschäftsrisiko wird dadurch ermittelt, daß alle Aspekte der Risikoanfälligkeit untersucht werden, die nicht in den Bereich Kredit- und Marktrisiko fallen. Dazu gehören Verlustrisiken, die durch Fehler oder Versäumnisse bei der Abwicklung und beim Abschluß von Transaktionen oder bei der Berichterstattung der Finanzergebnisse entstehen können.

In der Bank werden Grundsätze und Verfahren angewandt, die alle einschlägigen Aspekte von Geschäftsrisiken abdecken, darunter an erster Stelle ein hoher Standard der Geschäftsethik und ein erprobtes System interner und gegenseitiger Kontrollen sowie die Trennung von Zuständigkeitsbereichen, die die Bank von Anfang an davor bewahren, ein Geschäftsrisiko einzugehen. Ergänzend kommen dazu noch:

- der Verhaltenskodex der EBWE
- Konzepte für Katastrophenverhalten und Eventualplanung
- Grundsätze für den öffentlichen Zugang und die Offenlegung von Informationen
- Sorgfaltspflicht bei der Prüfung der Integrität
- Verfahren in bezug auf korrupte Praktiken und Geldwäsche
- Verfahrensregeln in Fällen von Betrug oder Betrugsverdacht
- Grundsätze der Informationssteuerung
- Richtlinien für die Steuerung von Geschäftsrisiken in der Finanzabteilung
- Beschaffungspolitik.

Nutzung von Derivaten

Die EBWE benutzt Derivate hauptsächlich zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken, die im Rahmen des Bereichs Banking und der Finanzabteilung auftreten. Die sich in den Derivaten ausdrückenden Marktbewertungen sind Bestandteil der Handelstätigkeit der Finanzabteilung, die ihrerseits einer globalen Begrenzung des Risikowerts unterliegt. Zusätzlich benutzt die Bank Kreditderivate als Alternative zu Investitionen in spezifischen Wertpapieren zur Besicherung bestimmter Engagements.

Auf dem Gebiet des Risikomanagements der Finanzabteilung hat die EBWE die G-30-Empfehlungen über den Einsatz von Derivaten angenommen und sich zur besten Geschäftspraxis verpflichtet.

Die Bank befolgt sämtliche für die Endbenutzer relevanten Bestimmungen, wie sie in den G-30-Empfehlungen festgelegt sind. Außerdem hat sie sich zur Einhaltung der Empfehlungen über die Marktmacher verpflichtet, da sie Derivate für eine strategische Positionierung innerhalb klar umrissener Grenzen einsetzt.

Die Zinsrisiken im Zusammenhang mit Derivaten werden mit denen aller anderen zinsabhängigen Instrumente verbunden. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei solchen Risiken, die für den Einsatz von Derivaten spezifisch sind. Das geschieht zum Beispiel durch die Überwachung des Risikos von Kursschwankungen bei Optionen, des Margenrisikos für Swaps und des Basisrisikos für Terminkontrakte.

Um das Kreditrisiko bei den Transaktionen der Finanzabteilung unter Kontrolle zu halten, ist es Praxis der Bank, jede Gegenpartei einzeln zu bewilligen und deren Eignung regelmäßig zu überprüfen. Gestützt auf die Kreditwürdigkeit des Partners werden individuell abgestufte Grenzvorgaben in der Einhaltung von Richtlinien festgelegt, die die maximale Höhe und die Dauer eines Engagements der Bank bestimmen. Insbesondere Geschäfte mit Derivaten sind im Normalfall auf Parteien beschränkt, die mindestens der Kategorie AA- zuzuordnen sind. Parteien mit der Einstufung A werden nur in Betracht gezogen, wenn ein Engagement vollständig besichert ist.

³ Liegt der VaR-Wert beispielsweise bei Null, deutet dies auf das Fehlen jeglichen Fremdwährungsrisikos und die völlige Übereinstimmung des Zinsrisikos für die Aktiva der Bank mit den entsprechenden Passiva hin.

Die Bank bemüht sich um eine weitere Abfederung des Kreditrisikos, indem sie systematisch auf eine Vielzahl von Verbesserungstechniken der Kreditbedingungen zurückgreift. Derivatvorfälle im Freiverkehr werden systematisch im Rahmen von Globalvereinbarungen dokumentiert, die ein Clearing nach Verrechnung sicherstellen. Die Bank ist bestrebt, den Anwendungsbereich für diese Bestimmungen durch den Nachweis eines möglichst breiten Spektrums an gehandelten Instrumenten mit einem bestimmten Partner im Rahmen einer einzelnen ISDA-basierten Globalvereinbarung zu dokumentieren.

Außerdem greift die Bank im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit im Bereich von Derivaten im Freiverkehr weiterhin verstärkt auf Sicherungsvereinbarungen zurück. Zum Jahresende waren 55 Prozent des Bruttoengagements der Bank im Hinblick auf Parteien mit Derivaten Gegenstand von Besicherungsvereinbarungen. Verhandlungen über die Unterzeichnung derartiger Absprachen mit allen verbleibenden aktiven Parteien waren im Gange.

Unternehmensführung

Die EBWE ist zur effektiven Unternehmensführung verpflichtet; die Zuständigkeiten und entsprechenden Kontrollmechanismen sind für alle Bereiche der Bank eindeutig festgelegt und gegeneinander abgegrenzt. Transparenz und Rechenschaftspflicht sind integrale Bestandteile der Unternehmensführung. Dieser strukturelle Rahmen wird darüber hinaus durch ein Berichtssystem unterstützt, durch das die Informationen eigens auf die verschiedenen Zuständigkeitsebenen der Bank zugeschnitten und an die unterschiedlichen Stellen weitergeleitet werden. Dadurch wird sichergestellt, daß das System der wechselseitigen Kontrollen bei den Aktivitäten der Bank reibungslos funktioniert.

Die grundlegende Satzung der EBWE ist das Übereinkommen zur Errichtung der Bank. Darin wird festgelegt, daß die Institution über einen Gouverneursrat, ein Direktorium, einen Präsidenten, Vizepräsidenten, leitende Angestellte und sonstige Mitarbeiter verfügt.

Sämtliche Befugnisse der EBWE liegen beim Gouverneursrat, der die 60 Anteilseigner vertritt. Mit Ausnahme bestimmter, ihm vorbehaltenen Vollmachten hat der Gouverneursrat seine Befugnisse auf das Direktorium übertragen, behält jedoch die allgemeine Weisungsgewalt.

Das Direktorium und seine Ausschüsse

Das Direktorium unterliegt der allgemeinen Weisungsgewalt des Gouverneursrats. Es ist für die Leitung der allgemeinen Geschäftstätigkeit der Bank verantwortlich und übt zu diesem Zweck die ihm im Übereinkommen ausdrücklich übertragenen Befugnisse sowie diejenigen aus, die ihm vom Gouverneursrat übertragen worden sind.

Das Direktorium hat zu seiner Unterstützung drei Ausschüsse gebildet:

- den Finanzprüfungsausschuß
- den Ausschuß für Budget- und Verwaltungsangelegenheiten
- den Ausschuß für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit.

Die Zusammensetzung dieser Ausschüsse im Jahr 1998 ist auf Seite 120 im einzelnen aufgeführt.

Der Präsident und der Exekutivausschuß

Der Präsident wird vom Gouverneursrat gewählt. Er ist der gesetzliche Vertreter der EBWE und führt nach den Weisungen des Direktoriums die laufenden Geschäfte der Bank.

Der Exekutivausschuß besteht aus den Mitgliedern der Führungsspitze der Bank und untersteht dem Vorsitz des Präsidenten.

Berichterstattung

Die Führungsstruktur der Bank wird durch eine angemessene Finanz- und Managementberichterstattung unterstützt. Die Bank ist bestrebt, durch ihre Finanzberichterstattung die notwendigen Informationen über Risiken und Leistung ihrer Tätigkeit bereitzustellen und bei der Erarbeitung ihrer für die Öffentlichkeit bestimmten Finanzberichte die Prinzipien der besten Praxis anzuwenden. Darüber hinaus verfügt die Bank über ein umfassendes System der Berichterstattung an das Direktorium und dessen Ausschüsse. Dem Management stehen detaillierte Informationen zur Verfügung, damit es die Umsetzung der Geschäftspläne und die Einhaltung von Budgets überwachen kann.

Vergütungsgrundsätze

Im Rahmen ihres Status als multilaterale Institution hat die Bank eine marktorientierte Vergütungspolitik entwickelt, um den folgenden Zielstellungen gerecht zu werden:

- Wettbewerbsfähigkeit, um hochqualifizierte Spitzenkräfte anwerben und an sich binden zu können;
- Berücksichtigung verschiedener Zuständigkeitsebenen;
- ausreichende Flexibilität, um rasch auf den Markt reagieren zu können;
- Schaffung von Anreizen für ausgezeichnete Leistungen.

Um diese Zielsetzungen zu unterstützen, haben es die Anteilseigner der Bank gestattet, Marktkriterien auf die Mitarbeitervergütung anzuwenden. Gehälter und Bonuszahlungen sind leistungsorientiert.

Durch Zuwendungen aus dem Bonusfonds sollen die Beiträge einzelner Mitarbeiter oder Teams zu der Gesamtleistung der Bank anerkannt werden. Die Bonuszahlungen sind zwar ein wichtiger Bestandteil der gesamten Mitarbeitervergütung, beschränken sich jedoch auf einen bestimmten Prozentsatz des Grundgehalts. In der Regel gehen diese Bonuszahlungen nicht über 30 Prozent des Grundgehalts hinaus.

Das Direktorium der EBWE, der Präsident und die Vizepräsidenten erhalten keinerlei Zuwendungen aus dem Bonusfonds. Die an das Direktorium und den Präsidenten gezahlte Vergütung wird vom Gouverneursrat festgelegt, über die der Vizepräsidenten entscheidet das Direktorium.

Das Jahr 2000

Ein Jahr-2000-Lenkungsausschuß unter Vorsitz des Vizepräsidenten für Risikomanagement wurde im Januar 1998 eingesetzt, um einen Aktionsplan für die gesamte Bank zu entwickeln und seine Umsetzung zu beaufsichtigen. Der Plan stützt sich auf die von der Abteilung Informationstechnologie (IT) im Jahr 1997 geleistete Arbeit.

Alle Informationsverarbeitungssysteme unter Einschluß der speziell für die Bank entwickelten sowie der auf Standardsoftware gestützten Systeme wurden inzwischen geprüft, korrigiert und sind entweder erfolgreich getestet oder unterliegen zur Zeit Tests im Hinblick auf ihre Jahr-2000-Tauglichkeit. Die entsprechenden Arbeiten sollen zum Ende des ersten Quartals des Jahres 1999 abgeschlossen sein. Mitte 1999 sollen die Umstellungen an den Systemen der Endverbraucher, den aktualisierten Infrastruktursystemen unter Einschluß der Telefonzentrale und der Anzeigetafeln für die Händler abgeschlossen sein. Da die Verwaltungssysteme der Bank ebenfalls auf der Tätigkeit von Prozessoren und Kontrollsystemen aufbauen, die den Problemen des Jahreswechsels 1999/2000 gleichermaßen ausgesetzt sind, werden auch sie überprüft. Mit Hilfe der notwendigen Budgets werden Pläne erarbeitet, um die Systeme zu aktualisieren oder – sollte dies bei einigen nicht möglich sein – zu ersetzen.

Da die Bank eine relativ junge Organisation ist, ist ihr eigenes Gefahrenpotential im Hinblick auf mögliche Risiken beim Jahreswechsel 1999/2000 relativ begrenzt. Außerdem sind die Arbeiten zur Sicherung der Funktionstüchtigkeit der Systeme der Bank bis ins Jahr 2000 und darüber hinaus recht weit vorangeschritten. So hat die Bank ihre Aufmerksamkeit mehr und mehr auf ihre Partner und Kunden, insbesondere die in den Einsatzländern, gerichtet. Für die Bank sind die Vorbereitungen in diesen Ländern inzwischen zu einem der wichtigsten Teilbereiche beim Übergang zum Jahr 2000 geworden.

Die Bank hat die Aufmerksamkeit ihrer Kunden verstärkt auf dieses Problem gelenkt und sie gebeten, der Bank eine Mitteilung darüber zugehen zu lassen, daß sie die erforderlichen Ressourcen bereitgestellt haben, um die mit dem Jahreswechsel 1999/2000 verbundenen potentiellen Risiken abzufangen und die dabei auftretenden Probleme zu lösen. Die eingegangenen Antworten ließen auf ein positives Problembewußtsein schließen. Im Jahr 1999 werden diese Arbeiten mit Kunden und in Bereichen fortgeführt, die möglicherweise einem großen Risiko ausgesetzt sind. In diesem Zusammenhang wird es auch Besuche vor Ort geben, um Risiken abzufangen und zu verringern.

Die zum besseren Schutz ergriffenen Maßnahmen beziehen die Bereitschaft der Kunden, sich den Problemen beim Jahreswechsel 1999/2000 zu stellen, in die Überwachung des Portfolios sowie die Überprüfungen der Länderstrategien ein. Die Einhaltungsbeschlüsse werden in die Standarddokumente für Darlehensvereinbarungen der Bank aufgenommen.

Der Euro

Seit Mai 1998 befaßt sich eine Arbeitsgruppe mit Fragen, die sich in Verbindung mit der Auswirkung des Euro auf die Tätigkeit der Bank ergeben.

Nach Beginn der dritten Phase der Europäischen Währungsunion (EWU) am 1. Januar 1999, als der Euro die Währungen der elf Teilnehmerländer ablöste, hat die EBWE den Ecu als ihre bisherige Berichtswährung durch den Euro ersetzt.

Da das Übereinkommen zur Errichtung der Bank keiner Novellierung bedurfte, zeigen sich die Auswirkungen der Euro-Einführung auf die Bank in erster Linie in der Anpassung der Bearbeitungs- und Abrechnungssysteme. Davon erfaßt waren alle auf Ecu lautenden Transaktionen, die nach Bedarf umgerechnet und in Euro erneut verbucht wurden. Dazu gehören die Darlehen und Kapitalinvestitionen im Bankingportfolio sowie Anleihen, Swaps und die von der Bank selbst begebenen Schuldtitel unter Einschluß der dazugehörigen Besicherungspositionen in den Portfolios der Finanzabteilung.

Die Bank hat einen detaillierten Satz von Richtlinien angenommen, der auf einschlägige Geschäftsvorfälle und Beziehungen mit Kreditnehmern und Gegenparteien sowohl während als auch nach der dreijährigen Übergangsperiode bis zum 31. Dezember 2001 Anwendung finden soll. Weiterhin wurde beschlossen, daß es in der Mehrzahl der Fälle nicht notwendig sein wird, die von der Bank selbst begebenen Kapitalmarktemissionen neu auszuweisen, da die meisten laufenden Emissionen während dieser Übergangsfrist fällig werden.

Im Hinblick auf die Einführung des Euro besteht das vorrangige Ziel der Bank darin, ihren Kunden maximale Flexibilität zu sichern.

Konsolidierter Jahresabschluss

Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr

	Anmerkung	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1998 Ecu 000	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1997 Ecu 000
Zinsen und zinsähnliche Erträge			
Aus Darlehen		278.907	220.410
Aus festverzinslichen Wertpapieren		187.572	287.639
Sonstige Zinsen		104.606	54.732
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		(366.233)	(365.536)
Nettozinseinkünfte		204.852	197.245
Dividendenerträge aus Aktienanlagen		30.761	16.236
Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen	3	44.729	44.059
Finanzgeschäfte	4		
Nettoerträge aus dem Verkauf von Aktienanlagen		168.724	76.074
(Verlust)/Gewinn (netto) aus Handelsgeschäften		(1.647)	15.768
Kursgewinne und -verluste		3.087	(3.418)
Betriebliche Erträge		450.506	345.964
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	5	(143.172)	(137.061)
Abschreibungen		(15.506)	(15.075)
Betriebsgewinn vor Wertberichtigungen		291.828	193.828
Wertberichtigungen für Verluste	6	(553.061)	(177.678)
(Verlust)/Gewinn für das Jahr		(261.233)	16.150

Bilanz

zum 31. Dezember 1998

	Anmerkung	31. Dezember 1998 Ecu 000	31. Dezember 1997 Ecu 000
Aktiva			
Plazierungen und Schuldtitel			
Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)		2.945.224	1.211.801
Schuldtitel	7	5.272.705	5.335.798
		8.217.929	6.547.599
Sonstige Aktiva	8	743.853	655.750
Darlehen und Aktienanlagen			
Darlehen	9	3.894.987	3.462.098
Aktienanlagen	9	1.147.453	842.450
		5.042.440	4.304.548
Sachanlagen, Technik und Büroaustattung	11	43.322	46.816
Ausstehendes eingezahltes Kapital		1.999.086	1.940.425
Summe der Aktiva		16.046.630	13.495.138
Passiva			
Aufgenommene Gelder			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		554.354	511.536
Verbriefte Schulden	12	9.171.069	6.874.147
		9.725.423	7.385.683
Sonstige Verbindlichkeiten	13	1.395.332	1.133.891
Gezeichnetes Kapital	14	19.290.750	18.369.100
Abrufbares Kapital		(14.206.395)	(13.492.115)
		5.084.355	4.876.985
Eingezahltes Kapital		102.753	82.429
Rücklagen		(261.233)	16.150
(Verlust)/Gewinn für das Jahr			
Eigenkapital der Mitglieder		4.925.875	4.975.564
Summe der Verbindlichkeiten und Eigenkapital der Mitglieder		16.046.630	13.495.138
Bilanzvermerke			
Zusagen	10	4.420.742	4.345.399

Ausweis der Veränderungen im Eigenkapital der Mitglieder

für das am 31. Dezember 1998
abgelaufene Geschäftsjahr

	Gezeichnetes Kapital Ecu 000	Abrufbares Kapital Ecu 000	Rücklage für Umrechnungs- differenzen Ecu 000	Allgemeine Rücklage Ecu 000	Sonder- rücklage Ecu 000	Rücklage für aufgelaufene Verluste Ecu 000	Zwischen- summe Rücklagen Ecu 000	Gewinn/ (Verlust) für das Jahr Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Stand 31. Dezember 1996	9.883.750	(6.918.625)	7.269	16.283	51.311	(51.816)	23.047	4.888	2.993.060
Wechselkursdifferenzen bei der Umrechnung der Kapitaleinlagen	-	-	50.703	-	-	-	50.703	-	50.703
Interner Steueraufwand für das Geschäftsjahr	-	-	-	3.791	-	-	3.791	-	3.791
Designierte Gebühren aus dem Vorjahresergebnis	-	-	-	-	22.701	(22.701)	-	-	-
Gewinnzuführungen aus dem Vorjahresergebnis	-	-	-	-	-	4.888	4.888	(4.888)	-
Kapitalerhöhung	8.450.350	(6.583.990)	-	-	-	-	-	-	1.866.360
Zusätzlich zugewiesene Anteile									
Grundkapital	35.000	10.500	-	-	-	-	-	-	45.500
Jahresgewinn	-	-	-	-	-	-	-	16.150	16.150
Stand 31. Dezember 1997	18.369.100	(13.492.115)	57.972	20.074	74.012	(69.629)	82.429	16.150	4.975.564
Wechselkursdifferenzen bei der Umrechnung der Kapitaleinlagen	-	-	(118)	-	-	-	(118)	-	(118)
Interner Steueraufwand für das Geschäftsjahr	-	-	-	4.292	-	-	4.292	-	4.292
Designierte Gebühren aus dem Vorjahresergebnis	-	-	-	-	22.371	(22.371)	-	-	-
Gewinnzuführungen aus dem Vorjahresergebnis	-	-	-	-	-	16.150	16.150	(16.150)	-
Kapitalerhöhung	921.650	(714.280)	-	-	-	-	-	-	207.370
Verlust für das Jahr	-	-	-	-	-	-	-	(261.233)	(261.233)
Stand 31. Dezember 1998	19.290.750	(14.206.395)	57.854	24.366	96.383	(75.850)	102.753	(261.233)	4.925.875

In die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen werden die Unterschiedsbeträge eingestellt, die sich aus der Umrechnung von nicht auf Ecu lautenden Kapitaleinlagen ergeben. Es ist übliche Praxis der Bank, Devisenterminkontrakte abzuschließen, um den bekannten Ecu-Wert der zukünftigen auf US-Dollar oder japanische Yen lautenden Kapitalzeichnungen festzulegen. Unterschiedsbeträge zwischen den durch diese Kontrakte erworbenen Ecu-Beträgen zum einen und den durch die festen Wechselkurse bestimmten Ecu-Beträgen zum anderen werden direkt in die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen eingestellt. Wenn planmäßige Eingänge oder Einlösungstermine nicht eingehalten worden sind, werden Ersatzdevisenterminkontrakte abgeschlossen, die ebenfalls Anpassungen der Umrechnungsrücklage erforderlich machen können.

Die allgemeine Rücklage besteht aus den gemäß Artikel 53 des Übereinkommens gezahlten internen Steuern. Gemäß dem Artikel unterliegen alle Direktoren, Stellvertretende Direktoren, leitende und sonstige Mitarbeiter der Bank einer von der Bank erhobenen internen Steuer auf die von ihr gezahlten Gehälter und Bezüge. Gemäß Übereinkommen verbleibt der Bank die zu ihren Gunsten eingezogene interne Steuer. Laut Artikel 53 des Übereinkommens sowie Artikel 16 des Sitzabkommens sind die von der Bank gezahlten Gehälter und Bezüge von der Einkommensteuer im Vereinigten Königreich freigestellt.

Gemäß Übereinkommen wird eine Sonderrücklage zum Ausgleich dort näher bestimmter Verluste der Bank gebildet. Entsprechend den finanziellen Richtlinien der Bank erfolgt die Dotierung der Rücklage durch Einstellung in Höhe des Gesamtbetrags aller der Bank aus dem Darlehens-, Garantie- und Konsortialgeschäft zufließenden designierten Gebühren und Provisionen, bis die Sonderrücklage nach Feststellung des Direktoriums eine angemessene Höhe erreicht hat.

Gemäß dem Übereinkommen ist vorgesehen, eine Summe von 19,3 Millionen Ecu aus den zum 31. Dezember 1998 im abgelaufenen Jahr eingenommenen designierten Gebühren und Provisionen 1999 aus dem Verlust für das Jahr zum 31. Dezember 1998 einzubehalten und in die Sonderrücklage zu überstellen.

Der Verlustvortrag aus Vorjahren entspricht den aufgelaufenen Verlusten nach Zuweisungen der designierten Gebühren- und Provisionseinkünfte in die Sonderrücklage.

Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung

für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1998 Ecu 000	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1997 Ecu 000
Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit		
(Verlust)/Gewinn für das Geschäftsjahr	(261.233)	16.150
Anpassungen für:		
Rückstellungen für Verluste	553.061	177.678
Abschreibungen auf Sachanlagen	15.506	15.075
Realisierte Gewinne aus Aktienanlagen	(168.724)	(76.074)
Interner Steueraufwand	4.292	3.791
Nicht realisierte Verluste auf Wertpapiere des Handelsbestands	2.943	1.303
Realisierte Gewinne auf Wertpapiere des Handelsbestands	(4.824)	(4.063)
Devisenschwankungen von Rückstellungen	(13.961)	5.583
Gewinn vor Änderungen im Betriebsvermögen	127.060	139.443
(Zunahme)/Abnahme des Betriebsvermögens:		
Zinsforderungen und Aufwandsabgrenzungskosten	(203.466)	(54.290)
Nettoabnahme der Wertpapiere des Handelsbestands	264.108	69.844
Zunahme der Betriebspassiva:		
Zinsaufwand und Zuführungen zu den Rückstellungen	142.396	41.670
Mittelbereitstellung durch laufende Geschäftstätigkeit	330.098	196.667
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		
Mittelzufluß aus Rückzahlung von Darlehen	1.004.993	769.923
Plazierungen (netto) bei Kreditinstitutionen	(1.143.840)	118.170
Mittelzufluß aus dem Verkauf von Aktienanlagen	256.334	102.151
Mittelzufluß aus Einlösung/Verkauf von Anlagen in Festverzinslichen	3.031.712	10.562.122
Kauf von festverzinslichen Wertpapieren	(3.091.379)	(10.566.324)
Mittelabfluß für Darlehen und Erwerb von Aktien und Anteilspapieren	(2.335.284)	(2.173.518)
Kauf von Sachanlagen, Technik und Büroausstattung	(12.012)	(9.897)
Mittelverwendung (netto) für Investitionstätigkeit	(2.289.476)	(1.197.373)
Cashflow aus Finanzgeschäften		
Kapitalzeichnungen		
Eingegangene Kapitaleinzahlungen	267.786	32.819
Von Mitgliedern eingelöste Schuldscheine	(119.076)	74.430
Rücklagen für Umrechnungsdifferenzen	(118)	50.703
Aufnahme verbrieftter Schulden	3.552.282	2.361.674
Tilgung verbrieftter Schulden	(1.194.731)	(1.053.830)
Mittelherkunft (netto) aus Finanzgeschäften	2.506.143	1.465.796
Zunahme (netto) der liquiden Mittel und gleichgestellter Aktiva	546.765	465.090
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zu Beginn des Geschäftsjahrs	818.435	353.345
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum Ende des Geschäftsjahrs¹	1.365.200	818.435
	1998	1997
	Ecu 000	Ecu 000
¹ Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva umfassen folgende im Verlauf von 3 Monaten fällige Beträge:		
Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	1.788.919	1.211.801
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(423.719)	(393.366)
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum 31. Dezember	1.365.200	818.435

Anmerkungen zum konsolidierten Jahresabschluss

1 Errichtung der Bank

i Übereinkommen zur Errichtung der Bank

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung („die Bank“), mit Hauptsitz in London, ist eine gemäß dem Übereinkommen zur Errichtung der Bank („das Übereinkommen“) vom 29. Mai 1990 geschaffene internationale Organisation. Zum 31. Dezember 1998 waren 58 Länder sowie die Europäische Gemeinschaft und die Europäische Investitionsbank Anteilseigner der Bank.

ii Sitzabkommen

Der Status, die Vorrechte und die Immunitäten der Bank sowie der mit ihr verbundenen Personen im Vereinigten Königreich sind im Sitzabkommen zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Bank („Sitzabkommen“) festgelegt. Das Sitzabkommen wurde bei Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Bank am 15. April 1991 in London unterzeichnet.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

i Generalnorm

Der Jahresabschluss entspricht den Rechnungslegungsgrundsätzen der Bank, die mit den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen (IAS) sowie den Vorgaben der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten übereinstimmen. Die folgenden revidierten Grundsätze wurden bereits vor Inkrafttreten angenommen: IAS 1 (1997 revidiert) über die Vorlage von Jahresabschlüssen und IAS 17 (1997 revidiert) zu Pachten sowie IAS 14 (1997 revidiert) zur Bilanzunterteilung.

Mit Ausnahme von Schuldtiteln und damit verbundenen Derivaten, die zu Handelszwecken gehalten und zu Marktpreisen ausgewiesen werden, und von Grundbesitz, der zum fairen Marktpreis gehalten wird, wird die Bilanz der Bank gemäß dem Anschaffungskostenwertprinzip ausgewiesen. Finanzielle Aktiva und Passiva werden in die Bilanz aufgenommen, wenn damit verbundene Risiken und Vergütungen übernommen worden sind.

ii Fremdwährungen

Gemäß Artikel 35 des Übereinkommens verwendet die Bank die Europäische Währungseinheit (Ecu) als Maßeinheit für die Ausweise im Jahresabschluss. Für zukünftige Rechnungsperioden wird der Euro, der den Ecu am 1. Januar 1999 abgelöst hat, als Maßeinheit für die Ausweise im Jahresabschluss dienen.

Finanzielle Aktiva und Passiva, die in ausländischen Währungen ausgewiesen sind, werden zu den am 31. Dezember 1998 gültigen Kassakursen in Ecu umgerechnet. Nichtmonetäre Posten werden zum Umrechnungskurs am Tag des Geschäftsvorfalles in Ecu umgerechnet. Einkommens- und Aufwendungsposten werden am Monatsende des Auftretens in Ecu umgerechnet. Das gilt jedoch nicht für die Aufwendungen in britischen Pfund. Diese werden gesichert und zur durchschnittlichen gewichteten Sicherungsrate umgerechnet.

Wechselkursgewinne oder -verluste und Sicherungskosten, die sich aus Kontrakten ergeben, die zur Sicherung bestimmter Umsatz- oder Aufwendungstransaktionen oder voraussichtlicher Transaktionen abgeschlossen werden, werden zurückgestellt und bis zum Zeitpunkt solcher Transaktionen unter „Sonstige Aktiva“ oder „Sonstige Passiva“ ausgewiesen. Nach diesem Zeitpunkt werden sie bei der Festsetzung solcher Einkünfte und Aufwendungen ausgewiesen. Alle sonstigen mit Sicherungsgeschäften verbundenen Wechselkursgewinne und -verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung zur gleichen Zeit verbucht wie die Wechselkursdifferenzbeträge bei den Posten, die durch die Sicherungsgeschäfte gedeckt werden. Aufwendungen für solche Kontrakte, die nicht länger als Sicherungsgeschäfte bezeichnet werden, werden in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt.

iii Kapitalzeichnungen

Gemäß dem Übereinkommen sind Kapitalzeichnungen der Mitglieder entweder in Ecu, in US-Dollar oder in japanischen Yen zu leisten. Kapitalzeichnungen in US-Dollar oder japanischen Yen werden gemäß Artikel 6.3 des Übereinkommens zu festen Wechselkursen abgerechnet.

Entsprechend den oben unter (ii) dargestellten Umrechnungsgrundsätzen der Bank werden am Bilanzstichtag im Bestand befindliche Schuldverschreibungen in US-Dollar und japanischen Yen zu den am 31. Dezember 1998 gültigen Wechselkursen in Ecu umgerechnet. Die Differenzbeträge zwischen diesen Ecu-Werten und den durch die festen Wechselkurse bestimmten Ecu-Gegenwerten werden unter „Sonstige Aktiva“ oder „Sonstige Passiva“ eingestellt.

iv Schuldtitel

Schuldtitel, die langfristig oder bis zur Fälligkeit gehalten werden sollen, werden zum Buchwert abzüglich dauernder Wertminderungen ausgewiesen. Anteilige Agios oder Disagios, die bei Erwerb anfallen, werden in den Zinserträgen ausgewiesen. Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere werden entsprechend der Marktentwicklung bewertet, und der resultierende Gewinn oder Verlust wird unmittelbar in die Gewinn- und Verlustrechnung aufgenommen und zusammen mit dem sich aus der Finanzierung dieser Wertpapiere ergebenden Zinseinkommen und Zinsaufwand unter „Netto(verlust)/gewinn aus Handelsgeschäften“ eingestellt.

v Aktienanlagen

Aktienanlagen sind zu Anschaffungskosten abzüglich Wertberichtigungen ausgewiesen.

Aktienanlagen, die der Bank die Option geben, ihre Investition gegen eine zinsbasierende Rendite bei kreditwürdigen Partnern abzulösen, weisen mit Schuldinstrumenten verbundene Risikomerkmale auf und werden entsprechend als Darlehen eingestuft und ausgewiesen. Dividenden aus Aktienanlagen (als Darlehen eingestuft) werden nicht als Einkünfte ausgewiesen, sondern zurückgestellt, bis die Aktienanlage veräußert wird. Zu diesem Zeitpunkt werden sie mit dem Erlös der Veräußerung verrechnet.

Im Hinblick auf ihre Aktienanlagen hat die Bank die Bestimmungen für Partner in den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen (IAS 28) sowie in der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten geprüft. Die Bank vertritt die Auffassung, daß im allgemeinen, selbst nach der Übernahme von 20 Prozent oder mehr des Beteiligungskapitals, derartige Investitionen noch nicht unter den Begriff Partnerschaft fallen, da die Bank im Normalfall keinen nennenswerten Einfluß auf die Geschäftstätigkeit der Zielunternehmen ausübt. Demgemäß werden diese Investitionen ebenfalls zu Anschaffungskosten abzüglich Rückstellungen ausgewiesen. In Anmerkung 9 finden sich Einzelheiten zu den Aktienanlagen der Bank, die 20 Prozent des Aktienkapitals des Zielunternehmens überschreiten oder bei denen die Anschaffungskosten über 10 Millionen Ecu liegen.

vi Wertberichtigungen für Verluste und allgemeine Bestandsrisiken

Wertberichtigungen werden wie folgt als Einzel-, Allgemein- oder Bestandswertberichtigungen eingestuft:

Für zweifelhafte Darlehen und Ausleihungen werden Einzelwertberichtigungen in Höhe des voraussichtlichen Ausfalls auf den noch offenen Forderungssaldo gebildet. Für Aktienanlagen werden die bei einer dauernden Wertminderung erforderlichen Abwertungen durch Schätzung ermittelt.

Die allgemeinen Wertberichtigungen für mögliche Verluste aus nichtstaatlichen Risikoanlagen, die zum Jahresende nicht besonders identifiziert worden sind, werden in zwei Schritten vorgenommen: bei der Zusage und beim Mittelabfluß. Allgemeine Rücklagen für staatliche Risikoanlagen werden bei Mittelabfluß bestimmt. Im Falle der Regionalen Wagnisfonds und der Nach-Privatisierungsfonds erfolgt wiederum die erste Wertberichtigung in zwei Schritten: bei Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung und dann bei der Zusage der einzelnen Teilinvestitionen.

Rückstellungen für latente Bestandsrisiken werden im Hinblick auf Verluste vorgenommen, die zwar nicht spezifisch identifiziert, aber dennoch zum Bilanzstichtag normalerweise im Bestand vertraglicher Verpflichtungen (einschließlich von Garantien), Darlehen und Aktieninvestitionen bestehen. Diese Wertberichtigungen werden außerdem bei Zeichnung der Rahmenvereinbarung über Regionale Wagnisfonds und Nach-Privatisierungsfonds vorgenommen.

Die Zuführungen zu den Wertberichtigungen werden nach Verrechnung mit den Auflösungen innerhalb des Geschäftsjahres in der Gewinn- und Verlustrechnung erfaßt. In Anmerkung 6 finden sich Einzelheiten zu den Wertberichtigungen der Bank. Wird ein Darlehen für uneinbringlich gehalten oder besteht keine Möglichkeit zur Deckung einer Aktienanlage, wird die Kapitalsumme mit der damit verbundenen Rückstellung verrechnet. Spätere Zahlungseingänge werden bei früher erfolgten Abschreibungen mit der Gewinn- und Verlustrechnung erfaßt.

vii Sachanlagen, Technik und Büroausstattung

Diese Sachanlagen sind zu Anschaffungskosten abzüglich aufgelaufener Abschreibungen bewertet. Sachanlagen werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer wie folgt linear abgeschrieben:

Grundbesitz: Null
Einbauten auf Pachtbesitz mit weniger als 50 Jahren Restlaufzeit: Restlaufzeiten
Technik und Büroausstattung: 1 Jahr

Grundbesitz wird zum fairen Marktwert ausgewiesen. Eine Bewertung des Besitzes wird in regelmäßigen Abständen von fünf Jahren durchgeführt, und bei Bedarf wird der Buchwert im Jahresabschluss entsprechend angepasst.

viii Rechnungslegung für Pachten

Pachten auf Wirtschaftsgüter, bei denen die Bank im wesentlichen alle Genußrechte und Risiken eines Eigentümers übernimmt, werden als Finanzierungs-Leasing bezeichnet. Die Vermögenswerte werden behandelt, als ob der Leasingnehmer sie direkt erworben hätte, und zwar zu einem Wert, der dem geschätzten Wert der Grundpachtzahlungen während der Leasingfrist entspricht. Die Leasingverpflichtungen werden als „Sonstige Passiva“ behandelt. Das Zinselement der Finanzierungskosten wird während der Dauer der Leasingfrist in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die im Rahmen der Leasingverträge erworbenen Wirtschaftsgüter werden gemäß (vii) oben kapitalisiert und abgeschrieben.

Pachten auf Wirtschaftsgüter, bei denen alle Risiken und Genußrechte eines Eigentümers effektiv beim Leasinggeber verbleiben, werden als kurzfristige Leasingverträge bezeichnet. Die Bank hat solche Verträge für die Mehrzahl ihrer Büroräumlichkeiten abgeschlossen, sowohl in London als auch in den Einsatzländern der Bank. Zahlungen im Rahmen von kurzfristigen Leasingverträgen werden auf linearer Basis über die Dauer der Leasingfrist in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Wird ein kurzfristiger Leasingvertrag vor Ablauf der Leasingfrist beendet, werden alle dem Leasinggeber als Vertragsstrafe auszuführenden Zahlungen als Aufwendung innerhalb des Zeitraums, in dem die Vertragsauflösung stattfindet, ergebniswirksam verbucht.

ix Zinsen, Gebühren, Provisionen und Dividenden

Zinsen werden zeitanteilig abgegrenzt und als Ertrag vereinnahmt. Einkommen aus Darlehen, deren Zinsen- und Gebühreinzahlungen die Bank abgegrenzt oder kapitalisiert hat, kann jedoch bei Eingang auf Basis der zugrunde liegenden Leistung des Projekts verbucht werden. Die Bank vereinnahmt Zinserträge aus ausfallgefährdeten Darlehen oder solchen mit Zins- und Tilgungsrückständen von über 180 Tagen für staatliche Darlehen oder 60 Tagen für nicht-staatliche Darlehen an den privaten Sektor nur bei Zahlungseingang.

Pauschalgebühren werden nach Zeichnung der Vereinbarung oder Inkrafttreten des Darlehens vereinnahmt, und zwar zum jeweils späteren Zeitpunkt. Bereitstellungsgebühren und Gebühren für über einen Zeitraum hinweg erbrachte Leistungen werden für den Zeitraum vereinnahmt, in dem die Zusage besteht oder die Leistungen erbracht werden. Sonstige Gebühren und Provisionen werden auf Cash-Grundlage ergebniswirksam verrechnet. Emissionsgebühren und Rückzahlungsgagios oder -disagios werden bis zur Fälligkeit der jeweiligen Darlehen abgeschrieben.

Dividenden werden bei Eingang ergebniswirksam verbucht.

x Pensionsplan

Die Bank hat einen festgelegten Beitrags- und einen festgelegten Leistungsplan für die Altersversorgung praktisch aller Mitarbeiter. Im Rahmen des festgelegten Beitragsplans entrichten die Bank und der oder die Mitarbeiter(in) zu gleichen

Teilen Beiträge, um bei Eintreten des Ruhestands eine Pauschalsumme bereitzustellen. Der festgelegte Leistungsplan wird insgesamt von der Bank finanziert, und die Leistungen hängen von den Dienstjahren und einem im Plan festgelegten Prozentsatz des letzten Bruttogrundgehalts ab. Alle Beiträge zu den Plänen und alle anderen zum Zweck der Pläne gehaltenen Vermögenswerte und Einkünfte werden getrennt von allen anderen Aktiva der Bank gehalten und können nur für die Erbringung der Leistungen im Rahmen der Pläne verwendet werden. Geleistete Beiträge zu den festgelegten Beitrags- und festgelegten Leistungsplänen werden der Gewinn- und Verlustrechnung belastet und auf die unabhängigen Treuhänder der Pläne übertragen. Zuwendungen zu dem festgelegten Leistungsplan entsprechen den laufenden Leistungskosten nach Gutachten qualifizierter externer Versicherungssachverständiger. Versicherungsmathematische Überschüsse werden über die betriebsgewöhnliche Restarbeitsdauer der Mitarbeiter abgeschrieben.

xi Besteuerung

Gemäß Artikel 53 des Übereinkommens sind die Bank, ihr Vermögen, ihr Eigentum und ihre Erträge im Rahmen ihrer offiziellen Geschäftstätigkeit von allen direkten Steuern und allen Abgaben und Steuern, die auf erworbene oder importierte Güter und Dienstleistungen erhoben werden, freigestellt. Davon ausgenommen sind solche Anteile von Steuern oder Abgaben, die Gebühren für öffentliche Versorgungsleistungen darstellen.

xii Öffentliche Zuschüsse

Öffentliche Zuschüsse für den Erwerb von Gegenständen des Anlagevermögens, die als Teil der ursprünglichen Errichtung der Bank zu betrachten sind, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung entsprechend über die Abschreibungszeiträume linear vereinnahmt. Sonstige Zuschüsse werden mit dem zuschufähigen Aufwand bei dessen Anfall verrechnet. Noch nicht erfolgswirksam verrechnete Restbeträge erhaltener Zuschüsse oder Ansprüche hierauf werden in der Bilanz unter „Sonstige Passiva“ ausgewiesen.

xiii Derivate als Finanzinstrumente

Im Rahmen ihrer laufenden Geschäftstätigkeit ist die Bank Partei derivativer Transaktionen, einschließlich Devisen- und Zinsswapvereinbarungen, Termin- und Optionsgeschäften sowie Devisenterminkontrakten. Diese Finanzinstrumente dienen dazu, die Zins- und Währungsrisiken der Bank in ihrem Aktiv- und Passivgeschäft und voraussichtliche zukünftige Cashflows in fremder Währung zu steuern und bei der Investition der flüssigen Mittel der Finanzabteilung die Marktstimmung zu berücksichtigen. Außerdem handelt die Bank als intermediäre Bereitstellerin dieser Instrumente für ihre Kunden und sichert sich selbst durch Ausgleichsgeschäfte mit Dritten gegen entsprechende Verluste. Bei Derivatgeschäften, die im Jahresabschluss als Sicherungsgeschäfte erfaßt werden, muß das Verlustrisiko der besicherten Position entweder eliminiert oder stark verringert werden, die Transaktion muß von Anfang an als Sicherungsgeschäft bezeichnet werden und während des Verlaufs des Sicherungszeitraums in Kraft bleiben. Gewinne und Verluste aus Sicherungsgeschäften werden auf gleicher Basis wie die aus gesicherten Geschäften verbucht. Mit dem eigenen Wertpapierhandel der Bank in Verbindung stehende Derivate werden zum Marktwert angesetzt, und die entsprechenden Gewinne und Verluste werden sofort unter „Nettohandelsgeschäfte“ in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Die Bank stellt für ihr Swap- und Freiverkehrsoptions-Portfolio eine Rücklage für Kreditrisiken, Abschlußkosten und laufende Verwaltungskosten ein.

xiv Tochtergesellschaft

Der konsolidierte Jahresabschluss schließt die Beteiligung der Bank an The Minotaur Fund Limited ein. Dabei handelt es sich um eine auf den Bermudas eingetragene Investmentfondsgesellschaft mit beschränkter Haftung, bei der die Bank 100 Prozent der Anteile hält. Diese Gesellschaft ist nicht aktiv.

3 Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen

Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen setzen sich in der Hauptsache wie folgt zusammen:

	1998	1997
	Ecu 000	Ecu 000
Pauschalgebühren	17.308	21.193
Bereitstellungsgebühren	16.216	16.295
Managementgebühren	3.082	1.929
Sonstige	8.123	4.642
Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen	44.729	44.059

4 Finanzgeschäfte

	1998	1997
	Ecu 000	Ecu 000
Nettogewinn aus dem Verkauf von Aktienanlagen	168.724	76.074

Der Nettogewinn aus dem Verkauf von Aktienanlagen 1998 spiegelt die Veräußerung von Anlagen in Polen, der Russischen Föderation und Ungarn sowie die teilweise Veräußerung von Anlagen in Polen, Bulgarien, der Slowakischen Republik und den Regionalfonds wider.

Der Nettogewinn aus dem Verkauf von Aktienanlagen 1997 spiegelt die Veräußerung von Anlagen in Estland, Lettland, Polen und der Tschechischen Republik sowie die teilweise Veräußerung von Anlagen in den baltischen Ländern, Polen, der Ukraine, Ungarn und den Regionalfonds wider.

	1998	1997
	Ecu 000	Ecu 000
Netto(verlust)/gewinn aus Handelsgeschäften		
Anlagebestand	4.824	4.063
Handelsbestand	(6.471)	11.705
Netto(verlust)/gewinn aus Handelsgeschäften	(1.647)	15.768

Im Fall des Anlagebestands der Bank bedeutet Nettoverlust aus Handelsgeschäften die realisierten Gewinne aus der Veräußerung von Schuldtiteln aus diesem Portfolio. Im Fall des Handelsbestands schließt der Nettoverlust sowohl

realisierte als auch unrealisierte Gewinne oder Verluste sowie damit verbundene Zinserträge und -aufwendungen ein.

5 Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

	1998	1997
	Ecu 000	Ecu 000
Personalaufwand (i) (ii)	89.288	84.868
Gemeinkosten abzüglich staatlicher Zuschüsse (iii)	53.884	52.193
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	143.172	137.061

(i) Die Durchschnittszahl der im Personalaufwand erfaßten Mitarbeiter im Geschäftsjahr setzt sich zusammen aus 794 Festangestellten (1997: 786), 101 vertraglichen Mitarbeitern (davon 76 mit Sonderverträgen und 25 Praktikanten/Aushilfskräften), 205 örtlich in Ländervertretungen angestellten und 76 im Direktorium beschäftigten Mitarbeitern. Von den letzteren wurden 39 Mitarbeiter extern finanziert.

Zum 31. Dezember 1998 waren beschäftigt: 789 Festangestellte (1997: 804), 93 vertragliche Mitarbeiter (davon 73 mit Sonderverträgen und 20 Praktikanten/kurzfristig Tätige), 209 örtlich in Ländervertretungen angestellte und 78 im Direktorium beschäftigte Mitarbeiter. Von den letzteren waren 36 extern finanziert.

Darüber hinaus waren 188 Projektmitarbeiter (1997: keine) im Russischen Wagnisfonds und im Fonds für Kleinunternehmen in Rußland in Verbindung mit Projekten in der Russischen Föderation beschäftigt.

(ii) Der Personalaufwand für das Geschäftsjahr schließt Kosten für die Altersversorgung in Höhe von 12,1 Millionen Ecu ein (1997: 10,4 Millionen Ecu). Weitere Einzelheiten in Verbindung mit den Pensionsplänen für Mitarbeiter finden sich in Anmerkung 22.

(iii) Im Jahresverlauf wurden staatliche Zuschüsse von 2,1 Millionen Ecu in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt (1997: 2,1 Millionen Ecu).

Die Bank pflegt Devisenkontrakte abzuschließen, um die hauptsächlich in Pfund Sterling denominierten Aufwendungen abzusichern und dafür zu sorgen, daß sie bei der für die Berichterstattung vorgenommenen Umrechnung in Ecu durch eine Aufwertung des Pfundes gegenüber dem Ecu nicht negativ beeinflusst werden. Die Anwendung dieser Praxis hatte zur Folge, daß die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen 1998 um 21,8 Millionen Ecu (1997: 25,4 Millionen Ecu) vermindert werden konnten. Außerdem hat die Bank eine Reihe von Optionskontrakten abgeschlossen, um die Aufwendungen in Pfund Sterling abzusichern, die für künftige allgemeine Verwaltungsaufwendungen erforderlich sind. Sicherungsgeschäfte bestehen für etwa 62 Prozent des geschätzten Budgets für 1999 und 32 Prozent für 2000 und 2001. Zum 31. Dezember 1998 wies der Marktwert dieser Optionen einen Gewinn von 17,5 Millionen Ecu aus, der gemäß den Rechnungslegungsvorschriften der Bank passivisch abgegrenzt worden ist und in den entsprechenden Jahren ergebniswirksam verbucht wird.

6 Rückstellungen für Verluste und allgemeine Bestandsrisiken

	Darlehen	Aktien-	Gesamte	Garantien und	Rückstel-	1998	1997
	Ecu 000	anlagen	Darlehen und	Sonstiges	lungen der	Gesamt	Gesamt
Zuführung zu Gewinnen und Verlusten	Ecu 000	Ecu 000	Aktienanlagen	Ecu 000	Finanzabtlg.	Ecu 000	Ecu 000
Rückstellungen für das Geschäftsjahr:							
Allgemeine Rückstellungen für							
im Umlauf befindliche Auszahlungen	49.640	47.261	96.901	(146)	6.819	103.574	43.265
ausstehende Zusagen	15.243	6.258	21.501	-	-	21.501	17.689
Garantien	-	-	-	1.206	-	1.206	(982)
Allgemeine Rückstellungen für Länderrisiken	4.766	-	4.766	-	-	4.766	47.360
Sonderrückstellungen für Länderrisiken	252.490	160.360	412.850	-	-	412.850	57.757
Bestandsrisiko	6.536	2.491	9.027	137	-	9.164	12.589
Für das am 31. Dezember 1998							
abgelaufene Geschäftsjahr	328.675	216.370	545.045	1.197	6.819	553.061	
Für das am 31. Dezember 1997							
abgelaufene Geschäftsjahr	126.498	51.533	178.031	(353)			177.678

Rückstellungen der Finanzabteilung von 0,4 Millionen Ecu 1997 wurden unter „Netto(verlust)/gewinn aus Handelsgeschäften“ ausgewiesen.

Rückstellungen für Verluste und
 allgemeine Bestandsrisiken (Fortsetzung)

Veränderungen bei Rückstellungen	Darlehen Ecu 000	Aktienanlagen Ecu 000	Gesamte Darlehen und Aktienanlagen Ecu 000	Garantien und Sonstiges Ecu 000	Gesamte Rückstel- lungen der Finanzabtlg. Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Stand 1. Januar 1998	248.684	158.124	406.808	2.605	4.510	413.923
Rückstellungen	328.675	216.370	545.045	1.197	6.819	553.061
Kursberichtigungen	(11.241)	(2.429)	(13.670)	(79)	(212)	(13.961)
Abzüglich abgeschriebener Darlehen	(5.607)	(27.432)	(33.039)	-	-	(33.039)
Stand 31. Dezember 1998	560.511	344.633	905.144	3.723	11.117	919.984

Analyse nach:

Allgemeine Rückstellungen für in Umlauf befindliche Auszahlungen	111.780	109.262	221.042	428	11.117	232.587
Allgemeine Rückstellungen für Länderrisiken	52.126	-	52.126	-	-	52.126
Einzelrückstellungen	282.468	173.726	456.194	-	-	456.194
Rückstellungen für Verluste, nach Abzug von den Aktiva	446.374	282.988	729.362	428	11.117	740.907
Allgemeine Rückstellungen für ausstehende Zusagen	51.298	47.485	98.783	-	-	98.783
Allgemeine Rückstellungen für Garantien	-	-	-	1.533	-	1.533
Bestandsrisiko	62.839	14.160	76.999	1.762	-	78.761
Rückstellungen für allgemeine Bestandsrisiken	114.137	61.645	175.782	3.295	-	179.077
Stand 31. Dezember 1998	560.511	344.633	905.144	3.723	11.117	919.984

Die allgemeinen Rückstellungen stützen sich für nichtstaatliche Risikoanlagen auf eine risikobewertende Vorgehensweise, die in zwei Schritten angewendet wird. Ein anfänglicher Betrag von 50 Prozent der Rückstellung wird zum Zeitpunkt der Zusage und die verbleibenden 50 Prozent werden zum Zeitpunkt des Mittelabflusses fällig. Für alle staatlichen Risikovermögenswerte wird auf umlaufende Auszahlungen eine Rückstellung von 3 Prozent eingestellt. Dabei wird der Status einer bevorzugten Gläubigerin, den die Bank bei ihren Mitgliedern genießt, in Rechnung gestellt. Im Fall von Regionalen Wagnisfonds und Nach-Privatisierungsfonds werden die ersten 25 Prozent bei Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung fällig. Weitere 25 Prozent fallen bei Unterzeichnung der einzelnen Teilinvestitionen an, und die verbleibenden 50 Prozent der Rückstellung werden wiederum beim Mittelabfluß vorgenommen. Die mit der Zusage verbundene Rückstellung ist eingeschlossen, außerdem eine Rückstellung für das Bestandsrisiko, zum Satz von 0,75 Prozent für alle Zusagen abzüglich Rückzahlungen, die unter „Sonstige Passiva“ ausgewiesen wird. Allgemeine bei

Mittelabfluß vorgenommene Rückstellungen sowie Einzelrückstellungen werden als Abzüge von den Aktivakategorien „Darlehen“ und „Aktienanlagen“ ausgewiesen. Beträchtlich erhöhte allgemeine und besondere Rückstellungen wurden in der zweiten Hälfte des Berichtsjahrs verbucht. Dies entsprach den Rückstellungsgrundsätzen der Bank und aktualisierten Informationen aus einer laufenden Überprüfung der Auswirkungen der Finanzkrise in der Russischen Föderation auf die Kreditqualität der Investitionen der Bank in der Region.

Allgemeine Rückstellungen für Investitionen der Finanzabteilung wurden im Berichtsjahr auf Risikogrundlage eingeführt und als Abzüge unter „Schuldtitel“ verbucht. Dabei wird kein Unterschied zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Investitionen gemacht. In früheren Jahren wurde die Belastung der Gewinn- und Verlustrechnung in Verbindung mit den Rückstellungen für Derivate (1998: 1,6 Millionen Ecu, 1997: 0,4 Millionen Ecu) unter „Sonstigen Zinsen“ ausgewiesen, und der Bilanzwert wurde von „Sonstige Passiva“ abgezogen.

7 Wertpapiere

Aufgegliedert nach Emittenten	1998 Buchwert Ecu 000	1997 Buchwert Ecu 000
Regierungen	777.079	603.690
Körperschaften des öffentlichen Rechts	653.558	915.310
Sonstige Kreditnehmer	3.842.068	3.816.798
Stand 31. Dezember	5.272.705	5.335.798
Aufgegliedert nach Bestand		
Anlagebestand	3.183.590	4.300.013
Handelsbestand		
Intern verwaltete Fonds	1.128.528	18.020
Extern verwaltete Fonds	950.406	985.958
	2.078.934	1.003.978
Vom Bereich Banking gehaltene Anleihen	10.181	31.807
Stand 31. Dezember	5.272.705	5.335.798

8 Sonstige Aktiva

	1998	1997
	Ecu 000	Ecu 000
Zinsforderungen	385.624	185.930
Aus dem Wertpapiergeschäft	297.661	413.016
Sonstige	60.568	56.804
Stand 31. Dezember	743.853	655.750

9 Darlehen und Aktienanlagen

	Darlehen	Aktienanlagen	Darlehen und Aktienanlagen insgesamt
	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000
Auszahlungen im Umlauf:			
Stand 1. Januar 1998	3.615.719	946.441	4.562.160
Auszahlungen	1.849.958	599.042	2.449.000
Rückzahlungen/Vorzeitige Tilgungen/Abgänge	(1.004.993)	(87.610)	(1.092.603)
Kursberichtigungen	(113.716)	-	(113.716)
Abschreibungen	(5.607)	(27.432)	(33.039)
Stand 31. Dezember 1998	4.341.361	1.430.441	5.771.802
Rückstellungen zum 31. Dezember 1998	(446.374)	(282.988)	(729.362)
Gesamt abzüglich Rückstellungen zum 31. Dezember 1998	3.894.987	1.147.453	5.042.440
Gesamt abzüglich Rückstellungen zum 31. Dezember 1997	3.462.098	842.450	4.304.548
Zugesagt aber noch nicht ausgezahlt:			
Stand 31. Dezember 1998	3.677.589	539.953	4.217.542
Stand 31. Dezember 1997	3.674.710	458.890	4.133.600

Im Forderungsbestand zum 31. Dezember 1998 waren 16 Darlehen über insgesamt 289,8 Millionen Ecu (1997: 117,6 Millionen Ecu) an notleidenden Forderungen enthalten, für die weder Zins- noch Tilgungsleistungen eingingen. Für diese Darlehen wurden Einzelrückstellungen von 143,6 Millionen Ecu (1997: 7,5 Millionen Ecu) vorgenommen.

Die Bank hat Darlehen und Aktienanlagen von 4,2 Milliarden Ecu zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt, und hat zusätzlich Garantien in Höhe von 203,2 Millionen Ecu gewährt (1997: 211,8 Millionen Ecu). Zusammen belaufen sich diese auf insgesamt 4,4 Milliarden Ecu (1997: 4,3 Milliarden Ecu) nicht abgerufene Zusagen; siehe die Analyse nach Instrumenten in Anmerkung 10.

Nachfolgend aufgelistet sind alle Aktienanlagen, bei denen die Bank zum 31. Dezember 1998 mehr als 20 Prozent des Aktienkapitals des Zielunternehmens besaß und wo die Gesamtinvestition der Bank sich auf mehr als 10,0 Millionen Ecu belief. Bedeutende Aktienanteile hält die Bank normalerweise möglichst nur dann, wenn mit nachfolgender externer Beteiligung zu rechnen ist.

	Anteil in %
Budapest Bank	32,5
Framlington Russian Investment Fund	24,9
Korado	44,3
Lafarge	31,0
Polish Private Equity Fund	33,3
Schooner Capital	34,9
Stalexport	31,2
United Bulgarian Bank	35,0

10 Übersicht über die Geschäftstätigkeit

	In Umlauf befindliche Auszahlungen 1998 Ecu 000	In Umlauf befindliche Auszahlungen 1997 Ecu 000	Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt 1998 Ecu 000	Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt 1997 Ecu 000
<i>Aufgliederung nach Ländern</i>				
Albanien	28.826	33.789	30.954	24.250
Armenien	46.738	53.689	12.620	28.610
Aserbaidschan	98.510	30.246	94.010	80.421
Bosnien und Herzegowina	17.240	6.171	53.238	42.968
Bulgarien	186.075	164.014	87.927	93.717
Estland	178.533	108.383	24.150	30.903
Georgien	39.984	28.701	72.675	39.651
Kasachstan	91.202	38.293	237.051	162.786
Kirgisistan	80.842	84.093	48.274	39.825
Kroatien	260.156	196.813	190.496	133.145
Lettland	80.119	73.289	94.032	89.936
Litauen	121.406	90.772	30.171	32.081
EJR Mazedonien	79.255	79.207	43.554	61.364
Moldau	55.391	50.791	85.859	85.444
Polen	723.695	485.568	366.261	351.816
Rumänien	625.484	384.513	499.878	566.374
Russische Föderation	1.469.767	1.127.432	1.102.843	1.097.512
Slowakische Republik	226.574	244.792	28.636	34.396
Slowenien	156.456	173.303	75.422	137.784
Tadschikistan	2.081	1.540	10.867	7.518
Tschechische Republik	140.123	115.090	146.032	135.443
Turkmenistan	27.430	30.152	94.801	101.808
Ukraine	220.538	149.301	366.180	349.443
Ungarn	460.693	562.532	256.407	221.825
Usbekistan	146.299	117.896	206.980	242.733
Weißrußland	108.703	92.327	17.190	51.263
Regional	109.863	71.270	144.234	102.383
Stand 31. Dezember	5.781.983	4.593.967	4.420.742	4.345.399
<i>Analyse nach Instrumenten</i>				
Darlehen	4.341.361	3.615.719	3.677.589	3.674.710
Aktienanlagen	1.430.441	946.441	539.953	458.890
Schuldtitel (Banking-Anleihen)	10.181	31.807	-	-
Garantien	-	-	203.200	211.799
Stand 31. Dezember	5.781.983	4.593.967	4.420.742	4.345.399
<i>Aufgliederung nach Sektoren</i>				
Handel und Fremdenverkehr	257.319	154.302	108.100	168.050
Kommunal- und Sozialdienstleistungen	49.880	41.777	200.810	127.787
Energie/Elektrizitätserzeugung	386.149	312.453	1.041.224	985.959
Rohstoffindustrie	437.684	315.101	160.057	97.262
Finanzwesen/Kommerz	2.045.428	1.534.469	1.272.420	1.083.875
Verarbeitende Industrie	823.381	718.269	555.092	652.924
Primärindustrien	101.900	82.577	39.461	37.819
Telekommunikation	639.954	513.369	162.512	218.313
Verkehrswesen	1.040.288	921.650	881.066	973.410
Stand 31. Dezember	5.781.983	4.593.967	4.420.742	4.345.399

11 Sachanlagen, Technik und Büroausstattung

	Sachanlagen Ecu 000	Technik und Büroausstattung Ecu 000	Gesamt Ecu 000
<i>Anschaffungskosten</i>			
Stand 1. Januar 1998	65.436	47.139	112.575
Zugänge	1.633	10.379	12.012
Abgänge	(26)	(990)	(1.016)
Stand 31. Dezember 1998	67.043	56.528	123.571
<i>Abschreibungen</i>			
Stand 1. Januar 1998	22.379	43.380	65.759
Belastungen	6.659	8.847	15.506
Abgänge	(26)	(990)	(1.016)
Stand 31. Dezember 1998	29.012	51.237	80.249
<i>Nettobuchwert</i>			
Stand 31. Dezember 1998	38.031	5.291	43.322
Stand 31. Dezember 1997	43.057	3.759	46.816

„Zugänge“ enthalten 2,3 Millionen Ecu für Computerausrüstung, wobei es sich um Finanzierungs-Leasing handelt, mit einer verbundenen Abschreibung von 0,5 Millionen Ecu. Die entsprechenden Mindestzahlungen im Rahmen des

Finanzierungs-Leasing belaufen sich auf 1,3 Millionen Ecu und sind alle innerhalb von einem Jahr nach dem Bilanzstichtag fällig. Diese zukünftigen Zahlungen sind unter „Sonstige Passiva“ ausgewiesen.

12 Verbriefte Schulden

Die nachstehende Aufstellung zum 31. Dezember 1998 enthält die nicht getilgten verbrieften Schulden der Bank und dazugehörige Swaps:

	Kapital- beträge zum Nennwert	Nicht abgegrenztes Agio/ (Disagio)	Angepaßte Kapital- beträge	Forderungen/ (Verbindlichkeiten) aus Währungs- swaps	1998 Nettowährungs- verbind- lichkeiten	1997 Nettowährungs- verbind- lichkeiten
Australische Dollar	215.959	2.019	217.978	(217.978)	-	-
Belgische Francs	99.041	-	99.041	(99.041)	-	-
Britische Pfund	1.006.426	-	1.006.426	(559.417)	447.009	184.138
Deutsche Mark	182.388	(486)	181.902	-	181.902	193.987
Ecu	722.500	-	722.500	812.512	1.535.012	662.610
Französische Francs	-	-	-	-	-	90.374
Goldbarren	698.295	-	698.295	(698.295)	-	-
Griechische Drachmen	197.094	-	197.094	(197.094)	-	-
Holländische Gulden	147.390	(12.120)	135.270	(135.270)	-	-
Hongkong Dollar	968.588	-	968.588	(968.588)	-	-
Italienische Lire	741.060	(27.046)	714.014	(255.813)	458.201	100.950
Japanische Yen	1.299.210	-	1.299.210	(713.661)	585.549	540.110
Kanadische Dollar	108.037	-	108.037	(108.037)	-	-
Neue Taiwan-Dollar	521.601	-	521.601	(521.601)	-	-
Polnische Zlotys	48.927	-	48.927	(48.927)	-	-
Russische Rubel	97.418	421	97.839	(97.839)	-	-
Schwedische Kronen	26.375	-	26.375	(26.375)	-	-
Spanische Peseten	432.706	-	432.706	(432.706)	-	-
Südafrikanische Rand	359.551	3.853	363.404	(363.404)	-	-
Südkoreanische Won	67.598	-	67.598	(67.598)	-	-
Tschechische Koruna	14.215	-	14.215	(14.215)	-	26.261
Ungarische Forint	11.889	-	11.889	-	11.889	13.327
US-Dollar	1.236.940	1.220	1.238.160	4.713.347	5.951.507	5.062.390
Stand 31. Dezember	9.203.208	(32.139)	9.171.069	-	9.171.069	6.874.147

Während des Berichtsjahrs löste die Bank vor Fälligkeit Anleihen und mittelfristige Schuldscheine im Wert von 267,4 Millionen Ecu ein und erzielte damit einen Reingewinn von 5,4 Millionen Ecu.

13 Sonstige Verbindlichkeiten

	1998	1997
	Ecu 000	Ecu 000
Zinsverbindlichkeiten	356.679	153.741
Verbindlichkeiten aus dem Wertpapiergeschäft	754.064	730.840
Sonstige	105.512	98.106
Rückstellungen für Verluste auf vertragliche Zusagen	179.077	151.204
Stand 31. Dezember	1.395.332	1.133.891

14 Gezeichnetes Kapital

	1998	1998	1997	1997
	Zahl der	Gesamt	Zahl	Gesamt
	Anteile	Ecu 000	der Anteile	Ecu 000
Autorisiertes Stammkapital	2.000.000	20.000.000	2.000.000	20.000.000
<i>davon</i>				
Zeichnungen von Mitgliedern – Anfangskapital	991.875	9.918.750	991.875	9.918.750
Zeichnungen von Mitgliedern – Kapitalerhöhung	937.200	9.372.000	845.035	8.450.350
Teilsomme – gezeichnetes Kapital	1.929.075	19.290.750	1.836.910	18.369.100
Noch nicht gezeichnet	50.000	500.000	142.165	1.421.650
Zuzuteilende Anteile ¹	4.675	46.750	4.675	46.750
Nicht zugeteilte Anteile	16.250	162.500	16.250	162.500
Stand 31. Dezember	2.000.000	20.000.000	2.000.000	20.000.000

¹ Anteile, die den Ländern, die ehemals Teil Jugoslawiens waren, potentiell zur Verfügung stehen.

Das Stammkapital der Bank ist in eingezahlte und abrufbare Anteile unterteilt. Jeder Anteil hat einen Nennwert von 10.000 Ecu. Zahlungen für die von den Mitgliedern gezeichneten eingezahlten Anteile werden über eine im voraus bestimmte Anzahl von Jahren vorgenommen. Artikel 6.4 des Übereinkommens sieht vor, daß Zahlungen des gezeichneten abrufbaren Kapitalbetrags unter Berücksichtigung der Artikel 17 und 42 des Übereinkommens nur abgerufen werden können, soweit und wenn die Bank zwecks Ablösung ihrer Verbindlichkeiten hierzu auffordert. Artikel 42.1 sieht vor, daß im Fall der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Bank die Zahlungspflicht aller Mitglieder für alle nicht abgerufenen Zeichnungen des Stammkapitals so lange besteht, bis alle Forderungen der Gläubiger unter Einschluß aller Eventualforderungen eingelöst sind.

Durch die am 15. April 1996 angenommene Resolution Nr. 59 bewilligte der Gouverneursrat vorbehaltlich der Bedingungen dieser Resolution eine Verdoppelung des genehmigten Stammkapitals der Bank von 10 auf 20 Milliarden Ecu. Von den 10 Milliarden Ecu, um die das Stammkapital erhöht wurde, sind 22,5 Prozent eingezahlte Anteile, die in acht gleichen Jahresraten einzuzahlen sind, und der Rest (77,5 Prozent) besteht aus abrufbaren Anteilen. In der Resolution wurde der 31. Dezember 1997 als Schlußtermin für die Zeichnung der Kapitalerhöhung durch die Mitglieder festgesetzt. Eine weitere Verlängerung bis zum 31. Dezember 1998 wurde vom Gouverneursrat bewilligt. Zum 31. Dezember 1998 hatten 54 Mitglieder Zeichnungsurkunden für insgesamt 937.200 Anteile bei der Bank hinterlegt, wie aus der folgenden Aufstellung der Kapitalzeichnungen im einzelnen hervorgeht.

Die ursprünglich im Übereinkommen vorgesehene Anzahl von nicht zugeteilten Anteilen belief sich auf 125 Anteile. Durch Resolution Nr. 15 des Gouverneursrats wurden 15.500 Anteile, die ursprünglich für die Zeichnung durch die ehemalige Deutsche Demokratische Republik bestimmt waren, den nicht zugeteilten Anteilen hinzugefügt. Von diesen wurden im letzten Quartal 1991 1.000 Anteile Albanien

zugeteilt, und je 1.000 Anteile wurden im ersten Quartal 1992 Estland, Lettland und Litauen zugeteilt. Die Zahl der übrigen nicht zugeteilten Anteile (11.625) wurde infolge der Kapitalerhöhung verdoppelt. Durch die am 9. Mai 1997 angenommene Resolution Nr. 63 des Gouverneursrats wurden 3.500 zusätzliche Anteile des ursprünglichen Stammkapitals der Republik Korea zugeteilt. Mit Inkrafttreten dieser Sonderzeichnungserhöhung erhielt die Republik Korea das auch in Anspruch genommene Recht, im Rahmen der Kapitalerhöhung 3.500 weitere Anteile zu zeichnen. Dies hatte zum Ergebnis, daß die Gesamtzahl der verbleibenden nicht zugeteilten Anteile zum Jahresende 16.250 betrug.

Durch die Resolutionen Nr. 21, 27 und 37 des Gouverneursrats wurden die von der ehemaligen UdSSR gezeichneten 60.000 Anteile Ländern (außer den baltischen Ländern) zugeteilt, die früher Teil der UdSSR waren. Durch die Resolutionen Nr. 30, 31, 34, 35, 53 und 56 des Gouverneursrats wurden 8.125 der 12.800 durch das ehemalige Jugoslawien gezeichneten Anteile Kroatien (3.646 Anteile), Slowenien (2.098 Anteile), der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (691 Anteile) und Bosnien und Herzegowina (1.690 Anteile) zugeteilt. Die übrigen 4.675 Anteile werden zu gegebener Zeit Ländern des ehemaligen Jugoslawien zugeteilt.

Eine Aufstellung der Kapitalzeichnungen, die die von jedem Mitglied eingezahlten und abrufbaren Anteile ausweist, findet sich zusammen mit der Summe der nicht verteilten Anteile, überfälligen Zeichnungen und der beschränkten Stimmrechte in der folgenden Tabelle. Außerdem weist diese aus, welche Länder die Kapitalerhöhung gezeichnet haben. Gemäß Artikel 29 des Übereinkommens werden die Stimmrechte der Mitglieder, die einen Teil des fälligen Betrags für ihre Zeichnungsverpflichtungen nicht eingezahlt haben, anteilmäßig solange reduziert, bis die Verpflichtung erfüllt ist. In Anmerkung 15 finden sich Einzelheiten über überfällige Einlösungen von durch Mitglieder hinterlegten Schuldscheinen.

Gezeichnetes Kapital
(Fortsetzung)

Aufstellung der Kapitalzeichnung Stand 31. Dezember 1998	Kapital- erhöhung, gezeichnete Anteile (Anzahl) ¹	Gesamt- anteile (Anzahl)	Stimm- rechte, eingeschränkte Stimmen ²	Stimm- rechte, resul- tierende Stimmen	Gesamtes Kapital Ecu 000	Abruf- bares Kapital Ecu 000	Einlage- kapital; noch nicht fällige Beträge Ecu 000	Einlage- kapital; fällige, noch nicht einge- gangene Beträge Ecu 000	Einlage- kapital; einge- gangene Beträge Ecu 000
Mitglieder der Europäischen Union									
Belgien	22.800	45.600	–	45.600	456.000	336.300	44.887	–	74.813
Dänemark	12.000	24.000	–	24.000	240.000	177.000	23.625	–	39.375
Deutschland	85.175	170.350	–	170.350	1.703.500	1.256.335	167.685	–	279.480
Finnland	12.500	25.000	–	25.000	250.000	184.370	24.614	–	41.016
Frankreich	85.175	170.350	–	170.350	1.703.500	1.256.335	167.685	–	279.480
Griechenland	6.500	13.000	–	13.000	130.000	95.870	12.801	–	21.329
Irland	3.000	6.000	–	6.000	60.000	44.250	5.906	–	9.844
Italien	85.175	170.350	–	170.350	1.703.500	1.256.335	167.685	–	279.480
Luxemburg	2.000	4.000	–	4.000	40.000	29.500	3.937	–	6.563
Niederlande	24.800	49.600	–	49.600	496.000	365.800	48.825	–	81.375
Österreich	22.800	45.600	–	45.600	456.000	336.300	44.887	–	74.813
Portugal	4.200	8.400	–	8.400	84.000	61.950	8.269	–	13.781
Schweden	22.800	45.600	–	45.600	456.000	336.300	44.887	–	74.813
Spanien	–	34.000	–	34.000	340.000	238.000	–	–	102.000
Vereinigtes Königreich	85.175	170.350	–	170.350	1.703.500	1.256.335	167.685	–	279.480
Europäische Gemeinschaft	30.000	60.000	–	60.000	600.000	442.500	59.063	–	98.437
Europäische Investitionsbank	30.000	60.000	–	60.000	600.000	442.500	59.063	–	98.437
Weitere europäische Länder									
Island	1.000	2.000	–	2.000	20.000	14.750	1.969	–	3.281
Israel	6.500	13.000	–	13.000	130.000	95.870	12.801	–	21.329
Liechtenstein	200	400	–	400	4.000	2.950	394	–	656
Malta	100	200	–	200	2.000	1.470	201	–	329
Norwegen	12.500	25.000	–	25.000	250.000	184.370	24.614	–	41.016
Schweiz	22.800	45.600	–	45.600	456.000	336.300	44.887	–	74.813
Türkei	11.500	23.000	–	23.000	230.000	169.620	22.645	–	37.735
Zypern	1.000	2.000	–	2.000	20.000	14.750	1.969	–	3.281
Einsatzländer									
Albanien	1.000	2.000	158	1.842	20.000	14.750	1.969	381	2.900
Armenien	500	1.000	30	970	10.000	7.370	989	68	1.573
Aserbaidschan	–	1.000	700	300	10.000	7.000	–	1.500	1.500
Bosnien und Herzegowina	1.690	3.380	1.000	2.380	33.800	24.930	4.339	2.503	2.028
Bulgarien	7.900	15.800	–	15.800	158.000	116.520	15.558	–	25.922
Estland	1.000	2.000	–	2.000	20.000	14.750	1.856	–	3.394
Georgien	1.000	2.000	758	1.242	20.000	14.750	1.969	1.181	2.100
Kasachstan	2.300	4.600	288	4.312	46.000	33.920	4.533	648	6.899
Kirgisistan	1.000	2.000	458	1.542	20.000	14.750	1.969	1.281	2.000
Kroatien	3.646	7.292	–	7.292	72.920	53.780	7.175	–	11.965
Lettland	1.000	2.000	–	2.000	20.000	14.750	1.969	–	3.281
Litauen	1.000	2.000	–	2.000	20.000	14.750	1.969	–	3.281
EJR Mazedonien	691	1.382	102	1.280	13.820	10.200	1.356	177	2.087
Moldau	1.000	2.000	192	1.808	20.000	14.750	1.969	281	3.000
Polen	12.800	25.600	–	25.600	256.000	188.800	25.200	–	42.000
Rumänien	4.800	9.600	–	9.600	96.000	70.800	9.450	–	15.750
Russische Föderation	40.000	80.000	–	80.000	800.000	590.000	78.750	–	131.250
Slowakische Republik	4.267	8.534	–	8.534	85.340	62.939	8.400	–	14.001
Slowenien	2.098	4.196	–	4.196	41.960	30.940	4.130	–	6.890
Tadschikistan	1.000	2.000	864	1.136	20.000	14.750	1.969	1.897	1.384
Tschechische Republik	8.533	17.066	–	17.066	170.660	125.861	16.799	–	28.000
Turkmenistan	100	200	3	197	2.000	1.470	201	–	329
Ukraine	8.000	16.000	–	16.000	160.000	118.000	15.750	–	26.250
Ungarn	7.900	15.800	–	15.800	158.000	116.520	15.558	–	25.922
Usbekistan	2.100	4.200	126	4.074	42.000	30.970	4.140	283	6.607
Weißrußland	2.000	4.000	–	4.000	40.000	29.500	3.938	–	6.562
Nicht zugeteilte Anteile für die Länder, die ehemals Bestandteil Jugoslawiens waren	–	4.675 ³	–	–	46.750	32.730	11.216	–	2.804
Außereuropäische Länder									
Australien	–	10.000	–	10.000	100.000	70.000	–	–	30.000
Ägypten	1.000	2.000	125	1.875	20.000	14.750	1.969	281	3.000
Japan	85.175	170.350	–	170.350	1.703.500	1.256.335	167.685	–	279.480
Kanada	34.000	68.000	–	68.000	680.000	501.500	66.937	–	111.563
Republik Korea	10.000	20.000	–	20.000	200.000	147.500	19.687	–	32.813
Marokko	–	1.000	33	967	10.000	7.000	–	–	3.000
Mexiko	–	3.000	–	3.000	30.000	21.000	–	–	9.000
Neuseeland	–	1.000	–	1.000	10.000	7.000	–	–	3.000
Vereinigte Staaten von Amerika	100.000	200.000	–	200.000	2.000.000	1.475.000	196.830	–	328.170
Von Mitgliedern gezeichnetes Kapital	937.200	1.929.075	4.837	1.919.563	19.290.750	14.206.395	1.857.213	10.481	3.216.661
Nicht zugeteilte Anteile		20.925			209.250				
Autorisiertes und begebenes Kapital		1.950.000			19.500.000				

¹ Diese Anteile sind in der Spalte „Gesamtanteile“ enthalten. Sobald ein Mitglied die Kapitalaufstockung gezeichnet hat, werden Stimmrechte und Gesamtkapital entsprechend erhöht.² Stimmrechte können wegen nicht erfolgter Zahlungen fälliger Beträge in Bezug auf die Verpflichtungen des Mitglieds im Hinblick auf eingezahlte Anteile nicht ausgeübt werden.³ Die mit diesen Anteilen verbundenen Stimmrechte sind bis zur Neuaufteilung ausgesetzt worden. Die Gesamtzahl der Stimmrechte unter Einschluss der eingeschränkten beträgt 1.924.400.

15 Von Mitgliedern begebene Schuldscheine	Insgesamt erhalten Ecu 000	Wechselkurs-gewinn/(-verlust) Ecu 000	In Anspruch genommener Betrag Ecu 000	1998 Ausstehender Betrag Ecu 000	1997 Ausstehender Betrag Ecu 000
<i>Emissionswährungen</i>					
Europäische Währungseinheiten	741.574	–	(672.481)	69.093	3.900
Japanische Yen	144.919	4.645	(135.877)	13.687	–
US-Dollar	412.792	(4.319)	(359.863)	48.610	8.415
Stand 31. Dezember	1.299.285	326	(1.168.221)	131.390	12.315

Gemäß dem Übereinkommen sollte die Einzahlung der eingezahlten Anteile des ursprünglichen Stammkapitals in fünf gleichen Jahresraten erfolgen. Bis zu 50 Prozent jeder Rate sollten in nicht übertragbaren unverzinslichen Schuldscheinen oder anderen von diesem Mitglied begebenen und auf Verlangen zum Nennwert an die Bank zahlbaren Schuldtiteln eingezahlt werden. Gemäß Resolution Nr. 59 erfolgt die Zahlung für die von den Mitgliedern gezeichneten eingezahlten Anteile unter der Kapitalerhöhung in acht gleichen Jahresraten. Ein Mitglied kann bis zu 60 Prozent jeder Rate in nicht übertragbaren unverzinslichen Schuldscheinen oder anderen von diesem Mitglied begebenen und auf Verlangen zum Nennwert an die Bank zahlbaren Schuldtiteln zahlen.

Die Schuldscheine oder anderen Schuldtitel lauten auf Ecu, US-Dollar oder japanische Yen. In Übereinstimmung mit einem vom Direktorium eingeführten Verfahren für die Inanspruchnahme von Schuldscheinen oder anderen von

Mitgliedern im Zusammenhang mit ihren ursprünglichen Zeichnungen 1992 oder später hinterlegten Schuldtiteln ist jeder derartige Schuldschein oder andere Schuldtitel in drei gleichen jährlichen Raten abgerufen worden. Das in Verbindung mit Zeichnungen für die Kapitalerhöhung angenommene Verfahren sieht die Inanspruchnahme von Schuldscheinen oder anderen Schuldtiteln in fünf gleichen Jahresraten vor.

Die in US-Dollar oder japanischen Yen ausgestellten Schuldscheine oder anderen Anleihen wurden entweder zu den am Einlösungstag gültigen Wechselkursen oder, falls sie am Jahresende noch im Bestand waren, zu den am 31. Dezember 1998 gültigen Marktkursen in Ecu umgerechnet.

Acht Mitgliedsländer sind mit der Einlösung der hinterlegten Schuldscheine wie folgt im Rückstand:

Mitglieder	1991 Schuldschein Ecu 000	1992 Schuldschein Ecu 000	1993 Schuldschein Ecu 000	1994 Schuldschein Ecu 000	1995 Schuldschein Ecu 000	Zusätzliches Kapital ¹ Ecu 000	1998 Gesamt Ecu 000
Aserbaidschan	100	200	300	–	–	–	600
Bosnien und Herzegowina	–	–	–	–	–	338	338
Georgien	–	100	300	300	300	–	1.000
Marokko	–	–	–	–	100	–	100
EJR Mazedonien	–	–	–	–	10	118	128
Moldau	–	–	–	–	200	–	200
Tadschikistan	–	300	200	100	–	–	600
Turkmenistan	–	–	–	–	10	–	10
Stand 31. Dezember	100	600	800	400	620	456	2.976

¹ Bezieht sich auf Anteile, die Ländern zugeteilt sind, die Teil des ehemaligen Jugoslawien waren, zum Teil 1997 und zum Teil 1998 überfällig.

Darüber hinaus steht noch die Einlösung der früher vom ehemaligen Jugoslawien gehaltenen, aber noch nicht zugeteilten Anteile in Höhe von 1,40 Millionen Ecu aus.

Die oben aufgeführten ausstehenden Schuldscheineinlösungen kommen zu den fälligen, aber noch nicht eingegangenen in der Tabelle unter Anmerkung 14 aufgestellten 10,5 Millionen Ecu hinzu. Dies schließt den Nichteingang von Schuldscheinen im Wert von 1,7 Millionen Ecu ein.

16 Nettowährungsposition	Ecu Ecu 000	Japanische Yen Ecu 000	Pfund Sterling Ecu 000	US-Dollar Ecu 000	Sonstige Währungen Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva						
Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	75.767	177.817	231.900	2.174.129	285.611	2.945.224
Schuldtitel	573.413	1.497.329	269.142	2.459.273	473.548	5.272.705
Sonstige Aktiva	30.073	70.029	43.392	408.514	191.845	743.853
Darlehen	271.394	2.262	289	2.678.760	942.282	3.894.987
Aktienanlagen	–	–	–	–	1.147.453	1.147.453
Sachanlagen, Technik, Büroausstattung	43.322	–	–	–	–	43.322
Von Mitgliedern begebene Schuldscheine	69.093	13.687	–	48.611	–	131.391
Kapitalzeichnungen	1.046.922	200.174	–	620.599	–	1.867.695
Gesamte Aktiva	2.109.984	1.961.298	544.723	8.389.886	3.040.739	16.046.630
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(174.262)	(128.112)	(5.097)	(215.703)	(31.180)	(554.354)
Verbriefte Schulden	(722.500)	(1.299.210)	(1.006.426)	(1.238.160)	(4.904.773)	(9.171.069)
Sonstige Verbindlichkeiten	(563.630)	(62.700)	(83.166)	(489.716)	(196.120)	(1.395.332)
Gesamte Passiva	(1.460.392)	(1.490.022)	(1.094.689)	(1.943.579)	(5.132.073)	(11.120.755)
Unter-/ (Über-)deckung	649.592	471.276	(549.966)	6.446.307	(2.091.334)	4.925.875
Bilanzunwirksame Instrumente	3.142.209	(470.521)	550.371	(6.540.761)	3.318.702	–
Währungsposition zum 31. Dezember 1998	3.791.801	755	405	(94.454)	1.227.368	4.925.875
Währungsposition zum 31. Dezember 1997	4.145.813	(1.322)	1.132	(22.286)	852.227	4.975.564

Nettowährungsposition (Fortsetzung)

Zusätzlich zu der funktionalen Währung der Bank, Ecu, sind die einzeln aufgeführten Währungen solche, in denen die Bank vor allem Mittel aufnimmt (siehe Anmerkung 12) und die sie einem Wechselkursrisiko aussetzen. Unter „Sonstige Währungen“ zusammengefaßte Positionen, die die Bank nach Wertberichtigungen

für bilanzunwirksame Posten einem Wechselkursrisiko aussetzen, sind in der Hauptsache das Ergebnis der Währungsrisiken, die aufgrund von Aktienanlagen in Einsatzländern eingegangen wurden, in denen Währungssicherungsmöglichkeiten nicht ohne weiteres zugänglich waren.

17 Liquiditätslage

Die Liquiditätslage ist die Bemessungsgrundlage dafür, inwieweit die Bank unter Umständen gezwungen ist, Mittel aufzunehmen, um mit Finanzinstrumenten verbundene Zusagen einzuhalten. Die Verpflichtung der Bank zur Beibehaltung einer starken Liquiditätsposition schlägt sich in Grundsätzen nieder, die ein Mindestliquiditätsverhältnis erfordern. Dieses Verhältnis gründet sich auf 45 Prozent ihrer Nettobarerfordernisse im Rahmen mehrerer Jahre für die nächsten drei Jahre mit voller Deckung aller zugesagten, aber nicht ausgezahlten Projektfinanzierungen, zusammen mit der Auflage, daß 40 Prozent der Nettoinvestitionen ihrer Finanzabteilung eine Laufzeit von nicht mehr als einem Jahr haben. Diese Grundsätze werden dadurch umgesetzt, daß die Liquidität innerhalb eines Zielbereichs von 90 Prozent der Nettobarerfordernisse für die nächsten drei Jahre, also über der erforderlichen Mindesthöhe, gehalten wird.

Nachstehende Tabelle bietet eine Analyse der Aktiva und Passiva und des Kapitals der Mitglieder in relevanten Laufzeitkategorien, gestützt auf die Restlaufzeit vom Bilanzdatum bis zum vertraglichen Fälligkeitsdatum. Sie basiert auf einer äußerst vorsichtigen Berücksichtigung von Fälligkeitsdaten, wo Options- oder Rückzahlungsstrukturen vorzeitige Rückkäufe zulassen. Daher wird im Fall von Verbindlichkeiten das frühestmögliche Rückzahlungsdatum, bei Aktiva das spätestmögliche Rückzahlungsdatum ausgewiesen.

Aktiva und Passiva ohne vertragliche Fälligkeit werden unter der Kategorie „Laufzeit unbestimmt“ zusammengefaßt.

	Bis zu einem Monat Ecu 000	Über einen Monat und bis zu 3 Monaten Ecu 000	Über 3 Monate und bis zu einem Jahr Ecu 000	Über ein Jahr und bis zu 5 Jahren Ecu 000	Über 5 Jahre Ecu 000	Laufzeit unbestimmt Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva							
Plazierungen bei und							
Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	1.423.777	365.142	1.122.019	–	34.286	–	2.945.224
Schuldtitle	235.150	339.761	410.320	2.221.440	2.066.034	–	5.272.705
Sonstige Aktiva	370.376	37.377	296.368	25.040	14.692	–	743.853
Darlehen	90.540	95.979	494.728	2.062.011	1.315.635	(163.906)	3.894.987
Aktienanlagen	–	–	–	–	–	1.147.453	1.147.453
Sachanlagen, Technik, Büroausstattung	–	–	–	–	–	43.322	43.322
Fälliges eingezahltes Kapital:							
Von Mitgliedern begebene Schuldscheine	–	1.751	31.615	93.644	–	4.382	131.392
Fällig, aber noch nicht eingegangen	–	–	–	–	–	10.481	10.481
Abgerufen, aber noch nicht fällig	–	–	263.714	1.054.855	527.428	11.216	1.857.213
Gesamte Aktiva	2.119.843	840.010	2.618.764	5.456.990	3.958.075	1.052.948	16.046.630
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber							
Kreditinstituten	(315.009)	(108.710)	(2.523)	–	(128.112)	–	(554.354)
Verbriefte Schulden	(469.325)	(544.047)	(1.206.924)	(4.429.532)	(2.521.241)	–	(9.171.069)
Sonstige Verbindlichkeiten	(320.480)	(26.096)	(239.917)	(172.212)	(92.788)	(543.839)	(1.395.332)
Eigenkapital der Mitglieder	–	–	–	–	–	(4.925.875)	(4.925.875)
Gesamte Passiva und Eigenkapital der Mitglieder	(1.104.814)	(678.853)	(1.449.364)	(4.601.744)	(2.742.141)	(5.469.714)	(16.046.630)
Liquiditätsposition zum 31. Dezember 1998	1.015.029	161.157	1.169.400	855.246	1.215.934	(4.416.766)	–
Kumulative Liquiditätsposition zum 31. Dezember 1998	1.015.029	1.176.186	2.345.586	3.200.832	4.416.766	–	–
Kumulative Liquiditätsposition zum 31. Dezember 1997	101.065	466.282	1.200.464	2.015.254	4.611.201	–	–

18 Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko besagt, daß der Wert eines Finanzinstruments aufgrund von Veränderungen der Marktzinssätze schwankt. Der Zeitraum, für den der Zinssatz eines Finanzinstruments unverändert bleibt, ist ein Indikator dafür, wie lange es einem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt ist. Nachfolgende Tabelle bietet Informationen darüber, wie weit die Bank dem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt ist.

Maßgebend ist dabei entweder das vertragliche Fälligkeitsdatum der Finanzinstrumente oder bei Instrumenten, die vor Fälligkeit neu bewertet werden, die Zeit bis zur Zinsneufestsetzung. Von Wertpapieren des Handelsbestands der Bank wird angenommen, daß sie unter der Kategorie „Bis zu einem Monat“ neu bewertet werden.

Zinsneufestsetzungsfristen	Bis zu einem Monat Ecu 000	Über einen Monat und bis zu 3 Monaten Ecu 000	Über 3 Monate und bis zu einem Jahr Ecu 000	Über ein Jahr und bis zu 5 Jahren Ecu 000	Über 5 Jahre Ecu 000	Mittel ohne Zinserträge Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva							
Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	1.423.777	365.142	1.122.019	–	34.286	–	2.945.224
Schuldtitle	2.334.979	631.078	777.562	835.754	693.332	–	5.272.705
Sonstige Aktiva	197.795	–	385.623	–	–	160.435	743.853
Darlehen	506.651	1.206.313	2.025.300	44.212	276.420	(163.909)	3.894.987
Nichtverzinsliche Aktiva einschließlich gezeichnetes, abgerufenes, aber noch nicht fälliges Kapital	–	–	–	–	–	3.189.861	3.189.861
Gesamte Aktiva	4.463.202	2.202.533	4.310.504	879.966	1.004.038	3.186.387	16.046.630
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(315.009)	(108.710)	(2.523)	–	(128.112)	–	(554.354)
Verbriefte Schulden	(658.926)	(649.336)	(1.333.131)	(4.183.469)	(2.346.207)	–	(9.171.069)
Sonstige Verbindlichkeiten	(341.943)	–	(356.679)	–	–	(696.710)	(1.395.332)
Eigenkapital der Mitglieder	–	–	–	–	–	(4.925.875)	(4.925.875)
Gesamte Passiva und Eigenkapital der Mitglieder	(1.315.878)	(758.046)	(1.692.333)	(4.183.469)	(2.474.319)	(5.622.585)	(16.046.630)
Nettvermögen	3.147.324	1.444.487	2.618.171	(3.303.503)	(1.470.281)	(2.436.198)	–
Derivative Finanzinstrumente	(888.591)	(777.029)	(3.108.164)	3.303.503	1.470.281	–	–
Zinsänderungsrisiko zum 31. Dezember 1998	2.258.733	667.458	(489.993)	–	–	(2.436.198)	–
Kumulatives Zinsänderungsrisiko zum 31. Dezember 1998	2.258.733	2.926.191	2.436.198	2.436.198	2.436.198	–	–
Kumulatives Zinsänderungsrisiko zum 31. Dezember 1997	1.544.065	3.467.778	2.820.461	2.820.461	2.820.461	–	–

Die Bemessung der Zinsänderungsrisikorate der Bank wird durch allgemein übliche Markttechniken ergänzt, einschließlich Risikowerte (*Value-at-Risk/VaR*), Streuungsrisiko und Schwankungsrisiko, auf die sich die häufige Berichterstattung des Managements stützt. Zum 31. Dezember 1998, kalkuliert mit Bezug auf ein Vertrauensniveau von 99 Prozent über einen Zeitraum von 10 Handelstagen,

betrug das VaR der Bank 0,9 Millionen Ecu (1997: 0,7 Millionen Ecu). Zum 31. Dezember 1998 belief sich das VaR der beiden extern verwalteten Investitionsprogramme auf 1,4 Millionen Ecu für das durch US-Dollar gesicherte Wertpapierprogramm und 1,1 Millionen Ecu für das auf Ecu lautende Globalanleiheprogramm.

19 Kreditbezogene Informationen über derivative Finanzinstrumente der Finanzabteilung

	31. Dezember 1998 Ecu 000	31. Dezember 1997 Ecu 000
Kreditderivate ¹	2.223.998	1.935.932
Swaps und Optionsvereinbarungen im Freiverkehr: ²		
Vor Verrechnung/Sicherungsvereinbarungen	1.034.766	616.931
Nach Verrechnung/Sicherungsvereinbarungen	650.496	352.799

¹ Diese Beträge entsprechen dem größtmöglichen Verlust der Bank für den Fall, daß die Gegenparteien aufgrund ihrer Kreditderivatvereinbarungen aktiv werden können und die spezifischen Aktiva nicht beizutreiben sind.

² Diese Beträge entsprechen den Ersatzkosten für die Bank für den Fall der Nichterfüllung durch die Gegenparteien bei denjenigen Swap- und Freiverkehrsoptionsvereinbarungen, die für die Bank einen positiven Wert haben.

Die Bank legt bei der Wahl ihrer Partner ein hohes Maß an Umsicht an den Tag, und deshalb wird davon ausgegangen, daß Zahlungsunfähigkeit kein nennenswertes Risiko darstellt. Derivatgeschäfte insbesondere beschränken sich normalerweise auf Partner mit einem Mindestrating von AA-. Einzelne Partner mit einem A-Rating werden nur akzeptiert, wenn das Risiko voll abgesichert ist.

20 Informationen über den geschätzten Veräußerungswert

Nachfolgend finden sich Informationen über die geschätzten Veräußerungswerte der finanziellen Aktiva und Passiva der Bank. Diese bedeuten den geschätzten ungefähren Betrag, für den zwischen sachkundigen und willigen Parteien in einer geschäftlichen Transaktion ein Vermögenswert eingetauscht oder eine Forderung beglichen werden könnte. Wo für ein bestimmtes Instrument ein aktiver Markt besteht, wurden notierte Preise eingesetzt. Wo kein aktiver Markt besteht, wurden geschätzte Werte von intern angewandten Preisbestimmungsmodellen verwendet, die mit Ausnahme von Aktienanlagen [siehe (d)] auf diskontierten Cashflow-Techniken beruhen.

Folgendes sollte bei der unten aufgeführten Darstellung geschätzter Veräußerungswerte berücksichtigt werden:

(a) der Wert kurzfristiger Finanzinstrumente, d. h. derjenigen mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr, nähert sich dem in der Bilanz der Bank ausgewiesenen Wert.

(b) der Wert in bezug auf Schuldtitel und verbriefte Schulden schließt den geschätzten Veräußerungswert von damit verbundenen derivativen Instrumenten

ein. Für die Emissionen verbriefteter Schulden der Bank, die privat plziert werden, sind Informationen nur für die Emissionen zugänglich, bei denen die Bank später einen Teil der Emission zurückgekauft hat.

(c) der Bilanzwert von Darlehen wird abzüglich Rückstellungen ausgewiesen, was ihrem geschätzten Veräußerungswert nahekommt. Da die Bank ihr Zinsveränderungsrisiko auf Bestandsbasis steuert, ist es nicht möglich, die spezifischen Derivatinstrumente zu identifizieren, die das Zinsrisiko im Darlehensbestand der Bank absichern. Folglich berücksichtigt der ausgewiesene Betrag des Darlehensbestands nicht den Schätzwert der möglicherweise damit verbundenen Derivatinstrumente.

(d) der Wert von Aktienanlagen, die an einer amtlichen Börse gehandelt werden, wird durch notierte Börsenkurse bestimmt. Die notierten Aktienanlagen der Bank befinden sich normalerweise in Märkten, die relativ wenig flüssig und volatil sind, und der nachfolgend angegebene Wert berücksichtigt diese Tatsache nicht zusätzlich. In allen anderen Fällen wird angenommen, daß der Wert den Anschaffungskosten der Bank abzüglich Rückstellungen entspricht.

	Bilanzwert 1998 Ecu 000	Geschätzte Anpassung des Veräußerungswerts 1998 Ecu 000	Geschätzter Veräußerungswert 1998 Ecu 000	Geschätzter Veräußerungswert 1997 Ecu 000
Aktiva				
Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	2.945.224	–	2.945.224	1.211.801
Schuldtitel	5.272.705	(60.599)	5.212.106	5.248.090
	8.217.929	(60.599)	8.157.330	6.459.891
Darlehen	3.894.987	–	3.894.987	3.462.098
Aktienanlagen	1.147.453	219.227	1.366.680	1.140.656
Sonstiges Sachvermögen	2.786.261	–	2.786.261	2.642.991
Gesamte Aktiva	16.046.630	158.628	16.205.258	13.705.636
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(554.354)	–	(554.354)	(511.536)
Verbrieftete Schulden	(9.171.069)	8.746	(9.162.323)	(6.862.328)
	(9.725.423)	8.746	(9.716.677)	(7.373.864)
Sonstige nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	(1.395.332)	–	(1.395.332)	(1.133.891)
Eigenkapital der Mitglieder	(4.925.875)	–	(4.925.875)	(4.975.564)
Gesamte Passiva und Eigenkapital der Mitglieder	(16.046.630)	8.746	(16.037.884)	(13.483.319)
Geschätzter Veräußerungswert (netto) Stand 31. Dezember			167.374	222.317

Im Anlagebestand der Bank gehaltene Schuldtitel sollen bis zur Fälligkeit gehalten werden und werden daher in der Bilanz zum Buchwert ausgewiesen. Die Anpassung für den geschätzten Veräußerungswert von Schuldtiteln zum

31. Dezember 1998 ist hauptsächlich auf das mit staatlichen Emissionen von Schuldtiteln aus Korea verbundene Risiko zurückzuführen.

21 Gültige Pachtverträge

Die Bank hat den Hauptsitz in London und Gebäude für einen Teil ihrer Ländervertretungen in Einsatzländern gepachtet. Dabei handelt es sich um normale kurzfristige Pachtverträge mit Verlängerungsoptionen und periodischen Gleitklauseln; sie sind für die Bank im normalen Geschäftsverlauf ohne erhebliche Vertragsstrafen nicht kündbar. Der bedeutendste Pachtvertrag ist der für das Hauptsitzgebäude. Die unter den Bedingungen dieses Vertrages zu zahlende Miete wird alle fünf Jahre überprüft und basiert auf Marktpreisen. Nach einer solchen Überprüfung kann die Miete entweder unverändert bleiben oder erhöht werden. Es besteht eine Kündigungsklausel, die im Jahr 2006 rechtswirksam wird und der Bank gestattet, den Pachtvertrag zu beenden. Der Sitzpachtvertrag verpflichtet die Bank, den ursprünglichen Zustand der Räumlichkeiten wiederherzustellen. Eine Rücklage zur Deckung der voraussichtlichen Gesamtkosten dieser Wiederherstellung wird monatlich vergrößert, und zwar auf Grundlage einer

Schätzung der Bausachverständigen der Bank. Die mit der Wiederherstellung der Ländervertretungen verbundenen Aufwendungen werden als unerheblich betrachtet, und es wird daher keine entsprechende Rücklage geschaffen.

Die Bank hat für zwei Stockwerke des Sitzgebäudes Vermietungsverträge abgeschlossen. Die Bedingungen dieser Verträge entsprechen den Bedingungen des Hauptpachtvertrages der Bank. Die voraussichtlichen zukünftigen Mindestmietzahlungseingänge im Rahmen dieser Verträge betragen zum 31. Dezember 1998 22,2 Millionen Ecu. Die erfolgswirksam verbuchten Mieteingänge für das Berichtsjahr beliefen sich auf 3,0 Millionen Ecu.

Die zukünftigen Mindestpachtzahlungen im Rahmen langfristiger nicht kündbarer Operate-Leasingverträge sind nachfolgend ausgewiesen:

Zahlbar:	1998 Ecu 000	1997 Ecu 000
innerhalb eines Jahres	21.579	23.510
in ein bis fünf Jahren	83.100	88.505
in mehr als fünf Jahren	56.246	81.033
Stand 31. Dezember	160.925	193.048

22 Pensionsplan

Eine versicherungsmathematische Schätzung des festgelegten Pensionsplans wird alle drei Jahre von einem qualifizierten Versicherungssachverständigen unter Rückgriff auf Methoden zur Vorhersage der Wertentwicklung der Anteile durchgeführt. Die letzte Schätzung fand am 31. August 1997 statt. Dabei waren die Hauptannahmen eine reale Investitionsrendite von 4 Prozent und eine reale Erhöhung der Gehälter um 3 Prozent. Diese versicherungsmathematische Schätzung zeigte, daß der Marktwert der Planvermögenswerte auf Grundlage der Jahres- und Wechselkurse 37,3 Millionen Ecu (1997: 39,5 Millionen Ecu) betrug. Der gegenwärtige Wert der vorausgesagten Ruhegeldleistungen belief sich auf 33,9 Millionen Ecu (1997: 36,0 Millionen Ecu).

Der für das Jahr erfolgswirksam verbuchte Pensionsaufwand betrug 12,1 Millionen Ecu (1997: 10,4 Millionen Ecu) und wird in der Gewinn- und Verlustrechnung (Anmerkung 5) unter allgemeinen Verwaltungskosten ausgewiesen. Sie enthielt ein Guthaben von 0,2 Millionen Ecu für die ergebniswirksame Verbuchung des versicherungsmathematisch ermittelten Überschusses. Letzterer wird für 13,5 Jahre verbucht, der voraussichtlichen betriebsgewöhnlichen Restarbeitsdauer der betreffenden Mitarbeiter. Der im Rahmen des festgelegten Beitragsplans erfolgswirksam verbuchte Pensionsaufwand betrug 3,7 Millionen Ecu (1997: 4,1 Millionen Ecu) und im Rahmen des festgelegten Leistungsplans 8,4 Millionen Ecu für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Jahr (1996: 8,5 Millionen Ecu) und ist in den allgemeinen Verwaltungskosten enthalten.

23 Informationen zur Bilanzaufteilung

Geschäftssegmente:

Zu Verwaltungszwecken ist die Geschäftstätigkeit der Bank in erster Linie in Aktivitäten der Bereiche Banking- und Finanzabteilung aufgeteilt. Bankingaktivitäten umfassen Investitionen in Projekte, die im Einklang mit dem Übereinkommen zur Errichtung der Bank vorgenommen werden, um den Einsatzländern im Zuge des Übergangs zur Marktwirtschaft behilflich zu sein. Dabei werden die Prinzipien

solider Bankarbeit zugrunde gelegt. Die Hauptinvestitionsprodukte sind Darlehen, Aktienanlagen und Garantien. Aktivitäten der Finanzabteilung umfassen die Aufnahme von Fremdfinanzierungen, die Investition von überschüssigen Barmitteln, das Management der Wechselkurs- und Zinsänderungsrisiken der Bank und Kundenbetreuung in Angelegenheiten des Aktiva- und Passivmanagements.

Primäres Berichtsformat – Geschäftssegment	31. Dezember	31. Dezember	31. Dezember	31. Dezember	31. Dezember	31. Dezember
	1998 Banking Ecu 000	1998 Finanzabteilung Ecu 000	1998 Gesamt Ecu 000	1997 Banking Ecu 000	1997 Finanzabteilung Ecu 000	1997 Gesamt Ecu 000
Zinseinkünfte	279.984	291.101	571.085	222.364	340.417	562.781
Sonstige Einkünfte	244.214	1.440	245.654	134.979	13.740	148.719
Segmenteinkünfte insgesamt	524.198	292.541	816.739	357.343	354.157	711.500
Abzüglich Zinsen und ähnliche Aufwendungen ¹	(239.416)	(238.539)	(477.955)	(187.221)	(304.497)	(491.718)
Abzüglich allgemeine Verwaltungsaufwendungen	(132.291)	(10.881)	(143.172)	(126.233)	(10.828)	(137.061)
Abzüglich Abschreibungen	(14.048)	(1.458)	(15.506)	(13.869)	(1.206)	(15.075)
Segmentergebnis vor Rückstellungen und Zuweisung von Kapital	138.443	41.663	180.106	30.020	37.626	67.646
Zuweisung von Kapitaleistungen ¹	100.550	11.172	111.722	113.564	12.618	126.182
Reingewinn nach der Zuweisung von Kapital vor Rückstellungen	238.993	52.835	291.828	143.584	50.244	193.828
Rückstellungen	(546.242)	(6.819)	(553.061)	(177.678)	-	(177.678)
Reingewinn nach Rückstellungen und Zuweisung von Kapital	(307.249)	46.016	(261.233)	(34.094)	50.244	16.150
Segmentaktiva	5.218.808	8.828.736	14.047.544	4.460.188	7.094.525	11.554.713
Ausstehendes eingezahltes Kapital			1.999.086			1.940.425
Gesamte Aktiva			16.046.630			13.495.138
Segmentpassiva	5.218.808	8.828.736	14.047.544	4.460.188	7.094.525	11.554.713
Ausstehendes Eigenkapital der Mitglieder			1.999.086			1.940.425
Passiva insgesamt			16.046.630			13.495.138
Kapitalaufwendungen	10.883	1.129	12.012	8.868	1.029	9.897

¹ Segmentale Zinsaufwendungen und die Kapitaleistungen oben belaufen sich auf eine Gesamtsumme von 366,2 Millionen Ecu, die in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen“ ausgewiesen werden.

Sekundäres Berichtsformat – geographisches Segment

Die Geschäftstätigkeit im Bereich Banking in den Einsatzländern wird zu internen Managementzwecken in drei Regionen eingeteilt.

Banking	Segmenteinkünfte	Segmenteinkünfte	Segmentvermögen	Segmentvermögen
	1998 Ecu 000	1997 Ecu 000	1998 Ecu 000	1997 Ecu 000
Fortgeschrittene Länder ¹	266.528	189.185	2.292.225	2.042.450
Länder in der frühen/mittleren Übergangsphase ¹	157.431	93.045	1.798.563	1.326.976
Russische Föderation	100.239	75.113	1.128.020	1.090.762
Insgesamt zugeteilt	524.198	357.343	5.218.808	4.460.188

Ein weiteres geographisches Segment für die Finanzabteilung wird nicht für nützlich gehalten.

¹ Fortgeschrittene Länder umfassen Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakische Republik, Slowenien und die Tschechische Republik und Ungarn. Länder in der frühen/mittleren Übergangsphase umfassen Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina,

Bulgarien, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, EJR Mazedonien, Moldau, Rumänien, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan, Weißrußland und Regionen.

24 Sonstige Fondsabkommen

Neben der Geschäftstätigkeit der Bank und dem Sonderfondsprogramm verwaltet die Bank zahlreiche bilaterale und multilaterale Beihilfeabkommen zur Bereitstellung von technischer Hilfe und Investitionsunterstützung in den Einsatzländern. Bei diesen Abkommen stehen vor allem Projektvorbereitung und -durchführung (einschließlich Güter und Bauarbeiten), Beratungsdienste und Schulung im Mittelpunkt. Die im Rahmen dieser Fonds bereitgestellten Ressourcen werden getrennt von den ordentlichen Kapitalressourcen der Bank gehalten und unterliegen der externen Wirtschaftsprüfung.

Zum 31. Dezember 1998 verwaltete die Bank 56 Übereinkommen über Fonds für technische Zusammenarbeit (1997: 53) im Gesamtvolumen von 597,8 Millionen Ecu (1997: 511,8 Millionen Ecu). Dieser Betrag umfaßt auch Mittel für die Tacis- und Phare-Programme der Europäischen Kommission im Rahmen der Bangkok-Fazilität in Höhe von 231,0 Millionen Ecu. Von diesem zugesagten Betrag waren zum 31. Dezember 1998 insgesamt 389,5 Millionen Ecu eingegangen. Die noch nicht zugesagten Mittel der Fonds betragen zum 31. Dezember 1998 insgesamt 116,2 Millionen Ecu. Darüber hinaus verwaltete die Bank 56 projektgebundene Abkommen der technischen Zusammenarbeit im Gesamtvolumen von 26,9 Millionen Ecu.

Außerdem verwaltete die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr sieben Investmentfonds-Kooperationsvereinbarungen im Gesamtvolumen von 35,3 Millionen Ecu und zwei EU-Beitrittsvorbereitungsfonds im Gesamtvolumen von 34,9 Millionen Ecu spezifisch für Kofinanzierungen von Projekten der EBWE.

Die Bank verwaltete außerdem den EBWE – Japan Special Earmarked Fund, der 1994 zu dem Zweck eingerichtet wurde, die japanischen Beiträge für das Programm für russische Kleinunternehmen zu steuern.

Aufgrund eines Vorschlags der G-7-Länder, ein multilaterales Aktionsprogramm zur Verbesserung der Sicherheit in Kernkraftwerken in den Einsatzländern der Bank zu initiieren, wurde im März 1993 das Reaktorsicherheitskonto („RSK“) von der Bank eingerichtet. Die Mittel des RSK werden in Form von Zuschüssen bereitgestellt und für Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Reaktorsicherheit verwendet. Zum 31. Dezember 1998 waren auf der Grundlage der in den Richtlinien des RSK vorgegebenen festen Wechselkurse Zusicherungen von 15 Beitragszahlern im Gesamtvolumen von 260,6 Millionen Ecu eingegangen.

Die G-7-Länder und die Europäische Union bewilligten anlässlich ihres Gipfeltreffens in Denver im Juni 1997 die Einrichtung des Tschernobyl-Sarkophag-Fonds („TSF“). Der TSF wurde nach Annahme der Satzung durch das Direktorium am 7. November 1997 errichtet und trat am 8. Dezember 1997 in Kraft, nachdem die erforderlichen acht Beitragspartner Beitragsabkommen mit der Bank abgeschlossen hatten. Ziel des Fonds ist es, der Ukraine bei der Umwandlung des gegenwärtig vorhandenen Tschernobyl-Sarkophags in ein sicheres und umweltstabiles System beizustehen. Zum 31. Dezember 1998 waren unter Anwendung der in den Vorschriften des TSF festgelegten festen Wechselkurse von 20 Beitragszahlern Zusageerklärungen im Gesamtvolumen von 279,0 Millionen Ecu eingegangen.

Bericht der Abschlußprüfer an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben die Bilanz der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zum 31. Dezember 1998 und die zugehörige Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, wie sie auf den Seiten 73 bis 90 wiedergegeben sind, geprüft. Die Aufstellung dieses Jahresabschlusses obliegt der Geschäftsführung der Bank. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage unserer Abschlußprüfung diesem Jahresabschluß ein Testat zu erteilen.

Wir haben bei unserer Prüfung die internationalen Grundsätze über die ordnungsgemäße Durchführung von Abschlußprüfungen befolgt. Nach diesen Grundsätzen sind wir gehalten, die Abschlußprüfung so zu planen und durchzuführen, daß wir mit hinreichender Sicherheit feststellen können, daß der Jahresabschluß keine wesentlichen Irrtümer enthält. Eine Abschlußprüfung umfaßt die stichprobenweise Nachweis- und Belegprüfung hinsichtlich der Ausweise und sonstigen Angaben des Jahresabschlusses. Sie beinhaltet auch eine Bewertung der bei der Erstellung des Abschlusses angewandten Rechnungslegungsvorschriften und der von der Geschäftsführung vorgenommenen Schätzungen sowie der Darstellung des Jahresabschlusses insgesamt. Wir sind der Auffassung, daß die von uns durchgeführte Abschlußprüfung eine ausreichende Grundlage für unser Testat darstellt.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß unter Beachtung der internationalen Rechnungslegungsvorschriften und der Vorgaben der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluß und den Konzernabschluß von Banken und anderen Finanzinstituten in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage der Bank zum 31. Dezember 1998 und der Ergebnisse der Geschäftstätigkeit sowie der Mittelherkunft und Mittelverwendung für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.



Arthur Andersen
London, 9. März 1999

Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum

Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr	Anmerkung	Geschäftsjahr zum	
		31. Dezember 1998 Ecu 000	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1997 Ecu 000
Zinsen und zinsähnliche Erträge			
Aus Darlehen		660	774
Sonstige Zinsen		1.102	735
Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen		2	41
Nettogewinn aus dem Verkauf von Aktienanlagen		-	3.009
Devisen		(585)	74
Sonstiger betrieblicher Aufwand	3	(142)	(23)
Übertragung von Zinserträgen an den Sonderfonds für Technische Unterstützung im Ostseeraum		-	(1.090)
Betriebsgewinn vor Rückstellungen		1.037	3.520
Rückstellungen für Verluste	4	35	(338)
Gewinn für das Jahr		1.072	3.182

Bilanz

zum 31. Dezember 1998	Anmerkung	31. Dezember		31. Dezember	
		1998 Ecu 000	1997 Ecu 000	1997 Ecu 000	1997 Ecu 000
Aktiva					
Plazierungen bei Kreditinstituten		29.670			19.149
Sonstige Aktiva	5	413			5.763
Darlehen und Aktienanlagen					
Darlehen	6	9.112		11.475	
Aktienanlagen	6	6.379		2.868	
		15.491			14.343
Fällige, aber noch nicht eingegangene Einlagen	8	1.397			3.322
Zugesagte, aber noch nicht fällige Einlagen	8	-			3.500
Summe der Aktiva		46.971			46.077
Passiva					
Sonstige Verbindlichkeiten		41			23
Wertberichtigungen für allgemeine Bestandsrisiken	4	371			567
Einlagen	8	41.500			41.500
Rücklagen		3.987			805
Gewinn für das Jahr		1.072			3.182
Beitragsressourcen		46.559			45.487
Summe der Verbindlichkeiten und der Beitragsressourcen		46.971			46.077
Bilanzvermerke					
Zusagen	7	3.911			7.076

Übersicht über Veränderungen der Beitragsressourcen

für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr	Einlagen Ecu 000	Sonder- rücklage Ecu 000	Aufgelaufener Gewinn/(Verlust) Ecu 000	Gewinn für das Jahr Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Gewinnzuführung aus dem Vorjahresergebnis	-	-	1.067	(1.067)	-
Gewinn für das Jahr	-	-	-	3.182	3.182
Stand 31. Dezember 1997	41.500	146	659	3.182	45.487
Designierte Gebühren aus dem Vorjahresergebnis	-	27	(27)	-	-
Gewinnzuführung aus dem Vorjahresergebnis	-	-	3.182	(3.182)	-
Gewinn für das Jahr	-	-	-	1.072	1.072
Stand 31. Dezember 1998	41.500	173	3.814	1.072	46.559

In dem am 31. Dezember 1998 abgelaufenen Geschäftsjahr fielen keine designierten Gebühren und Provisionen an. In Übereinstimmung mit dem Übereinkommen besteht deshalb nicht die Notwendigkeit, einen Betrag in die Sonderrücklage einzustellen.

Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung

für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1998		Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1997	
	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit				
Betriebsgewinn für das Jahr	1.072		3.182	
Berichtigungen:				
Abschreibungen und Wertberichtigungen	(35)		338	
Realisierte Gewinne aus Aktienanlagen	-		(3.009)	
Devisenkursveränderungen bei Wertberichtigungen	(20)		23	
Betriebsgewinn vor Änderungen im Betriebsvermögen	1.017		534	
Abnahme/(Zunahme) beim Betriebsvermögen				
Zinsforderungen	119		(84)	
Sonstige Vermögenswerte	5.231		(5.142)	
Zunahme/(Abnahme) sonstiger Verbindlichkeiten	18		(16)	
Nettobarmittel bereitgestellt aus/(verwendet für) Geschäftstätigkeit		6.385		(4.708)
Cashflow aus Investitionstätigkeit				
Erlös aus Kreditrückzahlungen	2.890		3.714	
Erlös aus dem Verkauf von Aktienanlagen	-		6.031	
Für Darlehen und Aktienanlagen bereitgestellte Mittel	(4.179)		(4.817)	
Nettobarmittel (verwendet für)/bereitgestellt aus Investitionstätigkeit		(1.289)		4.928
Cashflow aus Finanzgeschäften				
Einlagen	5.425		708	
Nettobarmittel bereitgestellt aus Finanzgeschäften		5.425		708
Nettozunahme liquider Mittel und gleichgestellter Aktiva		10.521		928
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva am 1. Januar		19.149		18.221
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva am 31. Dezember		29.670		19.149

Anmerkungen zum Jahresabschluss**1 Errichtung des Sonderfonds**

Der Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum („der Fonds“) wurde errichtet und wird verwaltet im Rahmen des Übereinkommens vom 14. April 1992 („das Fondsübereinkommen“) zwischen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung („die Bank“) und den Regierungen des Königreichs Dänemark, der Republik Finnland, der Republik Island, des Königreichs Norwegen und des Königreichs Schweden („die nordischen Länder“).

Der Fonds wurde in Übereinstimmung mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank eingerichtet. Das Ziel des Fonds ist, die Entwicklung des privaten Sektors durch Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen in Estland, Lettland und Litauen („die baltischen Länder“) zu fördern.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze**i Generalnorm**

Der Jahresabschluss wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt und entspricht den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen (IAS).

ii Fremdwährungen

Nicht in Ecu ausgewiesene monetäre Aktiva und Passiva werden zu am 31. Dezember 1998 gültigen Kassakursen in Ecu übertragen. Nichtmonetäre Instrumente werden in den zur Zeit des Geschäftsvorfalles geltenden Wechselkursen in Ecu ausgedrückt.

Wechselkursgewinne oder -verluste bei der Umrechnung von Aktiva und Passiva sowie bei den Geschäftsvorfällen während des Geschäftsjahrs werden erfolgswirksam behandelt.

Nach Ablösung des Ecu ab dem 1. Januar 1999 werden in Zukunft die Jahresberichte des Fonds in Euro ausgewiesen.

iii Aktienanlagen

Aktienanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich der Wertberichtigungen ausgewiesen.

iv Wertberichtigungen für Verluste und allgemeine Bestandsrisiken

Für zweifelhafte Darlehen werden Einzelwertberichtigungen in Höhe des voraussichtlichen Ausfalls auf den noch offenen Forderungssaldo gebildet. Für die Bestände an Aktien werden die bei einer dauernden Wertminderung erforderlichen Wertberichtigungen durch Schätzung ermittelt. Allgemeine Rücklagen für mögliche Verluste bei nichtstaatlichen Risikoanlagen, die zum Ende des Geschäftsjahrs nicht besonders ausgewiesen sind, erfolgen in zwei Schritten: bei der Zusage und bei der Auszahlung. Es bestehen Rücklagen für Bestandsrisiken zur Abdeckung der latenten Risiken im Bestand vertraglicher Verpflichtungen (einschließlich Garantien) und im Forderungs- und Aktienbestand zum Bilanzzeitpunkt. Die Zuführungen zu den Rückstellungen werden nach Verrechnung mit den Auflösungen des Geschäftsjahrs in der Gewinn- und Verlustrechnung erfaßt. Einzelheiten zu den Wertberichtigungen des Fonds finden sich in Anmerkung 4. Gibt es keine Möglichkeit der Wiedereinbringung einer Aktienanlage, wird das Kapital mit der verbundenen Rückstellung verrechnet. Spätere Wiedereinbringungen abgeschriebener Beträge werden der Gewinn- und Verlustrechnung gutgeschrieben.

v Zinsen, Gebühren, Provisionen und Dividenden

Zinsen und Bereitstellungsprovisionen werden zeitanteilig abgegrenzt. Zinserträge aus ausfallgefährdeten Darlehen oder solchen mit Zins- und Tilgungsrückständen von über 180 Tagen für ein staatliches Darlehen oder von 60 Tagen für ein nicht-staatliches Darlehen werden nur bei Zahlungseingang vereinnahmt. Pauschalgebühren werden bei Zeichnung der Vereinbarung oder Inkrafttreten des Darlehens als Zahlungseingang vereinnahmt, und zwar zum jeweilig späteren Zeitpunkt. Bereitstellungsprovisionen im Zusammenhang mit über einen Zeitraum hinweg bereitzustellenden Dienstleistungen werden innerhalb des Zeitraums vereinnahmt, in dem die Verpflichtung besteht oder die Dienstleistungen erbracht werden.

Dividenden werden bei Eingang ausgewiesen.

vi Derivative Finanzinstrumente

Im Rahmen seiner laufenden Geschäftstätigkeit ist der Fonds Vertragspartei von Derivatgeschäften einschließlich Währungsswapvereinbarungen. Diese Finanzinstrumente dienen dazu, die Währungsrisiken des Fonds im Aktivgeschäft zu steuern.

Gewinne und Verluste aus Finanzinstrumenten, die der Kurssicherung dienen, werden mit den Verlusten und Gewinnen aus den kursgesicherten Geschäften verrechnet.

3 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten die mit der Tätigkeit des Fonds unmittelbar zusammenhängenden Verwaltungskosten sowie die an die Bank für die Verwaltung des Fonds zu entrichtenden Gebühren. Diese werden mit 2,5 Prozent jeder Leistung auf die Einlagen berechnet.

4 Wertberichtigungen für Verluste und allgemeine Portfoliorisiken

	Darlehen Ecu 000	Aktien- anlagen Ecu 000	1998 Gesamt Ecu 000	1997 Gesamt Ecu 000
Gewinn- und Verlustbelastungen				
Rückstellungen im Geschäftsjahr:				
Allgemeine Rückstellungen für:				
in Umlauf befindliche Auszahlungen	(105)	260	155	374
noch nicht ausgezahlte Zusagen	(29)	(149)	(178)	289
Sonderrückstellungen	-	-	-	(350)
Bestandsrisiko	(22)	10	(12)	25
Für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr	(156)	121	(35)	
Für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Geschäftsjahr	120	218		338

	Darlehen Ecu 000	Aktien- anlagen Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Veränderungen in der Rückstellung			
Zum 1. Januar 1998	450	1.039	1.489
Rückstellungen	(156)	121	(35)
Wechselkursanpassungen	(18)	(2)	(20)
Zum 31. Dezember 1998	276	1.158	1.434

Analysiert nach:

Allgemeine Rückstellungen für im Umlauf befindliche Auszahlungen	194	869	1.063
Rückstellungen für von Aktiva abgezogene Verluste	194	869	1.063
Allgemeine Rückstellungen für ausstehende Zusagen	8	209	217
Bestandsrisiko	74	80	154
Rückstellungen für allgemeine Bestandsrisiken	82	289	371
Zum 31. Dezember 1998	276	1.158	1.434

Allgemeine Rückstellungen werden nach dem Risikoprinzip für nichtstaatliches Risikovermögen in zwei Schritten vorgenommen. Ein anfänglicher Betrag von 50 Prozent der Gesamtrückstellung wird zum Zeitpunkt der Zusage eingestellt und die restlichen 50 Prozent bei Auszahlung. Die Rückstellung für Zusagen wird – zusammen mit einer Bestandsrisikorückstellung in

Höhe von 0,75 Prozent der Bruttozusagen abzüglich der Rückzahlungen – in die „Rückstellungen für allgemeine Bestandsrisiken“ eingeschlossen. Allgemeine Rückstellungen bei Auszahlung sowie Sonderrückstellungen werden als Abzüge von den Aktivakategorien Darlehen und Aktienanlagen ausgewiesen.

5 Sonstige Aktiva

	1998 Ecu 000	1997 Ecu 000
Zinsforderungen	353	472
Erlöse aus dem Verkauf von Aktienanlagen	-	5.245
Sonstige	60	46
Zum 31. Dezember	413	5.763

6 Darlehen und Aktienanlagen

	Darlehen Ecu 000	Aktien- anlagen Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Auszahlungen im Umlauf:			
Zum 1. Januar 1998	11.788	3.477	15.265
Geleistete Auszahlungen	643	3.771	4.414
Rückzahlungen	(2.890)	-	(2.890)
Wechselkursanpassungen	(235)	-	(235)
Zum 31. Dezember 1998	9.306	7.248	16.554
Rücklagen zum 31. Dezember 1998	(194)	(869)	(1.063)
Gesamt abzüglich der Rückstellungen zum 31. Dezember 1998	9.112	6.379	15.491
Gesamt abzüglich der Rückstellungen zum 31. Dezember 1997	11.475	2.868	14.343
Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt:			
Zum 31. Dezember 1998	430	3.481	3.911
Zum 31. Dezember 1997	1.081	5.995	7.076

7 Analyse der Geschäftstätigkeit

Aufgegliedert nach Ländern

	In Umlauf befindliche Auszahlungen 1998 Ecu 000	In Umlauf befindliche Auszahlungen 1997 Ecu 000	Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt 1998 Ecu 000	Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt 1997 Ecu 000
Estland	4.459	6.273	42	42
Lettland	1.294	2.392	114	120
Litauen	5.153	4.723	274	919
Regional	5.648	1.877	3.481	5.995
Zum 31. Dezember	16.554	15.265	3.911	7.076

8 Einlagen

Die von den nordischen Ländern zugesagten Einlagen werden nachfolgend aufgeführt:

	1998 Ecu 000	1997 Ecu 000
Eingegangene aufgelaufene Einlagen		
Dänemark	8.940	7.140
Finnland	8.629	8.048
Island	388	388
Norwegen	7.732	6.240
Schweden	14.414	12.862
	40.103	34.678
Fällige, aber noch nicht eingegangene Einlagen		
Dänemark	-	960
Island	39	-
Norwegen	-	810
Schweden	1.358	1.552
	1.397	3.322
Zugesagte, aber noch nicht fällige Einlagen		
Dänemark	-	840
Finnland	-	581
Island	-	39
Norwegen	-	682
Schweden	-	1.358
	-	3.500
Zum 31. Dezember	41.500	41.500
Gesamteinlagen	Ecu 000	%
Dänemark	8.940	21,6
Finnland	8.629	20,8
Island	427	1,0
Norwegen	7.732	18,6
Schweden	15.772	38,0
Zum 31. Dezember	41.500	100,0

9 Nettowährungsposition

	Ecu Ecu 000	Deutsche Mark Ecu 000	Litauische Litas Ecu 000	US-Dollar Ecu 000	Sonstige Währungen Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva						
Plazierungen bei Kreditinstituten	25.142	-	-	4.528	-	29.670
Sonstige Aktiva	180	83	-	150	-	413
Darlehen	-	4.429	-	4.683	-	9.112
Aktienanlagen	-	-	1.408	-	4.971	6.379
Fällige, aber noch nicht eingegangene Einlagen	1.397	-	-	-	-	1.397
Summe der Aktiva	26.719	4.512	1.408	9.361	4.971	46.971
Passiva						
Sonstige Verbindlichkeiten	(41)	-	-	-	-	(41)
Wertberichtigungen für allgemeine Bestandsrisiken	(371)	-	-	-	-	(371)
Summe der Verbindlichkeiten	(412)	-	-	-	-	(412)
Aktiva (netto)	26.307	4.512	1.408	9.361	4.971	46.559
Derivate						
Währungsswaps	2.175	(1.577)	-	(598)	-	-
Devisenposition zum 31. Dezember 1998	28.482	2.935	1.408	8.763	4.971	46.559
Devisenposition zum 31. Dezember 1997	31.566	5.658	1.600	4.786	1.877	45.487

10 Liquiditätsposition	Bis zu einem Monat Ecu 000	Über einen Monat und bis zu drei Monaten Ecu 000	Über drei Monate und bis zu einem Jahr Ecu 000	Über ein Jahr und bis zu fünf Jahren Ecu 000	Über fünf Jahre Ecu 000	Laufzeiten nicht näher bestimmt Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva							
Plazierungen bei Kreditinstitutionen	29.670	–	–	–	–	–	29.670
Sonstige Aktiva	136	199	18	–	–	60	413
Darlehen	–	–	373	8.933	–	(194)	9.112
Aktienanlagen	–	–	–	–	–	6.379	6.379
Fällige aber noch nicht eingegangene Einlagen	–	–	1.397	–	–	–	1.397
Summe der Aktiva	29.806	199	1.788	8.933	–	6.245	46.971
Passiva							
Sonstige Verbindlichkeiten	–	(41)	–	–	–	–	(41)
Wertberichtigungen für allgemeine Bestandsrisiken	–	–	–	–	–	(371)	(371)
Beitragsressourcen	–	–	–	–	–	(46.559)	(46.559)
Summe der Verbindlichkeiten und Beitragsressourcen	–	(41)	–	–	–	(46.930)	(46.971)
Liquiditätsposition zum 31. Dezember 1998	29.806	158	1.788	8.933	–	(40.685)	–
Kumulative Liquiditätsposition zum 31. Dezember 1998	29.806	29.964	31.752	40.685	40.685	–	–
Kumulative Liquiditätsposition zum 31. Dezember 1997	24.521	24.801	28.345	39.574	40.133	–	–

11 Informationen zur Aufteilung

Gemäß IAS 14 ist das primäre Segment des Fonds ein Produkt und das sekundäre geographisch bezogen. Per 31. Dezember 1998 umfaßt die Tätigkeit des Fonds vorwiegend ein Einzelprodukt (Banktätigkeit) sowie eine geographische Region (die baltischen Staaten). Somit ist keine weitere Offenlegung erforderlich.

Bericht der Abschlussprüfer an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben die Bilanz des Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum zum 31. Dezember 1998 und die zugehörige Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, wie sie auf den Seiten 91 bis 95 wiedergegeben sind, geprüft. Die Aufstellung dieses Jahresabschlusses obliegt der Geschäftsführung der Bank. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage unserer Abschlussprüfung diesem Jahresabschluß ein Testat zu erteilen.

Wir haben bei unserer Prüfung die internationalen Grundsätze über die ordnungsgemäße Durchführung von Abschlussprüfungen befolgt. Nach diesen Grundsätzen sind wir gehalten, die Abschlussprüfung so zu planen und durchzuführen, daß wir mit hinreichender Sicherheit feststellen können, daß der Jahresabschluß keine wesentlichen Irrtümer enthält. Eine Abschlussprüfung umfaßt die stichprobenweise Nachweis- und Belegprüfung hinsichtlich der Ausweise und sonstigen Angaben des Jahresabschlusses. Sie beinhaltet auch eine Bewertung der bei der Erstellung des Abschlusses angewandten Rechnungslegungsvorschriften und der von der Geschäftsführung vorgenommenen Schätzungen sowie der Darstellung des Jahresabschlusses insgesamt. Wir sind der Auffassung, daß die von uns durchgeführte Abschlussprüfung eine ausreichende Grundlage für unser Testat darstellt.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß in Übereinstimmung mit internationalen Rechnungslegungsvorschriften in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage des Fonds zum 31. Dezember 1998 und der Ergebnisse der Geschäftstätigkeit sowie der Mittelherkunft und Mittelverwendung für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.



Arthur Andersen
London, 9. März 1999

Sonderfonds für Technische Hilfe im Ostseeraum

Mittelzufluß und Mittelabfluß des Fonds

Für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr	Anmerkung	Geschäftsjahr zum	Geschäftsjahr zum
		31. Dezember 1998	31. Dezember 1997
		Ecu 000	Ecu 000
Bilanzvortrag		2.649	3.470
Eingegangene Einlagen	3	566	833
Zinsen und zinsähnliche Erträge		104	111
Übertragung von Zinserträgen aus dem Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum		–	1.090
		3.319	5.504
Auszahlungen	4	(1.987)	(2.805)
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5	(35)	(50)
Fondsvermögen		1.297	2.649

Bilanz

zum 31. Dezember 1998	Anmerkung	31. Dezember	31. Dezember
		1998	1997
		Ecu 000	Ecu 000
Aktiva			
Plazierungen bei Kreditinstituten	6	1.064	2.564
Sonstige Aktiva		246	96
Summe der Aktiva		1.310	2.660
Passiva			
Nicht eingesetztes Fondsvermögen	7	(935)	(164)
Eingesetztes Fondsvermögen	4	2.232	2.813
		1.297	2.649
Sonstige Verbindlichkeiten		13	11
Summe der Passiva		1.310	2.660

Anmerkungen zum Jahresabschluß

1 Errichtung des Sonderfonds

Der Sonderfonds für Technische Hilfe im Ostseeraum („der Fonds“) wurde errichtet und wird verwaltet im Rahmen eines Übereinkommens vom 14. April 1992 („das Fondsabkommen“) zwischen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung („die Bank“) und den Regierungen des Königreichs Dänemark, der Republik Finnland, der Republik Island, des Königreichs Norwegen und des Königreichs Schweden („die nordischen Länder“).

Der Fonds wurde in Übereinstimmung mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank errichtet. Ziel des Fonds ist es, die Entwicklung der Marktwirtschaft in Estland, Lettland und Litauen zu fördern. Dabei stellt der Fonds die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen im Privatsektor in den Mittelpunkt.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

i Generalnorm

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt. Einlagen und Auszahlungen werden ergebniswirksam verbucht. Zinserträge und Betriebsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt.

ii Fremdwährungen

Auszahlungen in nicht auf Ecu lautenden Währungen werden zu den zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles gültigen Wechselkursen in Ecu umgerechnet.

Nach Ablösung der Europäischen Währungseinheit am 1. Januar 1999 werden in Zukunft die Jahresberichte des Fonds in Euro ausgewiesen.

iii Fertiggestellte Projekte

Ein Projekt gilt als fertiggestellt, wenn alle beteiligten Berater sämtliche vertragliche Verpflichtungen erfüllt haben und alle auf das Projekt bezogenen Rechnungen zur Zahlung vorliegen.

Nach Fertigstellung eines Projekts werden zugesagte und nicht ausgezahlte Beträge in das nicht zugeteilte Fondsvermögen zurückgeführt.

3 Einlagen

Die von den nordischen Ländern zugesagten Beiträge werden nachfolgend aufgeführt:

	1998 Ecu 000	1997 Ecu 000
Einlagen im Geschäftsjahr		
Dänemark	72	248
Finnland	64	172
Island	4	11
Norwegen	277	-
Schweden	149	402
Stand 31. Dezember	566	833
Fällige, aber noch nicht eingegangene Einlagen		
Dänemark	21	-
Norwegen	-	202
Stand 31. Dezember	21	202
Zugesagte, aber noch nicht fällige Einlagen		
Dänemark	-	93
Finnland	-	64
Island	-	4
Norwegen	-	75
Schweden	-	149
Stand 31. Dezember	-	385

Die ausstehenden Einlagen von Dänemark gingen am 12. Januar 1999 ein.

4 Zugeteiltes Fondsvermögen und Auszahlungen

Das zugeteilte Fondsvermögen entspricht allen von der Bank im Rahmen des Fondsübereinkommens bewilligten Zusagen abzüglich der Summe der kumulativen Auszahlungen.

	Bewilligte Zusagen Ecu 000	Auszahlungen Ecu 000	Zugeteiltes Fondsvermögen Ecu 000
Laufende Projekte			
Stand 1. Januar 1998	7.666	4.853	2.813
Veränderungen im Geschäftsjahr	(818)	(237)	(581)
Stand 31. Dezember 1998	6.848	4.616	2.232
Fertiggestellte Projekte			
Stand 1. Januar 1998	3.906	3.906	-
Veränderungen im Geschäftsjahr	2.224	-	-
Stand 31. Dezember 1998	6.130	6.130	-
Projekte insgesamt			
Stand 1. Januar 1998	11.572	8.759	2.813
Veränderungen im Geschäftsjahr	1.406	1.987	(581)
Stand 31. Dezember 1998	12.978	10.746	2.232

5 Sonstige Betriebsaufwendungen

Sonstige Betriebsaufwendungen enthalten die mit der Tätigkeit des Fonds unmittelbar verbundenen Verwaltungsaufwendungen sowie die an die Bank für die Verwaltung des Fonds zu entrichtenden Gebühren. Diese werden mit 5% jeder Leistung auf die Einlagen berechnet.

7 Nicht zugeteiltes Fondsvermögen

Das nicht zugeteilte Fondsvermögen umfaßt zugesagte, aber noch nicht eingegangene Beiträge, die vom Fonds einbehaltenen Nettoeinkünfte und Zuführungen von Nettoeinkünften aus dem Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum.

6 Plazierungen bei Kreditinstituten

Alle Plazierungen bei Kreditinstituten sind Sichteinlagen und lauten auf Ecu.

Bericht der Abschlußprüfer an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben die Bilanz des Sonderfonds für Technische Hilfe im Ostseeraum zum 31. Dezember 1998 sowie den zugehörigen Mittelzufluß und die Mittelverwendung für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, wie sie auf den Seiten 96 bis 97 wiedergegeben sind, geprüft. Die Aufstellung dieses Jahresabschlusses obliegt der Geschäftsführung der Bank. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage unserer Abschlußprüfung diesem Jahresabschluß ein Testat zu erteilen.

Wir haben bei unserer Prüfung die internationalen Grundsätze über die ordnungsgemäße Durchführung von Abschlußprüfungen befolgt. Nach diesen Grundsätzen sind wir gehalten, die Abschlußprüfung so zu planen und durchzuführen, daß wir mit hinreichender Sicherheit feststellen können, daß der Jahresabschluß keine wesentlichen Irrtümer enthält. Eine Abschlußprüfung umfaßt die stichprobenweise Nachweis- und Belegprüfung hinsichtlich der Ausweise und sonstigen Angaben des Jahresabschlusses. Sie beinhaltet auch eine Bewertung der bei der Erstellung des Abschlusses angewandten Rechnungslegungsvorschriften und der von der Geschäftsführung vorgenommenen Schätzungen sowie der Darstellung des Jahresabschlusses insgesamt. Wir sind der Auffassung, daß die von uns durchgeführte Abschlußprüfung eine ausreichende Grundlage für unser Testat darstellt.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß auf der Grundlage der Ausführungen in Anmerkung 2 in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage des Fonds zum 31. Dezember 1998 sowie des Mittelzuflusses und Mittelabflusses für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.



Arthur Andersen
London, 9. März 1999

Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in Rußland

Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr

	Anmerkung	Geschäftsjahr zum	
		31. Dezember 1998	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1997
		Ecu 000	Ecu 000
Zinsen und zinsähnliche Erträge			
Aus Darlehen		2.349	2.062
Sonstige Zinsen		1.170	1.235
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		(203)	(282)
Devisenneubewertung		(2.103)	4.213
Sonstiger betrieblicher Aufwand	3	(241)	(147)
Betriebsgewinn vor Wertberichtigungen		972	7.081
Wertberichtigungen	4	(30.806)	(7.910)
Fehlbetrag für das Geschäftsjahr		(29.834)	(829)

Bilanz

zum 31. Dezember 1998

	Anmerkung	31. Dezember		31. Dezember	
		1998	1997	1997	1997
		Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000
Aktiva					
Plazierungen bei Kreditinstituten			30.953		20.866
Sonstige Aktiva			925		841
Darlehen und Aktienanlagen					
Darlehen	5	13.112		15.072	
Aktienanlagen	5	1.345		880	
			14.457		15.952
Fällige, jedoch noch nicht eingegangene Einlagen	6		4.287		-
Zugesagte, jedoch noch nicht fällige Einlagen	6		2.144		1.196
Summe der Aktiva			52.766		38.855
Passiva					
Sonstige Passiva			1.425		699
Wertberichtigungen für Verluste aus garantierten Parallelinvestitionen	4		30.011		-
Einlagen	6		58.707		45.699
Rücklagen			(7.543)		(6.714)
Fehlbetrag für das Geschäftsjahr			(29.834)		(829)
Beitragsressourcen			21.330		38.156
Summe der Verbindlichkeiten und Einlagenressourcen			52.766		38.855
Bilanzvermerke					
Zusagen	7		67.259		65.486

Übersicht über Veränderungen der Beitragsressourcen

für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr

	Einlagen	Aufgelaufener	Verlust für das	Gesamt
	Ecu 000	Verlust	Geschäftsjahr	Ecu 000
	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000
Zum 31. Dezember 1996				
Wechselkursdifferenz bei der Umrechnung	45.688	(3.041)	(3.673)	38.974
zugesagter, aber noch nicht eingegangener Einlagen	11	-	-	11
Verlustzuführung aus dem Vorjahresergebnis	-	(3.673)	3.673	-
Fehlbetrag für das Geschäftsjahr	-	-	(829)	(829)
Zum 31. Dezember 1997	45.699	(6.714)	(829)	38.156
Einlagenergänzung	12.997	-	-	12.997
Wechselkursdifferenz bei der Umrechnung				
zugesagter, aber noch nicht eingegangener Einlagen	11	-	-	11
Verlustzuführung aus dem Vorjahresergebnis	-	(829)	829	-
Fehlbetrag für das Geschäftsjahr	-	-	(29.834)	(29.834)
Zum 31. Dezember 1998	58.707	(7.543)	(29.834)	21.330

Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung

für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1998		Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1997	
	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit				
Verlust aus der Geschäftstätigkeit für das Jahr	(29.834)		(829)	
Anpassungen an:				
Wertberichtigungen für Verluste	30.806		7.910	
Wechselkursveränderungen bei Rückstellungen	(829)		882	
Abgeschriebene garantierte Parallelinvestitionen	(20)		–	
Betriebsgewinn vor Veränderungen im Betriebsvermögen	123		7.963	
Zunahme der betrieblichen Vermögenswerte:				
Zinsforderungen	(84)		(471)	
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten	726		69	
Eingegangene Mittel (netto) aus der Geschäftstätigkeit		765		7.561
Cashflow aus Investitionstätigkeit				
Erlöse aus der Rückzahlung von Darlehen	5.449		1.370	
Mittelbereitstellungen für Darlehen und Aktienanlagen	(3.900)		(18.952)	
Nettobarmittel bereitgestellt/(verwendet) für Investitionen		1.549		(17.582)
Cashflow aus Finanzgeschäften				
Einlagen	7.773		4.791	
Mittelherkunft (netto) aus Finanzgeschäften		7.773		4.791
Nettozunahme/(-abnahme) der liquiden Mittel und gleichgestellter Aktiva		10.087		(5.230)
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum 1. Januar		20.866		26.096
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum 31. Dezember		30.953		20.866

Anmerkungen zum Jahresabschluß**1 Errichtung des Sonderfonds**

Die Errichtung des Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in Rußland („der Fonds“) wurde vom Direktorium („das Direktorium“) der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung („die Bank“) auf seiner Sitzung vom 18. Oktober 1993 genehmigt. Der Fonds wird unter anderem im Rahmen der am gleichen Tag vom Direktorium genehmigten Satzung des Fonds verwaltet. Der Fonds nahm 1994 seine Tätigkeit auf, als die Zusagen der Geber 3,0 Millionen US-Dollar erreicht hatten. Die Anlaufphase des Programms wurde im gleichen Jahr erneut verlängert. Das Direktorium verabschiedete am 14. Juli 1994 eine Änderung der Satzung, wonach das Fondskapital nicht mehr auf Ecu, sondern auf US-Dollar lautet. Das Direktorium bewilligte die volle Betriebsphase des Fondsprogramms für Kleinunternehmen in Rußland anlässlich seiner Sitzung am 30. August 1995, und eine geprüfte Fassung der Geschäftsordnung des Fonds wurde am 1. April 1996 vom Direktorium im Zusammenhang mit der vollen Betriebsphase bewilligt.

Der Fonds wurde in Übereinstimmung mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank eingerichtet. Es ist Zweck des Fonds, Unterstützung bei der Entwicklung von Kleinunternehmen im Privatsektor in Rußland zu gewähren.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze**i Generalnorm**

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt und entspricht den Internationalen Rechnungslegungsnormen (IAS).

ii Fremdwährungen

Monetäre Aktiva und Passiva in anderen Währungen als Ecu wurden zu den am 31. Dezember 1998 gültigen Kassakursen in Ecu umgerechnet. Nichtmonetäre Instrumente werden zu den zur Zeit des Geschäftsvorfalles geltenden Wechselkursen in Ecu umgerechnet.

Eingegangene Einlagen werden zu den zur Zeit des Geschäftsvorfalles geltenden Wechselkursen in Ecu umgerechnet. Ausstehende Einlagen wurden zu den am 31. Dezember 1998 geltenden Kassakursen in Ecu umgerechnet.

Wechselkursgewinne oder -verluste bei der Umrechnung von Aktiva und Passiva sowie bei Geschäftsvorfällen während des Jahres werden erfolgswirksam verbucht.

Nach Ablösung des Ecu am 1. Januar 1999 werden in Zukunft die Jahresberichte des Fonds in Euro ausgewiesen.

iii Aktienanlagen

Aktienanlagen sind zu Anschaffungskosten abzüglich Wertberichtigungen ausgewiesen.

iv Wertberichtigungen für Verluste

Für zweifelhafte Darlehen und Ausleihungen werden Einzelwertberichtigungen in Höhe des voraussichtlichen Ausfalls auf den noch offenen Forderungssaldo gebildet. Für die Bestände an Aktien und anderen Anteilspapieren werden die bei einer dauernden Wertminderung erforderlichen Abwertungen durch Schätzung ermittelt. Zur Abdeckung der latenten Risiken aus vertraglichen Zusagen (einschließlich Garantien) sowie im Darlehens- und Aktienbestand werden am Bilanzstichtag zusätzliche allgemeine Rückstellungen gebildet. Die Zuführungen zu den Wertberichtigungen werden nach Verrechnung mit den Auflösungen des Geschäftsjahres in der Gewinn- und Verlustrechnung erfaßt. Einzelheiten zu den Wertberichtigungen des Fonds finden sich in Anmerkung 4. Gilt ein Darlehen als uneinbringlich oder gibt es keine Möglichkeit der Wiedereinbringung einer Aktienanlage, wird das Kapital mit der verbundenen Rückstellung verrechnet. Spätere Wiedereinbringungen abgeschriebener Beträge werden der Gewinn- und Verlustrechnung gutgeschrieben.

v Zinsen und Dividenden

Zinsen werden zeitanteilig abgegrenzt und als Ertrag vereinnahmt. Zinserträge aus ausfallgefährdeten Darlehen oder solche mit Zins- oder Tilgungsrückständen von über 180 Tagen für ein staatliches Darlehen und 60 Tagen für ein nicht-staatliches Darlehen werden nur bei Zahlungseingang vereinnahmt. Zinsen auf solche notleidenden Kredite werden folglich nur bei Zahlungseingang vereinnahmt.

Dividenden werden bei Empfang erfolgswirksam vereinnahmt.

3 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Sonstige betriebliche Aufwendungen enthalten die mit der Tätigkeit des Fonds unmittelbar zusammenhängenden Verwaltungskosten sowie die an die Bank für die Verwaltung des Sonderfonds zu entrichtenden Gebühren. Diese werden mit 3 Prozent jeder Leistung auf die eingegangenen Einlagen berechnet.

4 Wertberichtigungen für Verluste

	Darlehen Ecu 000	Aktien- anlagen Ecu 000	Darlehen und Aktienanlagen insgesamt Ecu 000	Garantien Ecu 000	1998 Gesamt Ecu 000	1997 Gesamt Ecu 000
Zuführungen für Gewinn und Verlust						
Rückstellungen im Geschäftsjahr:						
Allgemeine Rückstellungen für in Umlauf befindliche Auszahlungen	(1.133)	465	(668)	–	(668)	7.910
Sonderrückstellungen	1.443	–	1.443	30.031	31.474	–
Für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr	310	465	775	30.031	30.806	
Für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Geschäftsjahr	7.320	590	7.910	–		7.910

	Darlehen Ecu 000	Aktien- anlagen Ecu 000	Darlehen und Aktien- anlagen insgesamt Ecu 000	Garantien Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Veränderungen bei Rückstellungen					
Stand 1. Januar 1998	15.073	880	15.953	–	15.953
Rückstellungen	310	465	775	30.011	30.786
Wechselkursanpassungen	(829)	–	(829)	–	(829)
Stand 31. Dezember 1998	14.554	1.345	15.899	30.011	45.910

Analysiert für:

Allgemeine Wertberichtigungen für umlaufende Auszahlungen	14.554	1.345	15.899	–	15.899
Wertberichtigungen für Verluste als Abzug von Aktiva	14.554	1.345	15.899	–	15.899
Wertberichtigungen für Verluste auf garantierte Parallelinvestitionen	–	–	–	30.011	30.011
Stand 31. Dezember 1998	14.554	1.345	15.899	30.011	45.910

Gemäß Abschnitt 5.04 (i) der Bestimmungen des Fonds trägt der Fonds Verluste für durch den Fonds finanzierte Investitionen und für Parallelinvestitionen der Bank bis zu einem Gesamtbetrag von 75,0 Millionen US-Dollar. Darüber hinaus tragen der Fonds und die Bank Verluste zu gleichen Teilen. Dementsprechend wird sowohl bei Darlehens- als auch bei

Beteiligungsinvestitionen bei Auszahlung eine allgemeine Rückstellung von 50% vorgenommen. Im Jahr 1998 wurde infolge einer Bewertung der Finanzschwäche einer Reihe von am Programm für Kleinunternehmen in Rußland beteiligten Banken eine Einzelrückstellung von insgesamt 30 Millionen Ecu vorgenommen.

5 Darlehen und Aktienanlagen

	Darlehen Ecu 000	Aktien- anlagen Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Auszahlungen in Umlauf			
Stand 1. Januar 1998	30.145	1.760	31.905
Auszahlungen	4.608	930	5.538
Rückzahlungen	(5.449)	–	(5.449)
Wechselkursanpassungen	(1.638)	–	(1.638)
Stand 31. Dezember 1998	27.666	2.690	30.356
Rückstellungen zum 31. Dezember 1998	(14.554)	(1.345)	(15.899)
Insgesamt abzüglich Rückstellungen zum 31. Dezember 1998	13.112	1.345	14.457
Insgesamt abzüglich Rückstellungen zum 31. Dezember 1997	15.072	880	15.952
Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt:			
Stand 31. Dezember 1998	23.354	2.708	26.062
Stand 31. Dezember 1997	10.562	3.802	14.364

Alle Darlehen und Aktienanlagen sind für Projekte in Rußland bestimmt.

Zum 31. Dezember 1998 waren drei Darlehen des Fonds in Höhe von 1,5 Millionen Ecu (1997: 0,00) wegen überfälliger Zins- und Kapitalrückzahlungen notleidend. Für diese Darlehen wurden Einzelrückstellungen in Höhe von 1,4 Millionen Ecu (1997: 0,00) vorgenommen.

6 Einlagen

Die von den Geberländern zugesagten Einlagen werden nachfolgend aufgeführt:

	1998 Ecu 000	1997 Ecu 000
Kumulative eingegangene Einlagen		
Deutschland	9.843	5.698
Frankreich	5.323	5.323
Italien	8.401	6.719
Japan	21.162	21.162
Kanada	2.707	761
Schweiz	2.360	2.360
Vereinigte Staaten von Amerika	2.480	2.480
	52.276	44.503
Fällige, aber noch nicht geleistete Einlagen		
Vereinigte Staaten von Amerika	4.287	-
	4.287	-
Zugesagte, aber noch nicht fällige Einlagen		
Deutschland	-	1.196
Frankreich	2.144	-
	2.144	1.196
Stand 31. Dezember	58.707	45.699
Gesamteinlagen	Ecu 000	%
Deutschland	9.843	16,8
Frankreich	7.467	12,7
Italien	8.401	14,3
Japan	21.162	36,0
Kanada	2.707	4,6
Schweiz	2.360	4,0
Vereinigte Staaten von Amerika	6.767	11,6
Stand 31. Dezember	58.707	100,0

7 Zusagen

Zum 31. Dezember 1998 umfaßten die Zusagen Garantien von 41,2 Millionen Ecu (1997: 51,1 Millionen Ecu) sowie noch nicht ausgezahlte Zusagen für Darlehen und Aktienanlagen von 26,1 Millionen Ecu (1997: 14,4 Millionen Ecu). Wie in Anmerkung 4 dargestellt, entspricht der Betrag für Garantien dem latenten Risiko des Fonds im Falle von Verlusten, die sich aus den von der Bank finanzierten garantierten Parallelinvestitionen ergeben.

8 Nettowährungsposition

	Ecu Ecu 000	Russische Rubel Ecu 000	US-Dollar Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva				
Plazierungen bei Kreditinstituten	9	-	30.944	30.953
Sonstige Aktiva	-	-	925	925
Darlehen	-	-	13.112	13.112
Aktienanlagen	-	1.345	-	1.345
Fällige, aber noch nicht eingegangene Einlagen	-	-	4.287	4.287
Zugesagte, aber noch nicht fällige Einlagen	2.144	-	-	2.144
Summe der Aktiva	2.153	1.345	49.268	52.766
Passiva				
Sonstige Passiva	(144)	-	(1.281)	(1.425)
Wertberichtigungen auf garantierte Parallelinvestitionen	-	-	(30.011)	(30.011)
Summe der Passiva	(144)	-	(31.292)	(31.436)
Währungsposition zum 31. Dezember 1998	2.009	1.345	17.976	21.330
Währungsposition zum 31. Dezember 1997	(16.055)	1.760	52.451	38.156

Der Fonds weist seinen Jahresabschluß in Ecu aus, seine Tätigkeit wird jedoch in US-Dollar geführt.

9 Liquiditätsposition	Bis zu einem Monat Ecu 000	Über einen Monat und bis zu 3 Monaten Ecu 000	Über 3 Monate und bis zu einem Jahr Ecu 000	Über ein Jahr und bis zu 5 Jahren Ecu 000	Laufzeiten nicht näher bestimmt Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva						
Plazierungen bei Kreditinstituten	30.953	–	–	–	–	30.953
Sonstige Aktiva	213	606	106	–	–	925
Darlehen	4.953	1.606	3.649	17.458	(14.554)	13.112
Aktienanlagen	–	–	–	–	1.345	1.345
Fällige, aber noch nicht eingegangene Einlagen	–	–	4.287	–	–	4.287
Zugesagte, aber noch nicht fällige Einlagen	–	–	2.144	–	–	2.144
Gesamtaktiva	36.119	2.212	10.186	17.458	(13.209)	52.766
Passiva						
Sonstige Verbindlichkeiten	–	(144)	–	–	(1.281)	(1.425)
Wertberichtigungen für Verluste auf garantierte Parallelinvestitionen	–	–	–	–	(30.011)	(30.011)
Einlagenressourcen	–	–	–	–	(21.330)	(21.330)
Gesamtpassiva und Einlagenressourcen	–	(144)	–	–	(52.622)	(52.766)
Liquiditätsposition zum 31. Dezember 1998	36.119	2.068	10.186	17.458	(65.831)	–
Kumulative Liquiditätsposition zum 31. Dezember 1998	36.119	38.187	48.373	65.831	–	–
Kumulative Liquiditätsposition zum 31. Dezember 1997	21.156	21.405	30.936	52.465	–	–

10 Informationen zur Bilanzaufteilung

Gemäß IAS 14 ist das primäre Segment des Fonds ein Produkt und das sekundäre geographisch bezogen. Per 31. Dezember 1998 umfaßt die Tätigkeit des Fonds vorwiegend ein Einzelprodukt (Banktätigkeit) sowie eine geographische Region (Rußland). Somit ist keine weitere Offenlegung erforderlich.

**Bericht der Abschlußprüfer an die Europäische Bank für
Wiederaufbau und Entwicklung**

Wir haben die Bilanz des Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in Rußland zum 31. Dezember 1998 und die zugehörige Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, wie sie auf den Seiten 98 bis 102 wiedergegeben sind, geprüft. Die Aufstellung dieses Jahresabschlusses obliegt der Geschäftsführung der Bank. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage unserer Abschlußprüfung diesem Jahresabschluß ein Testat zu erteilen.

Wir haben bei unserer Prüfung die internationalen Grundsätze über die ordnungsgemäße Durchführung von Abschlußprüfungen befolgt. Nach diesen Grundsätzen sind wir gehalten, die Abschlußprüfung so zu planen und durchzuführen, daß wir mit hinreichender Sicherheit feststellen können, daß der Jahresabschluß keine wesentlichen Irrtümer enthält. Eine Abschlußprüfung umfaßt die stichprobenweise Nachweis- und Belegprüfung hinsichtlich der Ausweise und sonstigen Angaben des Jahresabschlusses. Sie beinhaltet auch eine Bewertung der bei der Erstellung des Abschlusses angewandten Rechnungslegungsvorschriften und der von der Geschäftsführung vorgenommenen Schätzungen sowie der Darstellung des Jahresabschlusses insgesamt. Wir sind der Auffassung, daß die von uns durchgeführte Abschlußprüfung eine ausreichende Grundlage für unser Testat darstellt.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß unter Beachtung der internationalen Rechnungslegungsvorschriften in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage des Fonds zum 31. Dezember 1998 und der Ergebnisse der Geschäftstätigkeit sowie der Mittelherkunft und Mittelverwendung für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.



Arthur Andersen
London, 9. März 1999

Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in Rußland

Mittelzufluß und Mittelabfluß des Fonds

für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Jahr

	Anmerkung	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1998 Ecu 000	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1997 Ecu 000
Bilanzvortrag		21.825	7.439
Eingegangene Einlagen	3	1.600	23.545
Zinsen und zinsähnliche Erträge		885	996
Übertragung von Einlagen aus dem Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in Rußland		-	375
		24.310	32.355
Auszahlungen	4	(9.330)	(12.138)
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5	(50)	(721)
Devisen		(289)	2.329
Fondsvermögen		14.641	21.825

Bilanz

zum 31. Dezember 1998

	Anmerkung	31. Dezember 1998 Ecu 000	31. Dezember 1997 Ecu 000
Aktiva			
Plazierungen bei Kreditinstituten	6	14.627	21.750
Sonstige Aktiva		54	97
Summe der Aktiva		14.681	21.847
Passiva			
Nicht eingesetztes Fondsvermögen		12.675	9.191
Eingesetztes Fondsvermögen	4	1.966	12.634
Sonstige Verbindlichkeiten		14.641	21.825
		40	22
Summe der Passiva		14.681	21.847

Anmerkungen zum Jahresabschluß

1 Errichtung des Sonderfonds

Die Errichtung des Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in Rußland („der Fonds“) wurde vom Direktorium der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung („das Direktorium“) auf seiner Sitzung vom 18. Oktober 1993 genehmigt. Der Fonds wird unter anderem im Rahmen der am gleichen Tag vom Direktorium bewilligten Satzung des Fonds verwaltet. Das Direktorium billigte am 14. Juli 1994 eine Änderung der Satzung, wonach das Fondskapital nicht mehr auf Ecu, sondern auf US-Dollar lautet. Das Direktorium bewilligte die umfassende Verwirklichung des Programms für Kleinunternehmen in Rußland auf seiner Sitzung vom 30. August 1995, und eine im Hinblick auf die volle Betriebsphase geprüfte Fassung der Satzung des Fonds wurde am 1. April 1996 gebilligt.

Der Fonds wurde in Übereinstimmung mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank errichtet. Ziel des Fonds ist es, die technische Zusammenarbeit für die Gestaltung und Durchführung der Versuchsphase, der verlängerten Versuchsphase und der vollen Betriebsphase des Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in der Russischen Föderation zu finanzieren.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

i Generalnorm

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt. Einlagen und Auszahlungen werden erfolgswirksam verbucht. Zinseinkünfte und Betriebsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt.

ii Fremdwährungen

Monetäre Aktiva und Passiva, die nicht auf Ecu lauten, wurden zu den am 31. Dezember 1998 geltenden Kassakursen in Ecu umgerechnet. Geschäftsvorfälle in anderen Währungen als Ecu, einschließlich Auszahlungen, werden zu den am Monatsende geltenden Wechselkursen in Ecu umgerechnet. Zusagen wurden zu den am 31. Dezember 1998 geltenden Kassakursen in Ecu umgerechnet.

Wechselkursgewinne und -verluste, die sich aus der Umrechnung von Aktiva und Passiva sowie bei Geschäftsvorfällen während des Jahres ergeben, werden dem Mittelzufluß und dem Mittelabfluß des Fonds zugerechnet.

Nach Ablösung des Ecu am 1. Januar 1999 werden in Zukunft die Jahresberichte des Fonds in Euro ausgewiesen.

iii Fertiggestellte Projekte

Ein Projekt gilt als fertiggestellt, wenn alle beteiligten Berater sämtliche vertragliche Verpflichtungen erfüllt haben und alle mit dem Projekt verbundenen Rechnungen zur Zahlung vorliegen.

Bei Fertigstellung eines Projekts werden alle nicht ausgezahlten zugesagten Beträge dem nicht zugeordneten Fondsvermögen zugeführt.

3 Einlagen

Von den Geberländern zugesagte Einlagen werden nachfolgend aufgelistet:

	1998 Ecu 000	1997 Ecu 000
Einlagen während des Geschäftsjahrs		
Deutschland	1.561	-
Frankreich	-	1.261
Kanada	-	2.849
Vereinigtes Königreich	39	889
Vereinigte Staaten von Amerika	-	18.546
Stand 31. Dezember	1.600	23.545
Zugesagte, aber noch nicht fällige Einlagen		
Deutschland	-	299
Frankreich	2.144	-
Stand 31. Dezember	2.144	299

4 Zugeteiltes Fondsvermögen und Auszahlungen

Das zugeteilte Fondsvermögen entspricht allen von der Bank im Rahmen des Fondsübereinkommens bewilligten Zusagen abzüglich der Summe der Auszahlungen.

	Bewilligte Zusagen Ecu 000	Auszahlungen Ecu 000	Zugeteiltes Fondsvermögen Ecu 000
Laufende Projekte			
Stand 1. Januar 1998	28.050	15.416	12.634
Veränderungen im Geschäftsjahr	(11.529)	(861)	(10.668)
Stand 31. Dezember 1998	16.521	14.555	1.966
Fertiggestellte Projekte			
Stand 1. Januar 1998	10.770	10.770	-
Veränderungen im Geschäftsjahr	10.191	10.191	-
Stand 31. Dezember 1998	20.961	20.961	-
Projekte insgesamt			
Stand 1. Januar 1998	38.820	26.186	12.634
Veränderungen im Geschäftsjahr	(1.338)	9.330	(10.668)
Stand 31. Dezember 1998	37.482	35.516	1.966

5 Sonstige Betriebsaufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergeben sich aus den mit dem Fonds direkt verbundenen Verwaltungsaufwendungen sowie den an die Bank für die Tätigkeit des Fonds zu entrichtenden Gebühren. Diese werden mit 3 Prozent je Leistung auf die Einlagen berechnet.

6 Plazierungen bei Kreditinstituten

Alle Plazierungen bei Kreditinstitutionen sind Sichtguthaben und lauten auf US-Dollar.

Bericht der Abschlußprüfer an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben die Bilanz des Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in Rußland zum 31. Dezember 1998 sowie den zugehörigen Mittelzufluß und die Mittelverwendung für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, wie sie auf den Seiten 103 bis 104 wiedergegeben sind, geprüft. Die Aufstellung dieses Jahresabschlusses obliegt der Geschäftsführung der Bank. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage unserer Abschlußprüfung diesem Jahresabschluß ein Testat zu erteilen.

Wir haben bei unserer Prüfung die internationalen Grundsätze über die ordnungsgemäße Durchführung von Abschlußprüfungen befolgt. Nach diesen Grundsätzen sind wir gehalten, die Abschlußprüfung so zu planen und durchzuführen, daß wir mit hinreichender Sicherheit feststellen können, daß der Jahresabschluß keine wesentlichen Irrtümer enthält. Eine Abschlußprüfung umfaßt die stichprobenweise Nachweis- und Belegprüfung hinsichtlich der Ausweise und sonstigen Angaben des Jahresabschlusses. Sie beinhaltet auch eine Bewertung der bei der Erstellung des Abschlusses angewandten Rechnungslegungsvorschriften und der von der Geschäftsführung vorgenommenen Schätzungen sowie der Darstellung des Jahresabschlusses insgesamt. Wir sind der Auffassung, daß die von uns durchgeführte Abschlußprüfung eine ausreichende Grundlage für unser Testat darstellt.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß auf der Grundlage der Ausführungen in Anmerkung 2 in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage des Fonds zum 31. Dezember 1998 und des Mittelzuflusses und Mittelabflusses für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.



Arthur Andersen
London, 9. März 1999

Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in Moldau

Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr

	Anmerkung	Geschäftsjahr zum	
		31. Dezember 1998	31. Dezember 1997
		Ecu 000	Ecu 000
Zinsen und zinsähnliche Erträge			
Aus Darlehen		83	26
Sonstige Zinsen		28	63
Nettogeühren und Provisionserträge		3	6
Devisen		(52)	159
Sonstiger betrieblicher Aufwand	3	(10)	(39)
Betriebsgewinn vor Wertberichtigungen		52	215
Wertberichtigungen für Verluste	4	(281)	(303)
Verlust für das Geschäftsjahr		(229)	(88)

Bilanz

zum 31. Dezember 1998

	Anmerkung	31. Dezember 1998		31. Dezember 1997	
		Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000
Aktiva					
Plazierungen bei Kreditinstituten		366		892	
Sonstige Aktiva		32		20	
Darlehen	5	570		319	
Summe der Aktiva		968		1.231	
Passiva					
Sonstige Verbindlichkeiten		5		39	
Einlagen	6	1.261		1.261	
Rücklagen		(69)		19	
Verlust für das Geschäftsjahr		(229)		(88)	
Beitragsressourcen		963		1.192	
Summe der Verbindlichkeiten und Beitragsressourcen		968		1.231	
Bilanzvermerke					
Verpflichtungen	7	1.372		1.287	

Übersicht über Veränderungen der Beitragsressourcen

für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr

	Einlagen	Akkumulierter	Verlust	Gesamt
für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr				
Ecu 000				
Zum 31. Dezember 1996	1.261	-	19	1.280
Aus früherem Zeitraum in die Rücklagen eingestellter Gewinn	-	19	(19)	-
Verlust für das Jahr	-	-	(88)	(88)
Zum 31. Dezember 1997	1.261	19	(88)	1.192
Aus früherem Geschäftsjahr in die Rücklagen eingestellter Verlust	-	(88)	88	-
Verlust für das Jahr	-	-	(229)	(229)
Zum 31. Dezember 1998	1.261	(69)	(229)	963

Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung

für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr

	Ecu 000	Jahr bis zum	
		31. Dezember 1998	31. Dezember 1997
		Ecu 000	Ecu 000
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit			
Betriebsverlust für das Jahr	(229)		(88)
Anpassungen für:			
Wertberichtigungen für Verluste	281		303
Devisenkursveränderungen bei Rückstellungen	(31)		3
Betriebsgewinn vor Veränderungen im Betriebsvermögen	21		218
Zunahme von betrieblichen Vermögenswerten:			
Zinsforderungen	(12)		(15)
(Abnahme)/Zunahme sonstiger Verbindlichkeiten	(34)		38
Nettobarmittel (verwendet)/bereitgestellt aus Geschäftstätigkeit		(25)	241
Cashflow aus Investitionstätigkeit			
Erträge aus der Rückzahlung von Krediten	55		-
Für Kredite bereitgestellte Mittel	(556)		(612)
Nettobarmittel verwendet für Investitionstätigkeit		(501)	(612)
Nettoabnahme liquider Mittel und gleichgestellter Aktiva		(526)	(371)
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva am 1. Januar		892	1.263
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva am 31. Dezember		366	892

Anmerkungen zum Jahresabschluß

1 Errichtung des Sonderfonds

Der Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in Moldau („der Fonds“) wurde errichtet und wird verwaltet im Rahmen des Übereinkommens vom 3. September 1996 („das Fondsübereinkommen“) zwischen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung („die Bank“) und der Regierung der Schweiz („die Schweizer Regierung“).

Der Sonderfonds wurde in Übereinstimmung mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank eingerichtet. Ziel des Fonds ist es, die Entwicklung von Kleinunternehmen über die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen in der Republik Moldau zu fördern.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

i Generalnorm

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt und entspricht den Internationalen Rechnungslegungsvorschriften.

ii Fremdwährungen

Nicht auf die Europäische Währungseinheit (Ecu) lautende monetäre Aktiva und Passiva werden zu am 31. Dezember 1998 gültigen Kassakursen in Ecu übertragen. Nichtmonetäre Instrumente werden zu den zur Zeit des Geschäftsvorfalles geltenden Wechselkursen umgerechnet.

Einlagen werden zu den zur Zeit des Eingangs geltenden Wechselkursen in Ecu umgerechnet.

Wechselkursgewinne oder -verluste bei der Umrechnung von Aktiva und Passiva sowie bei den Geschäftsvorfällen während des Geschäftsjahrs werden erfolgswirksam behandelt.

Nach Ablösung des Ecu am 1. Januar 1999 werden in Zukunft die Jahresberichte des Fonds in Euro ausgewiesen.

4 Wertberichtigungen für Verluste

Zuführungen für Gewinn und Verlust

	Darlehen Ecu 000
Rückstellungen für das Geschäftsjahr	
Allgemeine Rückstellungen für in Umlauf befindliche Auszahlungen	281
Für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr	281
Für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Geschäftsjahr	303

Veränderungen in der Rückstellung

	Darlehen Ecu 000
Zum 1. Januar 1998	319
Rückstellungen	281
Kursanpassungen	(31)
Stand 31. Dezember 1998	569

Gemäß Abschnitt 5.04 der Bestimmungen des Fonds trägt dieser bis zu 75% der aus fondsfinanzierten Kapitalanlagen und Parallelinvestitionen der Bank anfallenden Verluste. Darüber hinausgehende Verluste werden zu gleichen Teilen vom Fonds und von der Bank getragen. Dementsprechend erfolgt bei der Auszahlung für Darlehen eine allgemeine Rückstellung von 50%.

5 Darlehen

Umlaufende Auszahlungen:

	Darlehen Ecu 000
Zum 1. Januar 1998	638
Auszahlungen	590
Rückzahlungen	(55)
Wechselkursanpassungen	(34)
Stand 31. Dezember 1998	1.139
Rückstellungen zum 31. Dezember 1998	(569)
Gesamt abzüglich Rückstellungen zum 31. Dezember 1998	570
Gesamt abzüglich Rückstellungen zum 31. Dezember 1997	319
Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt:	
Zum 31. Dezember 1998	178
Zum 31. Dezember 1997	87

Alle Darlehen sind für Projekte in Moldau bestimmt.

iii Wertberichtigungen für Verluste

Für zweifelhafte Darlehen werden Einzelwertberichtigungen in Höhe des voraussichtlichen Ausfalls auf den noch offenen Forderungssaldo gebildet. Allgemeine Rücklagen werden hinsichtlich solcher Verluste vorgenommen, die, obwohl nicht im einzelnen definiert, in jedem Bestand vertraglicher Zusagen (einschließlich Bürgschaften), Darlehen und Kapitalanlagen zum Bilanzdatum latent sind. Die Zuführungen zu den Wertberichtigungen werden nach Verrechnung mit den Auflösungen des Geschäftsjahrs in der Gewinn- und Verlustrechnung erfaßt. Einzelheiten zu den Wertberichtigungen des Fonds finden sich in Anmerkung 4. Gibt es keine Möglichkeit, ein Darlehen beizutreiben, wird das Kapital mit der verbundenen Rückstellung verrechnet. Spätere Wiedereinbringungen abgeschriebener Beträge werden der Gewinn- und Verlustrechnung gutgeschrieben.

iv Zinsen, Gebühren und Provisionen

Zinsen werden zeitanteilig abgegrenzt und als Ertrag vereinnahmt. Zinserträge aus ausfallgefährdeten Darlehen oder solchen mit Zins- und Tilgungsrückständen von über 180 Tagen für ein staatliches Darlehen oder 60 Tagen für ein nicht-staatliches Darlehen werden nur bei Zahlungseingang vereinnahmt. Zinsen auf solche notleidenden Kredite werden danach nur bei Zahlungseingang vereinnahmt. Bereitstellungsgebühren werden für den Zeitraum ausgewiesen, für den die Zusage besteht.

3 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten die mit der Tätigkeit des Sonderfonds unmittelbar zusammenhängenden Verwaltungskosten und schließen Gebühren ein, die der Bank für die Verwaltung des Fonds zu zahlen sind. Letztere werden mit 3% jeder Leistung auf die Einlagen berechnet.

6 Einlagen

Die gemäß Fondsübereinkommen von der Schweizer Regierung zahlbaren Einlagen sind 1996 vollständig eingegangen.

7 Zusagen

Zum 31. Dezember 1998 schlossen die Zusagen Garantien und noch nicht ausgezahlte Darlehenszusagen ein. Der Betrag für die Garantien entspricht dem möglichen Risiko des Fonds für anfallende Verluste bei von der Bank finanzierten garantierten Parallelinvestitionen, wie in Anmerkung 4 im einzelnen dargelegt. Die Garantie ist auf den Gesamtbetrag der Einlage für den Fonds begrenzt.

8 Nettowährungsposition

	Ecu Ecu 000	US-Dollar Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva			
Plazierung bei Kreditinstituten	-	366	366
Sonstige Aktiva	-	32	32
Darlehen	-	570	570
Gesamte Aktiva	-	968	968
Passiva			
Sonstige Verbindlichkeiten	(5)	-	(5)
Gesamte Verbindlichkeiten	(5)	-	(5)
Währungsposition zum 31. Dezember 1998	(5)	968	963
Währungsposition zum 31. Dezember 1997	(358)	1.550	1.192

Der Fond weist seinen Jahresabschluß in Ecu aus, seine Tätigkeit wird jedoch in US-Dollar geführt.

9 Liquiditätsposition

	Bis zu einem Monat Ecu 000	Über einen Monat bis zu 3 Monaten Ecu 000	Über ein Jahr bis zu 5 Jahren Ecu 000	Laufzeiten nicht näher bestimmt Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva					
Plazierungen bei Kreditinstituten	366	-	-	-	366
Sonstige Aktiva	1	31	-	-	32
Darlehen	-	-	1.139	(569)	570
Gesamte Aktiva	367	31	1.139	(569)	968
Passiva					
Sonstige Verbindlichkeiten	-	(5)	-	-	(5)
Beitragsressourcen	-	-	-	(963)	(963)
Summe der Verbindlichkeiten und Beitragsressourcen	-	(5)	-	(963)	(968)
Liquiditätsposition zum 31. Dezember 1998	367	26	1.139	(1.532)	-
Kumulative Liquiditätsposition zum 31. Dezember 1998	367	393	1.532	-	-
Kumulative Liquiditätsposition zum 31. Dezember 1997	896	873	1.511	-	-

10 Informationen zur Aufteilung

Gemäß IAS 14 ist das primäre Segment des Fonds ein Produkt und das sekundäre geographisch bezogen. Per 31. Dezember 1998 umfaßt die Tätigkeit des Fonds vorwiegend ein Einzelprodukt (Banktätigkeit) sowie eine geographische Region (Moldau). Somit ist keine weitere Offenlegung erforderlich.

Bericht der Abschlussprüfer an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben die Bilanz des Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in Moldau zum 31. Dezember 1998 und die zugehörige Gewinn- und Verlustrechnung sowie den Mittelzufluß und die Mittelverwendung des Fonds für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, wie sie auf den Seiten 105 bis 107 wiedergegeben sind, geprüft. Die Aufstellung des Jahresabschlusses obliegt der Geschäftsführung der Bank. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage unserer Abschlussprüfung diesem Jahresabschluß ein Testat zu erteilen.

Wir haben bei unserer Prüfung die internationalen Grundsätze über die ordnungsgemäße Durchführung von Abschlussprüfungen befolgt. Nach diesen Grundsätzen sind wir gehalten, die Abschlussprüfung so zu planen und durchzuführen, daß wir mit hinreichender Sicherheit feststellen können, daß der Jahresabschluß keine wesentlichen Irrtümer enthält. Eine Abschlussprüfung umfaßt die stichprobenweise Nachweis- und Belegprüfung hinsichtlich der Ausweise und sonstigen Angaben des Jahresabschlusses. Sie beinhaltet auch eine Bewertung der bei der Erstellung des Abschlusses angewandten Rechnungslegungsvorschriften und der von der Geschäftsführung

vorgenommenen Schätzungen sowie der Darstellung des Jahresabschlusses insgesamt. Wir sind der Auffassung, daß die von uns durchgeführte Abschlussprüfung eine ausreichende Grundlage für unser Testat darstellt.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß in Übereinstimmung mit den internationalen Rechnungslegungsvorschriften in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage des Fonds zum 31. Dezember 1998 und der Ergebnisse der Geschäftstätigkeit sowie der Mittelherkunft und Mittelverwendung für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.



Arthur Andersen
London, 9. März 1999

Sonderfonds der EBWE für Technische Zusammenarbeit

Mittelzufluß und Mittelabfluß des Fonds

für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr	Anmerkung	Geschäftsjahr zum	Geschäftsjahr zum
		31. Dezember 1998 Ecu 000	31. Dezember 1997 Ecu 000
Bilanzvortrag		615	247
Einlagen	3	21	452
Zinsen und zinsähnliche Erträge		19	12
Auszahlungen	4	655	711
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5	(240)	(84)
		(19)	(12)
Fondsvermögen		396	615

Bilanz

zum 31. Dezember 1998	Anmerkung	31. Dezember 1998	31. Dezember 1997
		Ecu 000	Ecu 000
Aktiva			
Plazierungen bei Kreditinstituten	6	401	618
Sonstige Aktiva		1	2
Summe der Aktiva		402	620
Passiva			
Nicht zugeteiltes Fondsvermögen		97	447
Zugeteiltes Fondsvermögen	4	299	168
		396	615
Sonstige Verbindlichkeiten		6	5
Summe der Passiva		402	620

Anmerkungen zum Jahresabschluß

1 Errichtung des Sonderfonds

Die Errichtung des Sonderfonds der EBWE für Technische Zusammenarbeit („der Fonds“) wurde vom Direktorium der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (das Direktorium“) bei seiner Sitzung am 12./13. September 1995 bewilligt, und er wird im Rahmen der Bestimmungen des Sonderfonds, die ebenfalls zu diesem Zeitpunkt vom Direktorium bewilligt wurden, verwaltet. Nach Eingang der ersten Einlage nahm der Fonds im Juni 1996 seine Tätigkeit auf.

Der Fonds wurde gemäß Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank errichtet. Ziel des Fonds ist es, als Einrichtung für die Finanzierung von Projekten der Technischen Zusammenarbeit in den Einsatzländern der Bank zu dienen.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

i Generalnorm

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt. Eingänge und Auszahlungen werden nach Zahlungseingang erfolgswirksam verbucht. Zinserträge und betriebliche Aufwendungen sind periodengerecht abgegrenzt.

ii Fremdwährungen

Auszahlungen in einer anderen Währung als Ecu werden zu den zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles gültigen Wechselkursen umgerechnet. Zusagen abzüglich der Auszahlungen, die nicht in Ecu erfolgt sind, werden zu den am 31. Dezember 1998 gültigen Kassakursen umgerechnet.

Nach Ablösung des Ecu am 1. Januar 1999 werden in Zukunft die Jahresberichte des Fonds in Euro ausgewiesen.

iii Abgeschlossene Projekte

Ein Projekt gilt dann als abgeschlossen, wenn alle beteiligten Berater die Gesamtheit der vertraglichen Verpflichtungen erfüllt haben, und alle Rechnungen für das Projekt zur Auszahlung vorgelegt worden sind.

Bei Fertigstellung eines Projekts werden die nicht ausgezahlten zugesagten Beträge dem nicht zugeteilten Fondsvermögen zugeführt.

3 Einlagen

Die Einlagen während des Jahres umfassen Rückzahlungen von verschiedenen privaten Empfängern. Gemäß den Bestimmungen des Fonds können Einlagen nur von Gebern getätigt werden, die ein Beitragsabkommen mit der Bank unterzeichnet haben. Zum 31. Dezember 1998 hatten folgende neun Geberländer ein solches Abkommen unterzeichnet:

Finnland
Irland
Israel
Kanada
Norwegen
Portugal
Schweden
Schweiz
Vereinigtes Königreich

4 Zugeteiltes Fondsvermögen und Auszahlungen

Das zugeteilte Fondsvermögen besteht aus allen von der Bank im Rahmen des Fondsübereinkommens bewilligten Zusagen abzüglich der aufgelaufenen geleisteten Auszahlungen.

	Bewilligte Zusagen Ecu 000	Auszahlungen Ecu 000	Zugeteiltes Fondsvermögen Ecu 000
Laufende Projekte			
Stand 1. Januar 1998	252	84	168
Bewegungen im Geschäftsjahr	157	26	131
Stand 31. Dezember 1998	409	110	299
Fertiggestellte Projekte			
Stand 1. Januar 1998	-	-	-
Bewegungen im Geschäftsjahr	214	214	-
Stand 31. Dezember 1998	214	214	-
Projekte insgesamt			
Stand 1. Januar 1998	252	84	168
Bewegungen im Geschäftsjahr	371	240	131
Stand 31. Dezember 1998	623	324	299

5 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Sonstige betriebliche Aufwendungen umfassen die mit der Tätigkeit des Sonderfonds unmittelbar verbundenen Verwaltungskosten sowie die an die Bank für die Verwaltung des Sonderfonds zu entrichtenden Gebühren. Die Gebühr ist so festgelegt, daß sie die Zinseinkünfte abzüglich direkter Kosten nicht übersteigt.

6 Plazierungen bei Kreditinstituten

Alle Plazierungen bei Kreditinstituten bestehen aus auf Ecu lautenden Sichtguthaben.

Bericht der Abschlußprüfer an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben die Bilanz des Sonderfonds der EBWE für Technische Zusammenarbeit zum 31. Dezember 1998 sowie den zugehörigen Mittelzufluß und die Mittelverwendung des Fonds für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, wie sie auf den Seiten 108 bis 109 wiedergegeben sind, geprüft. Die Aufstellung dieses Jahresabschlusses obliegt der Geschäftsführung der Bank. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage unserer Abschlußprüfung diesem Jahresabschluß ein Testat zu erteilen.

Wir haben bei unserer Prüfung die internationalen Grundsätze über die ordnungsgemäße Durchführung von Abschlußprüfungen befolgt. Nach diesen Grundsätzen sind wir gehalten, die Abschlußprüfung so zu planen und durchzuführen, daß wir mit hinreichender Sicherheit feststellen können, daß der Jahresabschluß keine wesentlichen Irrtümer enthält. Eine Abschlußprüfung umfaßt die stichprobenweise Nachweis- und Belegprüfung hinsichtlich der Ausweise und sonstigen Angaben des Jahresabschlusses. Sie beinhaltet auch eine Bewertung der bei der Erstellung des Abschlusses angewandten Rechnungslegungsvorschriften und der von der Geschäftsführung vorgenommenen Schätzungen sowie der Darstellung des Jahresabschlusses insgesamt. Wir sind der Auffassung, daß die von uns durchgeführte Abschlußprüfung eine ausreichende Grundlage für unser Testat darstellt.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß auf der Grundlage der Ausführungen in Anmerkung 2 in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage des Fonds zum 31. Dezember 1998 sowie des Mittelzuflusses und Mittelabflusses für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.



Arthur Andersen
London, 9. März 1999

Sonderfonds zur Unterstützung von Finanzintermediären

Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr	Anmerkung	Geschäftsjahr zum	Geschäftsjahr zum
		31. Dezember 1998	31. Dezember 1997
		Ecu 000	Ecu 000
Zinsen und zinsähnliche Erträge			
Sonstige Zinsen		110	29
Devisen		(217)	68
Sonstiger betrieblicher Aufwand	3	(65)	(14)
Betriebs(verlust)/-gewinn vor Rückstellungen		(172)	83
Rückstellungen für Verluste	4	-	(62)
(Verlust)/Gewinn für das Geschäftsjahr		(172)	21

Bilanz

zum 31. Dezember 1998	Anmerkung	31. Dezember	31. Dezember
		1998	1997
		Ecu 000	Ecu 000
Aktiva			
Plazierungen bei Kreditinstituten		4.246	1.063
Sonstige Aktiva		15	2
Aktienanlagen	5	1.470	1.470
Zugesagte, aber noch nicht fällige Einlagen	6	6.859	-
Summe der Aktiva		12.590	2.535
Passiva			
Sonstige Verbindlichkeiten		51	760
Rückstellungen für allgemeine Bestandsrisiken	4	17	17
Einlagen	6	12.673	1.737
Rücklagen		21	-
(Verlust)/Gewinn für das Jahr		(172)	21
Beitragsressourcen		12.522	1.758
Summe der Verbindlichkeiten und Beitragsressourcen		12.590	2.535
Bilanzvermerke			
Zusagen	5	243	240

Übersicht über Veränderungen der Beitragsressourcen

für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr	Einlagen	Aufgelaufener	Gewinn/(Verlust) für	Gesamt
	Ecu 000	Gewinn	das Geschäftsjahr	Ecu 000
		Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000
Beitragsabkommen	1.737	-	-	1.737
Gewinn für das Geschäftsjahr	-	-	21	21
Stand 31. Dezember 1997	1.737	-	21	1.758
Beitragsabkommen	10.936	-	-	10.936
In die Sonderrücklage eingestellter Gewinn aus dem Vorjahr	-	21	(21)	-
Verlust für das Geschäftsjahr	-	-	(172)	(172)
Stand 31. Dezember 1998	12.673	21	(172)	12.522

Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung

für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr	Geschäftsjahr zum		Geschäftsjahr zum		
	31. Dezember 1998		31. Dezember 1997		
		Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit					
Betriebs(verlust)/-gewinn für das Geschäftsjahr:		(172)		21	
Anpassungen für:					
Wertberichtigungen für Verluste		-		62	
Betriebs(verlust)/-gewinn vor Veränderungen im Betriebsvermögen		(172)		83	
Zunahme betrieblicher Vermögenswerte:					
Zinsforderungen		(13)		(2)	
Zunahme sonstiger Verbindlichkeiten		41		10	
Nettobarmittel (verwendet)/bereitgestellt aus Geschäftstätigkeit		(144)		91	
Cashflow aus Investitionstätigkeit					
Mittel für Aktienanlagen		(750)		(765)	
Nettobarmittel verwendet für Investitionen		(750)		(765)	
Cashflow aus Finanzgeschäften					
Einlagen		4.077		1.737	
Nettobarmittel bereitgestellt aus Finanzgeschäften		4.077		1.737	
Nettozunahme an liquiden Mitteln und gleichgestellten Aktiva		3.183		1.063	
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum 1. Januar		1.063		-	
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum 31. Dezember		4.246		1.063	

Anmerkungen zum Jahresabschluß

1 Errichtung des Sonderfonds

Die Errichtung des Sonderfonds für Investitionen zur Unterstützung von Finanzintermediären („der Fonds“) wurde vom Direktorium der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung („die Bank“) bei seiner Sitzung vom 16. Dezember 1996 bewilligt. Der Fonds wird unter anderem im Rahmen der Bedingungen des Sonderfonds verwaltet, die das Direktorium zu diesem Zeitpunkt genehmigt hat. Nach Eingang der ersten Beiträge nahm der Fonds am 22. Mai 1997 seine Geschäftstätigkeit auf.

Der Fonds wurde in Übereinstimmung mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank errichtet. Ziel des Fonds ist es, Finanzintermediäre in den Einsatzländern der Bank durch Investitionen in ihr Kapital zu unterstützen.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

i Generalnorm

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt und entspricht den Internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen.

ii Fremdwährungen

Monetäre Aktiva und Passiva, die nicht auf Europäische Währungseinheiten (Ecu) lauten, werden zu den am 31. Dezember 1998 geltenden Kassakursen in Ecu umgerechnet. Nichtmonetäre Instrumente werden zu den zur Zeit des Geschäftsvorgangs geltenden Wechselkursen in Ecu ausgedrückt.

Einlagen werden zu den zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles geltenden Wechselkursen in Ecu umgerechnet. Ausstehende Einlagen werden zu den zum 31. Dezember 1998 geltenden Kassakursen in Ecu umgerechnet.

Wechselkursgewinne oder -verluste bei der Umrechnung von Aktiva und Passiva sowie bei Geschäftsvorfällen während des Berichtszeitraums werden in die Gewinn und Verlustrechnung eingestellt.

Nach der Ablösung des Ecu am 1. Januar 1999 werden in Zukunft die Jahresberichte des Fonds in Euro ausgewiesen.

iii Aktienanlagen

Aktienanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich Wertberichtigungen ausgewiesen. Dividenden werden bei Eingang ergebniswirksam verbucht.

iv Wertberichtigungen für Verluste und allgemeine Bestandsrisiken

Für Aktienanlagen werden Einzelwertberichtigungen in Höhe einer geschätzten dauernden Wertminderung gebildet. Allgemeine Wertberichtigungen für mögliche Verluste bei nichtstaatlichen Anlagen, die zum Ende des Jahres nicht spezifisch ausgewiesen wurden, werden in zwei Stufen vorgenommen: bei der Zusage und bei der Auszahlung. Wertberichtigungen für Bestandsrisiken werden zum Bilanzstichtag für latente im Bestand vertraglicher Zusagen und Aktienanlagen inhärente Verluste gebildet. Wertberichtigungen werden abzüglich der Auflösungen während des Geschäftsjahrs in der Gewinn- und Verlustrechnung verbucht. Einzelheiten zu den Wertberichtigungen des Fonds finden sich in Anmerkung 4. Gibt es keine Möglichkeit der Wiedereinbringung einer Aktienanlage, wird das Kapital mit der verbundenen Rückstellung verrechnet. Spätere Wiedereinbringungen abgeschriebener Beträge werden der Gewinn- und Verlustrechnung gutgeschrieben.

3 Sonstige Betriebsaufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten die mit der Geschäftstätigkeit des Fonds unmittelbar zusammenhängenden Verwaltungskosten sowie die an die Bank für die Verwaltung des Sonderfonds zu entrichtenden Gebühren. Diese werden gemäß Beitragsübereinkommen mit den Geberländern einzeln abgerechnet.

4 Wertberichtigungen für Verluste und allgemeine Bestandsrisiken

	1998	1997
	Aktien-	Aktien-
	anlagen	anlagen
	Ecu 000	Ecu 000
Zuführungen für Gewinn und Verlust		
Rückstellungen im Geschäftsjahr:		
Allgemeine Rückstellungen für:		
umlaufende Auszahlungen	-	45
noch nicht ausgezahlte Zusagen	-	4
Bestandsrisiken	-	13
Für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr	-	-
Für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Geschäftsjahr		62
		Aktien-
		anlagen
		Ecu 000
Veränderungen in der Rückstellung		
Zum 1. Januar 1998		62
Rückstellungsposten		-
Devisenanpassungen		-
Stand 31. Dezember 1998		62
<i>Bewertet nach:</i>		
Allgemeinen Rückstellungen für im Umlauf befindliche Auszahlungen		45
Rückstellungen für von Aktiva abgezogenen Verlusten		45
Allgemeine Rückstellungen für noch nicht ausgezahlte Zusagen		4
Bestandsrisiken		13
Rückstellungen für allgemeine Bestandsrisiken		17
Zum 31. Dezember 1998		62

Allgemeine Rückstellungen werden nach dem Risikoprinzip für nichtstaatliches Risikovermögen in zwei Schritten vorgenommen. Ein anfänglicher Betrag von 50 Prozent der Gesamtrückstellung wird zum Zeitpunkt der Zusage eingestellt und die verbleibende Hälfte bei Auszahlung. Die Rückstellung für Zusagen wird – zusammen mit einer Bestandsrisikorückstellung in Höhe von 0,75 Prozent der Zusagen abzüglich der Rückzahlungen – in die „Rückstellungen für allgemeine Bestandsrisiken“ eingeschlossen. Allgemeine Rückstellungen bei Auszahlung sowie Sonderrückstellungen werden als Abzüge von der Aktivakategorie „Aktienanlagen“ ausgewiesen.

5 Aktienanlagen

	Aktien- anlagen Ecu 000
Auszahlungen im Umlauf:	
Zum 1. Januar 1998	1.515
Auszahlungen	-
Zum 31. Dezember 1998	1.515
Rückstellungen zum 31. Dezember 1998	(45)
Gesamtsumme abzüglich Rückstellungen zum 31. Dezember 1998	1.470
Gesamtsumme abzüglich Rückstellungen zum 31. Dezember 1997	1.470
Zugesagt aber noch nicht ausgezahlt:	
Zum 31. Dezember 1998	243
Zum 31. Dezember 1997	240

Alle Aktienanlagen sind für Projekte in Slowenien bestimmt.

6 Einlagen

	1998 Ecu 000	1997 Ecu 000
Von den Geberländern zugesagte Einlagen werden nachfolgend aufgeführt:		
Kumulative eingegangene Einlagen		
Taipeh/China	4.077	-
Vereinigte Staaten von Amerika	1.737	1.737
	5.814	1.737
Zugesagte, aber noch nicht fällige Einlagen		
Taipeh/China	6.859	-
	6.859	-
Zum 31. Dezember	12.673	1.737
Gesamte Einlagen	Ecu 000	%
Taipeh/China	10.936	86,3
Vereinigte Staaten von Amerika	1.737	13,7
Zum 31. Dezember	12.673	100,0

7 Nettowährungsposition

	Ecu Ecu 000	Holländische Gulden Ecu 000	Slowenische Tolar Ecu 000	US-Dollar Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva					
Plazierungen bei Kreditinstituten	-	255	-	3.991	4.246
Sonstige Aktiva	-	1	-	14	15
Aktienanlagen	-	-	1.470	-	1.470
Zugesagte, aber noch nicht fällige Einlagen	-	-	-	6.859	6.859
Summe der Aktiva	-	256	1.470	10.864	12.590
Passiva					
Sonstige Verbindlichkeiten	(47)	-	-	(4)	(51)
Wertberichtigungen für allgemeine Bestandsrisiken	(17)	-	-	-	(17)
Summe der Verbindlichkeiten	(64)	-	-	(4)	(68)
Devisenposition zum 31. Dezember 1998	(64)	256	1.470	10.860	12.522
Devisenposition zum 31. Dezember 1997	(63)	862	765	194	1.758

Der Fonds weist seinen Jahresabschluß in Ecu aus, seine Tätigkeit wird jedoch in US-Dollar geführt.

8 Liquiditätsposition	Bis zu einem Monat Ecu 000	Über einen Monat und bis zu 3 Monaten Ecu 000	Laufzeit nicht näher bestimmt Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva				
Plazierungen bei Kreditinstituten	4.246	-	-	4.246
Sonstige Aktiva	15	-	-	15
Aktienanlagen	-	-	1.470	1.470
Zugesagte, aber noch nicht fällige Einlagen	-	-	6.859	6.859
Summe der Aktiva	4.261	-	8.329	12.590
Passiva				
Sonstige Verbindlichkeiten	-	(51)	-	(51)
Wertberichtigung für allgemeine Bestandsrisiken	-	-	(17)	(17)
Beitragsressourcen	-	-	(12.522)	(12.522)
Summe der Verbindlichkeiten und Beitragsressourcen	-	(51)	(12.539)	(12.590)
Liquiditätsposition zum 31. Dezember 1998	4.261	(51)	(4.210)	-
Kumulative Liquiditätsposition zum 31. Dezember 1998	4.261	4.210	-	-
Kumulative Liquiditätsposition zum 31. Dezember 1997	315	305	-	-

9 Information zur Aufteilung

Gemäß IAS 14 ist das primäre Segment des Fonds ein Produkt und das sekundäre geographisch bezogen. Per 31. Dezember 1998 umfaßt die Tätigkeit des Fonds vorwiegend ein Einzelprodukt (Banktätigkeit) sowie eine geographische Region (Slowenien). Somit ist keine weitere Offenlegung erforderlich.

Bericht der Abschlußprüfer an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben die Bilanz des Sonderfonds für Investitionen zur Unterstützung von Finanzintermediären zum 31. Dezember 1998 und die zugehörige Gewinn- und Verlustrechnung sowie den Mittelzufluß und die Mittelverwendung des Fonds für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, wie sie auf den Seiten 110 bis 113 wiedergegeben sind, geprüft. Die Aufstellung dieses Jahresabschlusses obliegt der Geschäftsführung der Bank. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage unserer Abschlußprüfung diesem Jahresabschluß ein Testat zu erteilen.

Wir haben bei unserer Prüfung die internationalen Grundsätze über die ordnungsgemäße Durchführung von Abschlußprüfungen befolgt. Nach diesen Grundsätzen sind wir gehalten, die Abschlußprüfung so zu planen und durchzuführen, daß wir mit hinreichender Sicherheit feststellen können, daß der Jahresabschluß keine wesentlichen Irrtümer enthält. Eine Abschlußprüfung umfaßt die stichprobenweise Nachweis- und Belegprüfung hinsichtlich der Ausweise und sonstigen Angaben des Jahresabschlusses. Sie beinhaltet auch eine Bewertung der bei der Erstellung des Abschlusses angewandten Rechnungslegungsvorschriften und der von der Geschäftsführung vorgenommenen Schätzungen sowie der Darstellung des Jahresabschlusses insgesamt. Wir sind der Auffassung, daß die von uns durchgeführte Abschlußprüfung eine ausreichende Grundlage für unser Testat darstellt.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß in Übereinstimmung mit den internationalen Rechnungslegungsvorschriften in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage des Fonds zum 31. Dezember 1998 und der Ergebnisse der Geschäftstätigkeit sowie der Mittelherkunft und Mittelverwendung für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.



Arthur Andersen
London, 9. März 1999

Projektbewilligungen 1998

Stand 31. Dezember 1998

Albanien

Kapitalbeteiligungsfonds für den Wiederaufbau in Albanien

Erstes Nichtbanken-Finanzinstitut in Albanien für mittel- und langfristige Finanzierungen an KMU.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Aktien

Bewilligt 15. September

Bewilligte Mittel 6,0 • Gesamte Investitionen 14,6

Armenien

ArmenTel Privatisierung

Erweiterung und Modernisierung des nationalen Telekommunikationsnetzes. Erste Privatisierung eines Versorgungsunternehmens in Armenien, weitaus größte ausländische Direktinvestition.

Telekommunikation • B/O • Aktien

Bewilligt 21. Juli

Bewilligte Mittel 66,5 • Gesamte Investitionen 250,9

Aserbajdschan

Ölprojekt Tschirag

Anlaufphase im Ölfeld Tschirag. Steigerung von Rohölproduktion und -export durch ein internationales Konsortium.

Öl- und Gasförderung • A/1 • Darlehen

Bewilligt 14. Juli

AMOCO Caspian Sea Finance Ltd

Unterzeichnet 17. Dezember

Bewilligte Mittel 28,2 • Gesamte Investitionen 513,4

LUKOIL Overseas

Unterzeichnet 30. Dezember

Bewilligte Mittel 16,5 • Gesamte Investitionen 302,0

Turkish Petroleum

Unterzeichnet 17. Dezember

Bewilligte Mittel 11,2 • Gesamte Investitionen 203,5

UNOCAL

Unterzeichnet 17. Dezember

Bewilligte Mittel 16,6 • Gesamte Investitionen 303,6

Early Oil Finance Co

Unterzeichnet 17. Dezember

Bewilligte Mittel 13,2 • Gesamte Investitionen 241,1

Bosnien und Herzegowina

Beseitigung von Kriegsfolgen im Bereich Telekommunikation

Wiederherstellung des Zugangs zu Telekommunikationseinrichtungen in kriegszerstörten Gebieten. Das Projekt dient auch der Vorbereitung von Umstrukturierung und schließlich der Privatisierung im Sektor.

Telekommunikation • B/O • Darlehen

Bewilligt 28. April • Unterzeichnet 3. Juli

Bewilligte Mittel 18,1 • Gesamte Investitionen 43,8

Bulgarien

Domaine Boyar A.D.

Modernisierung und Erweiterung der Produktionseinrichtungen von zwei Weingütern, Aufbau eines dritten auf Neuland. Erste private Großinvestition in der Weinverarbeitung Bulgariens.

Lebensmittel • B/1 • Darlehen und Aktien

Bewilligt 30. Juni • Unterzeichnet 29. Juli

Bewilligte Mittel 18,0 • Gesamte Investitionen 52,8

Celhart AD

Sanierung und Modernisierung der einzigen Produktionsstätte für Kraft-Papier und -Papiersäcke in Bulgarien.

Forstwirtschaft und Papierherstellung • B/1
Darlehen und Aktien

Bewilligt 15. September • Unterzeichnet 12. November

Bewilligte Mittel 13,2 • Gesamte Investitionen 39,3

Estland

Eesti Uhispank – Kreditlinie

Langfristige Kreditlinie.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Darlehen

Bewilligt 28. April • Unterzeichnet 29. April

Bewilligte Mittel 16,6 • Gesamte Investitionen 20,4

AS Norma

Erhöhte Wettbewerbsfähigkeit durch Modernisierung der Ausrüstung und Erneuerung von Produktionseinrichtungen bei Hersteller von Autosicherheitsgurten. Gleichzeitig Verbesserung der Umweltstandards.

Leichtindustrie • B/1 • Darlehen

Bewilligt 28. April • Unterzeichnet 29. Mai

Bewilligte Mittel 6,6 • Gesamte Investitionen 7,7

Hansapank – Nachrangige Wandelschuldverschreibung

Erhöhung eines nachrangigen Darlehens.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Aktien

Bewilligt 8. September • Unterzeichnet 16. September

Bewilligte Mittel 5,1 • Gesamte Investitionen 5,1

Hansapank – Syndiziertes Darlehen

Vorrangiges Interbankdarlehen an AS Hansapank.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Darlehen

Bewilligt 10. November • Unterzeichnet 17. November

Bewilligte Mittel 25,5 • Gesamte Investitionen 76,6

Baltex 2000

An Baltex 2000 zur abschließenden Modernisierung einer Baumwollweberei in Tallinn und Aufbau eines Strickwarenwerks bei Tochterunternehmen (Lotus Colours 2000) in Sindi.

Textilverarbeitung • B/1 • Darlehen und Aktien

Bewilligt 24. November • Unterzeichnet 4. Dezember

Bewilligte Mittel 8,7 • Gesamte Investitionen 28,9

Georgien

Omnibus TFP – Tbilisi Business Centre "TBC" Bank, Georgien

Handelsförderung, Kreditbrief-Garantie-Fazilität.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Darlehen

Bewilligt 10. März • Unterzeichnet 17. März

Bewilligte Mittel 1,7 • Gesamte Investitionen 1,7

Bank of Georgia – Vorrangiges Wandeldarlehen

Darlehen für Finanzierung mittel- und langfristiger Investitionsprojekte von KMU an zweitgrößte Bank in Georgien. Projekt soll Wettbewerb im Bankensektor stärken.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Darlehen

Bewilligt 2. Juni • Unterzeichnet 16. Juli

Bewilligte Mittel 6,0 • Gesamte Investitionen 6,0

Glasverpackungswerk Ksani

Modernisierung von Glasverpackungsanlagen. Das Projekt trägt zur Privatisierung, erhöhter Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit der Erzeugnisse, Energiewirksamkeit sowie zur Anwendung umweltschonenderer Verfahren bei.

Großindustrie • B/1 • Darlehen und Aktien

Bewilligt 2. Juni

Bewilligte Mittel 7,1 • Gesamte Investitionen 22,0

Erläuterungen

In den auf die Projektbeschreibung folgenden drei Zeilen finden Sie die folgenden Informationen:

Sektor • Umweltprüfungskategorie • Finanzierungstyp

Datum der Bewilligung durch das Direktorium • Datum der Unterzeichnung, wenn vor dem 9. März 1999

Bewilligte Mittel der EBWE • Gesamte Investitionen für das Projekt (in Millionen Ecu)

Darlehen sind zu den am 31. Dezember 1998 gültigen Wechselkursen ausgewiesen.

Aktien sind zu den am Tag der Auszahlung gültigen Ecu-Wechselkursen umgerechnet. Dadurch kann es zu Diskrepanzen zwischen den von der EBWE bewilligten Mitteln und den Gesamtinvestitionen kommen.

Aufgrund von Ab- und Aufrundungen ist es möglich, daß die Gesamtergebnisse nicht mit der Summe der Einzelprojekte übereinstimmen.

Umweltprüfungskategorien:

Das Projekt erfordert:

A – eine vollständige Prüfung zur Ermittlung der Umweltverträglichkeit

B – eine Umweltanalyse

C – keine Umweltverträglichkeitsprüfung oder Umweltanalyse

O – kein Ökoaudit

1 – ein Ökoaudit

Transkaukasische Eisenbahnverbindung

Verbesserung der wichtigsten internationalen Transitroute von Baku zu den Häfen Georgiens – vorrangiges Investitions- und Umstrukturierungsvorhaben als Beitrag zur Kommerzialisierung der georgischen Eisenbahnen.

Schiennetz und Bahnbetrieb • B/0 • Darlehen
Bewilligt 10. November • Unterzeichnet 22. Dezember
Bewilligte Mittel 17,1 • Gesamte Investitionen 28,5

Sanierung des Wasserkraftwerks Enguri

Verringerung schwerwiegender Elektrizitätsengpässe, Steigerung positiver Auswirkungen auf die Umwelt im Kraftwerk Enguri, des wichtigsten EVU.

Elektrizitätserzeugung • B/1 • Darlehen
Bewilligt 1. Dezember • Unterzeichnet 22. Dezember
Bewilligte Mittel 33,2 • Gesamte Investitionen 58,9

Kasachstan**Vorrangiges Wandeldarlehen – Kazkommertzbank**

Bereitstellung mittelfristiger Kreditressourcen für den Privatsektor in Kasachstan, Festigung der größten Bank im Privatsektor des Landes.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Darlehen
Bewilligt 28. April • Unterzeichnet 7. Juli
Bewilligte Mittel 34,3 • Gesamte Investitionen 34,3

Energieprojekt Karaganda

Programm für Reparatur und Modernisierung der Stromerzeugung und Wärmeverteilung in der zweitgrößten Stadt Kasachstans, Verbesserung der Umweltleistung.

Energieerzeugung • B/1 • Darlehen
Bewilligt 13. Oktober • Unterzeichnet 17. Dezember
Bewilligte Mittel 34,3 • Gesamte Investitionen 53,2

TuranAlem: Handelsfazilität

Teilprojekt des Handelsförderungsprogramms für Kasachstan.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Darlehen
Bewilligt 27. Oktober • Unterzeichnet 28. Oktober
Bewilligte Mittel 4,3 • Gesamte Investitionen 4,3

Kirgisistan**KMU-Kreditlinie II**

Garantierte Grundkreditlinie. Nationalbank Kirgisistans nimmt Mittel zur Weitervergabe an geeignete private Banken in Kirgisistan auf, zur Ausreichung an private KMU.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Darlehen
Bewilligt 30. Juni • Unterzeichnet 28. Juli
Bewilligte Mittel 17,1 • Gesamte Investitionen 17,1

Kroatien**Slavonska Banka d.d. Osijek**

Zum Abschluß von Privatisierung und Stabilisierung der wichtigsten Geschäftsbank in Slawonien, einer vom Krieg weitgehend zerstörten Region. Erste Privatisierung einer sanierten Bank Kroatiens.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Darlehen und Aktien
Bewilligt 7. April • Unterzeichnet 17. Juli
Bewilligte Mittel 9,6 • Gesamte Investitionen 20,8

Zagrebacka Banka – Fazilität zur Hypothekenfinanzierung

Hilfe für Kroatiens größte Bank bei der Vergabe langfristiger Wohnungsbaukredite an Privatkunden zur Erleichterung von Kauf oder Renovierung von Wohnungen.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Darlehen
Bewilligt 7. April • Unterzeichnet 27. April
Bewilligte Mittel 51,1 • Gesamte Investitionen 102,2

Umstrukturierung bei Podravka

Investition für Lebensmittelbetrieb Podravka in Koprivnica zur Unterstützung bei Umstrukturierung sowie zur Finanzierung einer Anlage zur Herstellung von Vegeta-Gewürzen.

Lebensmittel • B/1 • Aktien
Bewilligt 2. Juni • Unterzeichnet 10. Juli
Bewilligte Mittel 25,5 • Gesamte Investitionen 149,7

Programm für Deponiemodernisierung, Zagreb

Neue Mülldeponien zur Annäherung an die Umwelt-normen der EU bei einer der größten ungeordneten Deponien in Europa, die seit über 30 Jahren genutzt wird.

Umwelt • B/1 • Darlehen
Bewilligt 14. Juli • Unterzeichnet 18. November
Bewilligte Mittel 48,8 • Gesamte Investitionen 88,4

Modernisierung und Umstrukturierung bei der Eisenbahn Kroatiens

Dringend erforderliche Investitionen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit auf der Grundlage von Umstrukturierung und Marktorientierung zur Verbesserung der finanziellen und operativen Ergebnisse.

Schiennetz und Organisationsstrukturen
B/0 • Darlehen
Bewilligt 1. Dezember • Unterzeichnet 8. Dezember
Bewilligte Mittel 30,0 • Gesamte Investitionen 200,6

Bank Austria Kreditanstalt Croatia d.d. – Kapitalerhöhung

Beteiligung an Kapitalerhöhung.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Aktien
Bewilligt 15. Dezember • Unterzeichnet 23. Dezember
Bewilligte Mittel 4,4 • Gesamte Investitionen 4,4

Lettland**PAS Gutta**

Verbesserung der Liquidität und Erhöhung des Arbeitskapitals eines der größten Fruchtsafthersteller in den baltischen Ländern; Vorbereitung seiner Werke in Moskau und Kiew auf Verarbeitung lokaler Rohstoffe.

Lebensmittel • B/1 • Darlehen
Bewilligt 27. Oktober • Unterzeichnet 27. November
Bewilligte Mittel 12,0 • Gesamte Investitionen 35,2

Eisenbahnterminal im Hafen Ventspils

Bau eines neuen Rangierbahnhofs und einer Hafenan-schlussbahn für Ventspils; Bestandteil eines Investitionsprogramms mit Kofinanzierung durch EIB, EU-Phare und lettische Eisenbahn.

Verkehrswesen • B/0 • Darlehen
Bewilligt 24. November • Unterzeichnet 30. November
Bewilligte Mittel 17,6 • Gesamte Investitionen 920,8

Modernisierung des Sägewerks Nelss

Langfristiges Darlehen für größtes lettisches Sägewerk zur Finanzierung neuer Sägeeinrichtung als Ersatz der vorhandenen mit dem Ziel höherer Produktivität und Beseitigung von Verarbeitungsengpässen.

Forstwirtschaft und Papierherstellung • B/1 • Darlehen
Bewilligt 15. Dezember
Bewilligte Mittel 6,9 • Gesamte Investitionen 10,8

Litauen**Bankas Hermis – Nachrangiges Wandeldarlehen**

Festigung der Kapitalbasis einer der führenden Geschäftsbanken Litauens während einer starken Expansionsphase, Bereitstellung längerfristiger Finanzressourcen.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Darlehen
Bewilligt 7. April • Unterzeichnet 30. Juli
Bewilligte Mittel 9,2 • Gesamte Investitionen 9,2

PPF – Baltic PPF – Utenos Trikotazas

Spinnerei und Weberei in Litauen.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Aktien
Bewilligt 16. Juni • Unterzeichnet 17. Juni
Bewilligte Mittel 3,1 • Gesamte Investitionen 2,9

PPF – Baltic PPF – Trinyciai

Teilinvestition von Baltic PPF.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Darlehen und Aktien
Bewilligt 16. Juni • Unterzeichnet 17. Juni
Bewilligte Mittel 2,7 • Gesamte Investitionen 2,7

PPF – Baltic PPF – Kauno Pieno Centras

Speiseeisproduktion in Litauen.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Aktien
Bewilligt 30. Juni • Unterzeichnet 23. September
Bewilligte Mittel 2,5 • Gesamte Investitionen 2,6

Nachrangiges Darlehen für die Agricultural Bank

Stärkung der Kapitalgrundlage und Erhöhung der Liquidität der Bank, Beibehaltung ausreichender Finanzierung zur Fortführung der Umstrukturierung und Erhöhung der Ressourcen zur erweiterten Mittelvergabe an Bankkunden.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Darlehen
Bewilligt 21. Juli • Unterzeichnet 13. August
Bewilligte Mittel 7,7 • Gesamte Investitionen 10,2

Vilniaus Bankas – Nachrangiges Darlehen

Darlehen an die größte litauische Privatbank zur Erweiterung der Geschäftstätigkeit im Bereich Wirtschaft, Fortführung des angestrebten Wachstums unter Beibehaltung solider Kapitalausstattung.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Darlehen
Bewilligt 21. Juli • Unterzeichnet 14. August
Bewilligte Mittel 10,2 • Gesamte Investitionen 10,2

EJR Mazedonien¹

Stopanska Banka a.d.

Privatisierung und Umstrukturierung der größten Bank des Landes mit über 1,5 Millionen Kleinspar- und Verwahrkonten sowie 35 Prozent des Bankvermögens Mazedoniens.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Darlehen und Aktien

Bewilligt 19. Mai • Unterzeichnet 10. Juni

Bewilligte Mittel 15,3 • Gesamte Investitionen 20,4

Makstil

Modernisierung von Stahlproduktions- und Gußeinrichtungen sowie eines Grobblechwerks in Skopje. Größte Investition eines internationalen strategischen Investors in der EJR Mazedonien.

Schwerindustrie • B/1 • Darlehen

Bewilligt 15. September • Unterzeichnet 24. November

Bewilligte Mittel 12,9 • Gesamte Investitionen 60,0

¹ Das Direktorium hat 21,5 Millionen Ecu für ein Projekt zur Telekommunikationsprivatisierung in Mazedonien bewilligt, das zur Zeit ruht.

Moldau

Flugplatz Chisinau

Modernisierung des Passagierterminals mit dem größten moldauischen Passagieraufkommen; bessere Abfertigung der Reisenden gemäß internationalen Vorschriften.

Flughäfen und Flugleitsysteme • B/0 • Darlehen

Bewilligt 19. Mai • Unterzeichnet 25. Juni

Bewilligte Mittel 7,7 • Gesamte Investitionen 10,3

Metallurgiewerk Moldau

Fazilität zur Finanzierung von Betriebskapital eines erfolgreichen modernen Stahlwerks. Zielstellung: verbesserte Wettbewerbsposition, höhere Gewinne und Erleichterung erwarteter Privatisierung.

Großindustrie • Finanzinstitutionen • Darlehen

Bewilligt 15. September

Bewilligte Mittel 12,9 • Gesamte Investitionen 12,9

Moldova-Agroindbank – Erstrangiges Wandeldarlehen

Hilfe bei Umstrukturierung der Anteilseigner, institutionelle Weiterentwicklung größter Geschäftsbank Moldaus. Einsatz der Mittel zur Erweiterung des Darlehensbestands und erhöhter Wettbewerbsfähigkeit.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Darlehen

Bewilligt 15. Dezember • Unterzeichnet 18. Dezember

Bewilligte Mittel 6,9 • Gesamte Investitionen 6,9

Polen

Vor-Erstemission-L.P.

Einrichtung gemeinsamer Investitionsfazilität für Parallelinvestitionen mit bereits bestehendem Fonds in direkte Kapitalbeteiligungen polnischer KMU.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Aktien

Bewilligt 10. März • Unterzeichnet 2. April

Bewilligte Mittel 17,0 • Gesamte Investitionen 41,3

Reparaturen an kommunaler Infrastruktur nach Überschwemmung in Breslau

Erneuerung der überschwemmungsgeschädigten kommunalen Verkehrsinfrastruktur; Verbesserung der Kreditwürdigkeit von Breslau, das am meisten unter der Überschwemmung im Juli 1997 gelitten hat.

Umwelt • B/0 • Darlehen

Bewilligt 28. April • Unterzeichnet 29. April

Bewilligte Mittel 16,0 • Gesamte Investitionen 36,0

Bank Pekao S.A. – Grupa Pekao S.A.

Kapitaleinlage in größter polnischer Bankgruppe zur Finanzierung erwarteten Wachstums bei Aktiva mit Zinseinkommen, Investitionen für Technik und Modernisierung der Arbeitsorganisation.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Aktien

Bewilligt 16. Juni • Unterzeichnet 29. Juni

Bewilligte Mittel 88,1 • Gesamte Investitionen 85,7

Stadtverkehrsprojekt Krakau

Ermöglicht der drittgrößten polnischen Stadt die Finanzierung einer Straßenbahnschnellverbindung entlang der Nord-Süd-Achse. Langfristige Finanzierung basiert auf Direktdarlehen an die Stadt ohne staatliche Garantie.

Verkehrswesen • A/0 • Darlehen

Bewilligt 8. September • Unterzeichnet 2. Oktober

Bewilligte Mittel 45,0 • Gesamte Investitionen 121,8

MPF – Slodownia Soufflet – Polska SARL

Mälzerei in Polen.

Lebensmittel • B/0 • Darlehen

Bewilligt 29. September • Unterzeichnet 30. Oktober

Bewilligte Mittel 9,1 • Gesamte Investitionen 26,6

Telekomunikacja Polska S.A.

Die EBWE fungiert als zentraler Investor bei Erstemission des wichtigsten Telekommunikationsunternehmens in Polen. Projekt vervollständigt wichtigen Bestandteil des Liberalisierungsprogramms der Regierung.

Telekommunikation • C/1 • Aktien

Bewilligt 27. Oktober • Unterzeichnet 17. November

Bewilligte Mittel 64,9 • Gesamte Investitionen 1.028,9

MVV ESCO MPF

Multi-Projekt-Fazilität zur Finanzierung von Energiedienstleistungsunternehmen.

Energieverteilung • Finanzinstitutionen
Darlehen und Aktien

Bewilligt 1. Dezember

Bewilligte Mittel 18,7 • Gesamte Investitionen 67,2

MVV ESCO Polen

Erstes Teilprojekt von MVV-ESCO-MPF.

Energieverteilung • Finanzinstitutionen
Darlehen und Aktien

Bewilligt 1. Dezember • Unterzeichnet 14. Dezember

Bewilligte Mittel 7,3 • Gesamte Investitionen 25,9

MPF Lafarge: Lafarge Polska – Kapitalerhöhung

Kapitalerhöhung einer MPF-Holding in Polen.

Groß- und Einzelhandel • C/0 • Aktien

Bewilligt 15. Dezember • Unterzeichnet 17. Dezember

Bewilligte Mittel 6,2 • Gesamte Investitionen 28,2

Rumänien

Kapitalerhöhung bei Ion Tiriac Bank

Beteiligung an Kapitalerhöhung.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Darlehen und Aktien

Bewilligt 10. Februar • Unterzeichnet 20. Februar

Bewilligte Mittel 17,8 • Gesamte Investitionen 17,6

PPF – Rumänischer PPF – ADESGO, S.A.

Unterstützung bei Expansion und Konsolidierung eines Werks für Damenbekleidung.

Finanzierung • C/0 • Darlehen und Aktien

Bewilligt 28. April • Unterzeichnet 10. Juli

Bewilligte Mittel 1,6 • Gesamte Investitionen 2,7

Continental Hotels

Für rumänisches Privatunternehmen zur Fertigstellung und Modernisierung von Hotels in Constanza und Bukarest sowie Modernisierung weiterer durch Privatisierung erworbener Hotels in Rumänien.

Tourismus und Freizeitgestaltung • B/0
Darlehen und Aktien

Bewilligt 19. Mai • Unterzeichnet 24. Juni

Bewilligte Mittel 9,9 • Gesamte Investitionen 27,9

IMGB/FECNE-Privatisierung

Privatisierung und Modernisierung von zwei Schwerindustriewerken. Internationaler Maschinenbaukonzern Kværner unterstützt als Sponsor bei Qualifizierung und Erweiterung des Fachwissens.

Großindustrie • B/1 • Darlehen und Aktien

Bewilligt 19. Mai • Unterzeichnet 24. September

Bewilligte Mittel 23,5 • Gesamte Investitionen 73,4

Bank Post – Nachrangiges Wandeldarlehen

Unterstützung für geplante Privatisierung einer großen Geschäftsbank im Staatsbesitz durch Ermutigung des Interesses von Privatinvestoren, Hilfe bei der Förderung eines soliden privaten Bankensystems in Rumänien.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Darlehen

Bewilligt 16. Juni • Unterzeichnet 10. Juli

Bewilligte Mittel 8,6 • Gesamte Investitionen 8,6

Italienisch-Rumänisches Unternehmen für industrielle Entwicklung (IRIDE)

Unternehmen mit Programm für Lagereinrichtungen nach internationaler Norm, um großem Mangel in Rumänien abzuwehren; Effektivierung der Versorgungskette.

Bauwesen • B/0 • Darlehen und Aktien

Bewilligt 27. Oktober • Unterzeichnet 17. Dezember

Bewilligte Mittel 10,6 • Gesamte Investitionen 33,3

Samsung MPF – Otelinox

Privatisierung eines Edelstahl- und Speziallegierungswerks.

Großindustrie • Finanzinstitutionen • Aktien

Bewilligt 10. November • Unterzeichnet 18. Dezember

Bewilligte Mittel 15,4 • Gesamte Investitionen 62,1

MobiFon (CONNEX GSM) Phase II

Erweiterung existierender Darlehensfazilitäten für Entwurf, Bau und Betrieb eines nationalen Mobilfunknetzes (GSM-900) in Rumänien. Projekterweiterung aufgrund großen Bedarfs.

Telekommunikation • B/0 • Darlehen

Bewilligt 24. November • Unterzeichnet 20. Januar 99

Bewilligte Mittel 25,7 • Gesamte Investitionen 150,1

Russische Föderation**Joint Venture Fiat-GAS**

Aufbau eines Unternehmens in Nishnij Nowgorod für die Produktion von Fiat-PKWs für den Binnenmarkt. Erste große Auslandsdirektinvestition in russischer Autoindustrie.

Verarbeitung • B/1 • Darlehen und Aktien

Bewilligt 13. Januar • Unterzeichnet 11. Februar

Bewilligte Mittel 102,9 • Gesamte Investitionen 480,2

Modernisierungsprojekt Flughafen Tolmatschewo

Durchführung dringend erforderlicher Verbesserungen am Inlandsabflug-Terminal, Kauf erforderlicher Ausrüstungen für den Flughafen von Nowosibirsk.

Flughäfen und Flugleitsysteme • B/0 • Darlehen

Bewilligt 10. Februar • Unterzeichnet 30. Juni

Bewilligte Mittel 8,6 • Gesamte Investitionen 14,2

Tschernogorneft II

Entwicklung des Ölfelds Samotlor, eines der größten der Welt. Ergänzungsfinanzierung für frühere Transaktion. Ziel: Stabilisierung und Erweiterung der Ölförderung.

Öl und Gas • A/1 • Darlehen

Bewilligt 7. April

Bewilligte Mittel 68,6 • Gesamte Investitionen 102,9

Den Norske Bank Murmansk

EBWE übernimmt 30 Prozent einer neuen Bank für Großkunden zur Unterstützung des Sektors Finanzinstitute in Nordwest-Rußland; Einführung wettbewerbsfähiger Bankprodukte und -dienstleistungen.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Aktien

Bewilligt 2. Juni • Unterzeichnet 26. Juni

Bewilligte Mittel 4,5 • Gesamte Investitionen 12,9

Newskij 49, Sankt Petersburg

Bau und Betrieb eines Hotels mit 164 Zimmern für Geschäftsleute und Touristen nach internationalen Standards auf Newskij Prospekt. Erster vollständig privat finanzierter Hotelneubau Rußlands.

Tourismus und Freizeitgestaltung • B/0 • Darlehen

Bewilligt 16. Juni • Unterzeichnet 9. Dezember

Bewilligte Mittel 12,4 • Gesamte Investitionen 24,8

SBS-Agro – Kreditlinienfazilität

Ermöglicht führender Geschäftsbank Finanzierung von Investitionsprojekten im Privatsektor, vorwiegend für Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und industriellen Anschlußbereich.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Darlehen

Bewilligt 21. Juli

Bewilligte Mittel 25,7 • Gesamte Investitionen 42,9

Hotel Astoria

Modernisierung eines überalterten Hotelkomplexes mit 436 Zimmern in Sankt Petersburg. Angestrebt wird internationaler Standard zur Förderung von mehr Wettbewerb und Beitrag zu Tourismus und Wirtschaft.

Tourismus und Freizeitgestaltung • B/0
Darlehen und Aktien

Bewilligt 21. Juli

Bewilligte Mittel 12,9 • Gesamte Investitionen 58,0

Permex LLC – Entwicklung von Erdölvorkommen

Entwicklung eines Erdölvorkommens in der Region Perm. Verpflichtung des Unternehmens, zuverlässige Regeln für Unternehmensführung anzuwenden, dient Ölfirmen in der Region als Beispiel.

Öl- und Gasförderung • A/1 • Darlehen

Bewilligt 24. November

Bewilligte Mittel 21,4 • Gesamte Investitionen 176,6

New Telephone Company (NTC)

Darlehen an neue Telefonfirma in Wladiwostok.

Telekommunikation • B/0 • Darlehen

Bewilligt 15. Dezember

Bewilligte Mittel 14,6 • Gesamte Investitionen 43,7

Slowakische Republik**Bucina Zvolen a.s.**

Darlehen für Modernisierung und Erweiterung des Kernbereichs eines Holzverarbeitungsunternehmens sowie der Energieversorgung. Positive Auswirkungen auch auf Nutzung von Abprodukten und Recycling.

Forstwirtschaft und Papierherstellung • B/1 • Darlehen

Bewilligt 16. Juni • Unterzeichnet 19. Juni

Bewilligte Mittel 14,6 • Gesamte Investitionen 14,6

Programm für Getreideeinlagerungsbestätigungen

Einführung gesicherter Mittelvergabe für jahreszeitlich bedingten Betriebskapitalbedarf von Landwirten unter Nutzung von Einlagerungsgütern bei Verwaltung durch örtliche Pol'nobanka.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Darlehen

Bewilligt 8. September • Unterzeichnet 22. September

Bewilligte Mittel 16,9 • Gesamte Investitionen 51,1

Slowenien**Klärwerk Maribor**

Bau eines Klärwerks zur Behandlung der Abwässer von Maribor entsprechend EU-Normen. Erste derartige Einrichtung mit Bau-, Betriebs- und Transferfinanzierung (BOT) in der Region.

Umwelt • A/0 • Darlehen

Bewilligt 24. November

Bewilligte Mittel 14,8 • Gesamte Investitionen 43,4

Alpina d.d.

Umstrukturierung von Betrieb und Finanzierung beim größten Schuhproduzenten des Landes, Beitrag zu erhöhter Wettbewerbsfähigkeit und höherem Gewinn.

Leichtindustrie • C/1 • Darlehen und Aktien

Bewilligt 1. Dezember • Unterzeichnet 22. Dezember

Bewilligte Mittel 6,1 • Gesamte Investitionen 6,1

Tadschikistan**Obi-Zulol Wasser**

Bau und Betrieb einer Flaschenabfüllanlage für Wasser und alkoholfreie Getränke in Ura-Tjube, für Produktion von mehr einwandfreiem Trinkwasser in Tadschikistan.

Nahrungsmittel • B/0 • Darlehen und Aktien

Bewilligt 30. Juni • Unterzeichnet 4. September

Bewilligte Mittel 4,5 • Gesamte Investitionen 10,8

Tschechische Republik**CS-Kapitalbeteiligung vor Privatisierung**

Investition zur Stabilisierung der Eigentumsituation der zweitgrößten Bank im Land, Erhöhung ihrer Attraktivität für potentielle Investoren vor Privatisierung.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Aktien

Bewilligt 2. Juni • Unterzeichnet 9. Juni

Bewilligte Mittel 67,0 • Gesamte Investitionen 70,4

Ukraine**Kreditlinie II für Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen**

Unterstützung vielversprechender ukrainischer Privatbanken bei Umwandlung in zuverlässige Finanzmittler und wettbewerbsfähige Institute durch verbesserte Kreditvergabe und Unterstützung bei Entwicklung des institutionellen Umfelds.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Darlehen

Bewilligt 28. April • Unterzeichnet 8. Mai

Bewilligte Mittel 75,7 • Gesamte Investitionen 113,8

Saporishia – Ausbau des Wasserwerks, Investitionsprogramm

Für dringend erforderliche Investitionen im Wasser- und Abwassersektor in Saporishia, zur Verbesserung der Umweltsituation und des Versorgungsangebots.

Gas und sanitäre Dienstleistungen • B/0 • Darlehen

Bewilligt 27. Oktober

Bewilligte Mittel 25,7 • Gesamte Investitionen 41,4

Procter & Gamble, Ukraine

Erweiterung der Produktions- und Verteilungseinrichtungen in der Ukraine

Chemieindustrie • B/1 • Aktien

Bewilligt 10. November • Unterzeichnet 30. Dezember

Bewilligte Mittel 25,7 • Gesamte Investitionen 117,2

Hotel Radisson SAS, Kiew

Bau und Betrieb eines dringend erforderlichen Hotels für Geschäftskunden (244 Betten). Erster vollständig privat finanzierter Hotelneubau dieser Kategorie in der Ukraine.

Tourismus und Freizeitgestaltung • B/0

Darlehen und Aktien

Bewilligt 1. Dezember • Unterzeichnet 12. Dezember

Bewilligte Mittel 13,6 • Gesamte Investitionen 39,5

Ungarn

Zweiter Wagniskapitalfonds für Ungarn

Investition in neuen Fonds mit der Strategie direkter Kapitalbeteiligungen an technologieorientierten Unternehmen, vor allem in Ungarn.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Aktien

Bewilligt 16. Juni

Bewilligte Mittel 18,2 • Gesamte Investitionen 91,0

Budapest – Privatisierung der Abwasserentsorgung

Verbesserter Betrieb und solidere Finanzstruktur kommunaler Klärwerke in Budapest; Erweiterung privater Beteiligung auf weiteren Schlüsselbereich der ungarischen Wirtschaft.

Gas und sanitäre Dienstleistungen • C/1 • Aktien

Bewilligt 24. November • Unterzeichnet 29. Dezember

Bewilligte Mittel 22,7 • Gesamte Investitionen 75,7

Usbekistan

Taschkent – Projekt zur Modernisierung der Festmüllentsorgung

Projekt zur Verbesserung der grundlegenden Infrastruktur von Taschkent für Entsorgung von Festmüll aus Industrie und Haushalten. Dadurch Lösung dringender Umweltprobleme und Abwendung von Gefahren im Bereich des kommunalen Gesundheitswesens.

Umwelt • B/1 • Darlehen

Bewilligt 1. Dezember • Unterzeichnet 16. Dezember

Bewilligte Mittel 16,5 • Gesamte Investitionen 35,2

Regional

Multiprojektfazilität für die Landwirtschaft

Multiprojektfazilität zur Unterstützung von Finanzierungsfazilitäten für landwirtschaftliche Ausrüstungen.

Nahrungsmittel • Finanzinstitutionen
Darlehen und Aktien

Bewilligt 27. Januar

Bewilligte Mittel 100,0 • Gesamte Investitionen 300,0

Phase II, Darlehensprogramm für MBA-Studenten

Folgt Modell eines bestehenden Finanzierungskonzepts für Studenten.

Bildungswesen • C/0 • Darlehen

Bewilligt 27. Januar • Unterzeichnet 7. Dezember

Bewilligte Mittel 2,6 • Gesamte Investitionen 5,1

Fazilität für Direktinvestitionen (DIF) der EBWE

Mittel für Kapitalbeteiligungen für Privatunternehmen in Ländern in der frühen Übergangsphase.

Finanzierung • B/I • Aktien

Bewilligt 24. Februar

Bewilligte Mittel 25,7 • Gesamte Investitionen 25,7

Russischer Fonds für Kommunikations- und Informationstechnologie

Privater, auf den Sektor Medien und Kommunikation in der GUS und den baltischen Ländern, ausgerichteter Kapitalbeteiligungsfonds.

Telekommunikation • Finanzinstitutionen • Aktien

Bewilligt 19. Mai

Bewilligte Mittel 8,6 • Gesamte Investitionen 85,8

Innova/98 L.P.

Investition in Direktfonds für Aktien. Investition in einen direkten Aktienfonds für KMU, vor allem in Polen, aber auch in Rumänien, der Tschechischen Republik und Ungarn.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Aktien

Bewilligt 19. Mai • Unterzeichnet 10. Juni

Bewilligte Mittel 17,1 • Gesamte Investitionen 107,2

Koinvestition, TPG II

Koinvestition mit TPG II (vorrangig in der GUS).

Leichtindustrie • Finanzinstitutionen • Aktien

Bewilligt 21. Juli

Bewilligte Mittel 53,6 • Gesamte Investitionen 203,6

European Broadcasting Systems

Holding für den Erwerb von Fernsehsendern.

Telekommunikation • B/0 • Aktien

Bewilligt 29. September • Unterzeichnet 17. Dezember

Bewilligte Mittel 25,7 • Gesamte Investitionen 103,2

AIG New Europe Fund

Ein von der American International Group (AIG) geförderter Fonds für Direktbeteiligungen in Mitteleuropa mit Schwerpunkt Industriekonsolidierung und Entwicklung lokaler Marktführer.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Aktien

Bewilligt 24. November

Bewilligte Mittel 42,9 • Gesamte Investitionen 271,8

Emerging Europe Capital Investors LDC

Regionalfonds für Mitteleuropa.

Finanzierung • Finanzinstitutionen • Aktien

Bewilligt 1. Dezember

Bewilligte Mittel 25,7 • Gesamte Investitionen 32,2

Bewilligte Mittel insgesamt **2.003,0**

Projektinvestitionen insgesamt **8.649,4**

Gouverneure

Gouverneure und Stellvertretende Gouverneure

31. Dezember 1998

Mitglied	Gouverneure	Stellvertretende Gouverneure	Vorsitzender des Gouverneursrats
Ägypten	Ahmad Ahmad Goueli	Youssef Boutros-Ghali	Gouverneur für Griechenland (Yannos Papantoniou)
Albanien	Ermelinda Meksi	Adriana Berberi	
Armenien	Armen R. Darbinian	Tigran Sargisian	
Aserbaidschan	Elman S. Roustamow	Fuad Achundow	
Australien	Peter Costello	Kathy Sullivan	
Belgien	Jean-Jacques Viseur	Jean-Paul Arnoldi	
Bosnien und Herzegowina	Neven Tomic	–	
Bulgarien	Murawej Radew	Martin Saimow	Gouverneur für Bulgarien (Murawej Radew)
Dänemark	Marianne Jelved	Michael Dithmer	
Deutschland	Oskar Lafontaine	Heiner Flassbeck	
Estland	Mart Opmann	Agu Lellep	
Finnland	Sauli Niinistö	Leif Fagernäs	
Frankreich	Dominique Strauss-Kahn	Jean Lemierre	
Georgien	Teimuras Mamatsashwili	Konstantin Saldastanishwili	
Griechenland	Yannos Papantoniou	Stefanos Avgouleas	
Irland	Charlie McCreevy	Paddy Mullarkey	
Island	Finnur Ingólfsson	Thórdur Fridjónsson	
Israel	Jacob A. Frenkel	Ben-Zion Zilberfarb	
Italien	Carlo A. Ciampi	Mario Draghi	
Japan	Kiichi Miyazawa	Masaru Hayami	
Kanada	Paul Martin	Donald W. Campbell	
Kasachstan	Anwar Saidenow	Ourkaly Issaew	
Kirgisistan	Marat Sultanow	Chol-Hwan Chon	
Republik Korea	Kyu Sung Lee	Josip Kulisic	
Kroatien	Borislav Skegro	Ainars Slesers	
Lettland	Roberts Zile	Roland Marxer	
Liechtenstein	Michael Ritter	Jonas Niaura	
Litauen	Algirdas Semeta	Jean Guill	
Luxemburg	Jean-Claude Juncker	Emanuel Ellul	
Malta	John Dalli	Abdelfettah Benmansour	
Marokko	Fathallah Oualalou	Zlatka Popovska	
EJR Mazedonien	Taki Fiti	Martin Werner	
Mexiko	José A. Gurría	Dumitru Ursu	
Moldau	Ion Sturza	Richard Grant	
Neuseeland	Don McKinnon	Jozias van Aartsen	
Niederlande	Gerrit Zalm	Harriet E. Berg	
Norwegen	Gudmund Restad	Hans-Dietmar Schweisgut	
Österreich	Rudolf Edlinger	Krzysztof Ners	
Polen	Hanna Gronkiewicz-Waltz	Fernando Teixeira dos Santos	
Portugal	António de Sousa Franco	Mugur Isarescu	
Rumänien	Decebal Traian Remes	Alexei L. Kudrin	
Russische Föderation	Wiktor W. Geraschtschenko	Kari Lotsberg	
Schweden	Erik Åsbrink	Rudolf Ramsauer	
Schweiz	Pascal Couchepin	Vladimír Masár	
Slowakische Republik	Brigita Schmögnerová	Meta Bole	
Slowenien	Mitja Gaspari	Elena Pisonero	
Spanien	Rodrigo Rato	Naurus A. Waliew	
Tadschikistan	Murotali M. Alimardonow	Josef Tosovský	
Tschechische Republik	Ivo Svoboda	Cüneyt Sel	
Türkei	Yener Dinçmen	Alexander Grischin	
Turkmenistan	Hudaiberdy A. Orasow	Victor A. Juschtschenko	
Ukraine	Igor O. Mitjukow	Werner Riecke	
Ungarn	Zsigmond Járαι	Abdurafik A. Achadow	
Usbekistan	Rustam S. Asimow	Clare Short	
Vereinigtes Königreich	Gordon Brown	Stuart Eizenstat	
Vereinigte Staaten von Amerika	Robert Rubin	Nikolai P. Saitschenko	
Weißrußland	Walerij I. Kokorew	Antonis Malaos	
Zypern	Christodoulos Christodoulou	Giovanni Ravasio	
Europäische Gemeinschaft	Yves-Thibault de Silguy	Wolfgang Roth	
Europäische Investitionsbank	Sir Brian Unwin		

Stellvertretende Vorsitzende des Gouverneursrats

Gouverneur für Norwegen (Gudmund Restad)
Gouverneur für Bulgarien (Murawej Radew)

Alle Befugnisse der EBWE liegen beim Gouverneursrat. Der Gouverneursrat hat viele seiner Befugnisse auf das Direktorium übertragen, das für die Leitung der allgemeinen Geschäftstätigkeit der Bank verantwortlich ist. Unter anderem legt das Direktorium Richtlinien fest und trifft Entscheidungen in Verbindung mit Darlehen, Kapitalbeteiligungen und anderen Geschäften, die den allgemeinen Grundsätzen des Gouverneursrats entsprechen.

Der Präsident steht dem Direktorium vor. Unter Anleitung des Direktoriums führt er die laufenden Geschäfte der Bank und ist als Personalchef für die Organisation und die Ernennung von Mitarbeitern verantwortlich.

Direktoren

Direktoren und Stellvertretende Direktoren

31. Dezember 1998

Direktoren

Byongwon Bahk
Jan Bielecki
Staffan Crona
Sylvain de Forges
Torsten Gersfelt
Joaquin de la Infiesta
Wilhelm Jaggi

Michail Jernow
Roger Lavelle
Heiner Luschin
Michael McCulloch
Patrice Muller
Kari Nars
Philippe Petit-Laurent
Jurij Polunejew
Enzo Quattrocioche
Norbert Radermacher
Karen Shepherd
Bernard Snoy
Kazuhiro Tatebe
Zdenek Tuma
Pim van Ballekom
Stefanos Vavalidis

Stellvertretende Direktoren

Jim Short
Boshidar Kabaktschiew
Baldur Erlingsson
Lucien Bernadine
Tony Brown
Carlos Escribano
Mehmet Kaytaz

Michail Tatjantschenko
Walter Cernoia
Gideon Schurr
Alex Gibbs
Tom MacDonald
Rolf Næss
Vassili Lelakis
Maria Sultanoiu
Pasquale Terracciano
Jörg Ranau
–
Georges Heinen
Takashi Kurai
Károly Soós
Dick Knook
António de Almeida

Länderbereich

Korea/Australien/Neuseeland/Ägypten
Polen/Bulgarien/Albanien
Schweden/Island/Estland
Frankreich
Dänemark/Irland/Litauen/EJR Mazedonien
Spanien/Mexiko
Schweiz/Türkei/Liechtenstein/Uzbekistan/Kirgisistan
Aserbaidschan/Turkmenistan
Russische Föderation/Weißrußland/Tadschikistan
Europäische Investitionsbank
Österreich/Israel/Zypern/Malta/Kasachstan ¹
Vereinigtes Königreich
Kanada/Marokko
Finnland/Norwegen/Lettland
Europäische Gemeinschaft
Ukraine/Rumänien/Moldau/Georgien/Armenien
Italien
Deutschland
Vereinigte Staaten von Amerika
Belgien/Luxemburg/Slowenien
Japan
Tschechische Republik/Ungarn/Slowakische Republik/Kroatien
Niederlande
Griechenland/Portugal

Direktoriums-ausschüsse

31. Dezember 1998

Finanzprüfungsausschuß

Kari Nars (Vorsitzender)
Torsten Gersfelt (Stellvertretender Vorsitzender)
Byongwon Bahk
Jan Bielecki
Roger Lavelle
Heiner Luschin
Michael McCulloch

Ausschuß für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit

Enzo Quattrocioche (Vorsitzender)
Michail Jernow (Stellvertretender Vorsitzender)
Staffan Crona
Sylvain de Forges
Wilhelm Jaggi
Philippe Petit-Laurent
Karen Shepherd
Bernard Snoy

Ausschuß für Budget und Verwaltungsangelegenheiten

Patrice Muller (Vorsitzender)
Pim van Ballekom (Stellvertretender Vorsitzender)
Joaquin de la Infiesta
Jurij Polunejew
Norbert Radermacher
Kazuhiro Tatebe
Zdenek Tuma
Stefanos Vavalidis

Lenkungsgruppe des Direktoriums

Wilhelm Jaggi (Vorsitzender)
Michael McCulloch (Stellvertretender Vorsitzender)
Torsten Gersfelt
Michail Jernow
Patrice Muller
Kari Nars
Enzo Quattrocioche
Pim van Ballekom
Antonio Maria Costa (Generalsekretär)

Der Finanzprüfungsausschuß befaßt sich mit der Ernennung und dem Aufgabenbereich der externen Rechnungsprüfer. Er überprüft den Jahresabschluß, die allgemeinen Rechnungslegungsprinzipien, die Grundsätze und Tätigkeit des Innenrevisors, die Genehmigung der Ausgaben, die Kontrollsysteme sowie die Beschaffungsgrundsätze und Projektbewertung.

Der Ausschuß für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit überprüft die Finanzierungsgrundsätze, einschließlich der für die Kreditaufnahme sowie allgemeine Grundsätze für Geschäftstätigkeit, Verfahrensweisen und Berichterstattung.

Der Ausschuß für Budget und Verwaltungsangelegenheiten prüft die allgemeinen Budgetgrundsätze sowie Vorschläge, Verfahrensweisen und Berichte. Er befaßt sich außerdem mit Personalfragen, Verwaltungs- und Organisationsangelegenheiten sowie mit Verwaltungsangelegenheiten im Zusammenhang mit Direktoren und ihren Mitarbeitern.

Die Lenkungsgruppe des Direktoriums wurde 1994 eingerichtet. Ihre Aufgabe besteht darin, die Koordinierung zwischen dem Direktorium und dem Management im Hinblick auf die Vorbereitung auf Sitzungen des Direktoriums, der Ausschüsse und von Workshops zu verbessern.

¹ Mit Wirkung ab 4. März 1999 auch Bosnien und Herzegowina.

Kontakte und Informationen

9. März 1999

Präsident

Horst Köhler

Banking

Management

Erster Vizepräsident
Stellvertretende Vizepräsidenten
Leiter, Neue Produkte, Grundsatzfragen

Charles Frank
David Hexter, Jean-François Maquet
Gavin Anderson

Länderteams

Bulgarien/Albanien/EJR Mazedonien/
Slowenien/Armenien/Georgien/
Aserbaidshjan
Zentralasien
Ungarn
Polen/Tschechische Republik/
Slowakische Republik/Baltische Länder
Russische Föderation
Ukraine/Rumänien/Moldau/Kroatien/
Bosnien und Herzegowina/Weißrußland

Leiter

Olivier Descamps
Kazuya Murakami
Peter Reiniger

Alain Pilloux
Reinhard Schmoelz

Lindsay Forbes (amtierend)

Bereichsteams

Agrarindustrie
Energiewirksamkeit
Finanzinstitutionen

Kommunale und Umweltinfrastruktur
Bodenschätze
Elektrizität/Energie
Immobilien/Tourismus/Schifffahrt
Telekommunikation
Transport

Leiter

Hans Christian Jacobsen
Bernard Jamet
Kurt Geiger, Rogers LeBaron,
Dragica Pilipovic-Chaffey
Johan Bastin
Vittorio Jucker
Ananda Covindassamy
Edgar Rosenmayr
Peter Reiniger
Roy Knighton

Unterstützungsgruppen

Umweltprüfung
TurnAround-Management-Programm

Leiter

Tim Murphy
Michael McAlister

Finanzen

Vizepräsident
Stellvertretende Vizepräsidentin

Steven Kaempfer
Noreen Doyle

Strategie- und Unternehmensplanung und Budgetierung

Leiter
Leiter, Finanzpolitik und Strategieplanung
Leiter, Unternehmensplanung

Josué Tanaka
Evelyn Cox
Magdi Bona

Rechnungslegung und Berichterstattung

Leiter
Leiter, Finanzielle Rechnungslegung
Leiter, Rechnungslegung für Fonds
Leiter, Rechnungslegung der Finanzabteilung

Nigel Kerby
Julie Williams
Marie-France Forgues
Terry Cullen

Geschäftstätigkeit und Informationstechnologie

Leiter, Geschäftstätigkeit und
Informationstechnologie
Leiter, Geschäftstätigkeit
Amtierender Leiter, Informationstechnologie

Christopher Holyoak
Peter Franklin
Tim Goldstone

Risikomanagement

Leiterin
Risikocontroller
Leiter, Kreditwesen
Leiter, Portfolioprfung
Leiter, Konsortien
Stellvertretender Leiter, Sondervermögen

Noreen Doyle
Jean-André Sorasio
Bob Harada
Mike Williams
Lorenz Jorgensen
Charles Wrangham, Oliver Greene

Finanzabteilung

Leiter
Stellvertretender Leiter
Leiter, Investitionen – Kredite
Leiter, Investitionen – Zinssätze
Leiter, Analytik/Externe Vermögensverwaltung
Leiter, Finanzierung
Leiter, Aktiva- und Passiva-Management
Leiterin, Management Kundenrisiko
Leiter, Neue Geschäftsentwicklungen, Japan

Marcus Fedder
Andrew Donaldson
Constantine Kazantzidis
Bart Mauldin
Jaakko Kärki
Ayesha Shah
Axel van Nederveen
Debbie Berger
Rurika Naito

Personal und Verwaltung

Vizepräsident
Leiter, Personalwesen
Leiter, Verwaltung

Miklós Németh
Franco Furno
John Mc Ness

Projektbewertung, Unterstützung der Geschäftstätigkeit und Reaktorsicherheit

Vizepräsident
Joachim Jahnke

Projektbewertung

Leiter
Fredrik Korfker

Kofinanzierung mit Internationalen Finanzinstitutionen und Berater

Leiter
Ullrich Kiermayr

Beschaffung und Technische Unterstützung

Amtierender Leiter
Ian Nightingale

Reaktorsicherheit

Leiter
Lars Larsson

Generalsekretariat

Generalsekretär
Stellvertretender Generalsekretär
Antonio Maria Costa
Nigel Carter

Rechtsabteilung

Leiter
Assistierender Leiter
Emmanuel Maurice
Norbert Seiler

Volkswirtschaftliche Abteilung

Chefvolkswirt
Stellvertretender Chefvolkswirt
Leiter, Grundsatzstudien
Leiter, Reformstrategien
Nicholas Stern
Ricardo Lago
Steven Fries
Hans Peter Lankes

Innenrevision

Leiter
Tarek Rouchdy

Medien

Leiterin
Barbara Clay

Büro des Präsidenten

Leiter
Axel Bertuch-Samuels

Vertretungen der EBWE

Albanien

Rruga Deshmoret e4, Shkurtit Nr. 26, Tirana, Albanien
Tel: +355 423 2898
Fax: +355 424 2580
Missionsberater: Donald Mishaxhi

Armenien

Baghramian Avenue 20, Eriwan 375019, Armenien
Tel: +3742 151 372
Fax: +3742 151 373
(ab 1. Juni 1999)
Leiter des Büros: Alkis Drakinos

Aserbaidshan

ul. Sabir 5, Baku 370004, Aserbaidshan
Tel: +99 412 971 014
Fax: +99 412 971 019
Leiter des Büros: Murat Jildiran

Bosnien und Herzegowina

Obala Kulina Bana 4, 2. Etage, 71000 Sarajewo,
Bosnien und Herzegowina
Tel: +387 716 679 45
Fax: +387 716 679 50
Leiter des Büros: Zsuzsanna Hargitai

Bulgarien

ul. Moskowska 17, Sofia 1000, Bulgarien
Tel: +359 2 987 6611
Fax: +359 2 981 5336
Leiter des Büros: Jean-Marc Peterschmitt
Stellvertreter: Shirin Forouzi

Estland

Roosikrantsi 11, 4. Etage, 10119 Tallinn, Estland
Tel: +372 641 8548
Fax: +372 641 8552
Leiter des Büros: Urmas Paavel

Georgien

ul. Nikoladse 7, Appt. 2, 380008 Tiflis, Georgien
Tel: +995 329 205 12
Fax: +995 329 313 35
Leiter des Büros: Jürgen Schramm

Kasachstan

Prospekt Abaja 10a, 8. Etage, 480013 Almaty,
Kasachstan
Tel: +7 327 258 1476
oder: +7 327 258 1423
Fax: +7 327 258 1422
Leiter des Büros: Martyn Nicholls
Stellvertreter: Paul Burton

Kirgisistan

ul. Geologitscheskaja 26, Bischkek, Kirgisistan
Tel: +996 312 440 868
Fax: +996 312 620 800
Leiter des Büros: Nikolaj Hadschijski
Stellvertreterin: Jyldys Galiewa

Kroatien

Petrinjska 59, 5. Etage, 10000 Zagreb, Kroatien
Tel: +385 145 571 20
Fax: +385 148 194 68
Leiter des Büros: Andrew Krapotkin

Lettland

Kalku 15, 4. Etage, LV 1050 Riga, Lettland
Tel: +371 783 0300
Fax: +371 783 0301
Leiter des Büros: Urmas Paavel

Litauen

Jaksto 5, 3. Etage, 2600 Wilna, Litauen
Tel: +370 2 227 258
Fax: +370 2 224 666
Leiter des Büros: Urmas Paavel

EJR Mazedonien

Dame Gruev 14, 2. Etage, Skopje 91000,
EJR Mazedonien
Tel: +389 911 132 62
Fax: +389 911 260 47
Leiter des Büros: Philippe Leclercq



Moldau

Straße 31. August 1989, 98, 277012 Chisinou, Moldau
Tel: +373 224 8414
Fax: +373 224 9363
Missionsberater: Marina Cotruta/Maxim Kakareka

Polen

ul. Emili Plater 53, Warsaw Financial Centre,
Suite 1300, 00-113 Warschau, Polen
Tel: +48 225 205700
Fax: +48 225 205 800
Amtierende stellvertretende Leiter: Alex Neuber/
Kazimierz Przelomski

Rumänien

Strada J. L. Calderon 38, Sektor 2, Bukarest, Rumänien
Tel: +401 312 2232
Fax: +401 312 2233
Leiter des Büros: Salvatore Candido
Stellvertreter: Serban Ghinescu

Russische Föderation

ul. Bolschaja Moltschanowka 36, stroenie 1,
121069 Moskau, Russische Föderation
Tel: +7 095/501 787 1111
Fax: +7 095/501 787 1122
Leiter des Büros: Neil Parison

Regionalvertretung:

Newschij Prospekt 25, 191186 St. Petersburg,
Russische Föderation
Tel: +7 812 326 2525
Fax: +7 812 326 2526
Leiter des Büros: Robert Sasson

Regionalvertretung:

ul. Mordowzewa 12, 690 000 Wladiwostok,
Russische Föderation
Tel: +7 423 243 0750
Fax: +7 423 243 0949
Leiterin des Büros: Elena Danysch

Regionalvertretung:

ul. Gogolja 15A, 620151 Jekaterinburg,
Russische Föderation
Tel: +7 343 259 2980
Fax: +7 343 259 2980
Leiterin des Büros: Tatjana Jembulajewa

Slowakische Republik

Grösslingova 4, 81418 Bratislava, Slowakische Republik
Tel: +427 367 835
Fax: +427 321 459
Leiter des Büros: Jonathan Harfield
Stellvertreter: Igor Ocka

Slowenien

Trg Republike 3, 9, Etage, Ljubljana 61000, Slowenien
Tel: +386 611 263 600
Fax: +386 611 263 636
Leiter des Büros: Marco Toselli

Tadschikistan

c/o Tadschik-Bank-Business, ul. Shotemur 29,
734025 Duschanbe, Tadschikistan
Tel: +7 377 221 0763
Fax: +7 377 221 0763
Missionsberater: Musaffar Usmanow

Tschechische Republik

Karlova 27, Prag 1, Tschechische Republik
Tel: +4202 242 390 70
Fax: +4202 242 330 77
Leiter des Büros: Jonathan Harfield
Stellvertreter: Igor Ocka

Turkmenistan

ul. Asadi 95, 744000 Aschgabat, Turkmenistan
Tel: +99 312 512 263
Fax: +99 312 512 263
Leiter des Büros: Jaap Sprey
Missionsberaterin: Gulja Chidirowa

Ungarn

Rakoczi ut 42, 1072 Budapest, Ungarn
Tel: +36 126 660 00
Fax: +36 126 660 03
Leiter des Büros: Hubert Warsmann

Ukraine

ul. Wolodymyrska 23 A , 252034 Kiew, Ukraine
Tel: +380 444 640 132
Fax: +380 444 640 813
Leiter des Büros: Jaroslav Kinach
Stellvertreterin: Marykay Fuller

Usbekistan

International Financial Centre, 4. Etage, Turab-Tula 1,
Taschkent 700003, Usbekistan
Tel: +998 712 45 57 93
Fax: +998 711 206 121
Leiter des Büros: Isao Kawanishi
(Leiter des Büros mit Wirkung
Ende April 1999: Kenji Nakazawa)

Weißrußland

ul. Gerzena 2, Minsk 220050, Weißrußland
Tel: +375 172 110 370
Fax: +375 172 110 410
Leiter des Büros: nicht besetzt

PLEASE TRIM OFF - SHORTFALL PPS



Weitere Informationen

Veröffentlichungen

Die EBWE veröffentlicht eine Reihe von Publikationen, Grundsatzpapieren, Zusammenfassungen von Länderstrategien und Informationsblättern. Regelmäßig erscheinen unter anderem: *Alternative Finanzierungsquellen für kleine und mittlere Projekte* (mit Auflistung von Finanzintermediären); *Environments in Transition* (über das Umweltprogramm der EBWE, mit aktualisierten Informationen über Projekte); *Law in Transition* (Zeitschrift der EBWE für Rechtsfragen). Alle kostenlos erhältlichen Veröffentlichungen werden im *Guide to Publications* aufgelistet und sind bei der Publikationsstelle der EBWE erhältlich (Tel: +44 171 338 7553; Fax: +44 171 338 6102). Die meisten finden sich auch auf der Webseite der EBWE (<http://www.ebrd.com>).

Im jährlich erscheinenden *Transition Report* werden Fragen des Transformationsprozesses und des gesamtwirtschaftlichen und rechtlichen Fortschritts in den Einsatzländern behandelt (erscheint im November, £30); dazu gehört der *Transition Report Update* (erscheint im April, £15). Erhältlich bei der EBWE und The Stationery Office Publications Centre, PO Box 276, London SW8 5DT, Vereinigtes Königreich, (Tel: +44 171 873 8200).

Jahrestagung

Die Jahrestagung der EBWE umfaßt ein Programm für potentielle Investoren in der Region. Über Einzelheiten informiert: EBRD Annual Meetings Management Unit (Tel: +44 171 338 7319; Fax: +44 171 338 7320). Im Jahr 2000 findet die Jahrestagung in Riga, Lettland, statt.

Hinweise

Wechselkurse

Wo angemessen, wurden andere Währungen auf Grundlage der am 31. Dezember 1998 gültigen Wechselkurse in Ecu umgerechnet. (Annähernde Ecu-Wechselkurse: 1,96 DM; 6,56 FF; 132,70 Yen; 0,70 britische Pfund; 1,17 US-Dollar).

Geschäftsvorfälle und Abrechnungsmodus

Da es bei einer Rahmenvereinbarung mehrfach zur Vergabe von Darlehen kommen kann, können Geschäftsvorfälle als Bruchzahlen geführt werden. Da es sich um gerundete Zahlen handelt, kann es in Tabellen zu Abweichungen zwischen Einzelbeträgen und deren Summen kommen.

Zum Begriff „Region“

Verweise auf „die Region“ bedeuten, daß alle 26 Einsatzländer der Europäischen Bank gemeint sind (siehe Hinweis unter Inhaltsverzeichnis).

Übergangsphase

Die EBWE teilt ihre Einsatzländer nach ihrem Fortschritt in Richtung auf eine Marktwirtschaft ein.

Die Russische Föderation und Projekte für die „Region“ werden getrennt behandelt.

Frühe/Mittlere Phase: Albanien, Armenien, Aserbaidshan, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, EJR Mazedonien, Moldau, Rumänien, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan, Weißrußland.

Fortgeschrittene Phase: Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn.

Abkürzungen und Akronyme

Die Bank, EBWE Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
BIP Bruttoinlandsprodukt
BOT Bau, Betrieb, Transfer
CEAL Mitteleuropäische Exportkreditlinie
ECA Exportkreditgesellschaft
ECLAT Exportkreditdarlehensvereinbarung
EIB Europäische Investitionsbank
EG Europäische Gemeinschaft
ESCO Energieversorgungsunternehmen
FIDP Entwicklungsprogramm für Finanzinstitute
IFC Internationale Finanz-Corporation
IFI Internationale Finanzinstitution
ISDA Internationale Vereinigung für Swaps und Derivate
KMU Kleine und mittlere Unternehmen
LTP Rechtsreformprogramm
EJR Mazedonien Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien
MPF Multiprojektfazilität
Phare Polen und Ungarn: Hilfe zur wirtschaftlichen Umstrukturierung (EU)
PPF Nach-Privatisierungsfonds
RSBF Sonderfonds für Kleinunternehmen in Rußland
RSK Reaktorsicherheitskonto
RWF Regionaler Wagniskapitalfonds
SRP Spezielles Umstrukturierungsprogramm
Tacis Technische Unterstützung für die GUS-Länder (EU)
TAM Sanierungsprogramm (TurnAround Management Programme)
TC Technische Zusammenarbeit
TCFP Fondsprogramm für technische Zusammenarbeit
TSF Tschernobyl-Sarkophag-Fonds
UAP Umweltaktionsplan
USAID Behörde für Internationale Entwicklung (USA)
VaR Risikowert
ZBB Auf Null basierende Budgetierung

Veröffentlicht von der
Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Zusammengestellt und herausgegeben von der Publications
Unit, Communications Department. Übersetzung ins Deutsche,
Französische und Russische: Übersetzungsabteilung.
Layout und Produktion: Gruppe Design.
Gedruckt von Royle Print Ltd. in England.



Umschlag und Innenteil auf umweltbewußt produziertem
Papier gedruckt. Munken Lynx wird unter Verwendung von
im wesentlichen chlorfreiem Zellstoff aus erneuerbaren und
verantwortungsbewußt bewirtschafteten Wäldern hergestellt und
wurde mit dem Nordic Swan Environmental Label ausgezeichnet.
Consort Curam enthält mindestens 10 Prozent Altpapier sowie
mindestens 10 Prozent entfärbten Zellstoff; der gesamte neue
Zellstoff wurde ohne Verwendung von Chlordioxid gebleicht.
Im Herstellungsprozeß werden keinerlei Säuren eingesetzt.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

One Exchange Square
London EC2A 2JN
Vereinigtes Königreich

Telefonzentrale

Tel: +44 171 338 6000
Fax: +44 171 338 6100
Telex: 8812161 EBRD L G
Swift: EBRD GB2L

Publikationsanforderungen

Tel: +44 171 338 7553
Fax: +44 171 338 6102

Allgemeine Anfragen zur EBWE

Tel: +44 171 338 7931/6372

Projektanfragen und Vorschläge

Tel: +44 171 338 6282
Fax: +44 171 338 6102

Webseite

www.ebrd.com